

**Einleitung und Auswahl:
Thomas Lange**

12



Hessische Schriften zum Föderalismus
und Landesparlamentarismus

Carl Ulrich - Vorkämpfer für soziale Demokratie im hessischen Landtag

„... WIR SIND NOCH NICHT SO WEIT“.

Carl Ulrich

**Vorkämpfer für soziale Demokratie
im hessischen Landtag**

Reden 1888 - 1919

ISBN-13: 978-3-923150-27-4
ISBN-10: 3-923150-27-X

HESSISCHER LANDTAG

Hessische Schriften zum Föderalismus und Landesparlamentarismus

- Nr. 1: Landesparlamentarismus und Föderalismus. Hat das parlamentarische System in den Bundesländern eine Zukunft? Fachtagung des Hessischen Landtags und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1990.
- Nr. 2: 175 Jahre Nassauische Verfassung. Eine Ausstellung des Hessischen Landtags und des Hessischen Hauptstaatsarchivs zur Erinnerung an den Erlaß der Nassauischen Landständischen Verfassung am 1./2. September 1814. Hessischer Landtag, Wiesbaden, 19. September bis 13. Oktober 1989, Katalog. Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1989.
- Nr. 3: 175 Jahre Nassauische Verfassung. Eine Veranstaltung des Hessischen Landtags zur Erinnerung an den Erlaß der Nassauischen Landständischen Verfassung am 1./2. September 1814. Hessischer Landtag, Wiesbaden 19. September 1989. Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1991.
- Nr. 4: Die Rolle der Bundesländer in einem geeinten Deutschland und geeinten Europa - Eine Herausforderung für Landesparlamentarismus und Föderalismus. Fachtagung des Hessischen Landtags und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1992.
- Nr. 5: Europa - Ende des Föderalismus? Fachtagung des Hessischen Landtags in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 11. März 1993, im Hessischen Landtag in Wiesbaden, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1993.
- Nr. 6: Die Konstituierung des Landes "Groß-Hessen" vor 50 Jahren. Veranstaltung des Hessischen Landtags am 13. Oktober 1995 im Landeshaus in Wiesbaden, hrsg. von Klaus Peter Möller, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1996.
- Nr. 7: Länder und Regionen in Europa - Kooperation für eine gemeinsame Zukunft. Fachtagung des Hessischen Landtags am 31. Oktober 1996, hrsg. von Franz Greß im Auftrag des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 1997.
- Nr. 8: Europa nach Nizza. Podiumsdiskussion zur Europawoche 2001 am 11. Mai 2001 im Hessischen Landtag in Wiesbaden, hrsg. von Klaus Peter Möller, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 2003.
- Nr. 9: Festakt "50 Jahre Hessische Verfassung" am 1. Dezember 1996 im Staatstheater Wiesbaden und Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die erste Sitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung vor 50 Jahren am 15. Juli 1996 und Eröffnung der Ausstellung "Aufbruch zur Demokratie - Alltag und politischer Neubeginn in Hessen nach 1945", hrsg. von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 2003.
- Nr. 10: Georg Moller. Symposium aus Anlass seines 150. Todestages am 13. März 2002 im Hessischen Landtag, hrsg. von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 2004.
- Nr. 11: 25 Jahre Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, hrsg. von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden. Hessischer Landtag, 2006.

„... wir sind noch nicht so weit“.

Carl Ulrich

Vorkämpfer für soziale Demokratie
im hessischen Landtag.

Reden 1888 - 1919

Einleitung und Auswahl:
Thomas Lange

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgegeben von Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Bernd Friedrich, Reinhard J. Groß, Susanne Baier
Herstellung: ELEKTRA, Niedernhausen
Verlegerische Betreuung: NDV, Rheinbreitbach

ISBN 978-3-923150-27-4

© 2007 Hessischer Landtag, Wiesbaden, Schlossplatz 1 – 3

I N H A L T S Ü B E R S I C H T

I. „Der Kampf der Arbeiterklasse ... ist notwendigerweise ein politischer Kampf“ – Ulrichs politische Biografie aus Landtagsreden	9
1. Vom Arbeiter zum Redakteur – soziale und politische Lehrjahre	12
2. Außer- und innerparlamentarische Opposition	23
3. Regierungskritiker und Regierungschef	36

Dokumentation: Redebeiträge Carl Ulrichs aus Landtagsdebatten

II. „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung ..“ – Der lange Weg zur Demokratie	56
1. Versammlungsrecht für eine revolutionäre Partei (23. Juni 1892)	61
2. Das direkte Wahlrecht – „ein Fortschritt im Sinne der Demokratisierung“ (30. Juni 1904)	64
3. Republikanische Gesinnung im Großherzogtum (21. Dezember 1910)	69
4. Großherzogliche Wahlrechtsreform „rückwärts konzentriert“: das Pluralwahlrecht (18. Dezember 1912)	75
5. „die Obrigkeitsregierung hat ausgelebt“ (8. November 1918)	79
6. Die Abwicklung der Monarchie - Ministerpräsident Ulrich zur Fürstenentschädigung (1. April 1919)	80

III. „Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung...“ – Soziale Reformen in kleinen Schritten	86
1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Fabrikinspektoren (29. Februar 1888)	91
2. „... klipp und klar: Erhöhung der Vermögenssteuer“ (13. Februar 1903)	93
3. Soziale Revolution auf legalem Weg – Verkürzung der Arbeitszeit (26. Februar 1903)	97
4. Die heutige Gesellschaftsordnung „degradiert den, der kein Kapital hat, zur Ware“ (8. März 1910)	102
5. „... rücksichtslose Ausnutzung der Notlage“ – Kriegsgewinne auf Kosten der Arbeiterfrauen (12. Oktober 1915)	106

IV. „Befreiung des gesamten Menschengeschlechts...“	
– Für Menschenrechte, gegen Diskriminierung	110
1. Antisemitismus ist der Sozialismus des dummen Kerls“ (9. Dezember 1891)	114
2. „Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung der in den Gymnasien eingeführten Maturitätsprüfung“ (15. Februar 1893)	117
3. Streik als Menschenrecht – gegen „Italiener als Lohndrücker“ (15. Dezember 1903)	121
V. „Weltlichkeit der Schulen ... Unentgeltlichkeit des Unterrichts“	
– Demokratisierung der Erziehung	125
1. Gegen Zwangserziehung (20. Mai 1886) - Gesetzentwurf des Großherzoglichen Ministeriums des Innern „die Unterbringung jugendlicher Übelthäter und verwahrloster Kinder betreffend“	128
2. Weniger Patriotismus und Religion, dafür Ausbildung zum gleichberechtigten Staatsbürger (4. Juli 1911)	134
3. Nationale Einheitsschule gegen Klassendünkel (10. Juni 1914)	143
4. Türkischunterricht am Gymnasium? (14. Oktober 1915)	147
VI. „...ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit“ – Technik, Forschung, Fortschritt	153
1. „...die hessische Ludwigsbahn ist nicht bloß zum Plusmachen da“ (18. April 1894)	159
2. Ausbau der Technischen Hochschule Darmstadt (27. März 1903)	166
3. Automobile – die „Zukunftsvehikel“ (29. März 1911)	171
4. Brikettfabrik Wölfersheim – Privatisierung oder staatliche Produktion? (18. Mai 1911)	175
5. Der Landtag als Ort für Zukunftspläne (4. Juli 1911)	182
ANMERKUNGEN	184
DER BEARBEITER	196
ABBILDUNGSNACHWEIS	197

I. „Der Kampf der Arbeiterklasse ... ist notwendigerweise ein politischer Kampf“¹ – Ulrichs politische Biografie aus Landtagsreden

Der erste Ministerpräsident des republikanischen „Volksstaats Hessen“ legte sozial und politisch einen ungeheuer weiten Weg zurück: vom Eisendreher-Gesellen zum Zeitungsredakteur und –herausgeber, vom kaum geduldeten, aggressiv angefeindeten Außenseiter-Abgeordneten einer polizeilich als staatsfeindlich beobachteten Partei zum höchsten Amt in diesem Land. Die Länge des Weges wird erst richtig klar, wenn man berücksichtigt, dass Carl Ulrich ihn zum größten Teil in einer im wesentlichen – in Wirtschaft wie Politik – noch geburtsständisch geprägten Gesellschaft begehen musste. Zwar gab es zum Ende des 19. Jahrhunderts auch standesüberschreitende Berufskarrieren, doch die neuen Unternehmer, die innovativen Firmengründer kamen in der Regel aus den Kreisen des alten städtischen Bürgertums, der akademischen Honoratioren oder der zünftigen Meister. Dazu gehörten in Darmstadt z. B. der Maschinenfabrikant Heinrich Blumenthal (1824-1901), Sohn eines Kaufmanns; der Gründer der heutigen Weltfirma Merck, Heinrich Emanuel Merck (1794-1855), Sohn eines Apothekers und studierter Pharmazeut sowie der Beamtensohn und studierter Chemiker Otto Röhm (1876-1939), dessen Chemiefabrik „Röhm und Haas“ heute als Röhm GmbH und Co KG Teil der weltumspannenden Degussa ist. Das galt auch überwiegend für die Landtagsabgeordneten der Zweiten Kammer, die meist aus den Reihen des bürgerlichen Beamtentums oder der ländlichen Honoratioren stammten. Die prägenden Gründergestalten der Sozialdemokratie dagegen kamen aus den Reihen der kleineren Handwerksmeister oder -gesellen: Friedrich Ebert (1871 – 1925, Sattlerlehre), August Bebel (1840 – 1913, Drechslermeister), Philipp Scheidemann (1865 – 1939, Buchdruckerlehre) und eben auch Carl Ulrich.² Als Verbindungsglieder zum liberal-oppositionellen Bürgertum müssen natürlich noch Ferdinand Lassalle (1825- 1864) sowie von den Hessen der studierte Lehrer und Redakteur Wilhelm Liebknecht (1826 – 1900), der Gymnasiallehrer und Journalist Eduard David (1863 – 1930) und der Arzt Ludwig Büchner (1824 – 1899), 1869 Mitbegründer der Darmstädter Sozialdemokratie³ genannt werden: Sie stammten alle aus gutbürgerlichen Familien und hatten ein Studium absolviert.

Die Sozialdemokratie hatte den Anspruch, Gesellschaft und Politik revolutionär zu verändern und wurde daher von den Institutionen der bestehenden Gesellschaft politisch, juristisch und sozial an den Rand gedrängt. Carl Ulrich agierte im Sinne des sozialdemokratischen Erfurter Parteiprogramms

von 1891: Grundsätzlich wurde am revolutionären Parteiziel festgehalten, doch „zunächst“, wie es in dem von Eduard Bernstein verfassten „praktischen Teil“ hieß, sollten die kleinen Schritte politischer und sozialer Veränderungen gegangen werden. Carl Ulrich verkörpert diesen „revisionistischen“ Weg mit seiner ganzen Person und war sich dessen bewusst. Zwischen der großen politischen Vision des Sozialismus und den konkreten Fragen von Wahlrecht, Arbeitszeit, Arbeits- und Lebensbedingungen wechselte er in seinen Reden immer wieder hin und her und konnte wie kaum ein anderer seine Aussagen mit seiner Biografie beglaubigen. Ständig streute er in seine Parlamentsreden autobiografische Bezüge ein – wenig andere hessische Parlamentarier haben das Plenum der 2. Kammer des Landtags wohl so oft mit ihren Lebenserfahrungen belehrt und unterhalten.

Als Redner war er ungeheuer wandlungsfähig, konnte spitz, ironisch, aber auch grob sein, wurde daher oft gerügt; andererseits war er auch sachlich, detailreich, gründlich vorbereitet, dann wieder manchmal geradezu penetrant behrend als Revolutionär mit sozialistischen Zukunftsvisionen. Sein Nachfolger als Staatspräsident, Bernhard Adelung, schilderte Ulrichs Wirkung so:

„Wenn Ulrich im ‚Hohen Hause‘ das Wort nahm, kam Leben in die Bude; er ging in der Regel scharf ins Geschirr, und der Präsident hatte oft Mühe, den leidenschaftlichen Redner auf der einen Seite und die Zwischenrufer auf der anderen zu bändigen. Wellen der Erregung gingen durch die Versammlung. Aber auch die entscheidendsten Gegner trugen dem temperamentvollen Angreifer seine Attacken nie lange nach; seine ehrliche und ungeschminkte Kampfweise war nie persönlich, gehässig oder verletzend und vergiftete nicht den Meinungsstreit, selbst dann nicht, wenn ihm einmal ein Hieb daneben ging.“⁴

Damit brachte er einen neuen, lebendigen Ton in den Landtag, der im Folgenden dokumentiert werden soll. Dabei ist einigermaßen verblüffend, wie aktuell manche der Debatten-Themen auch nach über hundert Jahren heute noch klingen, wie sehr bekannte Argumentationsmuster immer noch nicht abgenutzt sind, sondern sich weiter in die Gegenwart durchziehen: zu Sozialreformen und sozialer Sicherung, zu Arbeitszeit, Einkommenssteuer, Bildungsreform, aber auch zu technischen Innovationen klingt manches im jeweiligen Kontext sehr vertraut.

Als Kapitel-Überschriften dieser Dokumentation dienen Zitate aus dem Erfurter Programm der SPD, an dem sich Ulrich in seinen Beiträgen ziemlich strikt orientierte.⁵



Carl Ulrich (hinten, 3. Reihe, links) mit Eltern und Geschwistern in Braunschweig. -
(Aus: Karl Storck: Staatspräsident Carl Ulrich, 1928, S. 12.)

1. Vom Arbeiter zum Redakteur – soziale und politische Lehrjahre

Ulrichs Biografie hat viele typische Züge der sozialdemokratischen Parteigründergeneration: Er stammte aus der Handwerkerschicht und hatte schon früh zum Unterhalt seiner in dürftigen Verhältnissen lebenden Familie beizutragen. „Selbständiger Schuhmacher“ sei der Vater gewesen, schrieb Carl Ulrich in seinen wohl in den zwanziger Jahren auf dem Gipfel seiner politischen Laufbahn niedergeschriebenen „Erinnerungen“.⁶ Das Kirchenbuch der Braunschweiger Gemeinde St. Magni vermerkt allerdings als Beruf von Heinrich Friedrich Theodor Ulrich: „Lokomotivputzer“. Der erschien am 3. Dezember 1856 auf dem Pfarramt, um den zwei Jahr zuvor, am 28. Januar 1853 unehelich von Christiane Auguste Eltze geborenen Carl Theodor Johann Eltze als seinen Sohn anzuerkennen. Die Eltern heirateten am 7. Dezember 1856 in der Kirche zu St. Magni.⁷ Die späte Legitimierung - Carl Ulrich geht mit keinem Wort darauf ein – war in den mittellosen Unterschichten keine Ausnahme: für das gesellschaftskonforme Heiraten fehlte oft erst einmal das gesicherte Einkommen. Auch nach der Heirat ging es in Ulrichs „Elternhaus oft sehr knapp her“.⁸ In seinem überbesetzten und im Zeichen der Gewerbefreiheit wenig konkurrenzfähigen Beruf konnte der Vater seine sechs Kinder kaum ernähren. „Das tat mir weh, zumal die Mutter kränkelte“ schreibt Ulrich in seinen „Erinnerungen“ und berichtet, wie er als Kind erst vor- und nachmittags nach der Schule in einer Zigarrenfabrik mit „Tabakrippen“ „fünf Silbergroschen“ in der Woche verdient habe, dann aber wohl jahrelang vor Schulbeginn mit Brötchenaustragen monatlich „einen Taler“ zum Familieneinkommen beisteuern konnte: „...die Mutter streichelte mir mit Tränen in den Augen die Wangen“.⁹ In einer Reichstagsrede ging er vierzig Jahre später darauf ein, dass auch seine Mutter in der Fabrik arbeiten musste. In einer Debatte über Arbeitszeitverkürzung sagte Ulrich am 18. April 1891:

„Denn die Gefahr der Degeneration unserer ganzen Nation liegt wesentlich bei den Frauen als bei den Männern. Wenn ich das sage, so darf ich das, weil meine eigene Mutter ein Opfer des Industrialismus geworden ist, und ich die Verheerung, welche die Frauenarbeit bei der Frau einerseits und in der Familie andererseits angerichtet, aus eigenen Verhältnissen kenne, am eigenen Leibe erfahren habe. Einmal ist es die übermäßige Arbeit der Frau, welche sie vor der Zeit ruiniert; sie bringt sie persönlich zurück, richtet sie zu Grunde; andererseits wird das Familienleben durch die Arbeit der Frau vollständig zerstört. [...] Ja, diejenigen, die nicht persönlich Gelegenheit gehabt haben, die Zustände

in solchen Familien sich anzusehen, wo die Frau gezwungen ist, in die Fabrik zu gehen, haben einfach keine Ahnung davon, inwieweit die Zersetzung der Familie einerseits und die Verwahrlosung der Kinder andererseits um sich greifen muss, wenn die Mutter sich der Erziehung derselben nicht widmen kann.[...]

Meine Herren, Sie geben den elfstündigen Normalarbeitstag für die Frau in der Fabrik zu. Ich frage Sie: wenn man elf Stunden gearbeitet hat, was kann man dann noch im allgemeinen zu Hause tun? Und wenn man dazu noch vielleicht einen stundenlangen Weg zurückzulegen hat, was kann man dann noch im besonderen für die Erziehung der Kinder tun? Ja, was kann man da überhaupt tun, wenn man elf Stunden an das Joch der Fabrik angefesselt gewesen ist? Was kann man tun, wenn man nach Hause kommt, müde und abgerackert? Die Frauen sind nicht im Stande, dann noch etwas zu tun; und wenn sie dennoch, gezwungen durch die Not der Verhältnisse etwas angreifen können im Haushalt, dann kann das höchstens geschehen, um das Notdürftigste zu flicken, zu waschen und für den nächsten Tag das Essen ein klein wenig vorzubereiten, es vielleicht zu kochen, am anderen Morgen aufzuwärmen und ins Bett zu stecken, damit man es warm gehalten am nächsten Tag zu Mittag oder Abend habe. Das habe ich persönlich durchgemacht, das weiß ich aus meiner eigenen Kindheit...“¹⁰

Als mittlerweile erfahrener Politiker konnte Carl Ulrich aber diese persönlichen Erinnerungen auch in politische Spitzen umwandeln, so 1891 in einer Reichstagsdebatte über die Novellierung der Gewerbeordnung, in der es um die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen (auf elf Stunden) und Kinder (Fabrikarbeit erst ab dem 13. Lebensjahr) ging:

„Wenn Sie so häufig über die Roheiten der Jugend zeteren, wenn Sie sagen, wie das so häufig vorkommt, an der Verrohung der Jugend sei die Sozialdemokratie mit schuld oder trage gar die Hauptschuld, ja die alleinige Schuld, dann muss ich sagen, dass alle die, die das behaupten, keine Ahnung von den sozialen Verhältnissen haben, unter denen eine außerordentlich große Zahl von Arbeiterkindern aufwächst. Die vollständige Beschäftigung der Frau in der Fabrik lässt ihr gar nicht so viel Zeit, auch nur an eine systematische Erziehung ihrer Kinder zu denken, geschweige denn sie durchzusetzen. [...] ich muss Ihnen gestehen, allemal wenn ich sehe, dass Hunderttausende von Arbeiter[inne]n gezwungen sind, den ganzen Tag in die Fabrik zu gehen, dann kommt mir ein ganz eigentümliches Gefühl; dann sage ich mir, hier hat die Gesetzgebung vor allen Dingen Sünden auf sich geladen, sie hat viel

zu spät eingegriffen – und jetzt, wo sie eingreifen will, tut sie es mit Samthandschuhen gegenüber der Unternehmerklasse. Ich muss sagen, dass es einfach vollständig unmöglich ist, dass die Unternehmerklasse je damit einverstanden sein wird, dass Gesetze gemacht werden, die einschneidend bessern.“¹¹

Auch die aus diesen sozialen Verhältnissen resultierenden Unzulänglichkeiten der schulischen Erziehung blieben lebenslang ein politisches Generalthema von Carl Ulrich. Drei Punkte klagte er immer wieder an: zu schlechter Unterricht, zu große Klassen, zu viel Religionsunterricht. Immer wieder polemisierte Ulrich gegen die geistliche Schulaufsicht:

„... ich weiß aber, dass bei einer ganzen Reihe von Lehrern gerade das Verhältnis zu den Geistlichen, wie es dermalen in vielen Gemeinden besteht, und das dadurch herbeigeführt wird, dass sehr häufig einzelne Geistliche in den Schulvorständen einen größeren Einfluss haben, als ihnen eigentlich nach dem Gesetz zusteht, und diesen größeren Einfluss sehr häufig dazu benutzen, um die Lehrer sich unterzuordnen, unangenehm empfunden wird.“¹²

Beispielhaft führt er den Fall des Lehrers Hildebrand aus Nauheim an, der zwangspensioniert wurde u.a. deswegen,

„weil er mit dem katholischen Pfarrer seines letzten Amtes eine Differenz gehabt hat. Der Pfarrer war der Meinung und hat diese Meinung den Schülern beziehungsweise Kindern des Lehrers Hildebrand einpauken wollen, dass er als Pfarrer höher stehe als Vater und Mutter.“¹³

Bei diesem Thema konnte Ulrich auch aus seinem eigenem Wohnort berichten:

„Doch da fällt mir noch ein, dass die katholische Geistlichkeit in Offenbach Sturm dagegen läuft, dass an katholischen Feiertagen die katholischen Kinder mit den protestantischen Kindern der gleichen Klasse spazieren gehen, wenn die Klasse, weil kein Unterricht gehalten werden kann, einen Spaziergang macht. Ja das ist doch Sache der Eltern. Wenn die katholischen Eltern wünschen, dass ihre Kinder mit den protestantischen Kindern zusammen einen Spaziergang machen, so kann ich das nur freudig begrüßen; denn wenn derartige Exklusivitäten, wie sie die katholischen Geistlichen wünschen und hier im Hause vorgeführt worden sind, allgemein werden, dann haben wir keinen religiösen Frieden, sondern dann haben wir einen religiösen Krieg.“¹⁴

Man muss sich vergegenwärtigen, wie eng Kirche und Staat damals in Hessen wie in allen deutschen Staaten zueinander standen. Ein protestan-

tischer Geistlicher durfte keine Sympathie für einen sozialdemokratischen Landtagskandidaten erkennen lassen, wie die evangelische Kirche in Hessen im Jahre 1906 anlässlich eines solchen „Falles“ dekretierte: Es sei „unvereinbar mit den Amtspflichten eines Geistlichen, eine Partei zu fördern, die so, wie die heutige Sozialdemokratie die religiösen Grundlagen unseres christlichen Volkslebens zu zerstören sucht.“¹⁵ Der Lehrer Eduard David (seit 1896 Abgeordneter im hessischen Landtag für die SPD)¹⁶ war 1894 wegen seines Eintretens für die SPD aus dem hessischen Staatsdienst entlassen worden. Carl Ulrich provozierte denn auch nicht damit, dass er sich als Atheisten bekannte, sondern sagte, er „stehe nicht auf dem Standpunkt des persönlichen Gottesbegriffs.“¹⁷ Auf seinen eigenen Religionsunterricht konnte er nur ironisch rekurrieren; seine Schilderung vermittelt zugleich Details einer proletarischen Schülerbiografie im wilhelminischen Zeitalter:

„In der Religion wurden wir allerdings vorzüglich unterrichtet, in der Religion hatte ich auch immer 1 a. (Heiterkeit.) Das erklärt sich auch wieder ganz einfach. Ich musste schon als Schuljunge von 12 Jahren mein Brot verdienen; im Winter bin ich des Morgens um 5 oder halb 6 Uhr als Bäckerjunge herumgegangen und habe Brötchen ausgetragen, im Sommer schon um 4 oder halb 5 Uhr, und dann hatte ich mein Gesangbuch oder meinen Katechismus bei mir, und wenn ich von einem Kunden zum anderen lief, um meine Brötchen abzugeben, habe ich meine Verse und Bibelsprüche gelernt, und wenn ich dann um 8 oder 9 Uhr in die Schule kam, dann saßen sie so fest, dass mein Pastor immer außerordentliche Freude an mir hatte. [...] hätte ich die Zeit und Arbeit, die ich auf Gesangbuchverse verwenden musste, auf andere Dinge verwenden können, so wäre mir das viel mehr zu Gute gekommen, denn ich muss sagen, viel habe ich von meinen religiösen Exerzitien und von dem, was ich als Schuljunge in dieser Richtung habe durchmachen müssen, nicht in meine Lehre oder auf die Wanderschaft oder in die späteren Lebensjahre mitnehmen können.“¹⁸

Bei aller Schärfe seiner Polemik gegen den Religionsunterricht respektierte Ulrich andererseits wohl menschlich seinen Religionslehrer. In seinen „Erinnerungen“ berichtet er, dass sogar der Plan an seine Eltern herangebracht worden sei, ihn, den begabten Jungen, zum Geistlichen ausbilden zu lassen, „was von ihnen aber wegen der Notwendigkeit, dass ich mit verdienen müsse, abgelehnt wurde.“ Auch die Konfirmationsverse seines Braunschweiger Pfarrers zitiert er dort:

„Ulrich! Lieber Knabe muß ich sagen, / Lerntest brav, als Hörer, Gottes Wort. / Reiche Früchte mög es dir nun tragen, / Immer höher strebe fort

und fort! / Christus wird dir dann zum Seelenretter: / Hörer sei drum nicht allein ... auch Täter!

Braunschweig Aus innerstem Herzen
Konfirmation 1867 und mit schönster Hoffnung
 schrieb dies E.A. G. Witting
 Pastor zu St. Magni und Senior¹⁹

Nicht die Religiosität, aber das protestantische Arbeitsethos dieser Verse scheint Ulrich internalisiert zu haben: dauerndes Streben und Tätigkeit waren in seinem Leben wirklich Leitmotive.

Immer wieder prangerte der Abgeordnete Ulrich an, wie Lernmöglichkeiten für die Arbeiterkinder durch die Lernbedingungen ins Negative verkehrt, ja verhindert wurden; so in dieser Debatte von 1914:

„Es gibt keine höheren Schulen, in denen Klassen mit 100 Schülern beständen; wenn das aber bei den Klassen der besseren Schulen nicht zulässig ist, dann muss es bei den Kindern der niederen Klassen noch viel mehr vermieden werden, denn deren soziale Lebensbedingungen sind schlechter als die der Kinder der Reichen. Daher fordere ich die Herabsetzung der Klassenfrequenz im Interesse der Kinder, im Interesse der Volksjugend, weil nur dann eine individuelle Behandlung des einzelnen Kindes möglich ist.“²⁰

Der unter solchen Bedingungen erteilte Unterricht lege ja nicht einmal die Basis für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben, - Ulrich sah hier 1914 keine positive Veränderung im Vergleich zu seiner eigenen, fast 50 Jahre zurückliegenden Schulzeit:

„Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir in unseren Volksschulen, auch in den obersten Klassen, wenn man 8 Jahre lang die Schulbank gedrückt hat, sehr viele Kinder findet, die die deutsche Sprache noch nicht einmal einigermaßen beherrschen. Ich darf das ganz ruhig sagen, aus eigener Erfahrung sagen, weil ich, nachdem ich aus der Volksschule heraus war, während ich Lehrling war, in den Arbeiterbildungsverein, in den Handwerkerverein gehen musste, um nur einigermaßen Rechtschreibung zu lernen und einigermaßen meine Muttersprache beherrschen zu lernen. Ich war keiner der schlechtesten Schüler unter meinen Altersgenossen; und wenn mir das so ging, so werde ich mit Recht behaupten können, wenn ich es nicht ohnehin wüsste, dass es auch den anderen so ging; es ging den meisten so und es wäre eine phänomenale

Erscheinung, wenn ein besonders Veranlagter beim Austritt aus der Volksschule seine eigene Muttersprache einigermaßen beherrschte.“²¹

Als 14jähriger begann Carl Ulrich die übliche Laufbahn als Handwerker, indem er eine Lehre als Metalldreher absolvierte; zusätzlich eignete er sich in Abendkursen beim „Braunschweiger Handwerkerverein“ das Maschinenbauzeichnen an. Danach arbeitete er bei den Braunschweiger Eisenbahn-Werkstätten, dem größten Betrieb der Stadt, vom 16. Juni 1869 bis zum 25. März 1871, dann von Januar bis zum 15. Juni 1872 bei der Braunschweigischen Maschinenbau-Anstalt. Im Handwerkerverein, im Turnverein und in der Turnerfeuerwehr begann seine Politisierung bereits als 16jähriger – „Meine Herren, denken Sie sich einen geweckten jungen Menschen, der durch eine besondere Gelegenheit kurz vor seinem 16. Jahr in die Öffentlichkeit tritt. Ich erinnere mich sehr gut, das war bei mir der Fall; ich war kaum 16 Jahre alt.“²² Ulrich benutzte dieses autobiografische Datum, um gegen einen „Gesetzentwurf zur Unterbringung jugendlicher Übeltäter und verwahrloster Kinder“ zu polemisieren, da er befürchtete, dass mit der Begründung „sittlicher Verwahrlosung“ jede Abweichung von den Ideen der „gegenwärtig Herrschenden“, sei es in der Religion oder in der Überzeugung, „dass die gegenwärtige Weltordnung ungesund“ sei, benutzt werden könnte, um bei Jugendlichen Zwangserziehung anzuordnen. Er führte damit dem Landtag auch die Willkür vor, die durch das Sozialistengesetz eingeführt worden war: „Was die Polizei kann, meine Herren, das wird sie auch tun, wenn sie es für notwendig hält.“²³

Die Bevölkerung des vor allem durch den Maschinenbau rasch industrialisierten Braunschweig verdoppelte sich in einer Generation, in den 30 Jahren zwischen 1851 und 1885 von 42.000 auf 85.000 Menschen. Die Tradition der Born'schen „Arbeiterverbrüderung“ aus der Revolutionszeit von 1848/49 war hier noch sehr lebendig, doch wurde sie 1855 unter dem üblichen Vorwurf des Kommunismus verboten. Darauf verlagerte sich die politische Aktivität der Arbeiter in die Arbeiterbildungsvereine. Einen neuen Weg bot dann erst Ferdinand Lassalles 1863 gegründeter „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“, dessen Braunschweiger Ortsverein 1865 von Wilhelm Bracke (1842 – 1880) ins Leben gerufen wurde. Dieser charismatische Redner hatte auch an der Politisierung des jungen Carl Ulrich seinen Anteil.²⁴ Bracke, der mit August Bebel 1869 in Braunschweig den Kongress von Eisenach vorbereitete, auf dem dieser dann mit Wilhelm Liebknecht die „Sozialdemokratische Arbeiter Partei“ gründete, gab mit dem „Braunschweiger Volksfreund“ 1871 die erste sozialdemokratische

Zeitung in Braunschweig heraus, wurde erster sozialdemokratischer Stadtverordneter in Braunschweig (1872), leitete während der Sozialistengesetze eine Druckerei und wurde 1877 in den Reichstag gewählt.²⁵ Vieles in Brackes kurzem Leben wirkt geradezu wie Parallele oder Vorbild für Ulrich. Der aufgeweckte Metalldreher mischte sich früh in die Diskussionen der Lassalleaner. Er erinnert sich noch in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts an die Wirkung von Lassalles „Offenem Antwortschreiben“ – es „platze wie eine Bombe [...] in unsere Reihen“ mit seiner Aufforderung, dass die Arbeiterbewegung nicht nur ein Anhängsel der bürgerlichen Fortschrittspartei bleiben solle, sondern sich politisch zu organisieren, um politische Mitbestimmung zu kämpfen habe. Bald wandte Ulrich sich aber von den Lassalleanern ab und den „Eisenachern“ zu, also der marxistisch geprägten Richtung. 1910, als es wieder einmal um Zweifel an der Verfassungstreue der Sozialdemokraten ging, erinnerte sich Ulrich an diesen Ursprung seiner politischen Überzeugungen, die offensichtlich fast den Charakter einer Bekehrung hatte:

„Ja, meine Herren, ich sage Ihnen sogar, ohne Prophet sein zu wollen: das Tempo, in dem die Generationen sich zu unserer Auffassung bekennen, wird, je länger die Bewegung dauert, je schneller werden. Das ist eine sehr einfache Geschichte, eine so einfache Geschichte, dass ich nicht begreife, wie die Herrschaften sich dagegen wehren können, nämlich die einfache Geschichte, dass, während wir Alten, die wir uns aus den Arbeiterbildungsvereinen heraus entwickeln mussten, die wir gute bürgerliche Kinder waren und als Gesellen noch mit den Meistern zusammen daran glaubten, dass eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital vorhanden sei – ich selber gehöre ja zu denen, ich war selber Mitglied des Braunschweiger Handwerkervereins und habe im Braunschweiger Handwerkerverein selber alle patriotischen Sachen mit durchgemacht – , es jetzt ganz anders ist. Ich habe das noch mitgemacht, und erst allmählich hat mich die Erkenntnis dahin gebracht, wohin ich gekommen bin: zu der Überzeugung, dass es ein Unglück für die Menschheit sein würde, wenn sich die kapitalistische Gesellschaft ungeniert entwickeln würde.“²⁶

Ulrichs Fähigkeit, politisch zu argumentieren, schärfte sich durch praktische Übung auch außerhalb der vertrauten Braunschweiger Kreise, als er am 17. Juni 1872 „in die Fremde ging“, d.h. dem Handwerkerbrauch des „Wanderns“ folgte. Seine rückblickende Beschreibung zeigt schon das Bewusstsein, in einer Übergangszeit von der Handwerks- zur Industriegesellschaft zu leben:

„Es war am 17. Juni 1872 als ich – wie es damals wenigstens noch vereinzelt üblich war – in Begleitung meines Vaters und einiger Lehrkollegen und Freunde, wie ein Muttersöhnchen ausgestattet, in die Fremde ging. Das neue ‚Felleisen‘ auf dem Rücken musste die erste Meile nach altem Brauch ‚getipelt‘ d.h. zu Fuß gegangen werden. Das geschah. Bis Wolfenbüttel ging meine Begleitung unter Gesang alter Wander-, Heimat- und Liebeslieder mit. Dort trennten wir uns und ich fuhr zunächst bis Halberstadt“.²⁷

Sein noch heute erhaltenes²⁸ „Handwerksburschentagebuch“ lässt diese – meist per Bahn durchgeführte – Wanderung der Jahre 1872 – 1874 verfolgen: quer durch Deutschland bis in die Schweiz verdiente er in oft sehr kurzen Arbeitsverhältnissen seinen Lebensunterhalt. „Meine ausgesprochene Absicht und grundsätzliche Neigung war, in möglichst viel Fabriken und Werkstätten Arbeit zu nehmen, um stets neue Arbeitsmethoden kennen zu lernen und mich nach allen Regeln des Handwerks und der Kunst auszubilden.“ Einige Stationen waren: Leipzig, Chemnitz, Eger (Böhmen), Nürnberg, Fürth b. Nürnberg, Augsburg (wo er von der Firma L.A. Riedinger entlassen wurde, „weil ich Sozialdemokrat sei“)²⁹, Lindau/Bodensee, St. Gallen, Zürich, Basel, Straßburg, Speyer, Ludwigshafen, Weinheim, Mannheim, Mainz, Frankfurt/M., Offenbach, Köln, Wuppertal und wieder Offenbach. Dorthin kehrte er nach kurzen Zwischenaufenthalten in Barmen und Braunschweig wieder zurück. Allerdings war es nicht die Arbeit bei den Firmen „Collet und Engelhardt“ oder Ferdinand Flinsch, die ihn dahin zog, sondern die dreißigjährige Katharina Enders,³⁰ die er 1873 kennen gelernt hatte und dann 1876 heiratete. Die Beziehung zu der zehn Jahre älteren Frau war wohl persönlich wie politisch sehr intensiv, sollte aber nach nur 14 Jahren tragisch enden.

Andere soziale Erfahrungen dieser Wanderzeit konnte Ulrich noch Jahrzehnte später in parlamentarischen Auseinandersetzungen verwenden. Am 18. Februar 1893 wurde im Hessischen Landtag über Mietverhältnisse debattiert, vor allem über die sogenannten „Schlafstellen“, die von Arbeiterfamilien an Handwerksburschen als Unterkünfte vermietet wurden. Als ein Streit darüber entstand, ob es sich hier nur um eine stundenweise Vermietung handelte oder ob sie das Recht auf einen Aufenthalt auch tagsüber einschloss, konnte Ulrich gegenüber allen juristisch-wörtlichen Definitionen einwenden:

„Ich will doch bemerken, dass es nicht selten vorkommt, dass ganze Familien eine Schlafstelle nehmen, ein möbliertes Zimmer. (Widerspruch) Wenn Sie den Begriff Schlafstelle so definieren, dass nur sol-

che Zimmer darunter verstanden werden, die nur für die Nacht gemietet werden, dann gibt es solche Schlafstellen wohl speziell in unseren hessischen Städten sehr wenige, fast gar keine. Ich kann das aus eigener Erfahrung feststellen. Wenn ich eine Schlafstelle gemietet habe als Handwerksbursche oder als Arbeiter in der Fabrik, wie ich es selber getan habe, so habe ich damit auch das Recht, dort meine Kleider hinzuhängen, meine Briefe zu schreiben, mich dort bei Tage, wenn ich nach Hause komme, aufzuhalten. Das verstehe ich unter Schlafstellen. Es scheint aber, als wenn der Ausschuss den Begriff so definiert hätte, wie es beispielsweise in Berlin und den größeren Städten sehr häufig vorkommt, dass man dort bestimmte Stunden für die Nacht eine Schlafstelle mietet. Ein derartiger Zustand ist bei uns außer in den Herbergen noch nicht vorhanden.“⁴³¹

Zu den Erfahrungen seines Arbeitslebens gehörten auch Arbeitslosigkeit (in Augsburg, Zürich und Straßburg 1872/3), Streiks (ein Zimmererstreik in Augsburg 1872)³² und der Einsatz von Streikbrechern. Anlässlich eines Maurerstreiks in Mainz 1903, bei dem die Arbeitgeber italienische Arbeiter als Lohndrücker herangeholt hatten, appellierte Ulrich nicht ohne Pathos an seine politischen Gegner:

„Gekämpft wird gegen die, die ihre Macht als Besitzer der Arbeitsmittel dazu benutzen, um im Arbeiter den Menschen zu töten, ihn zu einem Lohnsklaven niederster Art zu machen. (Rufe: Sehr gut! - Widerspruch) Ich weiß ja, für diese Töne haben Sie kein Gefühl Wenn Sie wie ich mitgekämpft hätten, wenn Sie als Handwerksbursche auf der Straße gelegen, als Geselle miterlebt hätten, wie weh es tut, wenn ein Streikbrecher an meine Stelle rückt, dann würden Sie genauso fühlen wie ich, um was es sich dreht und würden auch diese Töne begreifen.“

Eine materialistische sozialpsychologische Belehrung schloss er gleich an:

„Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus; ich nehme nicht an, dass es Hass ist, der aus Ihnen spricht. Der Einzelne ist das Produkt der Verhältnisse, der Erziehung und der Umgebung, Sie so gut wie ich. Ich begreife Ihre Auffassung, erwarte aber, dass Sie auch die unsrige begreifen.“⁴³³

Überhaupt bot diese Debatte um einen von den Sozialdemokraten scharf kritisierten Polizeieinsatz gegen Streikposten Carl Ulrich die Gelegenheit, sehr farbig den miserablen Arbeitsalltag der Arbeiter am Beispiel der Bauhandwerker auszumalen. Als nach 1895 die Konjunktur insbesondere im Bauwesen wegen der rasant zunehmenden Verstädterung wieder anzog,

nahm auch die Zahl der Streiks zu: 1903 wurden erstmals über 1.000 Streiks im Deutschen Reich gemeldet.

Für den Debattenredner Ulrich ist dabei kennzeichnend, wie scharf und zugleich treffsicher er auf ins Persönliche zielenden Zwischenrufe des Abgeordneten von Brentano reagierte.

„Meine Herren, ich weiß nicht, ob Sie sich jemals darum gekümmert haben, ob Sie Maurer bei ihrem Mittagssmahl auf dem Bau gesehen haben. Ein kleines Feuerchen, ein paar Steine und ein Kessel darauf; Zichorienbrühe wird warm gemacht und ein Stück trockenes Brot dazu gegessen. Herr Wolf, wenn Sie so leben müssten, piffen Sie auf die ganze Geschichte. [den Konflikt zwischen Arbeitern und der Polizei-TL] – (Zuruf des Abg. von Brentano: Leben Sie so?) – Wenn Sie so leben würden, würden Sie empfinden, dass es besser wäre, wenn Sie nicht nötig hätten, so zu leben, Herr Rechtsanwalt von Brentano, Sie haben mehr wie ich; wenn Sie so leben sollten, würde es Ihnen sehr unangenehm sein; ich glaube, Sie hätten keine Lust, so zu leben. – (Zuruf: Schauspielerei!) – Guter Herr, wenn das Schauspielerei sein sollte, so wollen wir beide auf die Hofbühne gehen und sehen, ob Sie es nicht besser machen würden wie ich. Ich glaube, Sie haben mehr Talent wie ich.“⁴³⁴

Der Rechtsanwalt Otto von Brentano di Tremezzo (1855-1927), der seit 1897 den Wahlkreis Bingen-Land für das Zentrum im hessischen Landtag vertrat, war ein Dauerkontrahent von Ulrich. Der nahezu gleichaltrige Brentano entstammte einer weitverzweigten Familie italienischer Herkunft, aus der seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der Rhein-Main-Region mehrere bedeutende Persönlichkeiten in Literatur, Philosophie und Politik hervorgegangen waren.³⁵ Der Sohn eines kaiserlichen Postdirektors aus katholischer Familie verkörperte in sozialer Herkunft, universitärer Ausbildung und politischen Zielen so ziemlich den Gegenpol zu dem antikirchlichen Handwerkerssohn und Autodidakten Carl Ulrich. Gemeinsam waren ihnen allerdings zwei Dinge: die Forderung nach einem demokratisierten (allgemeinen, gleichen, direkten) Wahlrecht in Hessen sowie ein starkes antipreußisches Ressentiment. Verschärft wurde der Gegensatz der beiden sehr prägnanten Persönlichkeiten dadurch, dass sie sich in den folgenden Jahrzehnten gleichzeitig auf zwei politischen Schauplätzen gegenüberstanden: der seit 1891 in Offenbach als Rechtsanwalt bei der Kammer für Handelssachen des Darmstädter Landgerichts zugelassene Brentano wurde 1895, im gleichen Jahr wie Ulrich, auch in die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung gewählt. Es war dann wohl nicht nur politisches

Kalkül, dass Ulrich Brentano 1919 zum Justizminister und zu seinem Stellvertreter machte; beide haben loyal in der hessischen Landesregierung zusammen gearbeitet, ja es verband die beiden ehemaligen „politischen Antipoden [...] eine starke persönliche Freundschaft“.³⁶

Die Fähigkeit, zu argumentieren und zu diskutieren, hatte Ulrich in seinen Wanderjahren entwickelt und geschult. Denn neben einer beruflichen Weiterbildung fand in diesen zwei Jahren, und das sollte weitaus prägender sein, Ulrichs politische Sozialisation statt, die dann in seine Karriere als Berufspolitiker mündete. An allen Arbeitsorten nahm er Kontakt zu sozialdemokratischen Gruppen auf, beteiligte sich an Diskussionen auf öffentlichen Versammlungen und wurde in Augsburg kurzerhand statt eines ausgefallenen Referenten zum Redner bestimmt. „Langsam, stockend, mit schlotternden Knien, stand ich da“, aber bald fand er zum fließenden Sprechen. „Damit war der Anfang als Parteiredner gemacht; denn von da an gab es für mich oft genug auf kleineren Orten, wo man mich hinschickte, zu tun.“³⁷ Dabei ging es manchmal rau zu, wie sein Tagebuch vermerkt:

„Am 8ten Juni [1873] war ich nach Heidelberg im Gasthaus zum Rosenbusch zur Volksversammlung gefahren und dort über den Normal Arbeitstag gesprochen. Am 22. Juni war ich in Sandhof im Badischen Hof, sprach über die Lage der Arbeiter und wurde von den Kriger-Verein und der Feuerwehr hinausgeschmißen. Sonntag den 28ten hörte ich bei G. Lanz auf, fuhr Sonntag dan 2 Tage Schiff (Stadt Bonn) nach Worms. (Luther Denkmal)“

Aber es waren nicht nur die lokalen politischen Gegner, auch die Staatsmacht verfolgte die Sozialdemokraten: Nach einem Vortrag in Erfurt wurde Ulrich 1874 wegen „Aufreizung zum Klassenhass“ zu 30 Tagen Haft verurteilt. Wiederholte Inhaftierungen gehörten zum politischen „Bildungsgang“ dieser sozialdemokratischen Gründergeneration.

Seit 1873 war Offenbach zum Lebensmittelpunkt für Ulrich geworden, einmal persönlich durch die Heirat mit Katharina Enders, zum andern, und das ist bei ihm künftig nicht mehr zu trennen, auch politisch. Während er tagsüber bei Offenbacher Firmen als Eisendreher arbeitete, bemühte er sich in der Freizeit, zwischen den Anhängern Lassalles, die in Offenbach damals die Mehrheit hatten, und den sozialdemokratischen „Eisenachern“ zu vermitteln, wobei er unzweideutig für die marxistischen „Eisenacher“ warb. Diese politische Kärnerarbeit in abendlichen, vor allem aber an Sonntagen stattfindenden Versammlungen in Offenbach und Umgebung mündete schließlich 1875 darin, dass Ulrich seine „Eisendreher-Insignien - die blaue Hose und Jacke mit dem Kaliber“ gegen den drei Quadratmeter großen Redaktionsraum der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ eintauschte. Das

geschah gegen seinen Willen und ohne seinen Einfluss. Die unter sich gespaltenen Lassalleaner hatten nach dem Reichstagswahlkampf 1874 das Fehlen eines eigenen Presseorgans als schweren Nachteil empfunden. Daher war 1874 die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ gemeinsam mit der „Frankfurter Volksstimme“ und der „Neuen Mainzer Zeitung“ von Wilhelm Bloss (1849 – 1927)³⁸ gegründet worden. Diese nur im Lokalteil sich unterscheidenden Blätter hatten zu wenig Abonnenten, so dass allein die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ überlebte. Um das ebenfalls gefährdete Blatt zu erhalten, wählten die untereinander zerstrittenen Fraktionen der „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ 1875 den erst 22jährigen Carl Ulrich – ohne ihn vorher darüber zu informieren oder gar zu fragen – zum Redakteur. Das neu gegründete Blatt hatte eine wechselvolle, aber auch lange Geschichte,³⁹ wobei das Überleben der Zeitung in den ersten Jahrzehnten sich wesentlich der Zähigkeit und dem Erfindungsreichtum des Redakteurs Ulrich verdankte. Die dauernden Versuche, diese sozialdemokratische Zeitung zu verbieten, unterlief Ulrich mit immer neuen Umbenennungen des Blattes: „Neue Offenbacher Zeitung“ 1876-1878; „Offenbacher Tageblatt“ 1878-1886; „Offenbacher Sonntagsblatt“ 1886; seit 1886: „Offenbacher Abendblatt, Organ der Sozialdemokraten des Kreises Offenbach-Dieburg, mit Illustrierter Gratis-Beilage.“ Das „Offenbacher Abendblatt“ und die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg waren die einzigen sozialdemokratischen Zeitungen, die die gesamte Zeit des Sozialistengesetzes überdauert haben.

2. Außer- und innerparlamentarische Opposition

Als Meinungsführer wurde Ulrich nun auch zum Parteitage delegiert gewählt: 1874 für Coburg, 1875 dann als Delegierter der Offenbacher „Eisenacher“ zum Parteitag in Gotha, auf dem der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ und die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ sich zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammenschlossen. Während die Beteiligung der Sozialdemokraten an Reichstagswahlen in den eigenen Reihen nie umstritten war, brauchte es einige Auseinandersetzungen, bis die hessischen Sozialdemokraten sich entschlossen, auch an den Landtagswahlen teilzunehmen. Wilhelm Liebke hatte die Parole ausgegeben, den preußischen Landtag wegen des Dreiklassenwahlrechts „verfaulen“ zu lassen. Diese Boykottaufrufung wurde von „Radikalen“ in Hessen auf die ebenfalls indirekt durch Wahlmänner (die einem bestimmten Steuerzensus genügen mussten) zu wählende 2. Kammer der hessischen Landstände übertragen. In einzelnen Wahlkreisen (Mainz, Offenbach-Land) hatten sich seit Ende der siebziger Jahre schon immer wieder



Carl Ulrich, ca. 1870
(Aus: Karl Storck, Staatspräsident Carl Ulrich, 1928, S. 16.)

Sozialdemokraten – allerdings erfolglos – zur Wahl gestellt. Erst am 12. März 1885 kamen bei einer Nachwahl in Mainz der Schreiner Franz Jöst und der „Buchdruckereibesitzer Carl Ulrich“ als erste Sozialdemokraten in den hessischen Landtag.⁴⁰

Der Landtag hatte im Großherzogtum nur sehr eingeschränkte Rechte. Die seit dem 21. Dezember 1820 gültige Verfassung beschränkte sie im wesentlichen auf das Budget- und Steuerbewilligungsrecht. Ohne Beteiligung an der Regierungsbildung und damit ohne Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber einem Parlament, das mit einem Zensuswahlssystem sozial selektiv gewählt wurde, konnte man nicht wirklich von einer demokratischen Staatsform sprechen.⁴¹ Aber allein durch sein Vorhandensein bot dieser Landtag eine Bühne, auf der die Abgeordneten bei den regelmäßig im Frühjahr, nur bedarfsweise noch im Juni und Dezember stattfindenden Sitzungen zur Genehmigung des Haushalts der Regierung Fragen stellen und ihre eigene Position, ihre Vorstellungen und Forderungen vor einem durch die Zeitungsberichterstattung vermehrten Publikum artikulieren konnten.⁴²

Als Redakteur wie als Abgeordneter stritt Ulrich in der SPD auf der Seite der „Reformisten“⁴³, die zwischen Revolutionären und Revisionisten auf der Grundlage der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung Veränderungen erreichen wollten. Neben dem immer rhetorisch festgehaltenen Anspruch auf radikale Systemveränderung waren Ulrich die kleinen Schritte zur Verbesserung des „realen Kapitalismus“ (wie sie das Erfurter Programm forderte) wichtig, wie z. B. seine ständig und beharrlich im Hessischen Landtag wiederholten Anträge zur Einführung des direkten Wahlrechts und der Einheitsschule zeigen sollten. Diese praktische Politik war mehr seine Sache als der seit den neunziger Jahren die Partei in „Revolutionäre“ und „Revisionisten“ spaltende Theoriestreit zwischen Karl Kautsky und Eduard Bernstein. Ulrich hatte wohl instinktiv erkannt, dass die revolutionäre Parteihetorik vielleicht psychologisch identitätsstiftend wirkte, engagierte sich aber im Handeln stärker für politische Nahziele.⁴⁴ Auf dem Parteitag von 1902 legte Ulrich sich in seiner üblichen direkten Art mit den Theoretikern an:

„Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten und deswegen sollten die Polemiken eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker gemeinsam einsperren, bis sie sich gegenseitig aufgefressen haben.“⁴⁵

In vielen Variationen wiederholte Ulrich in seinen Landtagsreden das sozialdemokratische Credo: „Unsere Prinzipien sind revolutionär, aber wir vertreten sie nicht gewaltsam.“⁴⁶ Gemeinsam mit Eduard David schwor er die hessische Sozialdemokratie auf der hessischen Landeskonferenz in Mainz 1899 auf die Unterstützung des Bernsteinschen Revisionismus ein.⁴⁷ Die staatliche Macht sah in den Sozialdemokraten freilich nach wie vor Staatsfeinde und reagierte mit massiven polizeilichen und juristischen Verfolgungen. Zwischen 1876 und 1877 stand der Redakteur Carl Ulrich in 20 Prozessen wegen Pressevergehen (Beleidigung, Aufreizung zum Klassenhass u.ä.) vor Gericht und verbrachte bis 1879 jedes Jahr einige Wochen oder Monate in Haft, da für die Erlegung von Geldstrafen keine Mittel vorhanden waren. Auch wenn das von 1878 bis 1890 wirksame Sozialistengesetz in Hessen zumindest in den Jahren 1878 – 1884 nach Ulrichs Urteil „ziemlich leicht gehandhabt“⁴⁸ wurde, gehörten doch regelmäßige Gefängnisaufenthalte zu den Biografien der Sozialdemokraten der ersten Stunde, wie es Ulrich einer war. Im Rückblick wurden sie zu ehrenvollen Narben oder zum politischen Lehrgeld, zum Preis eben für den aufrechten Kampf stilisiert: gewissermaßen ein Adelsbrief der politischen Sozialisation. Es muss ungeheuer provozierend auf die staatstreuen, bürgerlichen Parlamentarier der 2. Hessischen Kammer gewirkt haben, als Ulrich selbstbewusst von seinen handfesten Konflikten mit Polizei und Justiz erzählte. Ulrich bekannte 1903 im Hessischen Landtag:

„Meine Herren, wir haben allerdings der Polizei manches Schnippchen geschlagen und ich sage Ihnen: Ich freue mich, wenn ich mich dran erinnere, wie ich während des Sozialistengesetzes mit meinem Freunde Orb der Polizei so manche Nase gedreht habe. Das war unser gutes Recht, das war unsere Pflicht; ich würde mich vor mir selber schämen, wenn ich es nicht getan hätte: ich sage Ihnen meine Herren, es gibt Dinge, die ich tun werde, und wenn zehn Polizisten und hundert Gendarmen mir auf dem Nacken sitzen. Wenn ich erkenne, dass etwas geschehen muss, wenn meine innerste Überzeugung fordert, eine bestimmte Handlung vorzunehmen, so wäre es ein Beweis sittlicher Verkommenheit, wenn ich es nicht täte. – Also, meine Herren, ich gestehe ganz offen, ich habe manchmal einen Entschluss gefasst, etwas zu tun, von dem ich wusste, wenn die Polizei dich erwischt, kann es sehr schlecht gehen: Meine Herren, unterm Sozialistengesetz war es verboten, dass ich Sozialdemokrat sei; neun Monate Gefängnis habe ich in Zwickau verbüßt, weil ich betätigte [!], dass ich Sozialdemokrat war; man hat mich bessern wollen, ich bin auch gebessert worden.

Dritter Präsident (unterbrechend): Das gehört nicht zur Sache, ich

möchte bitten, dass Sie sich nicht so weit ausdehnen.

Abg. Ulrich: Es ist nur eine Erklärung dafür, in welchem seelischen Zustande sich die Arbeiter befinden, wenn sie um ihre Existenz kämpfen.“⁴⁹

Bei seinem ersten „Einsitzen“ im Darmstädter Gefängnis in der Bleichstraße präsentierte Ulrich sich dem Gefängnisverwalter Dambmann als „politischer Gefangener“ und setzte durch, dass er seine eigenen Zivilkleider tragen durfte. Auch verweigerte er wegen des „rüde[n] und für mich unausstehliche[n] Ton[s]“ seiner Mitgefangenen die Arbeit in der Knopfmacherei. Bei späteren Inhaftierungen erweiterte er seine Privilegien dann darum, auf eigene Kosten eine Petroleumlampe zum Lesen bis 9 Uhr abends ins seiner Zelle brennen und sein Essen aus einer nahen Gaststätte holen zu lassen. Auch diese Erfahrungen nutzte er zu politischer Polemik:

„Verehrtester Herr, ich habe es probiert. Ich habe Gefängniskost gegessen, ich kenne es. Wenn Sie diese Kost, nachdem Sie einmal die Art der Zubereitung kennen gelernt haben, immer noch schmackhaft finden, so können Sie freilich sehr billig leben, und brauchen nicht so viel Geld auszugeben, wie heute für einen anständigen Haushalt ausgegeben werden muss.“⁵⁰

Eine längere, neunmonatige Haft 1879 funktionierte er in einen Weiterbildungskurs um:

„Für meine Selbstbeschäftigung hatte ich mehrere Bücher, darunter auch solche für englischen und französischen Sprachunterricht mitgebracht, die ich anstandslos ausgehändigt bekam. Die mir angewiesene Zelle war ziemlich geräumig und lag im sog. Kirchenbau; wegen der gesundheitlich erforderlichen Spaziergänge verständigten wir uns ebenfalls zu meiner vollständigen Zufriedenheit: ich durfte den kleinen Garten, der an der Mauer des Städtischen Krankenhauses lag, benutzen und alle 14 Tage den Besuch meiner Frau empfangen, den wir in der kleinen Laube des Gartens ungestört verbringen konnten.

Kam der Besuchstag meiner Frau, so war das ein Festtag für mich. Ich konnte mit ihr alle Angelegenheiten der Familie, des Geschäfts und der Politik besprechen, und wir rechneten immer aus, wie viel Besuchsfahrten sie noch machen mußte, bis die neun Monate herum waren. Endlich waren sie verbüßt, und der Kampf ging wieder weiter. Jedenfalls war die Absicht der ‚liberalen Männer‘, mich mürbe zu kriegen, vollständig vereitelt.“⁵¹

Die heiter-trotzige Haltung, zu der Ulrich in seinen „Erinnerungen“ seine Vergangenheit stilisiert, verdeckte allerdings im Nachhinein auch manch bittere persönliche Erfahrung. Als er wieder einmal wegen seines heftigen „Tons“ vom Landtagspräsidenten gerügt wurde, erwiderte er in einer „persönlichen Bemerkung“:

„Die Herren mögen bedenken, dass ich in ganz anderen Verhältnissen stehe, als sie alle miteinander. Ich habe meine Frau verloren durch die Verfolgung, die ich erlitten, ich bin durch sie an den Bettelstab gebracht worden, und wenn ich da etwas warm werde, so sollte man das begreifen“.⁵²

Ulrich spielte hier darauf an, dass wegen der dauernden Zeitungsverbote seine Druckerei in den achtziger Jahren keine Gewinne mehr abwarf und er einen Lebensmittelladen eröffnen musste. Dessen Hauptlast war durch seine Ehefrau zu tragen, als Ulrich Ende 1886 eine neunmonatige Gefängnisstrafe in Zwickau antreten musste. Diese Strafe war Ergebnis des sog. „Freiberger Geheimbundprozesses“, in dem führende Sozialdemokraten wegen Teilnahme an einer Konferenz in Kopenhagen 1883 als angebliche „Geheimbündler“ – wenn auch mit erheblichen Verbiegungen des geltenden Rechts - verurteilt worden waren. Mithäftlinge von Ulrich waren der Parteivorsitzende August Bebel (1840 – 1913) und Parteisekretär Ignaz Auer (1846 – 1907). Während der Haft erreichte Ulrich die Nachricht, dass seine Frau durch die Überbürdung im Geschäft und ihre gleichzeitigen Versuche, aus Frankfurt am Main ausgewiesenen Genossen zu helfen, einen Schlaganfall erlitten hatte. „Meine Frau war so recht ein Opfer des Sozialistengesetzes. Der Schlaganfall war offenbar eine Folge der Überanstrengung [...] Sie war den schweren seelischen Erschütterungen, die sie erlebte, nicht gewachsen.“ Ulrich reichte Gesuche um Hafturlaub ein, die äußerst zögerlich bearbeitet wurden. Nach Ablauf seiner Haft starb sie am 13. Dezember 1887 an einem zweiten Schlaganfall. Ulrich rechnete den frühen Tod seiner nur 43 alt gewordenen Frau dem hessischen Staatsminister (1884 – 98) Jakob Finger (1825 – 1904) zu, dem er nach Ende des Sozialistengesetzes „gebührend heimgeleuchtet“ habe. „Eine ganze besondere Ironie des Schicksals dürfte es aber gewesen sein, dass ich im November 1918 an der Stelle Fingers die Leitung der Geschäfte des Landes, die mir durch die Revolution übertragen wurde, in die Hand bekam.“⁵³

Ulrich hatte mit seiner Frau vier Kinder⁵⁴ und konnte daher auch auf diese familiäre Erfahrung zurückgreifen, als 1894 im Landtag um Fragen des Züchtigungsrechts von Lehrern gestritten wurde. Ulrich bestritt nicht grundsätzlich das Recht der Lehrer auf Körperstrafen, beklagte nur dessen „Überschreitung [...] in geradezu unverantwortlicher Weise“⁵⁵, wodurch Kinder

sogar Gesundheitsschädigungen davontrügen. Auch hier hatte er die Geistlichen, z. B. den „Herrn Pfarrer Stumpf in Offenbach“ im Visier, der aber nicht der einzige sei, von dem „in geradezu strafwürdiger Weise auf die Jungen losgehauen“ würde. Daraus entspann sich eine Debatte über schulische Prügelstrafen, in der auch Ulrich letztlich mit der Mehrheit übereinstimmte. Er forderte einerseits vom Staat, dass er „die Prügelei in der Schule zu verhindern“ habe, zumal auch hier eine Klassentrennung bestehe:

„Von den höheren Schulen, Gymnasien, Realschulen usw. höre ich nicht, dass dort mit dem spanischen Röhrchen den Kindern das Wissen beigebracht wird, wenn eine solche Klage kommt, kommt sie immer aus der Volksschule, dort scheint das Eldorado für alle Prügelpädagogen zu sein.“

Dem widersprach der Zentrums-Abgeordnete Schmitt⁵⁶ und drehte dabei Ulrichs klassenkämpferische Deutung um:

„... ich habe einen Buben von 12 Jahren auf dem Gymnasium, und höre von dort aus, dass das spanische Röhrchen auch angewendet wird. Der Unterschied scheint nur darin zu liegen, dass, wenn auf dem Gymnasium Buben sich nicht gehörig betragen und gehörige Prügel bekommen, dann von Seiten der Eltern weniger Klage erhoben wird, sondern die Eltern der Ansicht sind, dass den Buben Recht geschehen ist“.

Diesem Argument hielt Schmitts Parteifreund Wolz⁵⁷ allerdings - eher Ulrich zustimmend – entgegen,

wenn „weniger Klagen aus höheren Lehranstalten kommen als aus den Volksschulen, so möchte ich doch darauf aufmerksam machen, dass die Volksschule nicht das letzte Mittel, die ultima ratio besitzt, den Schüler zu entlassen. Wenn ein Schüler in einer höheren Lehranstalt nicht gut tun will, so jagt man ihn fort.“

Schmitt kam es auf die generelle Billigung von Körperstrafen in der Erziehung an:

„Wir sind der Ansicht, dass, wenn die Lehrer eine gehörige Züchtigung angewendet haben, sie von den Eltern darin unterstützt werden sollten. Ich sage es ganz offen, ich bin meinem Vater dankbar für jeden Hieb, den ich bekommen habe“.

Der Abgeordnete Dael von Köth⁵⁸, ebenfalls vom Zentrum, schloss sich dem an:

„Ich bin überzeugt, wir alle haben sicherlich in unserer Jugendzeit tüchtig Schläge bekommen, und es ist uns ganz gut bekommen.“

Ulrich widersprach hier, seiner Zeit verhaftet und auch persönlich ja nicht unbedingt liberal, nicht im Grundsätzlichen, nutzte aber die Gelegenheit zu einer kleinen Polemik:

„Ich habe mich auch nicht an sich gegen die Züchtigung gewendet, sondern gegen die Überschreitung des Maßes von Züchtigung [...] Wenn Herr Kollege Schmitt und Herr Dael von Köth rechte Prügel in der Schule bekommen haben, so ist das schließlich ihre Sache; wenn ihre Eltern es zufrieden waren, so war es deren Sache, und wenn es ihnen nichts geschadet hat, so ist damit doch höchstens der Beweis geliefert, dass die Lehrer, die die Herren geprügelt haben, das richtige Maß der Züchtigung nicht überschritten haben. (Heiterkeit) – Da der Abgeordnete Schmitt sich an mich persönlich gewendet hat, so will ich bemerken: ich habe drei Jungen in der Schule gehabt; der letzte wird jetzt entlassen; ich habe mich auch persönlich nie beschwert, wenn die Lehrer einen meiner Jungen, wenn sie es verdient hatten – und sie hatten es bisher immer verdient – gezüchtigt haben. Aber es ist bei meinen Jungen auch nicht vorgekommen, dass man ihnen das Nasenbein und die Ohren kaputt geschlagen hat.“

Nur der nationalliberale Abgeordnete Lautz⁵⁹ wendete sich gegen ein „Prügelsystem, durch das Kinder erzogen werden sollen zu solchen, die viel lernen und alles tun, was ihnen vorgeschrieben ist.“

Das Temperament und die Polemik, mit der Carl Ulrich agierte, schreckte vor sehr direkten Wortspielen nicht zurück, wozu ihm insbesondere der Name des Zentrums-Abgeordneten Philipp Uebel⁶⁰ leichte Gelegenheit bot.

„...selbst die Verfassungsbestimmungen darüber beweisen, dass der Herr Uebel sehr übel beraten worden ist. [...] der Artikel, den der Herr Kollege Uebel vorgelesen hat, hat ihn eigentlich selbst – nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kollege! – rechts und links geohrfeigt. (Zuruf) Das haben Sie gar nicht gemerkt? Das kommt vor! Wenn Sie der Teufel im Genick hat, das merken Sie auch nicht, aber er hat Sie doch! (Heiterkeit) Der Artikel 27 der Verfassung ist von dem Herrn Kollegen Uebel auch verlesen worden und dabei hat er den Schlusssatz so leise verlesen (Widerspruch des Abg. Uebel), dass ich im ersten Augenblick das Gefühl hatte: eben hat Uebel selbst das Gefühl, dass er sich ohrfeigt.“⁶¹

Philipp Uebel aus dem nicht weit von Offenbach gelegenen Dieburg war oft Zielscheibe für Ulrichs Ironie; vielleicht, weil Uebel, aus der katholischen Arbeiterbewegung kommend, im Werben um Stimmen auch Konkurrent sein konnte. Diese Gegnerschaft hinderte aber nicht, dass Uebel nach 1919 leitende Funktionen in hessischen Ämtern und Ministerien übertragen wurden: als Präsident des hessischen Landesernährungsamtes (1920



Carl Ulrich, ca. 1900

(Aus: Ludwig Bergsträßer (Hg.): Carl Ulrich, Erinnerungen. 1953, S. 32)

– 1922) und als Ministerialdirektor und Vorsitzender der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft im Ministerium für Arbeit und Wirtschaft (1922 – 1929) führte er Schlüsselressorts in kritischer Zeit.

Wie ein wahrhaft „roter Faden“ ziehen sich Ordnungsrufe durch das parlamentarische Lebens Ulrichs. Dem nationalliberalen Abgeordneten Philipp Winkler⁶², der „unsre Ideen [...] so als eine Art Theatercoup“ bezeichnete, hielt er entgegen: „... so wie sich in dem Kopf des Advokaten von Oppenheim die Sozialdemokratie widerspiegelt, so malt sie sich ungefähr auch wieder in dem Kopf des gescheitesten Menschen vom Zirkus.“ Darauf entspann sich folgender Dialog mit dem Parlamentspräsidenten:

„Dritter Präsident: Herr Abgeordneter Ulrich, das geht doch eigentlich zu weit. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich muss diese Ausdrucksweise als ungehörig rügen.

Abg. Ulrich: Herr Präsident, ich glaube so höflich geredet zu haben...

Dritter Präsident: Wenn jemand von Ihnen so ‚höflich‘ sprechen würde, so bin ich überzeugt, Sie würden sicher außerhalb und innerhalb des Hauses die Kraft haben, sich das entschieden zu verbitten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Ulrich: Was der Herr Kollege Winkler gegen uns gesagt hat, steht im Ton um kein Jota höher, Herr Präsident. [...] Meine Äußerung ist nur ein Hieb als Antwort auf einen Hieb, den ich erhalten habe. Ich bin gewohnt, wie ich schon sagte, zu antworten, ich habe nicht nötig, mit der Antwort hinter dem Berg zu halten.“⁶³

In manchen Wortwechseln wirkt Ulrich wie ein Vorläufer antiautoritärer Bewegungen, wenn er sich mit Äußerungen der Regierungsvertreter auseinandersetzt. So hatte der neue Innenminister von Hombergk zu Vach⁶⁴ 1910 eine Behauptung Ulrichs zurückgewiesen, dass die Regierung die politische Betätigung von Beamten je nach deren Parteirichtung mit zweierlei Maß messe, hatte dies als „Verdächtigung“ bezeichnet und für Ulrichs Wort von der „Schikane“ in diesem Zusammenhang eine Rüge des Präsidenten verlangt, die dieser auch aussprach. Darauf Ulrich:

„Abg. Ulrich: Ich habe meine Rüge weg und stelle fest, dass der Herr Minister sich erküht hat, von Verdächtigungen zu reden. (Rufe rechts: Oho! Rufe von Seiten der Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Er hat gesagt, ich hätte eine Verdächtigung gegen die Regierung ausgesprochen. Ich protestiere gegen diese Unterstellung. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Was ich gesagt habe, entspricht der Wahrheit und kann durch derartige Behauptungen nicht weggekratzt werden! (Große Unruhe,

lebhafter Widerspruch rechts, lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er muss auch gerügt werden, der Minister! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, lebhafter Widerspruch rechts, Zuruf rechts: Pfui! Anhaltenden Unruhe.)

Präsident: Diese Äußerung ist ebenfalls ungehörig, ich rufe deshalb den Herrn Abg. Ulrich zur Ordnung. (Abg. Ulrich: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident!) Über den Ordnungsruf werden Sie nicht reden! Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abg. Ulrich.

Abg. Ulrich (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage festzustellen, Herr Präsident, was der Herr Minister gesagt hat, damit auch er nachträglich eine Rüge erhält. (Lachen rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Anhaltende Unruhe. Ruf des Abg. Ulrich: Was fällt euch denn ein? Da lacht ihr drüber? Ihr lasst es euch gefallen? Ich nicht!)“⁶⁵

Acht Jahre später, am 11. November 1918, entließ Ulrich dann Hombergk zu Vach und übernahm selbst dessen Posten als Innenminister.

Gelegentlich führten die parlamentarischen Sticheleien auch zu fast komischen Wortwechseln:

„Präsident: Der Herr Abg. Ulrich hat im Verlauf seiner Ausführungen den Ausdruck gebraucht: ‚Wenn die Regierung anfangen würde, vernünftig zu werden.‘ Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch. Man muss annehmen, dass die Regierung immer vernünftig handelt. (Abg. Ulrich: Darüber kann man verschiedener Meinung sein!) Das können Sie meinen, aber nicht sagen! (Abg. Ulrich: Ich kann es auch sagen!) Nein! Außerdem haben Sie eben das Wort nicht, sondern ich rede! – Der Ausdruck ist ein ungehöriger gewesen, ich muss ihn deshalb rügen.“⁶⁶

Natürlich steckte auch in diesen Kabbeleien ein politischer Kern. Immer wieder stichelte Ulrich wider das autoritäre, parlamentarisch nicht kontrollierte System in Hessen.

Wenn es seiner Ansicht nach die Sache erforderte, scheute Ulrich auch vor parlamentarischen Grobheiten nicht zurück. Besonders scharf reagierte er immer auf antisemitische Anspielungen, wie sie der Ministerialrat Ernst Braun⁶⁷ offenbar gern von sich gab:

„Ministerialrat Braun: Ich gehöre nicht zu den Leuten, die, wenn man sie auf den einen Backen schlägt, den andern hinhalten, sondern hier bleibe ich bei dem guten Standpunkt ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ mit den Männern des alten Testaments, von deren Nachkommen ja ge-

rade bei Ihnen nicht wenige (zu den Sozialdemokraten gewendet) sich in führenden Stellungen eines hohen Ansehens erfreuen. (Große Heiterkeit)

Abg. Ulrich: Meine Herren! Die Mätzchen des Herrn Ministerialrats Braun (große Unruhe, Rufe: Oho! Und: Sehr richtig!) meine Herren, das sind Mätzchen, das sage ich offen. (Unruhe, andauerndes Klingeln des Präsidenten, während der Redner weiter spricht.)

Ich sage das dem Herrn Ministerialrat ins Gesicht, denn die Sache ist mir viel zu ernst, als dass ich derartige Sticheleien ruhig hinnehmen könnte. Jawohl, meine Herren, ich nenne das Ding beim rechten Namen. Der Herr Ministerialrat Braun versucht sehr häufig, seine faden Witze hier anzubringen, ich protestiere dagegen.

Dritter Präsident: Herr Abg. Ulrich, ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung.

Abg. Ulrich: Den Ordnungsruf habe ich verdient, Herr Präsident, aber was ich gesagt habe, ist wahr.

Dritter Präsident: Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung, Herr Abg. Ulrich.⁶⁸

Antisemitismus äußerte sich im Landtag nicht selten in Anspielungen und Unterstellungen, die beifällig-zustimmendes Lachen hervorriefen – diese verbale Ausgrenzung entsprach einem von breiten Bevölkerungsschichten geteilten kulturellen Code.⁶⁹ Ulrich reagierte darauf oft heftig und direkt, so im Sommer 1905 in einer Debatte über russische Studenten in Darmstadt. Da dies meist Juden aus dem polnischen Teil des Zarenreiches waren, hatten die Klagen und Beschwerden über diese „ausländischen“ Studenten einen stets merkbaren antisemitischen Unterton. Der SPD-Abgeordnete Eduard David⁷⁰ polemisierte gegen deren Diskriminierung, indem er die Mensurpraxis der deutschen Verbindungsstudenten als „lächerlich und ärgerlich“ anprangerte. Dagegen hatte sich der Abgeordnete Brentano – selbst ehemaliger Verbindungsstudent –, gewandt, indem er die Mensuren als „ehrliches Kampfspiel“ verteidigte und in der Frage der ausländischen Studenten zu differenzieren suchte zwischen „anständigen“ und solchen, die „moralische Schädigungen“ verursachten.⁷¹ Ministerialrat Braun sprach für die Regierung wieder in seiner bekannten Art von einer „Überflutung unserer deutschen Unterrichtsanstalten durch Ausländer“ und stilisierte dies zu einer „Ausländerfrage“ hoch.⁷² Der antisemitische Bauernbunds-Abgeordnete Philipp Köhler⁷³ sah in der Anwesenheit dieser Studenten gar eine „moralische Schädigung unseres Volkstums“. David drehte dies nun dahingehend um, dass er seinerseits das „Korps- und Verbindungswesen“

bzw. „Sauf- und Raufwesen“ der deutschen Studenten als eine lächerliche und ärgerliche Veranstaltung beschrieb, der gegenüber die ausländischen Studenten „geradezu einen moralischen Nutzen“ darstellen würden.⁷⁴ „Unangenehmes Ausländertum“ sah er dagegen provozierend in den Besuchen des Zaren Nikolaus II. in Hessen, der ja häufig seinen Schwager, den Großherzog Ernst Ludwig aufsuchte. Während dieser Besuche verstärkte die hessische Polizei die Überwachung der Opposition, wodurch – nach David – auch der hessischen Bevölkerung „eine gewisse Ahnung von dem russischen Despotismus“ vermittelt würde.⁷⁵ An dieser Stelle öffnete sich die Debatte, die ja sonst streng auf hessische Belange beschränkt war, kurz für die Außenpolitik, indem David das Zusammenschießen einer friedlichen Demonstration im Januar des Jahres 1905 in St. Petersburg als „Massenmeuchelmord“ bezeichnete.⁷⁶ Das war eine direkte Replik auf den Abgeordneten von Brentano, der seinerseits die zahlreichen terroristischen Anschläge russischer Anarchisten – in denen David „Notwehrakte“ wie die von Schillers „Wilhelm Tell“ sah⁷⁷ – als „Massenmord“ bezeichnet hatte.⁷⁸ Der antisemitische Bauernbunds-Abgeordnete Karl Hirschel⁷⁹ führte die scharf gewordene Auseinandersetzung dann wieder auf das Thema der russisch-jüdischen Studenten zurück und heizte sie durch Beispiele von angeblicher Unsittlichkeit der russischen Studenten noch an: die „jüdische Studentin Baerson“ sei von der Polizei mit zwei „russischen studierenden Jünglingen [...] in Abwesenheit sämtlicher Kleider im Bett“ vorgefunden worden. „Wir verwahren uns dagegen, dass solches Gesindel unseren Studenten als Vorbild vorgehalten wird.“⁸⁰ – Nun griff Carl Ulrich, der auf Brentanos Bemerkung über „Massenmorde“ nur mit dem Zwischenruf „Geschmackssache“ eingegangen war, in die Debatte ein:

„Abg. Ulrich: Meine Herren, was zunächst die Ermangelung jeden Kleidungsstückes bei der Dame anlangt, so kann ich sagen, dass die Übung deutscher Studenten oft noch viel weiter gegangen ist. [...] Also seien Sie gut und verschonen Sie uns mit derartigen völlig deplatzierten Dingen, zumal Sie, Herr Kollege, recht gut wissen, dass nicht bloß russische Juden gewisse Menschenleiber ohne Kleider lieber sehen als mit Kleidern, sondern auch andere Herren, zumal Sie wissen, dass es genauso gut hier solche Leute gibt wie die, von denen Sie gesprochen haben. Sie haben es angeregt und so empfangen Sie von mir die Antwort. Wenn Sie aber wünschen, dass ich deutlicher werden soll, Herr Kollege, so kann ich mich auch noch deutlicher ausdrücken.

Präsident (unterbrechend): Herr Abgeordneter Ulrich, das gehört nun absolut nicht zur Sache. Ich muss Sie auffordern, sich an die Sache zu

halten. Dazu habe ich Ihnen das Wort gegeben, nicht zu solchen Ausführungen, wie Sie sie machen, die unzulässig sind und dem Anstand nicht entsprechen.

Abg. Ulrich: Ich gebe das zu; aber wenn wieder von Herrn von Brentano ein Entrüstungsturm entsteht und von allen miteinander mitgemacht wird, und wenn die Herren belieben, die jüdischen Studentinnen ohne Kleider anzuführen, so erlaube ich mir, Herrn Hirschel zu erwidern.

Präsident (unterbrechend): Sie wiederholen das, wogegen ich eben gesprochen habe. Das ist ungehörig.

Abg. Ulrich: Ich unterstreiche das, Herr Präsident. Es hat etwas Gutes, wenn man das unterstreicht.“

Ulrich fügte wenige Augenblicke später noch eine – diesmal ungerügte – Bemerkung an, mit der er an seine schon im Februar des Jahres aufgenommene Polemik gegen den Abgeordneten Brentano anknüpfte. Ganz in der Art der von ihm aufgespießten antisemitischen Witzeleien spielte er auf die – allerdings schon fast 200 Jahre zurückliegende – italienische Herkunft des Abgeordneten von Brentano di Tremezzo an, der sich Adel und italienischen Namenszusatz übrigens erst 15 Jahre vorher hatte juristisch bestätigen lassen.⁸¹

„Meine Herren, nun hat wiederum Herr von Brentano ‚di Tremezzo‘ beliebt, den ganz besonderen deutschen Standpunkt herauszukehren, sich ganz besonders als berufenen Vertreter des einzig echten Germanentums aufzuspielen. Ich muss es seiner eigenartigen Auffassung, sich als berufener Trompeter des Deutschtums vorzustellen, überlassen, sich einmal darüber klar zu werden, welche Rolle gerade er als Trompeter des Deutschtums spielt.“⁸²

3. Regierungskritiker und Regierungschef

Immer wieder stellte Ulrich die Regierung als einseitige Interessenvertreterin bestimmter Schichten dar. Eine Äußerung des Innenministers von Hombergk zu Vach, der die Nichtbestätigung gewählter sozialdemokratischer Beigeordneter und Bürgermeister rechtfertigte – „Insofern gebe ich Ihnen zu, dass die Regierung die Geschäfte der staatsbehaltenden Parteien leitet, dazu ist sie eben da, denn sie ist zur Hüterin von Gesetz und Ordnung bestellt“⁸³ – kommentierte Ulrich:

„Ich bin dem Herrn Minister aus vollem Herzen dankbar für die Offenheit, mit der er sich und die Regierung als die Geschäftsführer der besitzenden Kreise des Landes selbst vorgestellt hat; dafür bin ich ihm dankbar.“⁸⁴

Als er wenig später verschärfte: „Meine Herren, als der Herr Minister von Hombergk zu Vach die Ausführungen machte, worin er sich als Kommis der besitzenden Klasse selbst bezeichnete“, griff der Präsident ein:

„Dritter Präsident: Herr Abgeordneter, Sie haben den Herrn Minister des Innern als Kommis der besitzenden Klassen bezeichnet. Dieser Ausdruck ist durchaus ungehörig, ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Ulrich (fortfahrend): Herr Präsident, ich habe nicht den Minister so bezeichnen wollen, ich habe den Eindruck gehabt, dass er sich selbst so bezeichnet hat. Ich habe vorhin schon einmal von ihm als dem Geschäftsführer der Mehrheit des Hauses gesprochen.

Dritter Präsident: Wenn Sie vorhin davon gesprochen haben, dass der Herr Minister der Geschäftsführer der Parteien sei, so bedauere ich, dass ich das nicht gehört habe; ich halte auch diesen Ausdruck für unzulässig, und würde, wenn ich ihn gehört hätte, Sie vorhin schon zur Ordnung gerufen haben.

Abg. Ulrich (fortfahrend): Ja, wenn der Herr Präsident die Bezeichnungen Geschäftsführer und Kommis als nicht zulässig auffasst, dann möchte ich ihn bitten, mir eine parlamentarisch zulässige Bezeichnung für die Erklärung des Herrn Ministers zu sagen. (Heiterkeit.) Solange ich eine solche parlamentarisch zulässige Charakterisierung nicht habe, bin ich allerdings in der unangenehmen Lage, dass ich fortgesetzt das Damoklesschwert des Ordnungsrufes über meinem Haupte schweben sehe.“⁸⁵

Diese grundsätzliche Kritik am System machte natürlich ein Zusammentreffen zwischen dem Monarchen und dem – wenn auch gewaltfreien – Revolutionär zu einem besonderen Ereignis. Dreimal trafen Ulrich und der Großherzog vor 1918 zusammen, und zwar bei „parlamentarischen Abenden“, zu denen der Landtagspräsident Wilhelm Haas⁸⁶ die Abgeordneten und den Großherzog eingeladen hatte. Am 7. März 1901 unterhielten sich Großherzog Ernst Ludwig und Carl Ulrich länger und Ulrich notierte in seinen „Erinnerungen“, dass er „die objektive Auffassung des Großherzogs recht beachtlich“ fand. Das Treffen wurde als überregionale Sensation durch die Zeitungen ausführlich berichtet. Die konservativen Blätter tadelten den Großherzog für seine Annäherung an den „staatsfeindlichen“ Sozialdemokraten, sahen dies als „unzulässig“ oder sogar „unverantwortlich“ an. Carl Ulrich seinerseits musste von eigenen Parteigenossen Kritik als vermeintlich monarchiegläubiger „Hofgänger“ einstecken, ein Berliner Parteigenosse verlangte sogar den Parteiausschluss Ulrichs. Beim nächsten Zusammentreffen Ulrichs mit dem Großherzog ein Jahr später spielten beide auf diese Reaktionen an: „Herr Abgeordneter, unsere

vorige Unterhaltung wäre Ihnen ja beinah übel bekommen“, worauf Ulrich konterte: „Das war nicht gefährlich – aber Ihnen wollte man ja von gewisser Seite ein Regiment Soldaten nach Darmstadt schicken, damit ‚sowas‘ nicht mehr vorkommt.“ Lachend gingen beide auseinander. Ein drittes Treffen am 23. Januar 1908 endete freilich nicht so harmonisch, weil Ulrich Straßendemonstrationen in Berlin verteidigte.⁸⁷

Auch aus diesen Begegnungen konnte Ulrich aber wieder parlamentarischen, zumindest rhetorischen Gewinn schlagen. Bei einer seiner häufigen Kontroversen mit dem Abgeordneten Philipp Übel stilisierte Ulrich den Großherzog schon zum Kronzeugen einer künftigen republikanischen Entwicklung:

„Wir gehen den Weg des offenen Kampfes und dabei bewege ich mich durchweg auf dem verfassungsmäßigen Boden. Herr Kollege Uebel hat, als ich ihm zurief, nach seiner Auffassung genüge es ja, wenn man nur schön lammfromm mit allem zufrieden sei, was die Regierung wolle – er entwickelt sich ja ganz schön zu dieser Sorte von Menschen, ganz allmählich wird er immer frommer, immer lammfrommer der Regierung gegenüber – als ich ihm zurief: natürlich, das ist der Byzantinismus! Da hat er es für geschmackvoll gehalten, mir zu sagen, ich hätte mich so wohl gefühlt, als Seine königliche Hoheit mit mir gesprochen hätte. Meine Herren, ich darf Ihnen sagen: Ich habe mich damals nicht wohler gefühlt, als jetzt. Ich fühle mich jetzt wohl und fühlte mich damals ebenso wohl. Ich habe Seiner Königlichen Hoheit nicht eine einzige Annehmlichkeit gesagt. Was ich Seiner Königlichen Hoheit gesagt habe, das habe ich ihm als Sozialdemokrat gesagt und ich habe bei dem Landesfürsten von Hessen mehr Verständnis für unsere Ideen gefunden, als bei Ihnen vorhanden ist. (Abg. Raab⁸⁸: Hörst, hörst!) Der Fürst, mit dem ich gesprochen habe, hat von mir gar nicht verlangt, dass ich meine republikanische Gesinnung auch nur im mindesten verleugnen solle. (Abg. Raab: Hörst, hörst!) Der Mann hat gewusst, wer ich bin, und er als historischer Faktor unserer Verfassung ist auch von mir entsprechend meiner Stellung als Republikaner geachtet worden. Meine Herren, der Republikaner fürchtet sich nicht, mit dem Monarchen zu sprechen: er ist der Meinung, dass es sehr gut wäre, wenn den Herren von Gottes Gnaden, wie sie sich nennen, es einmal durch einen Republikaner gesagt würde, was dem Volke Not tut. Der Republikaner ist der Meinung, dass das Parkett ihn nicht geniert, dass er auf dem Parkett nicht ausgleitet, dass er der alte bleibt und als solcher dem Fürsten sagt, was er für notwendig hält. [...]

Meine Herren, Treue gegen Treue. Ich habe den Mut, dem Großherzog, dem ich diese Treue geschworen habe,⁸⁹ sie zu halten und wenn es Zeit ist, das zu sagen, was ich als Republikaner für richtig halte. Ich würde meine Treue soweit treiben, Seiner Königlichen Hoheit, wenn ich sähe, das gesamte Hessenvolk stände in seiner großen Mehrheit auf dem Boden der Republik, entsprechend meinem Eide zu sagen: Königliche Hoheit, Treue gegen Treue: es wäre gut, wenn Sie Republikaner würden. Ich weiß nicht, ob die Herren das begreifen, ich weiß nicht, ob Sie eine Ahnung von diesen Ideen haben. (Abg. Raab: Das begreifen sie nicht!) Aber mir kommt es vor, als wenn Sie, Bourgeois bis auf die Knochen, von solchen Idealen gar keinen Begriff haben. Nun, meine Herren, ich will Ihnen sagen, dass der Großherzog von Hessen diesen Standpunkt begreift, und dass er diesen Standpunkt in den Unterredungen, die ich mit ihm gehabt habe, sehr wohl verstanden hat. Wenn Sie ihn nicht verstehen, so ist das Ihre Schuld und nicht die meinige.“⁹⁰

Angesichts der späteren Entwicklung bekommen diese und andere Äußerungen den vielleicht unverdienten Rang von Vorausdeutungen. Sie beleuchten in jedem Fall aber die Unbeirrbarkeit, mit der Ulrich an seinen Prinzipien und seinen Zielen festhielt. Besonders ironisch wirkt hier ein Schlagabtausch, den er sich 1896 in einer Debatte lieferte, in der es darum ging, dass Sozialdemokraten aus politischen Gründen nicht als Lehrer eingestellt wurden. Der nationalliberale Abgeordnete Arnold Bergsträßer⁹¹ stellte fest: „So wenig wir Sozialdemokraten in der Armee haben wollen, so wenig wollen wir sie im Lehrerstande“, denn man könne nicht voraussetzen, dass sie „zur Unterstützung der Bestrebungen für die Festigung der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung“ bereit seien. Sein Parteifreund Arthur Osann⁹² sekundierte mit der Bemerkung, man könne von Sozialdemokraten nicht erwarten, dass sie „zur Erziehung im religiösen, sittlichen und im nationalen Sinne“ bereit seien,⁹³ - die Erinnerung an den Fall David war jedem im Hause deutlich. Diese wünschenswerte Klarstellung einer einseitigen Auslegung der Beamten Gesetze hatte Carl Ulrich am Vortag bei der Aussprache über den Haushaltsansatz „die Gehalte der Volksschullehrer betreffend“ provoziert, als er kritisierte, dass die Zahlung von Alterszulagen an die „tadellose Führung“ der Lehrer geknüpft sein sollten, was er als politische „Wohlverhaltensklausel“⁹⁴ interpretierte. Daraus ergab sich folgender Wortwechsel:

„Abg. Ulrich: Meine Herren, ich bin der Meinung, tadellos ist auch der Lehrer, der sozialdemokratisch ist, wenn er seine Pflichten als Lehrer erfüllt. (Heiterkeit).

Abg. Schroeder:⁹⁵ Sie sind glücklicher Weise nicht Minister!

Abg. Ulrich: Ich bin nicht Minister, Herr Kollege, Sie sind es aber auch nicht, und die Herren Minister, die im Augenblick im Amt sind, bleiben nicht ewig darin, sie sind Menschen wie andere. Im Augenblick sind die Herren Minister [...] wohl ungefähr der Meinung, die der Kollege Osann ausgesprochen hat. Wie aber nun, wenn wieder einmal ein Ministerium Dalwigk⁹⁶ kommen würde. Es ist ja alles schon dagewesen. (Zuruf: Oder ein Ministerium Ulrich?) Das pressiert noch nicht, wir sind noch nicht so weit, wir arbeiten aber darauf hin, es zu bekommen (Heiterkeit).⁹⁷

Als 23 Jahre später tatsächlich ein „Ministerium Ulrich“ in dem nun demokratischen „Volksstaat Hessen“ entstanden war, geriet Ulrich diesmal mit dem gleichnamigen, ebenfalls für die Nationalliberalen in den Landtag gewählten Sohn Arthur Osann⁹⁸ (nun DVP) aneinander. Ulrich änderte auch als Ministerpräsident seine drastische Art zu reden nicht, was ihm der Abgeordnete Osann vorhielt:

„Abg. Osann: Nur das eine ist mir verständlich, wenn ich mir die Psychologie des Herrn Ministerpräsidenten vergegenwärtige, dass ihm manchmal die Pferde durchgehen und dass er vielleicht selbst nachher seine Worte bedauert. Es ist nicht das erste Mal, dass das der Fall ist. Wir, die wir länger in der Kammer gewesen sind, wissen das und sind ja auch bereit, dem Herrn Ministerpräsidenten nach der Richtung mildernde Umstände zuzubilligen. (Heiterkeit) Aber meine Herren, es dient dem Einvernehmen, zu dem wir alle berufen sind, wenn der Ton, wie ihn der Herr Ministerpräsident anschlägt, gemäßigt werden möge. [...] Jetzt hat er den Platz [als Abgeordneter – TL] eingenommen, auf dem ihm auch der scharfe Ton nicht übel genommen werden wird. Wir werden also seine Erwidern erwarten.“

Abg. Ulrich: Der Ton soll es gewesen sein, der den Herrn Kollegen Osann besonders unangenehm berührt hat. Eigentlich habe ich nur herausgeantwortet, so wie er in den Wald hineingerufen hat. [...] Wenn ich mich dann und wann einmal im Ton etwas vergriffen habe als Abgeordneter, habe ich keinen Anlass genommen, das nicht zuzugestehen. Aber in diesem Fall habe ich mich nicht einmal im Ton vergriffen, sondern nur zurück ‚getönt‘, was mir entgegen ‚getönt‘ worden ist. Glauben Sie nicht, dass ich als Ministerpräsident anders reden werde als früher, das können Sie nicht glauben und Sie werden kein Glück damit haben. [...] Ich habe nur zu wünschen, dass mein Ton dazu führt, den Herren, denen es angeht, jene Kreise, die immer noch nicht begreifen,

dass Revolution gewesen ist, klar zu machen, dass wir nicht spielen lassen mit uns.“⁹⁹

Dieses gespannte Verhältnis zum jeweiligen Parlamentspräsidenten galt übrigens auch, als seit 1919 der Parteifreund Bernhard Adelung Landtagspräsident war; auch ihn brachten die Temperamentsausbrüche Ulrichs öfter dazu, seinen Staatspräsidenten „zur Ordnung“ rufen zu müssen,

„was er dann mit Schmunzeln über sich ergehen ließ. Das eine oder andere Mal, wenn ich bei hitzigen Debatten bemerkte, wie sich seine Erregung bedenklich zu steigern begann, übersah ich sogar seine Wortmeldung, um so die Aussprache ohne Schaden zum Abschluss zu führen. Das brachte ihn dann allerdings in Harnisch, und nachträglich ergoss sich die Schale seines Zornes privatim über mein schuldiges Haupt ob meiner verfassungswidrigen Eigenmächtigkeit. Unsere Freundschaft aber erfuhr dadurch keine Beeinträchtigung.“¹⁰⁰

Hier kann nicht auf Carl Ulrichs parlamentarische Tätigkeit als Offenbacher Stadtverordneter oder als Reichstagsabgeordneter gleich ausführlich eingegangen werden. In beiden Gremien wusste er sich aber mit den gleichen Mitteln zu behaupten und durchzusetzen. Auf örtlicher Ebene waren die konservativen Bastionen fast noch schwerer aufzubrechen als im Landtag. Erst 1895 konnte Ulrich in der Industriestadt Offenbach als Stadtverordneter gewählt werden, weil bis dahin die Wahlteilnahme der Arbeiter gezielt dadurch behindert wurde, dass sie ihre Steuer- und Wahlabsichtserklärungen nur während der Arbeitszeit abgeben konnten, durch politisches Engagement also Lohn verloren. Weil auch die zahlreichen Arbeitslosen, die als städtische Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt wurden, als „Unterstützungsempfänger“ zählten und diese vom Wahlrecht per Gesetz ausgeschlossen waren, hatten in der Arbeiterstadt Offenbach immer die bürgerlichen Nationalliberalen die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, was Ulrich als „Klassenkampf“ des „liberalen Bürgertums“ interpretierte.¹⁰¹ Erst nach mehrjähriger „Agitation“, also Aufklärung und Motivation der Arbeiter, ihr Wahlrecht wahrzunehmen und für ihre, also die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, konnte Ulrich gewählt werden. Sein Empfang in der ersten Stadtverordneten-Sitzung im Januar 1896 bestand darin, dass ihm durch den Oberbürgermeister Brink¹⁰² ein Sitzplatz verweigert wurde. Durch weiteres beharrliches „Agitieren“ konnte Ulrich aber die Wähler aus der Arbeiterschicht so mobilisieren, dass 1898 nunmehr 16 sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt wurden (gegen 19 bürgerliche); nun endlich gelang es, die diskriminierende Ausschließung der städtischen Arbeiter vom Wahlrecht zu beseitigen.¹⁰³ Mit sozia-

len Verbesserungen traten die sozialdemokratischen Stadtverordneten für ihre Klientel ein: unentgeltliche Geburtshilfe, unentgeltliche Bestattung, billigeren Kohlen im Winter, Erhöhung der Lehrergehälter u.a.¹⁰⁴ 1898 gelang es ihnen, vor dem Hintergrund eines Bestechungsskandals, den die Nationalliberalen vertuschen wollten, Stimmengleichheit in der Stadtverordnetenversammlung zu erreichen, 1904 aber schafften sie sogar die absolute Mehrheit, wohl zum ersten Mal in einer deutschen Kommune des Kaiserreichs.¹⁰⁵ Ulrich spielte nun mit dem Gedanken, sich bei der für 1907 anstehenden Bürgermeisterwahl aufstellen zu lassen, denn es schien, als ob die hessischen Regierung von ihrer – von Preußen stets praktizierten und geforderten – Linie der Nichtbestätigung sozialdemokratischer Kommunalbeamter abgehen würde, hatte sie doch Ulrichs Parteigenossen Leonhard Eißnert 1906 als unbesoldeten Beigeordneten in Offenbach bestätigt. Der darauf durch die hessischen Nationalliberalen entfachte Proteststurm ließ sie aber von dieser Wendung schnell wieder Abstand nehmen, so dass Carl Ulrich seine Absichten als aussichtslos einschätzte. Er setzte dann in seiner Partei, in der die Mandatsträger aus dem Arbeiterstand nicht in der Mehrheit waren, die Unterstützung von Andreas Dullo (1862- 1942) durch, der dem linken Flügel der Freisinnigen angehörte.¹⁰⁶

Ab 1890 war Carl Ulrich dann bis 1930 – von einer dreijährigen Unterbrechung (1903 – 1906) abgesehen – auch noch Reichstagsabgeordneter. Da bis 1906 den Reichstagsabgeordneten keine Diäten bewilligt wurden, musste den damit gezielt benachteiligten Sozialdemokraten, die wie Ulrich „aus der Provinz angerückt“ waren, von der Fraktion ein Anwesenheitsgeld von 3 Mark gezahlt werden. Immerhin konnte Ulrich aber nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 den ungeliebten „Spezereiladen“ aufgeben und sich nun verstärkt der Arbeit in Redaktion und Druckerei, vor allem aber auch im Landtag widmen. Im Reichstag gehörte er wohl eher zu den Hinterbänklern, trat jedenfalls auch nach Einschätzung enger Freunde „weniger stark hervor“.¹⁰⁷ Wenn er das Wort ergriff, dann wurde er konkret, brachte persönliche Erfahrungen ein, wie in seinem schon zitierten Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung 1891. Bei anderer Gelegenheit brach wiederum sein polemisches Temperament durch, wie in der Reichstagsdebatte vom 27. November 1902. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten heftig gegen die von den Großagrariern und der Schwerindustrie gewünschte Erhöhung der Schutzzölle gesprochen, weil sie Preiserhöhungen für Massengüter wie Nahrungsmittel und Markenartikel befürchteten. Der Abgeordnete Ulrich handelte sich dann wegen der Bezeichnung „Räuberbande“ einen Ordnungsruf ein. Danach sprach er nur noch allgemein von einem „Raubzug, der um so bedenklicher ist, als gewisse Leute, die ihn veranlas-

sen, dabei noch die Miene des Biedermannes aufsetzen und tun, als wenn sie die Vaterlandsliebe mit Löffeln gefressen hätten“. Wie er sich später gern erinnerte, sandten ihm einige seiner Odenwälder Wähler zur – symbolischen – Unterstützung einen kräftigen Eichenstock in den Reichstag.¹⁰⁸ Ansonsten hielt er sich an die Linie der Mehrheitsfraktion, auch in der Frage des Kriegseintritts 1914, als er die „Burgfriedenspolitik“ seiner Partei unterstützte.¹⁰⁹

33 Jahre nachdem der Republikaner Ulrich Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden war, konnte er an der Realisierung seines politischen Lebensziels mitwirken, dass nämlich aus dem Großherzogtum eine Republik, der „Volksstaat Hessen“ wurde. Am 30. April 1917 hatte Ulrich – wie in allen Landtagsperioden vorher auch¹¹⁰ - die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Landtags- und Kommunalwahlen beantragt, mit dem Ergebnis, dass ein 14köpfiger Verfassungsausschuss zur Bearbeitung des Antrags eingesetzt wurde, - ein übliches parlamentarisches Verfahren zum Hinausschieben eines Ergebnisses. Als ein Jahr später, am 26. Oktober 1918 Staatsminister Karl von Ewald „die Bereitschaft von Großherzog und Regierung zur alsbaldigen Beratung und Verabschiedung der geforderten Reformen signalisierte“, war die revolutionäre Entwicklung aber schon über die Möglichkeit legaler Veränderungen hinweggegangen. Sogar Großherzog Ernst Ludwig notierte: „Der Rechtsstaat muss wieder erstehen. Ob er Republik oder Monarchie heißt, ist einerlei.“¹¹¹ Durch die militärische Katastrophe beschleunigte sich die Entwicklung von Tag zu Tag. Nach dem Rücktritt der Regierung Ewald noch am 26. Oktober forderte der Landtagsabgeordnete Ulrich am 7. November eine parlamentarische Staatsordnung. Am 8. November wurde vom Großherzog ein Staatsrat eingesetzt, der bereits am Folgetag überflüssig geworden war: Am Morgen des 9. November hatte der Hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat den Großherzog für abgesetzt und das Großherzogtum zur freien sozialistischen Republik erklärt.

Carl Ulrich, der auch am 8. November auf einer Offenbacher Volksversammlung die Einführung eines rein demokratischen Regierungssystems gefordert hatte, legte dem Großherzog die Abdankung nahe. Obwohl dieser sie verweigerte, führte Ulrich aber den vom Arbeiter- und Soldatenrat der SPD-Landtagsfraktion erteilten Auftrag weiter, eine Übergangsregierung zu bilden, in die er auch Abgeordnete der DDP und des Zentrums berief.

Die Massenbewegungen in den Straßen hatten Ulrich „lebhaft an einzelne Illustrationen aus Büchern über die französische Revolution 1789“ erinnert.¹¹² Im Gegensatz dazu erfolgte allerdings die Ablösung der Regierung

ohne Blutvergießen. Nur in Ulrichs langjährigem Wohn- und Wirkungsort Offenbach kam es zu einem gewalttätigen Zusammenstoß, dem sog. „Offenbacher Karfreitagssputsch“ am 18. April 1919. Eine von der örtlichen KPD und USPD gegen die sozialdemokratisch geführte Reichs- und Landesregierung initiierte Demonstration von etwa 1.000 Menschen zog vor die Kaserne, in die am Vortag auf Anforderung des aus SPD und DDP gebildeten Offenbacher „Volksrats“ eine Kompanie Reichswehr eingerückt war. Beim Versuch, die Kaserne zu stürmen, flog eine Handgranate, die Soldaten schossen mit einem Maschinengewehr in die Menge, es gab 17 Tote und 26 Verletzte.¹¹³

In der Landeshauptstadt setzte Ulrich am 10. November 1918 den Rücktritt der großherzoglichen Minister nur mit dem Pathos revolutionärer Gewalt-Androhung durch, indem er dem „aufgeregten“ nationalliberalen Abgeordneten Arthur Osann, der eine „Rechtsgrundlage“ für das Handeln Ulrichs und der sozialdemokratischen Fraktion vermisste, vom Fenster des Landtags „auf die im Hofe des Landtagshauses stehenden Soldaten mit ihren Kanonen und Maschinengewehren“ zeigte und sagte: „da unten steht das zur Zeit gültige Recht mit der dazu nötigen Macht. - Das verdutzte Gesicht dieses Herren sehe ich heute noch.“¹¹⁴

Großherzog Ernst Ludwig konnte mit der revolutionären Situation – Carl Ulrich hatte es vorausgesehen – souveräner umgehen. Am 9. November 1918 hatte Ulrich ihm „ruhig, aber bündig“ ins Gesicht gesagt, „dass es das beste sein würde, wenn er abdanken würde“. Dies verweigerte Ernst Ludwig zwar, sprach aber gleichwohl am 12. Februar 1919 der neu gewählten hessischen Volkskammer die „aufrichtigsten Wünsche“ aus und bedankte sich bei Ulrich „für die würdige Art und Weise“, mit der er die revolutionäre Umwandlung „geführt“ hatte, „ohne andere Härten als die durchaus notwendigen“.¹¹⁵

Nicht ohne innere Befriedigung dürfte Ulrich dagegen die ohnmächtigen schriftlichen Proteste der großherzoglichen Minister gegen ihre erzwungene Amtsniederlegung entgegengenommen haben, hatte er doch vor deren Amtsgewalt als Landtagsabgeordneter oft, wenn auch streitbar, zurückweichen müssen. In der Praxis bemühte er sich um einen möglichst geordneten Übergang zur Demokratie. Der durch Zuwahlen aus lokalen Räten erweiterte Arbeiter- und Soldatenrat der hessischen Republik bildete seit dem 9. Dezember 1918 als „Hessischer Volksrat“ ein Ersatzparlament. Es übertrug seine revolutionäre gesetzgebende Gewalt auf die am 26. Januar 1919 erstmals allgemein und gleich von den über 20jährigen Männern und Frauen gewählte Hessische Volkskammer, in der die SPD mit 44,5% stärkste Fraktion wurde.

Trotz dieser starken Mehrheit – die die Partei freilich in den folgenden Landtagen nicht behaupten konnte – strebte Ulrich sowohl in der Regierungsbildung wie in der auszuarbeitenden Verfassung nicht danach, seine in 30 Landtagsjahren immer wieder betonten sozialistischen Absichten durchzusetzen. Er berief in seine Regierungen auch Minister von DDP und Zentrum, denn die seit 1921 auf knapp 30% zurückgehenden Anteile der SPD an den Stimmen erforderten den politischen Kompromiss.



Carl Ulrich vor dem Hessischen Landtag in Darmstadt, 1923.
Handschriftliche Widmung: „Der Socialismus erobert die Welt!
Drum wählt socialdemokratisch! Carl Ulrich.“

Die endgültige Verfassung vom 9. Dezember 1919 löste nach fast 100 Jahren die großherzogliche von 1820 ab. Die republikanische Verfassung enthielt weder sozialistische noch die von der politischen Rechten gewünschten berufsständischen Elemente. Auch auf die Neuordnung des Schulwesens wurde verzichtet, allerdings mit Rücksicht auf die neue Reichsverfassung. Diese, die schon am 11. August 1919 in Weimar verabschiedet worden war, schaffte die sozial exklusiven „Vorschulen“ zugunsten der gemeinsamen Grundschule ab, ließ zwar keine kirchliche Schulaufsicht mehr zu, wohl aber Konfessionsschulen und – wohl eher zu Ulrichs Missfallen - den Religionsunterricht. Die weitergehenden hessischen Schulgesetzentwürfe mussten zurückgenommen werden; es blieb aber bei der „vollständigen Gleichsetzung der Lehrerinnen“, die nun nicht mehr bei Heirat aus dem Dienst ausscheiden mussten. Während für die Volksschulen, auch durch die Mitwirkung von Lehrern und Eltern in den Schulvorständen, eine gewisse Demokratisierung erreicht wurde, blieb sie bei den Gymnasien aus.¹¹⁶

Allerdings konnte der Bau einer neuen Gesellschaft in den bewegten Jahren nach dem Kriegsende wahrlich keine Priorität beanspruchen. Dringender waren andere Fragen. Von der Bevölkerung des Deutschen Reiches wurden die dem Kriegsverlierer im Versailler Vertrag abgeforderten Leistungen, die Gebietsabtretungen, vor allem aber die Reparationen sowie die Zuweisung der alleinigen Kriegsschuld als politisch tief wirkende Belastung und Kränkung empfunden. Der Volksstaat Hessen hatte zusätzlich noch unter der französischen Besetzung nicht nur der entmilitarisierten Zone auf der linken Rheinseite (also der Provinz „Rheinhessen“), sondern auch in dem „Brückenkopf“ Mainz zu leiden, zu dem neben dem Kreis Groß-Gerau auch Teile der Kreise Offenbach und Darmstadt gehörten. Im Frühjahr 1919 befürchtete die Regierung Ulrich sogar die Ausdehnung der französischen Besetzung, falls das Reich die ihm in Versailles aufgedrückten Friedensbedingungen nicht annehmen würde und bereitete eine eventuelle Verlegung der Regierung von Darmstadt nach Gießen vor,¹¹⁷ wie einst in Zeiten des Dreißigjährigen Krieges von 1630 – 49 praktiziert. Die französische Besetzung führte zu Reisebeschränkungen, die an der Demarkationslinie den politischen Neuaufbau und den Wirtschaftsverkehr erheblich behinderten. Diese bis 1930 dauernde Besetzung beeinträchtigte etwa ein Drittel der Bevölkerung und wirkte stärker als die Putschversuche des rheinischen Separatisten Dorten 1919 oder der reichsweite Kapp-Putsch 1920, die beide mit dem Mittel des Generalstreiks rasch und erfolgreich beendet werden konnten.

Von den Versorgungsengpässen unmittelbar nach Kriegsende konnte Hessen relativ rasch zu einer Normalität zurückkehren, die sich im drastischen Sinken der Arbeitslosenzahlen von 15.000 (1920/21) auf weniger als 1.000 (1922) ausdrückte. Radikal sozialistische Parolen fanden wenig Anklang, wie der Wahlausgang schon 1921 zeigte: USPD und KPD kamen zusammen auf 7,7%; die SPD fiel auf 32%, konnte aber mit DDP und Zentrum gemeinsam unter Staatspräsident Ulrich eine Regierungskoalition bilden, die auch bei den nächsten Wahlen 1924 und 1927 hielt. Die Republik ablehnende oder ihr feindliche Parteien wie der antisemitische Hessische Bauernbund, die DNVP oder die seit 1924 antretende NSDAP erreichten aber immerhin zusammen 33% der Stimmen. Kompromisscharakter zeigte der Umgang der republikanischen Regierung mit dem adligen Großgrundbesitz, den man wie die Fideikommissvermögen nicht enteignete, sondern aus dem lediglich Pachtgrundstücke an bäuerliche Siedler gegeben wurden. Die Auseinandersetzung mit dem Großherzogshaus über die Höhe der Abfindungsrente zog sich bis 1934 hin.

Schwieriger als die alte staatliche Ordnung abzulösen, war es, die Werte der neuen Republik in den Köpfen zu verankern. Symptomatisch für die Einstellung zur Republik war schon, dass die Parteien sich nicht auf einen Feiertag als Symbol des politischen Neuanfangs einigen konnten. In zwei großen Landtagsdebatten wurde im Grunde weniger über die Feiertage als über die Einstellung zur republikanischen Staatsform gestritten. Der Ausgang der Debatten zeigte eindeutig, dass die Vertreter des Neuen, d.h. der republikanischen Gegenwart sich in der Minderheit befanden. Der 1. Mai, den die internationale Arbeiterbewegung seit 1889 als Feiertag forderte, konnte in der Verfassungsgebenden Volkskammer mit einer relativen Mehrheit der SPD immerhin für das Jahr 1919 eingeführt werden. Als das Thema im April des Folgejahres wieder aufgenommen wurde, waren dafür kaum noch Chancen abzusehen, da ein ähnlicher Antrag der SPD in der Nationalversammlung bereits gescheitert war. Ende November kam es dann zu einer dreitägigen (25. / 26. November und 1. Dezember 1919) Debatte über einen Erlass der Landesregierung, den Beamten für den 9. November auf Antrag Urlaub für die Teilnahme an Revolutionsfeiern zu gewähren. Die DVP-Abgeordneten hielten dem provozierend eine Anfrage entgegen, ob das auch für die Beamten gelte, die den 18. Januar, den Tag der Reichsgründung und Kaiserproklamation von 1871 begehen wollten. Der 9. November wurde in dieser „Schlüsseldebatte“ von der politischen Rechten als „nationaler Trauertag“, ja sogar als „das größte Verbrechen, das jemals am deutschen Volke vollbracht worden ist“ (Prälat Diehl) gebrandmarkt;

selbst ein Abgeordneter der mit der SPD regierenden Zentrumsparterie konnte darin allenfalls ein „Unglück, das einmal geschehen ist“ erblicken, während nur SPD-Redner ihn als „Festtag“ sehen wollten.¹¹⁸ Erst ganz zum Schluss der Auseinandersetzung meldete sich Carl Ulrich zur Wort, und zwar nicht nur als ehemaliger Mit-Revolutionär, sondern auch als nun verantwortliches Staatsoberhaupt. Zunächst machte er den bürgerlichen Revolutionskritikern drastisch bewusst, was sie dem Mitwirken der Sozialdemokratie zu verdanken hätte:

„Als am Morgen des 9. November die Würfel gefallen waren, sollte gerade das rechtsstehende Bürgertum den sozialdemokratischen Arbeiterführern dankbar dafür sein, dass die Schlimmeres verhindert hatten. (Sehr richtig! Links) Im allgemeinen ist ja im politischen Leben kein Dank zu erwarten, und ich werde nie darauf rechnen, Dank zu erhalten. Aber Leuten, die während der Nacht wussten, dass der erste beste Laternenpfahl hätte sehr leicht mit Ihnen geziert werden können, die sollten jetzt nachträglich wenigstens so vernünftig sein und nicht mit solchen Interpellationen das ganze Land aufregen.“

Danach gab er sich ganz staatsmännisch versöhnend:

„Aber das kann ich Ihnen sagen, dass unter den drei in der Regierung vertretenen Parteien der ernste Wille besteht, das Land aus der schwierigen Lage heraus zu ruhigen Verhältnissen zu bringen (Bravo! in der Mitte und links) und dass wir unter uns manchmal, wenn Meinungsverschiedenheiten vorliegen, einen Pflock zurückstecken mit dem einzigen Gedanken: Es gilt dem Lande, unserm Volke!“¹¹⁹

Gegner der ersten deutschen Republik aber saßen weiterhin nicht nur in deren Parlamenten, sondern auch in der Verwaltung und vor allem in den Schulen. 1922 – im Jahr der Ermordung des Außenministers Rathenau – mussten im Volksstaat Hessen alle Beamten darauf verpflichtet werden, „für die verfassungsmäßige republikanische Staatsform einzutreten“. Wohl nicht nur unterschwelliger Antisemitismus machte es nötig, die Lehrer anzuweisen, den „Unterricht im Geiste der Versöhnung und Duldung [...] so zu erteilen, dass jede Kränkung von Angehörigen einer Konfession oder einer Rasse oder eines Berufsstandes unterbleibt.“¹²⁰

Die Debatte um einen Feiertag, der ein politisch bejahendes Signal zur Republik setzen sollte, wurde neun Jahre später wieder aufgenommen. Schon 1920 hatte der DDP-Abgeordnete Julius Reiber gewissermaßen als Kompromiss den 11. August als Feiertag vorgeschlagen, den Tag, an dem die Weimarer Verfassung 1919 verabschiedet worden war.¹²¹ Da eine ge-

setzliche Regelung auch auf Reichsebene zunächst nicht zu erreichen war, versuchte die hessische Staatsregierung eine faktische Tradition zu etablieren, indem am 11. August abendliche Feiern abgehalten und Volksfeste veranstaltet wurden, zu denen den Beamten auch Dienstbefreiung gewährt wurde. Am 11. August 1923 wurde durch die Regierung denn auch erstmalig der neu gestiftete, nach Georg Büchner benannte hessische Kunstpreis verliehen. Während die Konservativen den Namenspatron verächtlich einen „Vorläufer der heutigen Sozialdemokratie“ nannten, taten sich aber auch die letzteren mit dem radikal revolutionären Autor schwer; das wurde deutlich, als in der Darmstädter Erstaufführung von „Leonce und Lena“ 1923 die Inszenierung mit Kirchenkritik provozierte, was auch der eigentlich gar nicht so kirchenfreundliche Staatspräsident Ulrich als „Entgleisung“ bewertete.¹²² Sympathie für republikanische Symbole versuchte seit 1924 das „Reichsbanner Schwarz – Rot – Gold“ zu wecken, indem es mit öffentlichen Großveranstaltungen – Aufmärschen, Festakten, Fackelzügen – den republikanischen Farben machtvolle Auftritte und staatliche Weihe zu verleihen trachtete. Demonstrativ zeigte Staatspräsident Ulrich hierbei Präsenz, nicht nur auf der Tribüne, sondern auch mitmarschierend.

Im Stil seiner früheren Landtagsbeiträge schrieb Carl Ulrich im Programmheft für den am 19. und 20. September 1925 angesetzten „Republikanischen Volkstag“, dass die 1918 abgesetzten „Potentaten“, die jetzt in Prozessen „nicht gerade bescheiden“ Unterhalt für ein „standesgemäßes Leben“ erstreiten wollten, es sich angelegen sein ließen, bei jeder der zahlreichen Kriegervereins- und Regimentsfeiern „angehocht und als wiederkommende allergnädigste Herren gefeiert zu werden.“¹²³ Hier zeigte sich wohl ein Stück tragischer Realitätsverkenning in der Generation der alten Sozialdemokraten, die den Hauptteil ihres politischen Lebens gegen die alte Aristokratie gekämpft hatten, nun aber die neue Gefahr nicht sahen, die eher von den weltkriegsgeprägten Generationen ausging, die sich politisch in den nächsten Jahren in der wesentlich jüngeren und aktionsbereiteren Mitgliedschaft der NSDAP organisierten und artikulierten.

1929 machte die hessische Landesregierung wieder einen Versuch, den 11. August als hessischem Feiertag einzuführen; doch schon die Form, in der Ulrichs Nachfolger als Staatspräsident, Bernhard Adelung, die opponierenden rechten Parteien zur Zustimmung aufforderte, nämlich mit einer rhetorischen Frage – „Sollte es nicht möglich sein [...], dass sie [...] sich nun ganz auf den Boden des Gegenwärtigen stellen und nicht ablehnen,



Demonstration des Reichsbanner in Darmstadt, an der Spitze des Zuges neben der Fahne Carl Ulrich, 1925

den Tag der Geburt der Verfassung des neuen Reichs anzuerkennen und mitzufeiern?“ - wirkte hilflos.¹²⁴ Zwar konnte für das Jahr 1929 dann mit der Regierungsmehrheit der Feiertag beschlossen werden, seine Durchführung war aber insofern unproblematisch, als er auf einen Sonntag fiel; allerdings wurden (auch in den folgenden Jahren) sehr oft nicht die republikanischen Farben, sondern auch die alten Reichsfarben an diesem Tag gezeigt.¹²⁵ Als im Jahr 1930 nun tatsächlich der 11. August als arbeitsfreier Feiertag eingeführt wurde, klagte sofort die DVP über negative wirtschaftliche Folgen. Und nachdem 1931 die republikanische Regierung in Hessen ihre parlamentarische Mehrheit verloren hatte, wurde schon im Winter 1931/32 nach einem Antrag der NSDAP diese Feiertagsregelung wieder abgeschafft.

Diese Auseinandersetzungen fielen nicht mehr in die politisch aktive Zeit Carl Ulrichs. Zu seinem 75. Geburtstag, am 28. Januar 1928, war er vom Amt des Staatspräsidenten zurückgetreten. Seine außerordentliche politische Laufbahn hatte ihn vom politisch Verfolgten im Kaiserreich zum höchsten hessischen Staatsamt geführt. So repräsentierte er in seiner Person die Wandlung der SPD von einer regierungskritischen zu einer regierungstragenden Partei. In den entscheidenden Tagen der Revolution 1918 hatte er pragmatisch, nicht ideologisch gehandelt und in den Jahren danach den demokratischen Volksstaat durch die ersten Krisen in eine gewisse Stabilität geführt. Seine Zusammentreffen mit dem Großherzog am Anfang des Jahrhunderts verliehen ihm, der den Monarchen ja schließlich entmachtet hatte, nun eine Art „Nimbus“, der je nach Parteirichtung positiv oder negativ ausgedeutet werden konnte. In den Augen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Galm mutierte Ulrich zum „roten Großherzog“,¹²⁶ für manche Sozialdemokraten galt er als „ungekrönter Großherzog“,¹²⁷ was wohl auch damit zusammenhing, dass sein politischer Führungsstil durch „starke diktatorische Anwandlungen“¹²⁸ gekennzeichnet war. Zumindest in den äußeren Formen der Verehrung knüpfte die Darmstädter Sozialdemokratie auch an großherzogliche Festformen an: mit Fackelzug, Feuerwerk und Festkonzert wurde Ulrichs 75. Geburtstag in Darmstadt begangen.¹²⁹

Ulrich blieben noch einige Jahre als Privatier. Ob er jetzt auch so etwas wie privates Glück genießen konnte, darüber fehlen die Zeugnisse. Nach dem Tod seiner Frau Katharina 1887 hatte er als Witwer für vier kleine Kinder zu sorgen gehabt. Vorschläge, wieder zu heiraten, lehnte er kategorisch ab, da, wie er in seinen „Erinnerungen“ ungewöhnlich offen schrieb, er davor eine „unbeschreibliche Furcht“ hatte: denn noch weitere Kinder

schiene ihm „das schlimmste, was mir passieren konnte.“ Daher engagierte er eine Haushälterin, Lina Mörch, die von 1887 bis zu ihrem Tod 1916 nicht nur seinen Haushalt führte und seine Kinder erzog, sondern auch seine damalige Kolonialwarenhandlung und später seine Druckerei organisierte und ihn zudem als Parteigenossin bei Wahlkämpfen unterstützte. Aus den vielen Bewerberinnen hatte er sie allerdings deshalb ausgewählt, da sie als einzige bei der Vorstellung nicht „sofort durchblicken“ ließ, dass sie sich verspreche vom Status der Haushälterin in den der Ehefrau aufzusteigen. Briefe von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, dessen Frau Nina und vom Vater Carl Ulrichs an Lina Mörch lassen aber doch eher den Eindruck entstehen, dass sie – bei aller gewahrten Distanz – in der Rolle einer Ehefrau und Mutter wahrgenommen wurde.¹³⁰ Ein ganzes Kapitel widmet Ulrich ihr in seinen „Erinnerungen“ unter der Überschrift „Eine seltene Frau“ und betont dabei, dass er ihr nach einigen Jahren im Haushalt durchaus die Ehe angeboten, sie diese aber immer abgelehnt hätte.¹³¹

1920 heiratete Ulrich aber nun doch ein zweites Mal, und die Gründe, die er dafür angibt, wirken sehr distanziert, um das mindeste zu sagen. „Eine unvermeidliche Notwendigkeit“ hätte sich für ihn ergeben, sobald er Ministerpräsident in Darmstadt geworden war, da er nämlich einmal pro Woche nach Offenbach in seine Privatwohnung hätte reisen müssen, „um meine rein persönlichen Verhältnisse zu regeln und zu ordnen“ – „eine lästige Reise“. „Die Züge waren unheimlich überfüllt. Das war umständlich zeitraubend, im höchsten Grade ungemütlich. Das musste ich ändern, und so blieb mir denn gar nichts anderes übrig, als wieder zu heiraten.- Das war kein leichter Entschluss für mich, denn ich war schon 67 Jahre alt geworden.“¹³² Mit dieser einzigartig spröden, geradezu hagestolzen Begründung heiratete Carl Ulrich am 15. April 1920 seine zweite Frau Helene.¹³³ Im Gegensatz zu dieser autobiografischen Nüchternheit standen allerdings Gerüchte, die sofort aufkamen und den sozialdemokratischen Metalldreher wieder in die Sphäre des Großherzoglichen erhoben: Ulrich habe „eine schwerreiche, aus einer altadligen Familie stammende jüngere Dame geheiratet, die sehr viel Geld hätte und mir auch in der Schweiz ein größeres Anwesen mit einer pompösen Villa in die Ehe gebracht hätte“. Ulrichs Gegenwehr bestand darin, seine Ehefrau – die Tochter eines Backofenbauers aus dem Limburgischen – kurzerhand zur „Verwandten des Großherzogs“ zu erklären, um damit dem ondit, das ihn zum Klassenverräter stempeln wollte, ironisch die Spitze zu nehmen.



Carl Ulrich mit Ehefrau Helene, in einer Berliner Straße, Berlin 30.1.1929

Die weitere historische Entwicklung zerstörte das politische Lebenswerk von Carl Ulrich. Sein Nachfolger Bernhard Adelung setzte die Koalition mit DDP und Zentrum fort, deren Mehrheit 1927 aus einer Wahlbeteiligung von nur 54,7% hervorging. Im Wirtschaftskrisenjahr 1931 beteiligten sich zwar 83,3% der hessischen Bürger an der Wahl, von ihnen gaben aber 45,6% ihre Stimme den rechten Oppositionsparteien. Die NSDAP allein erhielt 37,1%, so viel wie die Parteien der Regierungskoalition zusammen, die nun als Minderheitsregierung im Amt blieb und mit Verordnungen regierte. Der seit 1928 amtierende Innenminister Wilhelm Leuschner (1890-1944) versuchte mit Versammlungs- und Aufmarschverboten KPD- wie NSDAP-Krawallen Grenzen zu setzen, während die sozialdemokratisch inspirierte „Eiserne Front“ mit Demonstrationen der SA und dem Rotfrontkämpferbund vergeblich auf der Straße entgegenzutreten versuchte. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die Wahl vom 5. März 1933 erlebte Carl Ulrich noch mit. Im Volksstaat Hessen stimmten 47,4%, in Offenbach 32%, in der Landeshauptstadt Darmstadt sogar 50% für die NSDAP. Am Abend des 6. März wurde die Regierung Adelung durch einen NS-Reichskommissar abgesetzt. Der 80jährige Ulrich starb am 12. April 1933. Die sozialdemokratischen Zeitungen, die an diesem Tag in

Nachrufen noch stolz über den *Führer der hessischen Arbeiterschaft* schrieben, aber auch offen sagten, dass er sein *Lebenswerk ... in Trümmer fallen sah*, wurden am Folgetag wie die gesamte deutsche Presse *gleichgeschaltet*. Der 1. Mai wurde nun von der NS-Diktatur als Feiertag eingeführt, Gewerkschaften, SPD und KPD aber verboten, sozialdemokratische Beamte entlassen und der Antisemitismus Teil der Staatsideologie. Hessische Sozialdemokraten wie Wilhelm Leuschner und sein Pressesprecher Carlo Mierendorff (1897-1943) gehörten zu den Widerstandskämpfern der ersten Stunde. Leuschner bezahlte nach dem 20. Juli 1944 den Einsatz für die Demokratie mit seinem Leben.

An Carl Ulrich erinnert im heutigen Bundesland Hessen wenig. In seinem hundertsten Geburtsjahr, am 23. Mai 1953 wurde in Offenbach die Carl-Ulrich-Brücke eingeweiht, an Stelle der 1887 errichteten und 1945 gesprengten Mainbrücke. Ebenfalls 1953 wurde in Offenbach der Bau der Carl-Ulrich-Siedlung begonnen. In zahlreichen Städten (z. B. Darmstadt, Neu-Isenburg, Frankfurt am Main, Gießen, Langen, Weiterstadt) tragen Straßen den Namen Carl Ulrichs. Eine von dem Offenbacher Maler und Bildhauer Ludwig Plaueln im Auftrag des Magistrats der Stadt Offenbach gestaltete Bronzestatue wurde am 4. März 1964 vom Offenbacher Bürgermeister Karl Appelman dem hessischen Landtagspräsidenten Franz Fuchs übergeben. Ein Abguss der Statue befindet sich im Rathaus der Stadt Offenbach.

Nur eine Schule trägt heute noch seinen Namen. 1954 war die Volksschule in Darmstadt-Arheilgen in „Carl-Ulrich-Schule“ umbenannt worden. Die Festansprache hielt der Darmstädter Schulrat Artur Bratu, der bis 1933 Angehöriger des „Reichsbanner“ in Ulrichs langjährigem Wohnsitz Offenbach gewesen war. 1983 wurde die „Carl-Ulrich-Schule“ zur integrierten Gesamtschule. Als sie aber im Jahr 2001 mit der „Thomas-Mann-Schule“, einer Haupt- und Realschule, in der „Stadtteilschule Arheilgen, Kooperative Gesamtschule“ aufging, verschwand auch der Name des engagierten Schulreformers Carl Ulrich, nach dem in Hessen nur noch eine Grundschule in Weiterstadt bei Darmstadt sowie die „Carl-Ulrich-Jugendherberge“ in Zwingenberg benannt sind.

Ulrichs im Manuskript vorliegende „Erinnerungen“ wurden von seinem (indirekten) Nachfolger, dem 1945 von der amerikanischen Besatzungsmacht zum Regierungspräsidenten eingesetzten Ludwig Bergsträsser zum hundertsten Geburtstag 1953 herausgegeben. Der Verleger und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete (1946-1958) Karl Drott (1906 – 1971) berichtete ein Jahr später dem Herausgeber: „Der Verkaufserfolg dieses

Buches ist gleich Null.“ Eine von ihm geplante Carl-Ulrich-Stiftung kam mangels Zuwendungen und Interesse nicht zustande.¹³⁴

Die im folgenden abgedruckten Redebeiträge Carl Ulrichs sollen an eine der farbigsten prägenden Gestalten des Parlamentarismus in Hessen erinnern.



Carl Ulrich als Staatspräsident

II. „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung...“ – Der lange Weg zur Demokratie

Angesichts der auf Steuer- und Budgetbewilligung reduzierten Rechte des Landtags nutzte Carl Ulrich gern das Fragerecht der Abgeordneten, um seine Forderung nach weiterer Demokratisierung einzubringen. In der Sitzung vom **23. Juni 1892** wurde eine Antwort der Regierung auf eine Anfrage („Interpellation“) des Abgeordneten Ulrich verlesen, die der Landtagspräsident bereits im Januar 1892 an die Regierung übermittelt hatte, welche also nahezu sechs Monate für die Antwort benötigte. Es ging – zwei Jahre nach dem offiziellen Ende des Sozialistengesetzes – um die sogar vor Gericht beeedete Äußerung eines Gendarmen, der politische Versammlungen unter freiem Himmel für unrechtmäßig erklärt hatte und daher eine sozialdemokratische Versammlung in Neu-Isenburg gewaltsam schließen wollte. Dies hatte zu einem kritischen Artikel in Ulrichs „Offenbacher Abendblatt“ geführt, woraufhin der Redakteur vor Gericht gestellt wurde. Ulrich brachte mit seiner „Interpellation“ den Staatsminister Finger immerhin dazu, öffentlich zu erklären, dass das Versammlungsrecht in der Fassung des Revolutionsjahrs 1848 weiterhin gültig war. Finger verwies gleichzeitig sehr allgemein auf gesetzliche Bestimmungen, bei „geeigneten Voraussetzungen“ Versammlungen auch verbieten zu können. Im Hintergrund stand hier sein eigener „streng vertraulicher“ Erlass vom 25. September 1890, der unter „strengster Geheimhaltung“ an die Kreisämter weitergegeben worden war. Hierin wurden diese und damit auch die Polizei angewiesen, nach wie vor von „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ auszugehen, ihre Versammlungen zu beobachten, Reden mitzuschreiben und, sobald der Verdacht einer „Aufforderung zu strafbaren Handlungen oder zum Vorgehen gegen Gesetze oder obrigkeitliche Anordnungen“ bestünde oder aber die „öffentliche Sicherheit“ gefährdet erschiene, sofort einzuschreiten, unter Umständen unter Anrufung „militärischer Hülfeleistung“. ¹ Ulrich konnte mit seiner Interpellation diese nach wie vor bestehende Sondergesetzgebung anprangern, ohne sie nennen zu müssen. Als der Staatsminister diese „besondere“ Behandlung der Sozialdemokratie mit deren revolutionärem „Gebaren“ rechtfertigte und mit der Karl Marx' Interpretation folgenden Bewunderung der deutschen Sozialdemokratie für den Aufstand der Pariser Kommune (März – Mai 1871) begründete, hielt Ulrich ihm den zwar gesellschaftsverändernden, aber gewaltfreien Kurs der deutschen Sozialdemokratie entgegen.

Eines der zentralen Mittel zur friedlichen Veränderung der Gesellschaft sollte die Durchsetzung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sein, wie es das Erfurter Programm der SPD forderte. Im Großherzogtum Hessen waren 1872/75 die Landtagswahlgesetze geändert worden. Die 50 Abgeordneten wurden nun jeweils zur Hälfte auf sechs Jahre mit Wahlmännern und Stimmzetteln gewählt; die „Urwähler“ hatten einem Einkommensteuersensus zu genügen, waren aber selbst auch wählbar. Damit blieb das hessische Wahlrecht deutlich hinter dem direkten, für alle männlichen Bürger über 25 Jahre geltenden Reichstagswahlrecht zurück. SPD und Zentrum forderten in Hessen seit den 80er Jahren eine Wahlrechtsreform; verschiedene Regierungsvorlagen seit 1901 scheiterten immer wieder an der Ersten Kammer, in der die Vertreter der 1806 mediatisierten Standesherrn, der Kirchen und Universitäten und des landsässigen Adels sowie 10 weitere, vom Großherzog ernannte „ausgezeichnete Staatsbürger“ saßen. Das galt auch für den am **30. Juni 1904** diskutierten Reformvorschlag. Ulrich fasste in der Debatte noch einmal den sozialdemokratischen Standpunkt klar zusammen: Da die direkte Wahl den stärksten Schritt in Richtung auf demokratische Beteiligung bedeutete, stimmte Ulrich dem Vorschlag zu, obwohl nach wie vor ein Zensus gelten sollte sowie das Mehrheits- und noch kein (die Stimmenanzahl genauer berücksichtigendes) Verhältnis („Proportional“) wahlrecht; vor allem polemisierte Ulrich dagegen, dass die wegen häufigen Arbeitsplatz- und Wohnortwechsels besonders mobile „lohnarbeitende Bevölkerung“ durch die Vorschrift einer mindestens dreijährigen hessischen Staatsbürgerschaft zumindest teilweise vom Wahlrecht ausgeschlossen wurde. Wie immer nutzte Ulrich auch diese Debatte, den Abgeordneten der Nationalliberalen Partei ihr Aufgeben von liberalen Ideen zugunsten gruppenegoistischer Grundsätze vorzuhalten; außerdem forderte er eine Neuordnung der Wahlkreise entsprechend der Bevölkerungsentwicklung und die Verlegung des Wahltags auf einen Sonntag.

Die Sitzung vom **21. Dezember 1910**, deren Gegenstand ein „Gesetzentwurf, die Landgemeindeordnung betr.“ war, funktionierte Ulrich ins Grundsätzliche um und hielt wieder eine Vorlesung über demokratische Prinzipien und den weltgeschichtlichen Sieg des Sozialismus. Dabei provozierte er mit der Behauptung, dass man im Großherzogtum auch Republikaner sein könne. In einem rhetorischen Rundumschlag spielte Ulrich mit der zeitgenössischen politischen Metaphorik, von den exotisch variierten Klassengegensätzen („Pariaarmut“ gegen „Nabobreichtum“) über die politische Farbenlehre (der „blaue Block“ spielt auf blau als Farbe der Konser-

vativen an)² bis zur Umkehrung des polemischen Vergleichs der Sozialdemokraten mit „Parasiten“. Diese könnten ja nur da gedeihen, fuhr Ulrich fort, wo die „Fäulnis“ der bürgerlichen Gesellschaft sie hervorbringe, und als einen Beleg dafür führte er die Finanzreform an, nach der immer mehr Bezieher unterer Einkommen zur Steuer herangezogen wurden.³

Am **18. Dezember 1912** kam Ulrich noch einmal auf das Wahlrecht zu sprechen, das im Großherzogtum durch das Gesetz vom 3. Juni 1911 dahin geändert worden war, dass es jetzt zwar ein direktes Wahlrecht gab, dafür aber den über 50jährigen Wählern ein Doppelstimmrecht („Pluralwahl“) zustand. Der 59jährige Ulrich macht sich mit beißendem Humor über diese Orientierung nach „rückwärts“ lustig, deren durchsichtige Absicht darin bestand, die Wählerstimmen der Sozialdemokraten dadurch zu reduzieren, dass die jüngeren, „revolutionären“ Wähler ebenso benachteiligt wurden wie die auf dem Land lebenden, konservativen Wähler bevorzugt werden sollten gegenüber den städtischen Arbeitern mit meist kürzerer Lebenserwartung.

Als Ulrich am **8. November 1918** nun tatsächlich eine Wahlrechtsreform in sozialdemokratischem Sinne ankündigen konnte, wurde dieser Schritt schon am nächsten Tag durch die revolutionären Ereignisse überholt. Dieser Schlussakt von Ulrichs dreißigjährigen Bemühungen um eine Reform auf parlamentarischem Wege hatte am 30. April 1917 begonnen. Im Monat der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland wie zugleich großer Metallarbeiterstreiks im Reich war der Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Hessen unter der Regierung Ewald⁴ an einen Ausschuss verwiesen worden; am 26. Oktober 1918 signalisierte die gleiche Regierung mit ihrem Rücktritt aber Bereitschaft zur Verabschiedung dieser Reform. Die darauf gebildete Kommission nahm die wesentlichen sozialdemokratischen Positionen einschließlich des Verhältniswahlrechts in ihren Vorschlag auf, was Ulrich am 8. November im Landtag verkündete. In seiner Bemerkung von der Notwendigkeit einer „gemeinsamen Plattform“ spielte Ulrich auf den vom Großherzog am gleichen Tag einberufenen Allparteien-„Staatsrat“ an, der allerdings am 9. November bereits überflüssig wurde: Nun war es doch eine Revolution geworden und Ulrich wurde als Vertreter der stärksten Oppositionspartei zum Ministerpräsidenten berufen. Er löste die beiden Kammern der Landstände auf, ohne allerdings die Vertreter der anderen Parteien – mit Ausnahme der sich verweigernden Nationalliberalen und des antisemitischen Bauernbunds - von der Übergangsregierung auszuschließen.



SPD Landtagsfraktion im 3. Landtag Volksstaat Hessen, 1924 - 1927. Carl Ulrich, 1. Reihe, 3.v.l.

In Wahlrecht und Verfassung war Ulrich nach 30 Jahren ans Ziel gekommen. Die Auseinandersetzung um die finanzielle Entschädigung der Großherzogsfamilie ließ dann noch einmal (z.B. am **1. April 1919**) die alten Fronten im Landtag aufscheinen, jetzt allerdings seitenverkehrt: Um Druck auf die nach ihrer Ansicht verzögernde Verhandlungsführung der großherzoglichen Seite auszuüben, wollte die Regierung die Zivilliste (also die persönlichen Einkünfte des ehemaligen Großherzogs) sperren. Dagegen sprachen die nun in der Opposition stehenden Nachfolger der Nationalliberalen wie der Abgeordnete Arthur Osann (jetzt DVP), während Ulrich als Ministerpräsident die Interessen der Landesfinanzen gegenüber dem ehemaligen Monarchen zu wahren hatte. Während Osann immer noch Ansprüche „aus dem Rechte dem Landesfürsten gegenüber“ betonte, sah Ulrich Taktiererei und Verzögerungsabsichten im Verhalten des für den Großherzog verhandelnden Kabinettsdirektors von Römheld. Neben der Sache ging es aber auch um eine neue Rollenfindung. Osann erwartete vom Ministerpräsidenten Ulrich gewissermaßen ein zurückhaltend-„fürstliches“ Verhalten, dieser aber blieb bei seiner schon als Abgeordneter gepflegten, geradlinigen Deutlichkeit, mit der er aussprach, dass die DVP-Abgeordneten Anhänger der Monarchie geblieben waren. Ulrich wollte eine neue Zeit beginnen, indem er wieder und wieder feststellte, „dass Revolution gewesen ist“. – Die Frage der Entschädigung wurde so gelöst, dass dem Großherzog statt der früheren 1,4 Millionen Mark nur 440.000 Mark jährlich zugesprochen wurden, dafür allerdings Hoftheater und ehemaliges Personal vom Volksstaat Hessen unterhalten wurde. Domänialvermögen und Schlösser (bis auf Wolfsgarten und Romrod) gingen in den Besitz des Staates über, der zugleich eine Pauschalabfindung von 10 Millionen Mark vorsah. Das wurde dann auch vom Landtag am 30. April 1919 so verabschiedet, aber wegen der Inflation und anderer Schwierigkeiten noch nicht umgesetzt. Der reichsweite Volksentscheid, der auf Antrag von SPD und KPD eine entschädigungslose Enteignung der Fürstfamilien vorsah, scheiterte 1926 durch Stimmenthaltung der Gesetzesgegner. Ein neues Gesetz von 1928 legte in Hessen schließlich eine Kapitalabfindung von 8 Millionen Mark fest, zahlbar in 20 Jahresrenten zu 400.000 Mark, zuzüglich 190.000 Mark Verzinsung. Auch dies aber wurde erst 1934, nunmehr durch den NS-Reichsstatthalter und ohne Landtagsbeteiligung Gesetz.⁵

1. Versammlungsrecht für eine revolutionäre Partei (23. Juni 1892)

Abg. **Ulrich**: Meine Herren, ich denke diese Interpellation ist eine ziemlich bedeutende insofern gewesen, als dieselbe zunächst durch eine gerichtliche Verhandlung erforderlich wurde. Der Gendarm Rossar von Neu-Isenburg hat bei einer Gerichtsverhandlung am 11. Januar d. Js. auf seinen Eid die Erklärung abgegeben, die ich in der vorliegenden Interpellation wörtlich zitiert habe, die ich unter Zuhilfenahme des Rechtsanwalts Herrn Dr. Gallus, den ich hier ausdrücklich nennen will, notierte. Der Gendarm hat erklärt, er sei von dem Kreisamt instruiert und wisse nicht anders, als dass politische Reden unter freiem Himmel nicht gehalten werden dürften. Das hat der Gendarm Rossar auf seinen Eid erklärt. Ich habe für notwendig gehalten, die Interpellation zu stellen, weil die Ursache dieses Eides ein Vorgang in Isenburg war, der an sich zu bedenklichen Folgen hätte führen können, die nur dadurch vereitelt wurden, dass ich mit Aufwendung aller Kräfte verhinderte, dass der Gendarm, der ungesetzlich gehandelt hat, seitens der Volksmenge für seine ungesetzliche Handlung in allerdings wieder nicht gesetzlicher Weise – gelyncht worden wäre. Ich habe alle meine Kräfte anstrengen müssen, um zu verhindern, dass die Volksmassen den Gendarm packte, der an seinen Säbel griff und dadurch in drohender Weise die Volksmenge behandelte. Meine Herren, ich war selbst Augenzeuge dieses Vorgangs, ich habe mich wegen desselben beschwerdeführend an das Großherzogliche Ministerium selbst und das Großherzogliche Kreisamt gewendet und die Instanzwege eingehalten.

Ich bin bei allen abgeblitzt und muss gestehen, wenn etwas geeignet ist, das Rechtsbewusstsein in unserem hessischen Volk zu zerstören, so ist es diese Abweisung gewesen. Exzellenz gesteht heute vollständig zu, dass gesetzlich keine Bestimmung besteht, die ein Verbot einer Rede unter freiem Himmel rechtfertigt. Es heißt in den betreffenden gesetzlichen Bestimmungen für unser engeres Vaterland ausdrücklich, nach dem Gesetz vom 16. März 1848, dass der Artikel 81 der Verfassungsurkunde aufgehoben ist und dann das Recht der Versammlung zur Beratung über allgemeine politische oder Privatinteressen frei ausgeübt werden kann. Mit dieser ganz ausdrücklichen Festlegung, die seitens der Großherzoglichen Regierung in der Beantwortung meiner Interpellation anerkannt ist, ist konstatiert, dass der Gendarm Rossar unrecht und ungesetzlich gehandelt hat. Nun, meine Herren, haben wir im Offenbacher Abendblatt diese ungesetzliche Handlung des Gendarmen und die Folgen derselben behandelt. Wir sind vor Gericht gestellt worden und unser Redakteur ist verurteilt worden. Der

Richter hat in seinem Urteil ganz ausdrücklich erklärt, dass er die Frage, ob der Gendarm ungesetzlich gehandelt hat oder nicht, offen lasse, er hat davon abgesehen, die Berechtigung des Artikels zu prüfen, den Artikel für strafbar erklärt und das Urteil ausgesprochen. Ich will über die Ansicht, ob der Artikel jetzt, nachdem Rossars Ungesetzlichkeit festgestellt ist, strafbar ist oder nicht, kein Wort weiter verlieren; die Sache liegt aber so, dass, wenn dieser Gendarm Rossar seine ungesetzliche Handlung nicht begangen hätte, die strafbaren Artikel nicht erschienen wären. Die Regierung sagt in der Beantwortung der Interpellation ausdrücklich: eine solche Instruktion besteht nicht, der Gendarm hat geschworen, sie bestehe. Wo liegt der Widerspruch? Wer ist derjenige, der falsche Tatsachen behauptet hat? [...]

Abg. **Ulrich**: Soviel steht fest, selbst nach der Auffassung der Regierung, dass eine Beschränkung des Vereinsgesetzes in Hessen nicht vorliegt; es steht ferner fest, dass jeder Beamte, der eine Beschränkung dieses Vereinsgesetzes sich erlaubt, seinerseits eine Ungesetzlichkeit begeht und damit steht wiederum fest: Wenn ich als Bürger des Staats mich gegen die Ungesetzlichkeit eines Beamten wehre, dass ich ein verfassungsmäßiges Recht ausübe. Im Jahre 1848, als dieses Gesetz beschlossen wurde, als die Herren, die heute in der Mehrheit sind, dieses Gesetz durchdrückten, da waren die Herren der Amboss und die anderen der Hammer. Heute sind sie der Hammer und wir der Amboss. Nun, meine Herren, wir lassen uns ein verfassungsmäßiges Recht nicht kurzweg von einem Gendarmen rauben. Zweiter **Präsident**: Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, warum Sie Ihre Stimme so laut erheben.

Abg. **Ulrich**: Ja, der eine redet etwas ruhiger, der andere etwas weniger ruhig. Als Herr Kollege Jöckel⁶ vor ein paar Tagen so laut redete, ist von dem Herrn Präsidenten Wolfskehl⁷ nichts dazu gesagt worden.

Zweiter **Präsident**: Darauf sollten Sie sich nicht berufen. Sie wissen doch auch, Herr Abgeordneter Ulrich, dass das bei Herrn Jöckel eine andere Ursache hat. Herr Jöckel ist schwerhörig, daraus erklärt sich sein lautes Sprechen. Ich will Ihnen übrigens keine Vorschrift machen, es war nur eine Meinungsäußerung, ein Rat den ich Ihnen gebe, Ihre Stimme nicht gar zu laut zu erheben, weil nach meiner Auffassung dazu keine Veranlassung vorliegt. Es bestreitet Ihnen niemand das Recht, Ihre Ansicht im Rahmen der Geschäftsordnung so vollständig wie Sie wollen darzulegen, aber Sie haben sich offenbar von Anfang an in eine solche Erregung hineingeredet, dass ich geglaubt habe, in Ihrem eigenen Interesse Sie zu einer etwas ruhigeren Art der Debattenführung bewegen zu sollen.

Abg. **Ulrich**: Es ist das Temperamentsache. Ich gestehe, dass ich allerdings etwas erregt bin bei der Behandlung dieser Frage und zwar erregt durch die Tatsachen, die ich dort erlebt habe, angesichts der Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft selbst gegen mich hat strafrechtlich vorgehen wollen, bin ich allerdings erregt, aber ich will mich doch befeleißigen, bei aller meiner Erregung in dieser Sache, etwas ruhiger zu sprechen. Wir haben hier ein Recht des hessischen Staatsbürgers vor uns und kein Mensch kann bestreiten, dass gerade die Bestimmungen des Gesetzes vom 16. März 1848 es sind, die uns schützen gegen Übergriffe einzelner Beamter und es ist an der Zeit, da sich im Laufe der letzten Jahre unter den Unterbeamten überhaupt eine merkwürdige Strömung in dieser Richtung geltend gemacht hat, es ist an der Zeit seitens der Regierung, seitens der höheren Verwaltungsbeamten, ihre Unterbeamten zu instruieren, dass sie sich ihrerseits in anderer Weise bezüglich der Überwachung der Versammlungen benehmen. [...]

Im übrigen bin ich aber durch die Beantwortung der Interpellation seitens des Herrn Ministers in der Ansicht, die ich allerdings zunächst hatte, welche dahin ging, dass der Gendarm auf höhere Weisung gehandelt haben müsste, nicht bestärkt worden, sondern habe im Gegenteil die Überzeugung erlangt, dass sowohl das Großherzogliche Ministerium als auch das Großherzogliche Kreisamt sich einer derartigen Auffassung, die der Gendarm Rossar vertritt, nicht anschließen würde. Ich konstatiere das mit Vergnügen, bemerke aber, dass wir unsererseits doppelt und dreifach nötig haben, in der von uns angeregten Weise die Sache der Bürger, die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Hessen zu wahren. Denn es hat sich offenbar aus der Zeit des Bestehens des Sozialistengesetzes im Allgemeinen ein höchst unerquicklicher Zustand gebildet, unter dem wir Alle mehr oder weniger zu leiden haben und der von meinen Kollegen noch besprochen werden wird. Es handelt sich dabei um Dinge, wie das Feierabendgebot bei Versammlungen und Bestrafung wegen unerlaubter Kollekten. Im Allgemeinen konstatiere ich, dass gerade der Vorgang, wie er sich in Isenburg abgespielt hat, ein außerordentlich gefährlicher war und dass ich nicht verstanden habe, wie ich mit meiner Beschwerde an das Ministerium abgewiesen werden konnte. [...]

Staatsminister **Finger**,⁸ Exz.: Ich muss dem, was von dem Herrn Vorredner gesagt worden ist, noch ein paar Worte entgegenhalten. Es wird geklagt darüber, dass man nicht mit gleichem Maße messe. Das muss ich in Abrede stellen. Das Maß liegt in dem Gebaren, und nach dem Gebaren der betreffenden Personen muss sich das Maß richten, es wird dadurch nicht ungleich. Meine Herren, so lange Sie sich von dem begründeten Verdacht,

eine revolutionäre Partei zu sein, nicht zu reinigen vermögen, so lange Ihre Hauptführer die Commune feiern, deren Auftreten als eine große Tat der Menschheit preisen, als nachahmenswert schildern, so lange muss man Ihnen auf die Finger sehen. Das werden Sie begreifen. Wir können uns doch nicht kurzerhand von Ihnen überraschen lassen, nicht wahr? Das werden Sie selbst einsehen. [...]

Abg. **Ulrich**: Noch eins bezüglich der Ausführungen seiner Exzellenz hinsichtlich der Tendenzen, die wir vertreten. Seine Exzellenz sagt, wir wären in dem berechtigten Verdacht eine revolutionäre Partei zu sein. Ich erkläre von vornherein, dass allerdings unsere Prinzipien revolutionäre sind, aber es wäre eine verkehrte Anschauung daraus zu folgern, dass wir mit Gewalt die Durchführung dieser Prinzipien fordern. Wir wollen allerdings, dass das Prinzip, das wir für richtig halten, die Ersetzung der privatkapitalistischen Produktionsweise durch die gesellschaftliche, zur Wahrheit wird, wir sind es, die in öffentlichen Versammlungen diese Ansicht vertreten, darüber zu diskutieren. Das Prinzip ist revolutionär, aber die Art, wie wir es vertreten, ist keine gewaltsame. Wenn wir gewaltsam vorgehen würden, dann hätte Exzellenz Recht in seiner Auffassung. Aber das Gegenteil ist der Fall. Man sucht uns die gewaltsame Durchführung unserer Ideen zu imputieren, man legt es hinein, um dann zu sagen, weil wir glauben, dass ihr mit Gewalt vorgehen wollt, deshalb verhalten wir uns so und so. Dagegen müssen wir uns verwahren.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 27. Landtag 1890 – 1893, 35. Sitzung, 23. Juni 1892. Protokolle, 3. Band, Darmstadt 1892, S. 38-40; 41-43; 55; 60)

2. Das direkte Wahlrecht – „ein Fortschritt im Sinne der Demokratisierung“ (30. Juni 1904)

Abg. **Ulrich**: Zunächst habe ich festzustellen, dass wir prinzipiell nach wie vor auf dem Standpunkte des sozialdemokratischen Programms stehen, dass wir prinzipiell entschieden dahin drängen und arbeiten werden, dass das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht in Ausbildung des Proportionalsystems zur Wahrheit werde, in der Weise, wie es in unserem Programme steht und dass wir alles tun werden, im Volke immer Klarheit über die Bedeutung dieser Forderung zu bringen. Das ist der prinzipielle Standpunkt, den ich von vornherein herauskehre, um darüber keinen Zweifel zu lassen, dass, was auch hier beschlossen werden möge, irgendwie geeignet sein könnte, uns zu befriedigen. Nein, meine Herren, weder die Regierungsvorlage, noch die Vorlage des Ausschusses sind geeignet, uns zu be-

friedigen. Beide reichen lange nicht an das heran, was wir für notwendig halten, beide bringen nicht, was im Interesse der großen Masse des hessischen Volks notwendig ist. Wir fragen uns nur, ob das, was die Regierungsvorlage, beziehungsweise die Ausschussvorlage bringt, im einzelnen vielleicht geeignet ist, uns zu veranlassen, von allen weiteren Forderungen Abstand zu nehmen und uns bei den entscheidenden Abstimmungen ausschließlich zu konzentrieren auf das eine, was erreichbar ist, zu konzentrieren auf die Erreichung der direkten Wahl. Meine Herren, der springende Punkt im ganzen Gesetz, in der Vorlage wie in den Ausschussanträgen ist für uns die direkte Wahl, die direkte Heranziehung des Volkes zu den Wahlen, die Ausscheidung der Vormünder, die Beseitigung der Wahlmänner. Wir fragen uns nun zunächst: sind die Kautelen, die in dem Gesetze liegen, derartig, dass wir deshalb das ganze Gesetz ablehnen sollten, trotz der direkten Wahl? Meine Herren, ich gestehe ganz offen, ich gehöre zu denjenigen meiner Partei, die eine Zeit lang der Auffassung gewesen sind, die Kautelen sind zu groß, als dass sie durch die Gewährung des direkten Wahlrechts aufgewogen würden. Der Gedanke wurde wiederholt bei uns ventiliert und erst, als ich von meinen Kollegen mehr und mehr darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass das direkte Wahlrecht schließlich doch das Höchste bei der Sache sei, erst von dem Augenblick an habe ich mich mit dem Gedanken befreunden können, dass wir allerdings, trotz aller Kautelen, die vorhanden sind, für die Durchführung des direkten Wahlrechts einzutreten und zu wirken, uns entschließen müssten.

Meine Herren, wenn eine der politischen Parteien in diesem Hause genügend gewesen ist, dann sind wir es, die im Interesse des Zustandekommens der direkten Wahl alle ihre speziellen Wünsche – ich möchte fast sagen – aufgegeben haben, nicht aufgegeben in dem Sinne, dass wir sie nun nicht mehr vertreten wollten, aber aufgegeben in dem Sinne, als wir sie hier jetzt nicht zur Geltung bringen wollen, sie jetzt nicht als den Stein des Anstoßes bezeichnen wollen, an dem das ganze Gesetz scheitern soll. Meine Herren, ich behaupte, dass wir in dieser Richtung die größten Opfer bringen, wenn auch nur für eine Zeit, dass wir die größten Opfer bringen, weil wir glauben, dass trotz aller Kautelen das direkte Wahlrecht ein Fortschritt sein wird im Sinne der Demokratisierung des ganzen Staatswesens.

(Sehr richtig! Zuruf des Abg. Dr. Heidenreich.⁹⁾)

Gewiss, Herr Kollege Heidenreich, Sie, ein Reaktionär vom Scheitel bis zur Sohle, Sie haben nur eine platonische Liebe für das direkte Wahlrecht, auch für das zu den Reichstagswahlen, Sie wollen nicht bloß verhindern, dass das direkte Wahlrecht für den Landtag kommt, Sie gehören zu jenen edlen Seelen, die auch das direkte Wahlrecht für den Reichstag mit einem

Federstrich beseitigen wollen. Sie bestreiten das ja auch gar nicht, Sie haben die Courage, es zu sagen und das gefällt mir eigentlich; Sie sagen: Fort mit allen Gesetzen, die das Volk heranzurufen zur Selbstbestimmung über sein eigenes Geschick, für Sie beginnt wahrscheinlich der Wähler erst bei dem Doktor oder bei dem, der genügend Kapital hat, um eine Rolle in der Welt spielen zu können. Meine Herren, ein solcher Standpunkt in einer liberalen Partei vertreten – ich gratuliere! Mehr kann man vom Liberalismus wahrhaftig nicht verlangen, er hat sich totgeschlagen, schon damals als der alte Jöckel¹⁰ sein Sprüchlein hersagte, jetzt aber hat er sich noch töter geschlagen, indem er den Abgeordneten Heidenreich als seinen Vertreter vorgeschickt.

(Zuruf!)

Sie meinen, töter als tot kann man keinen schlagen? Immerhin gilt der alte Ausdruck „mausetot“ und im Englischen das: „he was dead as a doornail“ doch als Verschärfung des eigentlichen Begriffes tot.

Meine Herren, ich sehe den wesentlichen Vorteil dieser Gesetzesvorlage in der Beseitigung der Wahlmänner. Dieses System der Wahlmänner hat ein System der Korruption großgezogen. Nicht aus Überzeugungsgründen sind so oft Wahlmänner umgefallen, man weiß, dass sie um des materiellen Vorteils willen umgefallen, dass sie direkt gekauft worden sind. Man weiß es, man kann es allerdings nicht handgreiflich beweisen. Es gibt Dinge, die die Spatzen von den Dächern pfeifen und die man doch nicht gerichtlich feststellen kann. Man weiß, dass in einzelnen Gemeinden sehr häufig, und es ist mir mehr wie einmal mitgeteilt worden, nicht aus meinem Kreise, aber aus Kreisen der Gegner, dass der und der Wahlmann umgefallen sei, weil er sich fürchtete, dem Bürgermeister oder irgendeinem Kapitalisten gegenüber seinen Standpunkt zu vertreten, der eine Hypothek auf sein Eigentum hat. Das ist mir mehr wie einmal mitgeteilt worden und alle Ängstlichkeiten der Wahlmänner sind eine Folge des Systems. Die geringste Abhängigkeit von irgendeiner Dorfgröße hindert einen Mann, sich als Wahlmann aufstellen zu lassen. [...]

Die Tatsache, dass die Regierung hartnäckig auf den drei Jahren der hessischen Staatsangehörigkeit besteht, war es, die mich anfangs gegen die ganze Vorlage einnahm, denn diese Tatsache entspringt zweifellos der Absicht der Regierung, den Einfluss der lohnarbeitenden Bevölkerung in diesem Hause nicht zur Geltung kommen zu lassen. Wenn man sonst von liberaler Gesinnung unserer Regierung redet, dann sage ich: diese Forderung derselben ist so reaktionär, dass sie mit irgendwelcher liberalen Richtung nicht vereinbar ist. Die Regierung hat das ja auch deutlich ausgesprochen, der Herr Staatsminister ist keiner von denen, die mit ihrer Meinung hinter dem

Berge halten, er hat gestern in seiner Rede ausdrücklich gesagt, was er mit dieser Bestimmung beabsichtigt und wir waren darüber nicht zweifelhaft. Wir quittieren darüber, dass wir von dort aus nichts zu erwarten haben, wir quittieren das und sind der Überzeugung, dass auch dieses Hindernis von uns überwunden werden wird und dass auch der Appell an die bürgerliche Vereinigung nur dazu beitragen wird, uns zu kräftigen und unsere Wähler zu der Urne zu bringen.

Meine Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass wir bei der direkten Wahl mit den Kautelen, die die Vorlage gibt, in der ersten Zeit sehr schlecht abschließen werden, schlechter als Sie glauben, weil dadurch eine ganze Reihe Wähler uns genommen wird, die sonst zu uns gehalten hätten. Man gibt das direkte Wahlrecht und verhöhnt es, indem man uns die Wähler nimmt. Das ist der Gesichtspunkt, den man ins Auge fassen soll. Der Herr Kollege Gutfleisch¹¹ sprach davon, dass das gesamte Volk zur Wahl herangezogen und erzogen werden solle zur Teilnahme an unseren Verhandlungen und an der ganzen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres engeren Vaterlandes, allein in demselben Moment, wo er von dem ganzen Volk spricht, werden mehr als 50 Prozent des ganzen Volkes von der Wahlberechtigung zum Landtag ausgeschlossen. [...]

Meine Herren, wir hatten verlangt, dass insbesondere das Wahlsystem, wie das aus unserem Antrag Drucksache 30 hervorgeht, als Proportionalwahlsystem herausgebildet werde. Wir sind entschieden der Meinung, dass eine gerechte Vertretung der einzelnen Volksklassen nur möglich ist bei einem Proportionalssystem und dass die gerechte Vertretung nur auf diese Weise geschaffen werden kann. Wir bestehen deshalb darauf, wir fordern es weiter und wir werden, wenn diese Vorlage wider Erwarten Gesetz werden sollte in irgendeiner Form, mit unseren Anträgen aufs Neue kommen, wir werden sie aufs Neue einbringen, aufs Neue zu verwirklichen suchen.

Meine Herren, wir haben auch eine allgemeine Aufteilung des Landes in annähernd gleich große Bezirke für absolut notwendig gehalten und so begreift man wohl, dass wir dem Antrag der Bauernbündler mit Ruhe entgegensehen und geneigt sind, ihm zuzustimmen, weil wir erwarten können, dass durch eine derartige Bestimmung die Möglichkeit gegeben ist, den zweiten Teil unseres Antrages durchzubringen, welcher eine Einteilung auf ca. 20 000 Seelen pro Abgeordneten verlangt, welche mit einem Wort eine gleichmäßigere Verteilung – ob zu 20 000, ob zu 25 000, ob schließlich auch bis zu 30 000, das wäre nicht der springende Punkt, die Ziffer an sich ist nicht so wichtig – bezweckt. Meine Herren, wir müssen das gleiche Wahlrecht fordern und das gleiche Wahlrecht ist nur dann vorhanden, wenn die Wähler aller Orten annähernd gleichmäßig durch ihre

Stimmen, die sie in die Waagschale legen, zur Geltung kommen, wenn weder der Wähler der Stadt noch der Wähler des Landes stärker ins Gewicht fällt, wie dies dermalen bei der Einteilung, die wir haben, der Fall ist. Meine Herren, trotzdem wir das fordern, machen wir doch nicht unsere endgültige Abstimmung abhängig von dem, was Sie hier bieten werden, wir sagen: wohlan, wir können es jetzt nicht erreichen, sorgen wir, dass wir es später bekommen, nehmen wir, was wir jetzt im Augenblick zu erreichen in der Lage sind! Meine Herren, wir fordern – und in dieser Richtung ist uns ja der Ausschuss entgegengekommen – , dass der Wahlakt, wenn er nicht sonntags sein kann, wenigstens bis abends 8 Uhr ausgedehnt werde, länger als bisher nämlich, denn, meine Herren, wenn der Staatsbürger, der zu arbeiten gezwungen ist, um seine Verpflichtungen dem Staat und der Gemeinde gegenüber zu erfüllen, auch noch, um seine Rechte als Staatsbürger auszuüben, Verluste tragen muss, dann erschwert man das Wahlrecht in ganz unzulässiger Weise und deshalb bin ich der Meinung, man muss dafür sorgen, dass der Wahltag ein Sonntag werde und wenn das nicht geht, meine Herren, dass die Wahlzeit mindestens so aufgestellt wird, wie es der Ausschuss vorgeschlagen hat.

Ich habe sodann noch einige Bemerkungen zu machen, die sich darauf beziehen, dass die Herren, die als Gegner der Vorlage aufgetreten sind, sich völlig im Irrtum befinden, wenn sie behaupten, dass wir aus Parteilücksichten, weil die Partei dadurch Vorteile oder Nachteile haben könnte, unsere Stellung einrichteten. Nein, meine Herren, uns gilt das Prinzip des direkten Wahlrechts als das höchste. Ich sagte Ihnen schon, dass ich glaube, dass wir bei dem ersten Sturm keinen Vorteil haben werden, ja ich darf Ihnen sagen, dass eine ganze Anzahl unter uns der Meinung ist, dass wir anfangs durch die Art, wie die Kautelen beschaffen sind, von dem direkten Wahlrecht Nachteile haben werden und trotzdem stimmen wir dafür, weil uns das Prinzip über den momentanen Erfolg der Partei hinausgeht. Wir sind der Meinung, dass das direkte Wahlrecht zwar keine Wünschelrute ist, aber doch tatsächlich das Barometer der Stimmung im ganzen Lande und wenn dieses Barometer ungehindert zeigen kann, welche Anhänger wir im Lande haben, so kommt auch die Zeit, dass das direkte Wahlrecht jene Leute hier ins Haus bringt, die den Anschauungen der Mehrheit des Volkes entsprechen. Wir verwerfen nicht das direkte Wahlrecht, weil wir keinen Vorteil dadurch haben, sondern halten es aufrecht, auch wenn wir momentan keinen Vorteil haben, weil wir prinzipiell auf dem Boden dieses Rechts stehen und dem Volk die Möglichkeit geben wollen, dass es zur Geltung kommt. Wenn Sie die Ziffern ansehen, die hier vorgelegt worden

sind und sehen, wie viele Wähler bei der Reichstagswahl und wie viele bei der Landtagswahl das Recht haben, zu wählen, so sehen Sie daraus, dass wir eigentlich alle Ursache hätten, uns nicht so sehr für das hier gebotene direkte Wahlrecht an den Laden zu legen, denn die Kautelen, die hier gegeben sind, werden in der Tat nur uns schaden. Ja, ich behaupte sogar, selbst die Einteilung der Städte in Bezirke hat den Zweck, zu verhindern, dass diese Städte nur sozialdemokratisch vertreten werden, ich behaupte, es ist der ausgesprochene Zweck, die Einteilung so vorzunehmen, dass die übrigen Vertreter der Städte aus den bürgerlichen Kreisen herauskommen. Und doch sind wir dafür, weil wir uns sagen, wir haben den Kampf auszufechten. Das Bürgertum wird vereint gegen uns stehen und wir haben dann zu kämpfen, bis wir die Stärkeren sind. Aber auch nicht irgendwelche persönliche Rücksicht auf Mandate kann bei uns ausschlaggebend sein. Nein, im allgemeinen sind unsere Vertreter solche Leute, die froh wären, wenn Sie persönlich die Last los wären. Ich habe noch stets gefunden, dass nicht die Wähler ein Opfer bringen, wenn sie mich wählen, sondern dass ich Opfer bringe, wenn ich die Wahl annehme; wenn ich freilich gewählt werde und die Wahl annehme, muss ich auch meine Pflicht tun. Jedenfalls haben wir kein persönliches Interesse, gewählt zu werden. Wir sind der Meinung, dass die Personen der Sache gegenüber verschwinden und dass die Personen, wenn sie der Sache dienen, nichts weiter tun als die Pflicht, die sie übernommen haben, wenn wir sie nicht hätten tun wollen, hätten wir das Amt nicht übernehmen dürfen. Also auch in dieser Beziehung sind wir diejenigen, die mit der größten Ruhe zusehen können, was sich da entwickelt.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 32. Landtag 1902 – 1905, 69. Sitzung, 30. Juni 1904. Protokolle, 3. Band, Darmstadt 1905, S. 1985 – 1989)

3. Republikanische Gesinnung im Großherzogtum (21. Dezember 1910)

Abg. **Ulrich** (fortfahrend): Meine Herren, unsere Verfassung fordert ja gar nicht, dass die einzelnen Bürger monarchisch sein müssen. Ein solches Recht bürgt die Verfassung nicht, es steht nirgends in der Verfassung drin. (Zuruf: Das ist ein Grundrecht!) Ein Grundrecht, das jeder Bürger hat, ist, dass er seine Meinung frei äußern darf und wenn er Republikaner ist, so hat er das Recht, diese seine republikanische Meinung frei auszusprechen. (Abg. Uebel:¹² Darum handelt es sich ja gar nicht!) – Worum es sich handelt, habe ich ja gesagt (Abg. Raab:¹³ Wir wissen, um was es sich han-

delt!): - in der Macht zu bleiben, um weiter nichts handelt es sich für euch! Meine Herren, die Verfassung stellt die freie Meinungsäußerung unter den Schutz derselben. Ich habe also das Recht, meine Meinung zu äußern und ich habe mich in der Äußerung meiner Meinung nur in denjenigen Grenzen zu halten, die strafgesetzlich festgelegt sind. Nur die habe ich zu beachten. Sie haben nicht das Recht, mich einer Tendenz wegen zu verurteilen. Wenn Sie das tun, dann kommen Sie auf den Standpunkt des römischen Statthalters, der einfach der Tendenz wegen sagte: Ich finde keinen Fehler an dem Manne, aber der Hohepriester mag entscheiden! Dann kommen Sie auf den Standpunkt, dass Sie die Tendenz bekämpfen, die ich als richtig ansehe für meine politische Betätigung und dann haben Sie es offen ausgesprochen, dass es Ihnen nur darauf ankommt, eine unliebsame, von der Ihrigen abweichende Tendenz mit Gewaltmitteln zu unterdrücken. Meine Herren, an sich ist es richtig: unser Programm will den demokratischen Volksstaat. Es ist aber möglich – und das haben alle unsere hervorragenden Parteimänner bestätigt – ja, meine Herren, es ist nicht bloß möglich, es ist meiner Überzeugung nach wahrscheinlich und sicher, dass es in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung passieren kann, dass eine Monarchie weit eher auf den Sozialismus kommt, als dies vielleicht bei der einen oder anderen Republik der Fall ist. Meine Herren, darüber unterhalte ich mich gar nicht, das ist so möglich wie in der Geschichte die Verhältnisse, der Wechsel der Verfassung ein ewiger, unaufhörlicher ist. Keine Verfassung hat das Recht, auf Ewigkeit Anspruch zu machen und keine Verfassung ist überhaupt in der Absicht gemacht worden, dass sie auf alle Ewigkeit starr, verknöchert, versteinert bleiben müsste. (Abg. Raab: Das beweist die Abänderungsmöglichkeit!) Meine Herren, alle Verfassungen sind gemacht, nachdem sich im sozialen Leben des Volkes vorher Verhältnisse und Vorgänge abgespielt hatten, die eine Änderung früherer Verfassungen notwendig machten. Unsere Verfassung trägt das Datum des 17. Dezember 1820 und was haben wir im Laufe der Zeit an dieser damals aufgestellten Verfassung schon geändert! [...] Meine Herren, wenn die gesetzgebenden Faktoren damit einverstanden sind, so kann – theoretisch gedacht – selbst die Republik eingeführt werden. Und, meine Herren, ist denn das ein so überaus merkwürdiges Unikum? Ist es so eigentümlich, dass in Deutschland eine Republik sein würde? Drei Republiken haben wir ja bereits und die Republikaner in Hamburg, in Bremen und Lübeck sind deswegen noch lange keine Hochverräter, es sind Republikaner, die das eine Mal in der Republik und das andere Mal im Reiche ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. [...] Jeder, der nur ein bisschen historisches Gefühl hat, weiß, dass nichts stillsteht, er weiß, dass der Gedanke der Entwick-

lung zu besseren Staatsformen weitere Tausende, weitere Millionen erfassen und dass er schließlich zur Verwirklichung kommen wird. Oder meinen Sie, meine Herren, wirklich, dass die dreieinviertel Millionen Menschen, die uns bei der letzten Wahl ihre Stimme gegeben haben, eine so schwache Auffassung von dieser Entwicklung hätten wie Sie? Wenn Sie das meinen sollten, dann tun Sie mir Leid, denn jeder, der aufmerksam die gesamte Entwicklung des Menschengeschlechts verfolgt hat, muss klar und deutlich sehen, dass der Gedanke der sozialdemokratischen Weltanschauung marschiert, dass er immer neue Anhänger gewinnt. Trotz des Blocks und trotz des Geschreis vom Niederreiten der Sozialdemokraten bei der letzten Wahl haben wir an Massen, an Stimmen noch eine Viertelmillion zugenommen gehabt. Gewiss, Mandate haben Sie uns abgejagt. Damals waren die Herren vom Zentrum noch nicht von der Partie wie heute, nicht von der Partie des blauen Blocks, sondern damals standen die Herren vom Zentrum ein großes Stück mit auf der Seite der Roten, damals marschierten sie zum Teil noch mit uns zusammen. Die Zeiten ändern sich und die Menschen auch, soweit sie sich zu den besitzenden Klassen zählen, sie kriegen Angst vor den Roten und nun marschieren sie gemeinschaftlich mit den Blauen. Die Masse des Volkes gehört aber zu den Nichtbesitzenden und jede Volkszählung, jede Berufszählung beweist aufs neue die Richtigkeit dieser Tatsache. Auch die jetzt abgelaufene wird uns das zeigen. Sie wird den Beweis dafür erbringen, dass die große Mehrheit des deutschen Volkes unter der gegenwärtig beliebten wirtschaftlichen und allgemeinen Politik eminent leidet und das deutsche Volk wird Zug um Zug, eine Generation mehr als die andere, zu uns kommen. Ja, meine Herren, ich sage Ihnen sogar, ohne Prophet sein zu wollen: das Tempo, in dem die Generationen sich zu unserer Auffassung bekennen, wird, je länger die Bewegung dauert, je schneller werden. [...]

Erst allmählich hat mich die Erkenntnis dahin gebracht, wohin ich gekommen bin: zu der Überzeugung, dass es ein Unglück für die Menschheit sein würde, wenn sich die kapitalistische Gesellschaft ungeniert entwickeln würde, dass das Unglück immer größer würde, wenn Pariaarmut auf der einen Seite die Menschen beherrschen und ein immenser Nabobreichtum auf der anderen es zu immer höheren Stufen des Besitzes bringen würde. Pariaarmut und Nabobreichtum – zwei Faktoren, die die Menschheit, seitdem sie Lesen und Schreiben gelernt hat, nicht mehr still hinnehmen wird. Herr Kollege Uebel, Sie haben Ihre Zeit verfehlt, Sie hätten vielleicht vor zweihundert Jahren ihre Rede halten müssen. (Lachen. Zuruf des Abg. Uebel: Sie Ihre zweihundert Jahre später!) Vor zweihundert Jahren hätte diese Rede einen Wert gehabt, vielleicht auch noch vor hundert Jahren,

aber seit wir allgemeine Volksschulen haben, seit man Lesen und Schreiben lernt und dadurch, dass man von Jugend auf amtlich – Exzellenz, erschrecken Sie nicht! – durch das Ministerium eingepaukt kriegt, dass man Lesen und Schreiben lernen muss, - seit der Zeit ist es mit der Ewigkeit eurer Herrschaft zu Ende. Es dauert zwar lange, bis wir ganz mit euch fertig werden, aber endlich kommt es doch dahin, endlich werden wir doch mit euch fertig (Lachen), fertig mit euch Blauen und Schwarzen (Lachen und Zurufe), - davon könnt ihr überzeugt sein - , und wenn ihr wirklich ein bisschen historische Logik besäße würdet ihr das gar nicht zu bestreiten versuchen. Gucken Sie doch einmal an, wie es wird! (Zuruf: Frankreich!) Das sind ja einzelne Dinge, lieber Herr Kollege, Frankreich beweist gar nichts. Was beweist in der geschichtlichen Entwicklung des Menschengeschlechts, der gesamten Menschheit irgend eine Nation? Die muss nachher mit, die muss mit dem allgemeinen Strom, sie kann gar nicht zurückbleiben.

Ich sage also: in dem Zeitalter, wo wir lesen gelernt haben, wo wir historische Vergleiche anstellen, wo wir uns fragen können: ist eine monarchische Staatsform besser als eine republikanische? – und in einem Zeitalter, wo wir durch die Tageszeitungen über jeden Vorgang im öffentlichen Leben unterrichtet werden, in einem Zeitalter, wo die destruktivsten Tendenzen öffentlich erörtert werden können und müssen, in einem solchen Zeitalter gibt es keine Verfassung, Herr Kollege Uebel, die nicht angegriffen werden könnte, in diesem Zeitalter untersteht jede Verfassung der Veränderung. (Abg. Uebel: Ganz richtig!) Und weil das der Fall ist, deshalb sagen wir: wir propagieren unsere Ideen.

[...]

Nun hat der Herr Kollege Uebel es nicht nur für notwendig gehalten, zu sagen, dass unsere Auffassung den Bestimmungen der Verfassung, soweit es sich um die Stellung zur Monarchie dreht, widerspricht, sondern er hat sogar die Marotte gehabt, zu behaupten, auch unsere Auffassung hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, unsere Auffassung, dass es im Interesse des Menschengeschlechtes notwendig sei, an Stelle der kapitalistischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu setzen die sozialistische Produktion durch und für den Menschen – er hat gesagt, auch diese wirtschaftliche Seite unseres Programms verstoße gegen die Verfassung. Ich weiß nicht, ob das nicht etwas über München-Gladbach hinausgeht, denn das hat man – Herr Kollege Uebel, lassen Sie sich diesen Gedanken patentieren, vergessen Sie das nicht! – selbst in München-Gladbach nicht geschrieben. Denn, meine Herren, selbst unsere Staatsgesetze, selbst unsere Gesetze, welche von dem Eigentum und dem Verhältnis der Gesamtheit zum Eigentum der Einzelnen sprechen, selbst die Verfassungs-

bestimmungen darüber beweisen, dass der Herr Uebel sehr übel beraten worden ist. Denn nicht bloß in der Verfassung, sondern in allen unseren Gesetzen, in dem Allgemeinen Baustatut, in der Kreisordnung, in der Provinzialordnung, in allen Gesetzen, in denen es sich um die verwaltungsrechtlichen Dinge handelt, ist das Recht der Expropriation heute schon gegeben und der Artikel, den der Herr Kollege Uebel vorgelesen hat, hat ihn eigentlich selbst – nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Kollege! – rechts und links geohrfeigt. (Zuruf) Das haben Sie gar nicht gemerkt? Das kommt vor! Wenn Sie der Teufel im Genick hat, das merken Sie auch nicht, aber er hat Sie doch! (Heiterkeit) Der Artikel 27 der Verfassung ist von dem Herrn Kollegen Uebel auch verlesen worden und dabei hat er den Schlusssatz so leise verlesen (Widerspruch des Abg. Uebel), dass ich im ersten Augenblick das Gefühl hatte: eben hat Uebel selbst das Gefühl, dass er sich ohrfeigt. Ich will deshalb den Satz etwas lauter vorlesen (Abg. Uebel: Bitte!), etwas lauter, Herr Kollege, merken Sie sich den Schlusssatz! In der Verfassung heißt es in Artikel 27: „Das Eigentum kann für öffentliche Zwecke nur gegen vorgängige Entschädigung nach dem Gesetze in Anspruch genommen werden.“ Also, meine Herren, heute schon kann das Eigentum von anderen Leuten in Anspruch genommen werden (Abg. Uebel: Gegen vorgängige Entschädigung!) und das will ich, das ist für mich die Hauptsache bei der ganzen Geschichte. (Zuruf des Abg. Uebel: Da hört das Eigentumsprinzip überhaupt auf!) Nein, Sie haben davon gar keine Ahnung! Wir sind nicht einmal so, wie gewisse liberale Länder gewesen sind, als sie den Kirchen kurzerhand ihr Eigentum genommen haben. Wir wollten euch nicht einmal euer Eigentum so kurzerhand nehmen, wie es gewisse Fürsten gemacht haben. Ihr wehrt euch heute ja noch immer gegen die Säkularisation, nicht wahr? (Zuruf: Mit Recht!)

[...]

Abg. **Ulrich** (fortfahrend): Nun war mir ganz besonders interessant der Vergleich, den Herr Winkler¹⁴ sehr oft anzuziehen beliebt, der Vergleich nämlich mit den Parasiten. Auch sehr geschmackvoll, dass der Herr Kollege Winkler uns zu Parasiten stempelt! Meine Herren, wenn man solche geschmackvolle Vergleiche gegen uns gelten lässt, dann bin ich wirklich ein Waisenknabe in meinen Ausdrücken, wenn ich das, was ich gesagt habe, in Vergleich ziehe. Aber ich will einmal das Gleichnis von den Parasiten gelten lassen, ich will einmal sagen: der Vergleich, den der Herr Abg. Winkler gezogen hat, hat von seinem Standpunkt aus etwas Bestechendes, denn er hat ausdrücklich hinzugefügt: wo Parasiten sind, muss auch Fäulnis herrschen. Und in der Tat, meine Herren, Spirokokken gibt es nur bei gewissen von starker Fäulnis zeugenden Krankheiten, Parasiten gibt es nur, wenn große Fäulnis vorhanden ist und je größer die Fäulnis, Herr

Winkler, desto mehr Parasiten! Aber sind denn die Parasiten daran schuld, dass sie da sind? Herr Winkler hat es so dargestellt, als ob wir die Masse aufregten, als ob wir nur hetzten, als ob wir nur Unfrieden stifteten. In dem selben Atemzug hat aber der Jurist zugestanden, dass Fäulnis besteht. Meine Herren, wenn die Fäulnis nicht vorhanden wäre, gäbe es keine Parasiten und wenn es keine Parasiten gäbe, dann wäre der Herr Winkler ganz gesund. Ich bin der Meinung, dass gerade das Zugeständnis, dass die Fäulnis erste Bedingung ist, am interessantesten ist. Jawohl, meine Herren, die Erreger der Fäulnis sind Sie! Die Erreger, die Ursache der ganzen Fäulnis das sind Sie (Zurufe), die Sie die bürgerliche Gesellschaft vertreten und diese bürgerliche Gesellschaft auf alle Fälle aufrecht erhalten wollen. Sie wollen nicht, dass wir – nicht als Parasiten, sondern als vernünftige Ärzte – die Fäulnis ausschneiden, damit keine Parasiten entstehen können. Sie wollen nicht, dass die Fäulnis beseitigt wird. Ihnen kommt es darauf an, diese Fäulnis zu erhalten, denn die Erhaltung der Fäulnis ist Ihr Leben, ist Ihre Existenz. Sobald wir diese Fäulnis bekämpfen, meine Herren, kommen Sie und sagen, dass wir hetzen und dass wir diejenigen seien, die Unzufriedenheit stifteten. Nein, meine Herren, das haben wir gar nicht nötig, das besorgen Sie viel schöner! Die ganze Finanzreform – davon hat ja der Herr Winkler auch gesprochen – die ganze unglückselige Finanzreform ist wiederum nichts weiter als ein neuer Beweis dafür, wie es Ihnen darauf ankommt, wie es den Besitzenden darauf ankommt, die Lasten von sich abzuhalten, die allgemeinen Staatslasten auf die Masse des Volkes zu wälzen, durch die indirekte Belastung die Armen und Ärmsten immer mehr zu treffen. Die ganze Finanzreform als letztes Glied in der Kette der letzten großen politischen Beschlüsse ist ein Beweis dafür, wie Sie für uns arbeiten, wie gerade Sie dadurch, dass Sie diese Zustände erhalten wollen, obwohl Sie wissen, dass es sich um faule Zustände handelt, obwohl Sie zugeben müssen, dass es Fäulnis ist, auf der Parasiten wachsen müssen, uns Anlass zur Kritik geben. Sie hoffen mit den Parasiten durch den Polizeibüttel fertig zu werden. Nein, meine Herren, da sind Sie ebenfalls auf einem Holzwege. Auf diese Weise werden Sie nicht mit uns fertig. Ich sage Ihnen: wir werden als gute Ärzte auf die Wunden, auf die faulen Stellen fortgesetzt den Finger legen, wir werden ungeniert sagen, was ist und werden dadurch nicht als Parasiten wirken, sondern als reinigender Höllenstein, der ätzt und beißt da, wo es nötig ist. (Bravo links.)

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, 80. Sitzung, 21. Dezember 1910. Protokolle, 3. Band, Darmstadt 1911, S. 2308 – 2316)

4. Großherzogliche Wahlrechtsreform „rückwärts konzentriert“: das Pluralwahlrecht (18. Dezember 1912)

Abg. **Ulrich:** Meine Herren, nun noch einige Bemerkungen über die vorliegenden Anträge selbst. – Die von den Gegnern dieser Anträge beliebte Art der Bekämpfung erklärt sich ja aus der Stellung, die die Herren bei der ganzen Wahlrechtsfrage eingenommen haben. Der Herr Kollege Wolf-Stadecken¹⁵ behauptet schlankweg, ohne das Pluralwahlrecht hätten wir überhaupt kein direktes Wahlrecht erhalten, (Zuruf des Abg. Wolf) ohne Änderung des Wahlrechts hätten wir keine direkte Wahl bekommen. Ja, meine Herren, wenn wir nicht den Mut haben, unsere Meinung den anderen gesetzgebenden Faktoren gegenüber zu vertreten und zu betonen, dass wir das direkte Wahlrecht ohne das Pluralwahlrecht haben wollen, wenn wir selber daran verzweifeln, dass wir es erhalten, dann kann man sich gar nicht wundern, dass dem so ist und wenn aus den Reihen des Bauernbundes dieses Hauses heraus selbst der Antrag auf das Pluralwahlrecht kommt, aus unseren Reihen, aus den Reihen der Zweiten Kammer heraus, ja, meine Herren, dann wundere ich mich gar nicht, dass die Herren von der anderen Seite, die geborenen Gesetzgeber, sagen: Gott, wenn die Herren aus der Volkskammer, wenn die, die auf die Wähler angewiesen sind, eine solche Art der Wahl wünschen, na, dann kann es uns ja recht sein, denn wir haben es ja nicht zu verantworten! Man komme uns also nicht mit dieser Behauptung, die einfach nichts anderes ist als der Mantel, den man über einen Fehler deckt, den ich nicht bloß einen Schönheitsfehler nenne, sondern den ich als prinzipielle Rückständigkeit bezeichnen muss. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich bin der Meinung, dass wir der einzige süddeutsche Staat unseres Reiches sind, der sich in dieser Weise rückwärts konzentriert hat (Sehr richtig!) und es ist umso bedauerlicher, dass der Antrag auf Einstellung des Pluralwahlrechts gerade aus der Zweiten Kammer heraus gekommen ist, als in allen anderen Ländern Süddeutschlands der Kampf zwischen der Ersten und der Zweiten Kammer um die Erweiterung der Rechte der Wähler getobt hat und die Volkskammern nirgends soweit nachgegeben haben, wie wir es hinsichtlich des Pluralwahlrechts getan haben. Man mag das württembergische Wahlrecht, das hier von einer Seite als noch schlechter wie das unsrige angeführt wird, ansehen, wie man will, so findet man, dass von einer derartigen direkten Verschandelung des Wahlrechts, des früheren allgemeinen gleichen Wahlrechts, das wir hatten, nirgends, weder in Württemberg, noch in Bayern, noch in Baden gesprochen werden kann. Wir haben das schlechteste Wahlrecht von allen süddeutschen Staa-

ten erhalten. Selbst Elsaß-Lothringen, wo die Verfassung des Landes von dem Reichstag gegeben wurde, hat ein besseres Wahlrecht. Also, Herr Kollege Wolf, versuchen Sie es nicht, sich als das Opfer der Konstellation hinzustellen, insofern als Sie gezwungen gewesen wären, dieses Pluralwahlrecht zu bringen! Nein! Meine Herren, Sie sind nicht das Opfer einer äußeren Konstellation, Sie sind einfach das Opfer Ihrer Prinzipien-schwäche geworden, (Sehr gut!) das Opfer Ihrer eigenen Neigung, nach oben nachzugeben. Wenn wir hier auf dem gleichen Wahlrecht bestanden hätten, dann wären ganz sicherlich – das ist meine feste Überzeugung – diesmal auf der anderen Seite keine Schwierigkeiten mehr gemacht worden und die Regierung hätte dann, obwohl sie sich ja recht gern hinter die Herren der Ersten Kammer verschanzt, sicherlich auch keine Schwierigkeiten mehr gemacht.

Und nun, meine Herren, einige Bemerkungen über die Art, wie der Herr Kollege Dr. Weber¹⁶ die Statistik abzutun sucht. Er sagt, das sei keine amtliche Statistik, das sei die Arbeit irgendeines unverantwortlichen jungen Herrn. Ja, meine Herren, amtlich ist das Ergebnis der Statistik allerdings nicht, aber die Statistik selbst ist amtlich gegeben und die Schlussfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, sind eine Folge des amtlichen Wahlergebnisses und so steht dann fest, daran ist nicht zu rütteln, die Herren können das ja gar nicht leugnen, da das ja die Absicht war, die sie bei Erlass der Bestimmung hatten -, es steht fest, dass die Arbeiter bei dem Pluralwahlrecht tatsächlich um 11 bis 20 Prozent geschädigt sind, dass sie um 11 bis 20 Prozent zu kurz kommen und um 11 bis 20 Prozent mehr erkämpfen müssen, als sie bei gleicher Berechtigung nötig hätten. Meine Herren, das wollten ja auch die Herren, das wollte insbesondere der Herr Dr. Weber. Das hat er ja ganz deutlich ausgesprochen und sich dagegen zu verwahren, hat wirklich gar keinen Sinn. Das Pluralwahlrecht wurde gemacht, um den Landbewohnern ein Übergewicht über die Stadtbewohner zu geben; das Pluralwahlrecht wurde gemacht, um die städtischen Arbeiter zurückzudrücken. (Zuruf des Abg. Wolf) Das ist ja selbstverständlich. Die industrielle Bevölkerung, auch auf dem Lande, wird nicht so alt wie die bäuerliche Bevölkerung. Die industrielle Bevölkerung, auch soweit sie auf dem Lande existieren muss, ist in ihrer Entwicklung und in ihrer Altersgrenze viel stärker beschränkt, als dies bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Fall ist. Das alles haben aber die Leute, die das Gesetz gemacht und die Pluralbestimmung hineingebracht haben, gewusst und gewollt, denn sonst hätte die ganze Bestimmung ja gar keinen Wert gehabt. Ihnen kam es darauf an, die revolutionären Neigungen der Jugend, wie sich die Herren gesagt haben, durch das Alter zu unterdrücken und

dadurch gewissermaßen die Arterienverkalkung der Alten dazu zu benutzen, die Aufwärtsbewegung des ganzen Volkes zu verhindern. (Lachen beim Bauernbund) Gewiss, meine Herren, das wurde damals bei Beratung des Pluralwahlrechts ganz mit Recht in der Frankfurter Zeitung gesagt. Ganz mit Recht, denn Sie werden mir doch nicht erzählen wollen, dass man bei uns in Hessen erst mit 50 Jahren anfangen, gescheit zu werden. Sie wissen ganz genau, dass auch Sie einmal, ehe Sie 50 Jahre alt waren, ein klein bisschen lebhafter gewesen sind, auch etwas stolzere Pläne und höher fliegende Ideen gehabt haben, als Sie sie jetzt haben. Jetzt kommt der gesättigte, ruhige Mann, der mit 50 Jahren allerdings schon ein Stück Arterienverkalkung in den Knochen fühlt, und sichert sich ein doppeltes Wahlrecht.

(Bemerkung des Ersten Präsidenten)

Die Frage der Arterienverkalkung steht nicht auf der Tagesordnung, ganz richtig, Herr Präsident. Ich hoffe auch, dass die Arterienverkalkung bei den Kollegen erst recht spät eintritt. Aber spekuliert hat man darauf, das lässt sich nicht leugnen und da diese Frage auch schon bei der Erörterung des Wahlgesetzes selbst mit erörtert worden ist, so ist es ganz zweifellos richtig, Herr Präsident, dass ich hier auch von der Arterienverkalkung reden kann, ja davon reden muss, um ein richtiges Verständnis meiner Ausführungen zu ermöglichen.

(Bemerkung des Ersten Präsidenten)

Gewiss, Herr Präsident, die Arterienverkalkung selbst vollzieht sich in den Adern, aber sie wirkt doch auch auf die Knochen. (Große Heiterkeit). Wenn eine Arterienverkalkung eintritt, dann ist es mit dem Knochengerüst bald zu Ende. Ohne guten Blutumlauf können die Knochen nicht halten.

(Bemerkung des Ersten Präsidenten)

Also, Herr Präsident, die Sache ist die: Es lässt sich nicht leugnen, dass die Spekulation auf das Übergewicht des Alters über die Jungen die Ursache der Bestimmung war und wenn wir uns jetzt dagegen wehren, so verstehe ich nicht, wie ein Teil der Kollegen sich auf den Standpunkt stellen kann, zu sagen: Ihr habt eigentlich gar keinen Grund, euch dagegen zu wehren, wenigstens habt ihr keinen Grund angegeben. Meine Herren, die Gründe, die wir für das beständige Wiederkehren unserer Anträge haben, sind un-gemein klar und einfach, die brauchen wir eigentlich bei Einbringung des Antrages nicht immer wieder von neuem zu erläutern. Es genügt, wenn wir sie hier öffentlich vortragen. Einer der wesentlichsten Gründe ist ja eben das Unrecht, das in der Ungleichheit des Wahlrechts liegt und darum stellen wir unseren Antrag. [...]

Trotz alledem kann ich doch der Versuchung nicht widerstehen, einigen

Bemerkungen entgegenzutreten. Der Herr Kollege von Brentano¹⁷ hat ganz entsetzt getan, dass wir den Antrag auf direkte Gesetzgebung durch das Volk gebracht haben und hat in einem wahren Angstschauer gemeint, dass das ja ein Umsturz unserer ganzen Verfassung sei. Ganz richtig, meine Herren, wenn die verfassungsmäßig berufenen Körperschaften den von uns gestellten Antrag annehmen würden, dann hätten wir einen vollständigen Umsturz der bestehenden Verhältnisse, des bestehenden verfassungsmäßig gegebenen Zustands. Aber, meine Herren, das ist doch nichts so schauerliches, das ist etwas, was ganz von selbst eintreten wird, wenn die Zeit gekommen sein wird und daher ist der Umsturz an sich ein durchaus richtiger, ein durchaus zulässiger und nach unserer Auffassung ein einzig und allein vernünftiger. Die Herren Kollegen brauchen also keine solche Furcht vor dem „Umsturz“ zu haben. Wir leben mitten im Umsturz und Sie können nicht dadurch aus dem Umsturz heraus, dass Sie die Zipfelmütze über die Ohren ziehen und sagen: Wir wollen davon nichts sehen. Denn, meine Herren, dass die Sozialdemokratie dadurch, dass ihre Anträge niedergestimmt werden, im Lande schwächer werden wird, das glaubt doch kein Hutmacher und Sie glauben es sicherlich auch nicht. Sie können durch solche Bestimmungen wie das Pluralwahlrecht erreichen, dass die Sozialdemokratie nicht pro rata ihrer wirklichen Stärke im Lande hier in diesem Hause vertreten ist, aber weiter erreichen Sie nichts. Die Sozialdemokratie ist deswegen im Lande genau so stark, ob nun mit oder ohne Pluralwahlrecht gewählt wird. (Sehr richtig!) Und davon dürfen Sie überzeugt sein: Solange Sie das Pluralwahlrecht nicht wieder beseitigt haben, werden wir Ihnen im Lande ein Lied singen, das nicht sehr angenehm für Sie sein dürfte und soviel Wähler werden es singen, dass Ihnen warm dabei wird und Sie schließlich doch dafür sorgen, dass dieses sogenannte Recht beseitigt wird. (*Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 35. Landtag 1911-1914, 43. Sitzung, 18. Dezember 1912. Protokolle, 2. Band, Darmstadt 1913, S. 1189–1191*)

5. „... die Obrigkeitsregierung hat ausgelebt“ (8. November 1918)

Abg. **Ulrich:** Meine Herren, wir befinden uns in einer schicksalsschweren Stunde. Was im Interesse des Landes notwendig erscheint, glauben wir, die wir in der Kommission gesessen haben, mit den Vorschlägen, die Ihnen jetzt unterbreitet wurden, getroffen zu haben. Wir sind der Meinung, dass es notwendig ist, den kommenden Regierungen eine Richtschnur zu ge-

ben, einen Weg zu zeigen, auf dem sie zu gehen haben und auf dem wir mitzugehen entschlossen sind. Wir sind der Überzeugung, dass, wenn so, wie es hier vorgeschlagen wird, von der kommenden Regierung die gesetzgeberische Arbeit und die Verwaltungsarbeit, die notwendig wird, in die Wege geleitet wird, es dann möglich sein wird, einen ruhigen, sicheren Fortschritt zu erreichen.

Ich habe schon gestern in meinen Ausführungen die divergierenden Anschauungen, die wir haben, vorgetragen, ich will heute nicht darauf zurückkommen und heute nicht wiederholen, was ich gestern gesagt habe. Ich will nur noch feststellen, dass die Absicht der Gleichheit des Wahlrechts damit zu erreichen möglich ist, dass wir das Proportionalwahlrecht festlegen für jede Provinz, sodass die Minderheiten, die bisher bei den Wahlen verschwunden waren, für die Folge zu gelten haben. Notwendig ist nur, dass in dem Geiste der Forderungen, die wir gestellt haben, auch verfahren wird.

Meine Herren, in einer Zeit, wo tatsächlich Throne krachen, wo eine ganze Anzahl von Geschlechtern, die bisher an der Spitze großer Staatsorganisationen standen, zurücktreten, verschwinden müssen, in einer solchen Zeit ist es notwendig, dass wir uns auf einer gemeinsamen Plattform zusammenfinden. Es ist aber auch notwendig, dass diejenigen, die noch die Regierung in der Hand haben, möglichst Rücksicht nehmen auf diese große Zeit und nicht beispielsweise noch jetzt sich Kopfschmerzen darüber machen, wie man Kammerherren ernennt und Hofjunker. Wenn wir derartige Dinge noch heute in den Amtsblättern lesen müssen, so ist das nicht dazu geeignet, im Volke großes Vertrauen zur Regierung zu erwecken, solche Dinge müssen verschwinden.

Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen: die Obrigkeitsregierung hat ausgelebt, es ist eine Volksregierung, die nunmehr in die Erscheinung tritt. Niemand darf sagen, dass das Programm, das wir aufgestellt haben, etwa für ihn nicht bindend sei. Diese Programm bindet alle und jeder Einzelne, der von diesem Programm abweichen würde und versuchen würde, bei den Gesetzen, die uns demnächst vorgelegt werden, davon abzuweichen, der würde ein Verräter an den Grundsätzen sein, die wir aufgestellt haben. Niemand darf suchen, sich mit diesen Grundsätzen so abzufinden, wie es seinerzeit im Reichstag versucht wurde, dass er sagt: „Wie ich sie auffasse!“ Niemand darf eine derartige Ausflucht gebrauchen, jeder muss anerkennen: Was wir festgestellt haben, sind Grundsätze, die wir unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. In der ungeheuren Zeit, in der wir leben, gilt es, durch die Festlegung solcher Beschlüsse dahin zu wirken, dass Ruhe und Klarheit in den Massen eintritt, dass die Massen entschlos-

sen sind, im Interesse des Vorwärtsschreitens zu arbeiten und dass auch wir entschlossen sind, im Interesse der Menschheit zu wirken, damit eine heilsame Entwicklung eintreten kann. (Bravo!)

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 36. Landtag 1914 - 1918, 70. Sitzung, 8. November 1918. Protokolle, 2. Band, Darmstadt 1918, S. 1556-1557)

Nach dem Protokoll dieser Sitzung finden sich folgende Einträge:

Darmstadt, 16. November 1918

Ich beehre mich, Sie ergebenst von nachstehender Bekanntmachung in Kenntnis zu setzen.

Der Präsident: Köhler

Bekanntmachung

In Übereinstimmung mit dem Hessischen Arbeiter- und Soldatenrat verordnen wir, was folgt.

Die beiden Kammern der Landstände werden hiermit aufgelöst.

Darmstadt, 16. Nov. 1918

Für das Staatsministerium:

Der Ministerpräsident:

Ulrich

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 36. Landtag 1914 - 1918, 70. Sitzung, 8. November 1918. Protokolle, 2. Band, Darmstadt 1918, S. 1560)

6. Die Abwicklung der Monarchie - Ministerpräsident Ulrich zur Fürstenentschädigung (1. April 1919)

Ministerpräsident **Ulrich**: Meine Herren! Ich habe mit größter Aufmerksamkeit alle die Ausführungen verfolgt, die von der Opposition gemacht wurden. Ich gestehe ganz offen, ich war etwas enttäuscht, denn eigentlich hätten die Herren von der Opposition alle Ursache gehabt, gar nichts zu sagen. Das wäre im Interesse des Großherzogs jedenfalls das Beste gewesen. Und wenn Sie doch nun einmal bis auf die Knochen monarchisch sind und nun den Tatsachen entsprechend sich abgefunden haben mit dem, was ist, dann hätten Sie ehrlich bis auf die Knochen monarchisch bleiben und den Mund halten sollen. Das wäre glücklicher gewesen, denn dann hätte ich nicht nötig gehabt, nunmehr einiges zu sagen, was gewissen Herrschaften nicht angenehm sein wird.

Es wurde so dargestellt, als wenn die Verhandlungen gar nicht ernst genommen wären. Es wurde so dargestellt, als wenn die Verhandlungen tat-



Abgeordnete und Beamte des 2. Landtags, Volksstaat Hessen, 1921 - 1924. - Carl Ulrich, 3. Reihe, 1.v.l. -

sächlich leicht zu Ende gekommen wären. Demgegenüber muss ich feststellen, dass eben diese Verhandlungen nicht entsprechend vorwärts gekommen sind und dass, weil sie nicht entsprechend vorwärts gekommen sind, wir uns tatsächlich in einer Lage befinden, die es notwendig macht, hier ein Ende zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Wenn es geschehen kann, dass ein Staatsbeamter, mit seinem Namen unterschrieben, eine Erklärung in den öffentlichen Blättern loslässt, wie es geschehen ist von dem Herrn Kabinettsdirektor, dann muss man dazu Stellung nehmen. Wie ich es dem Herren gegenüber persönlich in außerordentlich ruhiger Weise getan habe, so will ich auch jetzt nicht unruhig werden. Ich will aber feststellen, dass seine Erklärung, dass die Veröffentlichung gegen seinen Willen geschehen sei, nach den Erklärungen der Herren von rechts mir in einem merkwürdigen Lichte erscheint. Das ist ein Knüttel, der uns zwischen die Beine geworfen wird. Und wenn wir uns als Regierung derartige Dinge in der Kammer ruhig gefallen lassen würden, dann wäre nicht abzusehen, wann das zu Ende gehen würde, dann würde man dieses Spiel mit uns fortzusetzen versuchen und dagegen muss ich mich verwahren. Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, alle Härten, die die Änderung mit sich bringt, den einzelnen Menschen gegenüber zu vermeiden. Ich habe diesen Standpunkt auch in den Verhandlungen vertreten, die gepflogen worden sind. Wenn nun aber schließlich die Anforderungen der Vertreter des ehemaligen Großherzogs weit über das hinausgehen, was die Zivilliste bisher festgelegt hat, dann frage ich Sie, meine Herren von der Rechten: Was wollen Sie dazu sagen? Ich sage dazu, das ist ein Spiel frivoler Art (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), das wir zurückweisen müssen. Ich bedauere, das hier öffentlich sagen zu müssen. Aber ich muss es sagen. So sehr ich entschlossen bin, jeden Beamten, der seine Pflicht tut, als Staatsbeamter, zu stützen und zu schützen, so energisch bin ich entschlossen, meinerseits Stellung dagegen zu nehmen, wenn Beamte versuchen, der dormaligen Regierung direkt oder indirekt Knüttel zwischen die Beine zu werfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) [...]

Abg. Dr. **Osann**:¹⁸ Meine Herren! Ich hätte es dem Herrn Ministerpräsidenten gar nicht übel genommen, wenn er seine Worte gesprochen hätte von dem Platze aus, an dem er sonst gesessen hat, dem Platz als Abgeordneter. Aber der Ton des Ministerpräsidenten von Hessen den Abgeordneten gegenüber, die nach ihrer innersten und festen Überzeugung hier ohne irgendwelche Rücksicht ihre Pflicht zu tun haben, die ihre Stimme zu erheben haben, diesen Ton – ich kann es nicht anders sagen – muss

ich mir auf das entschiedenste verbitten. Wenn auch der Herr Ministerpräsident Ministerpräsident ist und wenn er diese hervorragende Stellung einnimmt, so darf er sich von seinem Temperament, das ja jedermann von der Natur eingegeben ist, doch gerade an der Stelle nicht zu derartigen Behauptungen hinreißen lassen. Er weiß ganz genau, mit welcher Wertschätzung auch die Opposition seiner Person entgegengekommen ist. Er weiß ganz genau, dass wir seine Persönlichkeit hoch schätzen. Er weiß ganz genau, dass auch wir ihm nach den verschiedensten Richtungen unsere Dankbarkeit für seine jetzige Amtsführung bereits ausgesprochen haben. Wir haben auch manches hingenommen, das dahin gegangen war, dass seine Art der Rede manchen von uns innerlich verletzen musste, insbesondere, nachdem er Ministerpräsident geworden ist. Aber heute übersteigt doch das, was er uns entgegen geworfen hat, jede erlaubte Grenze. (Sehr richtig! rechts) Ich verwahre mich dagegen, dass mir der Herr Ministerpräsident vorschreiben kann und vorsagen kann: Wenn Sie so monarchisch sind, so hätten Sie den Mund halten sollen. Wann ich zu sprechen habe und wann ich nicht zu sprechen habe, das geht den Herrn Ministerpräsidenten gar nichts an. (Ministerpräsident Ulrich bittet ums Wort und begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz – Heiterkeit.) [...]

Wie kann er heute sagen, das sei ein Spiel illoyaler Art, es seien der Regierung mit Absicht Knüttel zwischen die Beine geworfen worden. Das ist mir ganz unverständlich. Nur das eine ist mir verständlich, wenn ich mir die Psychologie des Herrn Ministerpräsidenten vergegenwärtige, dass ihm manchmal die Pferde durchgehen und dass er vielleicht selbst nachher seine Worte bedauert. Es ist nicht das erste Mal, dass das der Fall ist. Wir, die wir länger in der Kammer gewesen sind, wissen das und sind ja auch bereit, dem Herrn Ministerpräsidenten nach der Richtung mildernde Umstände zuzubilligen. (Heiterkeit) Aber, meine Herren, es dient dem Einvernehmen, zu dem wir alle berufen sind, wenn der Ton, wie ihn der Herr Ministerpräsident anschlägt, gemäßigt werden möge. Ich möchte ihn wirklich im Interesse einer einheitlichen Arbeit, an der auch uns viel gelegen ist, bitten, sich in seinem Tone doch nicht zu vergreifen. Jetzt hat er den Platz eingenommen, auf dem ihm auch der scharfe Ton nicht übel genommen werden wird. Wir werden also seine Erwiderung abwarten.

Abg. **Ulrich**: Der Ton soll es gewesen sein, der den Herrn Kollegen Osann besonders unangenehm berührt hat. Eigentlich habe ich nur herausgeantwortet, so wie er in den Wald hineingerufen hat. Das was ich gesagt habe, ist das Echo seiner Worte. Er hat von rigorosen Maßnahmen, von Gewalt, von Repressalien und solchen Dingen gesprochen. Wenn ich dar-

auf antworte, allerdings von da oben herab, fühlt er sich durch den Ton ganz besonders getroffen. Ach, meine Herren, es ist zwar richtig, der Ton macht die Musik. Das ist wahr. Aber der Ton, der die Musik macht, ist eben erst dadurch entstanden, dass man in den Wald gerufen hat, wie es geschehen ist. Die Herren von der Rechten tun, als wenn wir in der ganzen Frage noch heute genau auf dem Standpunkte ständen, wie vor drei bis vier Monaten. Wenn das Methode werden sollte, wären wir in zehn Jahren auch noch so weit, dass im Budget noch 1 410 000 Mk. für den Großherzog von Hessen bestünden. (Sehr richtig!) [...]

Herr Kollege Osann hat sich wie das vorige Mal auch darüber beschwert, dass wir seine Hilfe, die Hilfe der anderen Seite, bei den Verhandlungen ausgeschaltet haben. Den Antrag, uns gewissermaßen eine Kontrolle zu setzen von der rechten Seite, haben wir abgelehnt. Es ist eben ein Unglück, dass eine Menge Leute in diese Verhandlungen mit reinreden wollen, die besser gar nichts sagen, sondern abwarten würden, bis wir soweit sind und etwas vorlegen können. Was bisher vom Großherzog bzw. dem Kabinettsdirektor angeboten wurde, ist nicht als Grundlage zu betrachten. Auf dieser Grundlage können wir nicht zu irgendeinem Verständnis kommen. Dass wir dies ablehnen, ist selbstverständlich. Wir müssen eine andere Grundlage haben. Und weil wir andere Grundlagen haben müssen, verlangen wir, dass derartige Veröffentlichungen aufhören. Wenn wir uns mit Herrn v. Römheld¹⁹ über die Frage auseinandersetzen sollen, wie er die Veröffentlichung auffasst, habe ich das bereits getan. Ich habe dem Herrn gar kein Hehl daraus gemacht, dass mir die Sache höchst merkwürdig vorkommt. Ich habe ihm nicht den geringsten Zweifel gelassen, nachdem wir diese Dinge erlebt haben, was ich davon denke. Ich muss ausdrücklich feststellen, meine Herren, dass Herr Kabinettsdirektor v. Römheld Staatsbeamter ist und dass er als Staatsbeamter die Pflicht hat, die Interessen des Staates auch gegen den Großherzog zu vertreten. Wenn ich an diese Tatsachen appelliere und es unangenehm empfinde, dass mir solche Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, so ist es durchaus recht. Ich kann und werde – ganz egal, in welcher Situation ich spreche – hier unten oder da oben – über diese Frage keinen Zweifel aufkommen lassen. Ich werde entschieden darauf drängen, dass die Frage gelöst und aus der Welt geschafft wird. Je eher sie aus der Welt geschafft wird, desto besser. Es ist keine angenehme Situation für den Großherzog, dass er so fortgesetzt in der Debatte herumgezogen werden muss.

Wenn nun von der rechtlichen Seite der Zivilliste die Rede ist, muss ich doch auch feststellen, dass die Zivilliste radiziert ist auf die Domänen,

dass die Zivilliste entstanden ist als Entschädigung, die sich herausbilden aus der Tatsache, dass das Land damals als die Domänen erworben wurden, die Schulden des damaligen Großherzogs bezahlt hat. (Hört! Hört!) Weil es die Schulden übernommen hat, war dies keine willkürliche Überführung der Domänen in das Eigentum des Staates. Der Großherzog hatte damals soviel Schulden, dass das Land als solches eintreten müsste und dass man, um das Land einigermaßen schadlos zu halten, die Domänen in das Eigentum des Staates überführte. Damals waren die Schulden höher als der Wert der Domänen. (Hört! Hört!) Damals hat das Land mehr bezahlt, als es als Äquivalent an Domänen erhalten hat. Im Augenblick hat sich die Bedeutung, der Wert der Domänen gesteigert. Wir dürfen aber nicht den jetzigen Wert zu Grunde legen bei der Berechnung der 800 000 Mark. Auf die Rechnung, neben der Verpflichtung von nahezu 1 000 000 Mark noch 800 000 Mark herauszurechnen, können wir uns nicht einlassen. Wenn jetzt die Rechnung mit einmal in die Öffentlichkeit gekommen ist und wir gezwungen sind, darauf zu antworten, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derjenigen, die dem Großherzog einen Bärenienst damit geleistet haben. (Sehr richtig!) Damit ein solcher Bärenienst nicht nochmals versucht wird, habe ich mich für verpflichtet gehalten, nachdem die Debatte einmal da ist, den Ton anzuschlagen, der notwendig war. Wenn ich mich dann und wann einmal im Tone etwas vergriffen habe als Abgeordneter, habe ich keinen Anlass genommen, das nicht zuzugestehen. Aber in diesem Falle habe ich mich nicht einmal im Tone vergriffen, sondern nur zurück„getönt“, was mir entgegen„getönt“ worden ist. Glauben Sie, dass ich als Ministerpräsident anderes reden werde als früher, das können Sie nicht glauben und Sie werden kein Glück damit haben. Ich will nur wünschen, dass die Verhandlungen zu Ende gehen so schnell wie möglich. Genügt das, so haben wir vielleicht die letzte Debatte darüber gehabt. Ich habe die Debatte geführt, um den Herren, die bis auf die Knochen monarchisch geblieben sind, klar zu machen, dass es besser ist, derartige Dinge hier nicht zu erörtern. Es ist besser, diese Dinge kommen nicht in der Weise in die Öffentlichkeit, wie es geschehen ist. Ich kann also ganz ruhig erklären: Nichts habe ich von dem, was ich gesagt habe, auch im Tone nicht, zurückzunehmen. Ich habe nur zu wünschen, dass mein Ton dazu führt, den Herren, [die] es angeht, jene Kreise, die immer noch nicht begreifen, dass Revolution gewesen ist, klar zu machen, dass wir nicht spielen lassen mit uns. (Sehr richtig! Beifall)

(Verhandlungen der Volkskammer der Republik Hessen im Jahre 1919. 7. Sitzung der verfassunggebenden Volkskammer der Republik Hessen, 1. April 1919. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1919, S. 161 – 165)

III. „Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung...“ – Soziale Reformen in kleinen Schritten

Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen stritten auf lokaler Ebene Gewerkvereine und Gewerkschaften. 1854 im Gefolge der Nach-1848er-Restauration verboten, waren sie mit der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes 1869 auch in Hessen wieder zugelassen worden. Vordringlich wurde der Kampf um Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit geführt, für die die erwähnte Gewerbeordnung nun zum ersten Mal einen staatlichen Rahmen setzte. Nun war eine 14tägige Kündigungsfrist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt worden, ebenso wie die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen.¹ Ausdrücklich erkannte in der Sitzung vom **29. Februar 1888** bei der Beratung über den Etatposten „Fabrikinspektor“ der sozialdemokratische Abgeordnete Jöst² an, dass „der Staat helfend, regulierend, belehrend in unsere Lebensverhältnisse eingreift“, und folgerte, „dass wenigstens ein Teil unserer sozialistischen Anschauungen und Forderungen bereits regierungsfähig geworden ist“³. Als Erfolg solcher reformistischen Politik wertete auch Carl Ulrich die 1879 in Hessen erfolgte Einsetzung eines Fabrikinspektors, ging aber gleich dazu über, die immer noch bestehende Frauen- und Kinderarbeit anzuprangern. Von 1882 bis 1907 hatte sich der Anteil der Frauen an der Industriearbeiterschaft auf 15% der Beschäftigten erhöht (von 17.867 auf 33.694 Personen); im Sektor Handel und Gewerbe verdreifachte sich der Beschäftigtenanteil (von 4.992 auf 14.084) und stieg damit auf 21 %. Arbeiterinnen über 16 Jahre hatten elf Stunden zu arbeiten, vor Sonn- und Festtagen aber nur zehn Stunden. Für die überwiegend weiblichen, meist noch jugendlichen häuslichen Dienstboten galten diese Einschränkungen freilich nicht.

Kinderarbeit war in Hessen zuerst mit dem Polizeistrafgesetz vom 28.11.1855 reguliert worden: Fabrikarbeit vor dem 10. Lebensjahr war verboten, vom 10. bis 12. Jahr nur mit Genehmigung und nicht mehr als acht Stunden täglich gestattet. Mit der Einführung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes wurde die Altersgrenze für Fabrikarbeit auf 13 Jahre angehoben; bis 14 Jahre sollte nicht mehr als sechs Stunden täglich gearbeitet werden, zwischen 14 und 16 Jahren nicht mehr als zehn Stunden. In den 90er Jahren und schließlich 1903 wurden die Bestimmungen hinsichtlich jugendlicher Arbeiter und Kinder noch einmal präzisiert. Kinder über 12 Jahre durften nach 8 Uhr abends nicht arbeiten, ebenso nicht vor dem Vormittagsunterricht in der Schule, während der Ferien nicht länger als vier Stunden täglich. Die Berichte der Gewerbeinspektoren listeten

jährlich hunderte von Verstößen auf.⁴ Hier gab es also noch genügend Raum für weitere staatliche Maßnahmen.

Gleiches galt für die noch völlig ungenügenden Arbeitsschutzbestimmungen in den Fabriken. Die von Ulrich so drastisch angeprangerten Missstände beziehen sich vermutlich auf die in Offenbach seit 1842 produzierende Teerfarbenfabrik, die seit 1850 im Besitz des Liebig-Schülers Karl Oehler, seit 1870 von dessen Sohn Eduard war. Die sehr erfolgreiche Anilinfabrik stellte um die Jahrhundertwende fast ein Drittel der deutschen Anilinproduktion her und beschäftigte 1905, als sie an die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt/M verkauft wurde, 530 Arbeiter.⁵ Vergiftungserscheinungen, ja auch Hinweise auf die krebserregende Wirkung bestimmter Stoffe waren bekannt, führten zu Untersuchungen und Berichten, aber vor 1914 noch nicht zu staatlichen Schutzvorschriften.⁶ Ulrich übertreibt also nicht, wenn er Gefahren so deutlich ausmalt.

Angesichts der von einer Person nicht zu bewältigenden Aufgaben – Jöst zitierte aus dem Bericht für das Jahr 1886, dass der Fabrikinspektor nur etwa ein Viertel der insgesamt 1.054 Fabriken untersucht habe – war es also völlig konsequent, dass Ulrich die Einrichtung eines zweiten Fabrikinspektors beantragte. Schon ein Jahr später wurde dieser sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen,⁷ aber erst 1894 wurden zwei Aufsichtsbezirke mit je einem Inspektor geschaffen, die 1898 dann auf vier Gewerbeinspektionen erweitert wurden.⁸

Ein weiteres Feld der Auseinandersetzung um die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit bot die Steuererhebung. Auch das war ein Thema, zu dem Ulrich die jährlichen Budgetberatungen – wie hier am **13. Februar 1903** – immer wieder als Gelegenheit nutzte, die sozialdemokratischen Forderungen aus dem Erfurter Programm auf die parlamentarische Bühne zu heben: „Stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.“ – In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Steuersystem in Hessen noch in voller Umstellung vom letztlich mittelalterlichen starren Abgabensystem auf die Dynamik der Moderne begriffen. Die 1827 eingeführte Personalsteuer wurde 1869 in eine allgemeine Einkommenssteuer umgewandelt; es wurden Steuerklassen gebildet, nach denen unter Belassung eines Existenzminimums von 500 Mark der Prozentsatz der abzuführenden Steuer in stufenweise sich erhöhenden Sätzen angehoben wurde; diese Progression wurde 1884 und 1895 jeweils weiter gesteigert.⁹ 1884 wurde zusätzlich eine Kapitalrentensteuer eingeführt, 1899 eine Vermögenssteuer. Das System schien im Grundsatz den sozialdemokratischen Forderungen entgegen zu kommen. Allerdings war es noch weit von einer

wirklichen Gerechtigkeit entfernt, bot also Ulrich genügend Anlass weiterhin in der Erfurter Zielrichtung zu argumentieren: „Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“ Denn Ausnahmen kannte die hessische Steuergesetzgebung reichlich. Zum einen war die Progression in 100er-Sätzen des Einkommens festgelegt, wobei die Sprünge mit der Höhe des Einkommens von 300er auf 500er und schließlich 1.000er Sätze stiegen. Der Prozentsatz aber endete auch in der höchsten Einkommensstufe bei 5%. Erst 1895 wurde eine „Deklarationspflicht“ und damit eine wirkliche Kontrollmöglichkeit eingeführt, doch bestanden zahlreiche Ausnahmen von Personen, die überhaupt nicht herangezogen wurden: So alle Mitglieder des großherzoglichen Hauses und alle einfachen Soldaten und Unteroffiziere. Andererseits wurden Naturalbezüge aufs Einkommen angerechnet und waren zu versteuern, was vor allem untere Einkommensklassen betraf wie Dienstmädchen, die freie Wohnung hatten oder Eisenbahnpersonal, das „Meilengelder“ erhielt.¹⁰ Angesichts der Tatsache, dass 80% der Einkommenssteuerpflichtigen zu den beiden untersten Einkommensgruppen (bis 1.700 Mark) gehörten,¹¹ konnte sich Ulrich darin bestätigt sehen, eine „schärfere Progression“ der Einkommenssteuer sowie eine Erhöhung der Vermögenssteuer zu fordern. Deren Hebesatz für die 14 Vermögensgruppen (im Abstand von 15.000er Sätzen) war mit 0,55% festgelegt. 12% der Bevölkerung wurden zu dieser Steuer herangezogen, wobei die Veranlagung im Wege der Schätzung erfolgte; Vermögen unter 3.000 Mark blieben steuerfrei.¹²

Die Art, wie Ulrich sich mit dem seit je beliebten Argument der Steuerflucht auseinandersetzt, insbesondere, was die Kapitalrentner betrifft (also jene Schicht der „Privatiers“, die von Zinsen ihres Vermögens leben konnten), zeigt, wie gut er – der ja als Druckereibesitzer auch Unternehmer war – sich im Steuerrecht auskannte und wie sehr er den deklaratorischen Charakter solcher Verweigerungsdrohungen durchschaute

Bei der „Generaldebatte“, also der allgemeinen Aussprache über den Regierungshaushalt, hier Kap. VIII, Ministerium des Innern, nutzte Carl Ulrich am **26. Februar 1903** die Gelegenheit einiger Bemerkungen von Abgeordneten des Bauernbunds über bisherige Sozialreformen, um prinzipiell das Selbstbewusstsein der politischen Sozialdemokratie und der sozialen Schicht, für die sie sprach, zu formulieren. Sie seien nicht Bittsteller, sondern forderten ihr Recht. So wie einst Georg Büchner im „Hessischen Landboten“ amtliche Statistiken als agitatorische Waffen gebraucht hatte, so las jetzt Ulrich aus den Statistiken der Unfallversicherungen ab,



Carl Ulrich im Kreis seiner Freunde, v.l.n.r.: Lorenz Berg, Lokaldichter; Carl Ulrich; Wilhelm Liebknecht; Nathalie Liebknecht; Wilhelm Stein; Lina Mörch. - (Aus: Ludwig Bergsträßer (Hg.): Carl Ulrich, Erinnerungen. 1953, S. 48)

dass nicht die Unternehmer „Geldopfer“ brächten, sondern die Arbeiter „Wohltäter“ der Unternehmer seien, da sie Leben und Gesundheit für diese riskierten. Natürlich war es besonders geschickt, in diesem Fall Bismarck mit einer Äußerung im Reichstag anführen zu können, in der dieser die Sozialdemokratie als „nützliches Element“ für die Fortschritte der Sozialreform bezeichnet hatte. Wie schon oft verwies Ulrich auch mit einer sanften Drohung darauf, dass man mit Reformen die soziale Revolution auf „legalem Weg“ vollziehen könne, während Abwehr oder gar Härte – er spielte hier sowohl auf die Sozialistengesetze (1878-90) wie auf die im Reichstag 1895 gescheiterte „Umsturzvorlage“ an, die das politische Strafrecht mit Zuchthausstrafen verschärfen wollte – eine „friedliche Lösung unmöglich“ machen würden.

Neben diese etwas drohenden Argumente setzte Ulrich aber ganz handfeste, nämlich den technischen Fortschritt, der eine Arbeitszeitverkürzung unabweisbar erscheinen ließ. Um 1850 hatte die generelle Arbeitszeit noch zwischen 14 und 17 Stunden gelegen, konnte aber 1873 auf zwölf Stunden vermindert werden. Seit 1900 gelang es, sie in Einzelfällen durch Streiks und Verhandlungen auf zehn, manchmal sogar auf neun Stunden herabzusetzen. Ulrichs Forderung nach einem „Normalarbeitstag“ erkannte im zehnstündigen Arbeitstag allenfalls eine Zwischenlösung; er sah im Einklang mit dem Erfurter Programm natürlich den achtstündigen Normalarbeitstag als Ziel an.

Am **8. März 1910** – Ulrich bekannte sich wieder einmal einleitend zur hessischen Liberalität – prangerte er in der Etat-Debatte die politische Ausgrenzung der Sozialdemokratie an. In Hessen mussten die von den Stadtverordneten gewählten Bürgermeister und Beigeordneten von der Regierung bestätigt werden, bevor sie ihr Amt antreten konnten. Ulrich argumentierte erst moralisch anhand eines konkreten Falles (Astheim), wo offensichtlich ein als Sozialdemokrat gewählter Bürgermeister sich von seiner Partei distanziert hatte, um das Amt behalten zu können, was Ulrich als „Gesinnungslumperei“ bezeichnete. Dann setzte er sich wieder mit der Unterstellung auseinander, die Sozialdemokratie habe sich außerhalb der Gesetze und der Gesellschaft gestellt. Nicht nur auf sein eigenes 25jähriges Wirken in diesem Landtag – innerhalb der Gesellschaft und der Gesetze – verwies er, sondern er definierte auch den „Umsturz“ der Gesellschaft um als einen „Umsturz in dem Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen“, – ein frühes Beispiel politisch geschickter Begriffsbesetzung. Dass er sich allerdings auch zu völliger Integration der Sozialdemokratie in die kapitalistische Gesellschaft bekannte – wenngleich er diese Gesellschaftsordnung als „Unglück für die Menschen“ bezeichnete – , belegte er nicht nur

mit Steuerzahlungen und Militärdienst durch Sozialdemokraten, sondern auch mit der besonderen uneigennütigen Aufopferungsfähigkeit deutscher und sozialdemokratischer Arbeiter bei Unglücksfällen in Betrieben. Vor allem aber führt er das vorbildliche Verhalten der Arbeiter bei der Cholera-Epidemie in Hamburg 1892 an, die dort nicht vor der Seuche flüchteten, sondern öffentliche Aufgaben übernahmen. Polemisch sprach er hier von „reichen Leuten“, die „wie die Heuschrecken“ flüchteten, – ein früher Beleg für eine jüngst (2005) wieder im Wahlkampf von Sozialdemokraten gebrauchte Metapher.

Während des Weltkriegs hielt sich Ulrich loyal an die „Burgfriedenspolitik“ seiner Partei. Übersäumend patriotische Äußerungen sind von ihm nicht überliefert. Vielmehr sah er sich vor allem als Sachwalter der sozialen Interessen der „kleinen Leute“, wie es eindrucksvoll – und übrigens nicht ohne Humor – aus der Debatte zu „Anträgen über Maßnahmen zur Volksernährung“ vom **12. Oktober 1915** hervorgeht. Er hatte sich hier mit sozialen Differenzen zwischen Landwirten und Arbeitern bzw. Arbeiterfrauen auseinander zu setzen, führte dies aber schnell in eine Diskussion über Kriegsgewinne durch die Industrie über. Auch hier forderte er wieder, außerordentliche Gewinne durch höhere Steuern abzuschöpfen.

1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Fabrikinspektoren (29. Februar 1888)

Abg. **Ulrich:** Meine Herren, wir würden selbstverständlich, wenn aus dem Hause weitergehende Anträge gestellt werden, mit dem größten Vergnügen bereit sein diesen weitergehenden Anträgen beizustimmen. Vor der Hand aber denken wir, wir suchen zu erhalten, was uns am möglichsten zu sein scheint, und da die Kammer bisher nur 6.700 Mark für diese Position bewilligt, so glauben wir, dass es kein unbilliges Verlangen sein dürfte, wenn wir namens der gesamten Arbeiterschaft beantragen, die hohe Kammer möge beschließen und die Regierung zustimmen, dass weitere 6.700 Mark ausgegeben würden, um einen zweiten Fabrikinspektor anzustellen. Die Forderung, glaube ich, ist an sich gar nicht einmal gefährlich und wird nicht viel Kopfzerbrechens bedürfen. Man wird sich schnell darüber klar sein. Dies wird um so eher der Fall sein, als selbst der Herr Staatsminister erklärt, dass auch der Fabrikinspektor schon über allzu große Arbeitslast sich beklagt habe. Ich gestehe offen, ich bewundere den Herrn Inspektor besonders wegen seiner Tätigkeit, weil er es in ganz außerordentlicher Weise verstanden hat, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben.

[...]

Ich kann Ihnen gestehen, dass ich gerade speziell in Offenbach sehr häufig und vorwiegend Gelegenheit habe, mit Arbeitern zu verkehren und dass allerdings anfänglich zu dem Institut auch gerade kein besonderes Vertrauen vorhanden war, dass aber im Lauf der Zeit durch die Art und Weise der Tätigkeit des Herrn Fabrikinspektors sich tatsächlich das Vertrauen mehr und mehr gehoben hat und dass ich bei den Klagen der Arbeiter, die bei mir einliefen, wiederholt Gelegenheit gehabt habe, denselben zu empfehlen, sich direkt an den Fabrikinspektor zu wenden, und der Fabrikinspektor wird in der Lage sein, bestätigen zu können, dass er auf ausdrücklichen Wunsch von Arbeitern in gewisse Fabriken in Offenbach gerufen worden ist, um Übelstände, die dort vorhanden waren, anzusehen und ihnen, wenn erforderlich, abzuhelpfen. Es dreht sich also für uns darum, diese Möglichkeit, den Fabrikinspektor anzurufen, zu erhöhen und das, glaube ich, wird durch unseren Antrag, wenn auch nicht erschöpfend, bezweckt. Wir wissen recht gut, dass die Frauen- und Kinderarbeit durch den Fabrikinspektor nicht beseitigt wird. Die kapitalistische Produktionsweise braucht Frauen- und Kinderarbeit und erst wenn der Staat da eingreift, wird man auch dort Wandel schaffen können. So kann man es aber nicht, aber das weiß ich, dass das Material, welches der Fabrikinspektor zu liefern im Stande ist, und zwar kraft seiner amtlichen Tätigkeit zu liefern im Stande ist, dass dieses Material beitragen wird und beitragen muss, die Überzeugung mehr und mehr zum Ausdruck zu bringen, dass die Verhältnisse gebessert werden müssen, dass der Staat als solcher einzugreifen hat, und ich freue mich, dass gerade nach dieser Richtung hin unser Fabrikinspektor einen ganz wesentlichen Teil des Materials liefert und fortgesetzt liefern wird. Aber wenn wir nun dem Fabrikinspektor Gelegenheit geben, mit den Arbeitern häufiger in Verkehr zu stehen durch Vermehrung der Stellen, wenn wir ihm Gelegenheit geben, mehr zu inspizieren, dann wird tatsächlich das erreicht, was wir alle wünschen, nämlich eine bessere Verteilung der Arbeiten der Fabrikinspektoren und eine größere Sicherheit im Betriebe und ganz besonders eine größere Sicherheit hinsichtlich der gesundheitsschädlichen Verhältnisse, z. B. in den bereits angezogenen Anilinfabriken. Der Herr Abgeordnete Franck¹³ hat, wenn ich nicht irre, auf einen Fall exemplifiziert, wonach der Fabrikinspektor dadurch Unannehmlichkeiten gehabt haben soll, dass er gewisse Missstände in den Anilinfabriken gerügt und deren Abstellung gewünscht habe. Ich möchte mir erlauben die Kammer gerade darauf aufmerksam zu machen, dass in den Anilinfabriken tatsächlich Missstände existieren, die zum Himmel schreien. Die Leute sind in kurzer Zeit total vergiftet, das kann ich aus eigener Anschauung mitteilen. Nur wenige Jahre, höchstens drei, vier Jahre sind notwendig und der

kräftige, gesunde Mann ist total durchseucht, vergiftet; er ist zu anderen Arbeiten fast nicht mehr zu gebrauchen. Dann, meine Herren, bestehen Verträge in diesen Fabriken, wonach diesen Leuten in den meisten Fällen gar kein Entschädigungsrecht zusteht, so dass sie für die letzten jämmerlichen Tage, die sie noch zu erleben haben – denn sie gehen sehr bald infolge ihrer Vergiftung zu Grunde – in einer Weise am Hungertuche zu nagen gezwungen sind, dass es wirklich recht traurig ist. Da, bin ich der Meinung, da kann der Fabrikinspektor in eminenten Weise arbeiten, da kann er Dinge beobachten und vorführen, von denen diejenigen, die sich nicht schon damit beschäftigt haben, absolut keine Ahnung haben. Wenn Sie Gelegenheit nehmen wollten, einmal bei uns zu beobachten, wenn es Feiertag ist und die Anilinfabriken geöffnet werden, so würden sie haarsträubende Dinge bemerken. Sie würden rote und blaue Leute dort herauskommen sehen, die trotz aller Maßregeln, die die Fabrikanten für gut befinden, vollständig durchseucht sind. Das Herz im Leibe dreht sich einem um! Die Leute sind wirklich sehr wenig geschützt und es kann und muss darin noch sehr viel geschehen. Das alles kann aber die Regierung nicht veranlassen, wenn sie kein Material zur Hand hat. Es ist ja dann auch für sie unmöglich, die Frage zu beurteilen und wir haben es deshalb für notwendig gehalten, die Sache zur Sprache zu bringen. Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, zumal auch nach den Erklärungen des Herrn Staatsministers von der Regierung ein wohlwollendes Entgegenkommen zu erwarten ist, dass die Frage zunächst geprüft und ventiliert wird und dann möglichst schleunige Besserung eintritt. Ich habe es hier für notwendig gehalten, dies zu erklären, und wie gesagt, ich wiederhole nur, falls aus dem Hohen Hause oder seitens der Regierung noch mehr für diese Position gefordert werden sollte, so sind wir mit dem größten Vergnügen bereit, das zu bewilligen.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 26. Landtag 1887- 1890, 9. Sitzung, 29. Februar 1888. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1888, S. 79 – 82)

2. „... klipp und klar: Eine Erhöhung der Vermögenssteuer“ (13. Februar 1903)

Abg. **Ulrich:** Meine Herren, ich sage also, auch für die Folge ist die Hoffnung der Regierung, die Seine Exzellenz vertreten haben, dass wir die Vermögenssteuer wieder erniedrigen können, unerfüllbar, hoffnungslos, wenn ich so sagen soll, hoffnungslos deshalb, weil trotz der heraus-

gerechneten regelmäßigen Steigerung in den Einnahmen bei der Einkommenssteuer doch außer Zweifel ist, dass die Anforderungen auch in dem kommenden Jahr nicht niedriger sein werden als bisher, und dass, wenn wir ein Defizit von zwei Millionen Mark pro Jahr haben, was jetzt feststeht, eine besondere Steigerung der regelmäßigen Einkommen schon notwendig ist, um das Defizit decken zu können. Meine Herren, damit ist aber von vornherein auch die Art der Deckung, wie wir sie jetzt haben, als eine nicht gerade glückliche zu bezeichnen. Ich gestehe gern zu, dass die außerordentlichen Umstände dem Herrn Finanzminister von vornherein nahelegten, zur Schonung der Steuerkraft des Landes die noch vorhandenen Reserven heranzuziehen. Allein, meine Herren, wenn wir diese jetzt eingesetzte Reserve verbraucht haben, dann sind wir mit unsern Resten aus früheren Jahren so gut wie zu Ende, die noch verbleibenden paar hunderttausend Mark können überhaupt nicht mehr in Frage kommen, können überhaupt finanziell gar nicht mehr in Betracht gezogen werden, und wir stehen wohl oder übel jetzt schon vor der Frage: Was nun?

(Sehr richtig!)

Meine Herren und da komme ich wieder zurück auf das, was ich früher schon oft gesagt habe. Ich antworte auf das „was nun?“ klipp und klar: Eine Erhöhung der Vermögenssteuer. Progression derselben, steigende schärfere Progression der Einkommenssteuer, bei den großen Einkommen. Ich sage das jetzt gleich wieder ausdrücklich, meine Herren, um von vornherein darüber keinen Zweifel zu lassen, dass wir in unserer Finanzwirtschaft den jetzigen Weg nicht weiter gehen können, dass wir gezwungen sind, im nächsten Jahr unfehlbar einen der von mir vorgeschlagenen Wege einzuschlagen, unfehlbar gezwungen sein werden, eine weitere Erhöhung der Vermögenssteuer, Progression derselben oder eine Erhöhung der Progression in den oberen Lagen der Einkommenssteuer herbeizuführen. (Zuruf)

Man ruft mir zu: „Wir müssen sparen“. Gewiss meine Herren, sparen müssen wir. Wenn Sie sich aber das Budget ansehen, dann dürfen Sie sich diesmal meiner Ansicht nach gewiss nicht beklagen. Das Budget ist so knapp gehalten, dass es dem Finanzausschuss bei aller Schärfe der Prüfung geradezu unmöglich geworden ist, irgend nennenswerte Striche vorzunehmen. Meine Herren, was ist ein Strich von 15.000 M bei einem Verwaltungsetat von 58 Millionen Mark? Und ich sage Ihnen ganz offen; dieser Strich von 15.000 M. ist ein derartiger gewesen, dass man sehr geteilter Meinung darüber war, ob er wohl aufrecht erhalten werden könnte. Die Tatsache also, dass wir sparsam gewirtschaftet haben, dass die Regierung in ihren Ansätzen außerordentlich vorsichtig war, musste von dem

Finanzausschuss anerkannt werden, und ich will den Herrn Kollegen sehen, der trotzdem in der Lage ist, Abstriche vornehmen zu können. Meine Herren, die meisten Anforderungen, die in dem Ausgabeetat gegeben sind, sind solche, die durch das Gesetz festgelegt sind. Die meisten sind derartig, dass daran gar nicht zu rütteln ist, so dass wir uns in einer Situation befinden, in welcher man erklären muss: daran lässt sich nichts ändern.

Nun, meine Herren, wird man wieder wie alle Jahre die Behauptung aufstellen: wenn wir mit der Progression der Einkommenssteuer in die Höhe gehen, ja wenn wir eine Progression der Vermögenssteuer vornehmen, so wird die Folge davon sein, dass eine ganze Anzahl steuerkräftiger Leute das Land verlassen und in ein anderes Land ziehen.

(Zuruf: Was bereits geschehen ist!)

Meine Herren, das hört man jedes Jahr. Als im vorigen Jahre der Herr Finanzminister seine Steigerung der Vermögenssteuer von 55 auf 75 Pf. verteidigte, hat er auch diesen Einwand mit erörtert und hat damals zu meiner großen Freude diesen Einwand als völlig irrelevant bezeichnet, indem er erklärte, wegen der 20 Pf. pro Mille werde Niemand von seinem Wohnort fliehen, wird also die Rentnerflucht, von der der Herr Kollege Molthan¹⁴ sprach, nicht eintreten.

(Zuruf: Ist aber geschehen!)

Meine Herren nun hat man mir gesagt, es sei geschehen, aber dass daran die 20 Pf. schuld gewesen seien, das zu beweisen hat bisher noch keiner der Herren Kollegen versucht. Merkwürdig ist übrigens, dass heute Morgen ein Frankfurter Herr in Gegenwart anderer Herren Kollegen erklärt hat, dass man auch in Frankfurt die Flucht der Steuerflüchtigen bemerkt, sobald die Steuerschraube angezogen wird. Also, meine Herren, Flucht hüben und drüben. Man darf mit Recht annehmen, dass schließlich einmal diese Flüchterei ein Ende hat und tatsächlich sichere Grundlagen für unsere Steuerverhältnisse eintreten. Ich bin also in dieser Richtung nicht so ängstlich, als speziell der Kollege Molthan, ich meine, daran können wir uns nicht stören, wir müssen nicht aus Rücksicht auf die wenigen reichen Leute unsere Steuerpolitik machen, sondern wir müssen sie machen in Rücksicht auf die allgemeine Leistungsfähigkeit des Landes. Wenn wir aber diese Rücksicht anlegen als Maßstab, dann bleibt uns – wie gesagt – einfach nichts andres übrig, als dass wir Einkommen- und Vermögenssteuer entsprechend ausbauen und vielleicht eine stärkere Heranziehung der Erbschaftssteuer, also einen Ausbau der Erbschaftssteuer eintreten lassen. [...]

In ähnlicher Weise nun, wie von der einen Seite behauptet wird, die Rentner fliehen und gehen in ein anderes Land, wird jetzt noch von anderer Seite – ich las es kürzlich in einem hessischen Blatt – behauptet, man dürfe die Einkommen und Vermögen unter keinen Umständen stärker zur Steuer heranziehen, denn wenn man das tue, so entziehe man den Unternehmern, den Kapitalisten, einen großen Teil des Kapitals, das sie notwendig hätten, um ihre Geschäfte zu vergrößern, um zu bauen, neue Maschinen anzuschaffen usw. Ja, meine Herren, die Behauptung steht genau auf demselben Standpunkt wie die von den Rentnern. Einmal steht fest, dass die Steuer, soweit es sich um Einkommenssteuer dreht, ja doch nur von dem steuerpflichtigen Einkommen erhoben wird, dass also die Abschreibungen, eventuell die Neuanschaffungen bis zu einem gewissen Teil von vornherein berücksichtigt werden, so dass sie Anschauung, dass es unmöglich sei, die Vermögenssteuer besser auszubauen, wenn man nicht die Kapitalisten schädigen wolle, vollständig hinfällig ist. Meine Herren, durch eine erhöhte Progression in der Einkommenssteuer, die ja gegenwärtig bei den höchsten Einkommen mit 5 Prozent abschließt, würde tatsächlich die weitere Kapitalbildung auch nicht im geringsten beeinträchtigt werden. Von Bedeutung würde diese eventuelle Beeinträchtigung wenigstens nicht sein können. Wenn man sich aber durch einen derartigen Gedankengang abhalten lässt, den von mir vorgezeichneten Weg der Steuerpolitik zu gehen, dann treibt man eine Steuerpolitik, die sehr wohl geeignet ist, einige Millionäre zu züchten, und ein paar hundert Leuten steigende Vermögen zu sichern, die aber tatsächlich das allgemeine Niveau der Lebenshaltung der großen Massen unseres Volkes unerhört herabdrückt. Meine Herren, das ist außer Zweifel: wenn die leistungsfähigen Leute, diejenigen, die im Besitze von Kapital sind, wenn diejenigen, die große Einkommen haben, nicht entsprechend diesem Einkommen und Kapitalbesitz zur Steuer herangezogen werden, dann müssen die fehlenden Beträge in der Staatskasse von denen ersetzt werden, die nicht in der glücklichen Lage sind, über große Einkommen, große Vermögen zu verfügen, dann müssen zu Gunsten der reichen Leute die Armen herangezogen werden. Und ich sage, das ist gleichbedeutend mit einer Herabdrückung des allgemeinen Niveaus der Lebenshaltung unserer ganzen Bevölkerung.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 32. Landtag 1902 – 1905, 5. Sitzung, 13. Februar 1903. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1903, S. 43 – 44)

3. Soziale Revolution auf legalem Weg – Verkürzung der Arbeitszeit (26. Februar 1903)

Abg. **Ulrich**: Meine Herren, in einer der letzten Sitzungen dieses Landtages – es war am 13. Februar – haben die Herren Wolf¹⁵ und Brauer¹⁶ gegen eine übertriebene Sozialpolitik Stellung genommen. Der Herr Kollege Frenay¹⁷ hat heute morgen Veranlassung genommen, seinerseits zu versuchen, diesen Begriff der übertriebenen Sozialpolitik zu definieren. Er ist dabei zu der allgemeinen Anschauung gekommen, eigentlich nichts angeben zu können, wodurch dieser Begriff gedeckt werde. Seine Ausführungen bewiesen, dass er das, was bisher als Sozialpolitik angesehen wurde und noch angesehen wird, nicht als übertriebene, nicht als übereilte Sozialpolitik auffasst, so dass wir in dieser Beziehung einig sind, der Herr Kollege Frenay sowohl wie meine Freunde und ich. Die Herren Kollegen Wolf und Brauer dagegen haben einen Teil der dormaligen gültigen Reform als übertrieben angesehen und haben sich dagegen gewandt. Meine Herren, der Herr Kollege Brauer war es, der uns einen Vorwurf daraus machte, dass wir für diese Sozialreform nicht dankbar seien. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass wir für das, was die Gesetzgebung bisher im Interesse der Arbeiter getan habe, dankbar sein sollten. Er hat dabei ganz offenbar lediglich die ziffernmäßigen Ergebnisse der sogenannten Sozialreformen im Auge gehabt, er hat nur die eine Seite der Sozialreform betrachtet, hat aber dabei ganz vergessen, welche Rolle gerade die Arbeiterklasse spielt. Er hat nur die Geldopfer angeführt, die von den Arbeitgebern, von den Unternehmern gebracht werden, hat aber vergessen, darauf hinzuweisen, welche außerordentlichen persönlichen Opfer die Arbeiter der Industrie bringen müssen.

Meine Herren, ich habe mich schon am 13. d. M. gegen die Auffassung des Herrn Kollegen Brauer verwahrt, ich habe damals gesagt: die Arbeiter danken nicht für Wohltaten, denn sie erwarten und wollen keine Wohltaten, sie erwarten ihr gutes Recht und fordern es. Man macht mir daraus fortgesetzt den Vorwurf, als sei ich besonders präntiös, man versucht diese Auffassung immer als Anmaßung hinzustellen. Ich muss diese Auffassung ganz energisch zurückweisen. Es ist das nicht Anmaßung der Arbeiter, es ist das eine Forderung, die sie für berechtigt halten und fort und fort stellen müssen. Meine Herren, nehmen Sie doch die vor kaum vierzehn Tagen herausgegebenen statistischen Aufzeichnungen zur Hand, die über die Unfallversicherung vorliegen. Diese statistischen Aufzeichnungen sprechen eine so beredete Sprache, dass ich hoffe, dass selbst die Herren Kollegen Brauer und Wolf mit ihrer Gnadenauffassung doch

etwas vorsichtiger werden. Diese amtlichen Ziffern, die uns im Reichstage mitgeteilt worden sind, besagen, dass in den 15 Jahren von 1886 bis 1900 nicht weniger als 4 084 417 Unfälle gemeldet wurden. Berücksichtigen wir, dass der größte Teil dieser gemeldeten Unfälle von den Krankenkassen getragen werden, zu welchen die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zuzusteuern haben – bei den freien Hilfskassen müssen sie diese Beiträge sogar ganz bezahlen – so ersehen sie aus dieser Tatsache, dass selbst bei der Unfallversicherung tatsächlich ein großer Teil der Lasten von den Arbeitern zu tragen ist. Meine Herren, nur diejenigen Unfälle fallen der Unfallversicherung zur Last, welche über 13 Wochen dauern und das sind im Ganzen in diesen 15 Jahren nur 915 965 gewesen – der vierte Teil nicht einmal von den Unfällen, die tatsächlich vorgekommen sind. Nun wollen wir uns diese Unfälle etwas näher ansehen. Es sind in der Spezialliste der 15 Jahre nicht weniger als wie 90 333 Personen als getötet aufgeführt worden.

(Hört! Hört!)

90 333 Personen wurden in diesen 15 Jahren in industriellen Betrieben getötet! Ich bitte doch nicht von Gnadenbrocken zu reden, wenn die Arbeiter ihr Blut, ihre Knochen und ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, ich warne vor solchen Äußerungen. Dann bitte ich nicht zu unterstellen, als ob das Mache ist. Das erklärt sich aus meiner ganzen Situation, ich habe selber Jahre lang in der Fabrik gearbeitet, ich habe selber Unfälle mitangesehen und mitgemacht und ich glaube, wenn man in dieser Weise damit zu tun gehabt hat, dann urteilt man doch anders als die Herren, man sollte es daher begreifen, wenn ich die Auffassung habe, wie ich sie vertrete.

Meine Herren, völlig verkrüppelt sind in diesen 15 Jahren – und das ist einfach eine Tatsache, die sich aus den amtlichen Ziffern ergibt – 302 566 Personen, teilweise verkrüppelt 477 447 und vorübergehend erwerbsunfähig waren 317 017 Personen. Meine Herren, das sind doch wirklich Ziffern, die ich Sie bitte, gebührend in Anschlag zu bringen bei der Beurteilung der Sozialreform.

Nun nehmen wir das zuletzt vorliegende Jahr, 1901, das letzte über welches die Statistik Auskunft gibt. Sie sagt uns, dass 8359 Personen getötet wurden, völlig verkrüppelt wurden 1416 Personen, teilweise verkrüppelt 54 314 Personen und vorübergehend arbeitsunfähig waren 51 974 Personen. Das sind Ziffern, die ich den Herren vorhalten möchte, die von Gnade, von Wohltaten sprechen,

(Zurufe)

wenn man von Wohltaten redet, so hängt der Begriff der Gnade immer daran. Eine Wohltat ist immer eine Gnade, anders kann man das nicht auffassen. Ich sage also, wenn man von Wohltaten redet, die die Herren Unternehmer den Arbeitern zu Gute kommen lassen, dann möge man sich die Ziffern ansehen und begreifen, dass ich sage, wenn man von Wohltätern reden will, dann sind die Arbeiter die Wohltäter der Unternehmer, denn sie bringen ihnen unermessliche Reichtümer und Opfer an Leben und Gesundheit dabei. Das ist eine prinzipielle Auffassung, die ich selbst als Unternehmer habe, weil ich als solcher eine Tatsache bestätigt finde, die ich früher als Arbeiter schon als richtig anerkannte.

[...]

Nun hat man heute wieder bestritten, dass das Drängen der Sozialdemokraten, der Arbeiter, den Anlass zur Sozialreform gegeben hat. Meine Herren, die Sozialdemokratie ist nun einmal der politische Ausdruck der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie ist die berufene Vertreterin der Arbeiter, denn wo der Arbeiter als solcher in die politische Arena tritt, da ist es die Sozialdemokratie, die der ganzen Bewegung in der Regel ihren Stempel aufdrückt. Die Ausnahmen, die hie und da in einigen Gegenden vorhanden sind, wo die Arbeiter noch nicht begriffen haben, dass ihr Interesse ein Klasseninteresse ist und dass sie als Klassengenossen gemeinsam gegen die Klasse der Besitzenden zu wirken haben, um etwas zu erreichen, bestätigen nur die Regel und beweisen nichts gegen meine Behauptungen. Meine Herren, man hat das zu bestreiten gewagt und Herr Kollege Frenay hat gesagt: ja, wenn wir sagen wollten, das Anwachsen der Massen der Arbeiter sei die Ursache, dadurch seien die übrigen bedrängt, dann hätten wir recht, aber dass die Sozialdemokratie das sei, sei nicht recht. Herr Kollege Frenay kommt da auf halbem Wege ganz auf unseren Standpunkt. Erst mit dem Anwachsen der Massen der Proletarier, der Massen, die um das tägliche Brot wirken müssen, war die Sozialdemokratie möglich und die Sozialdemokratie ist der politische Ausdruck der Massen, von denen er selbst sagt, dass ihr Drängen zum Nachgeben gezwungen habe. Herr Kollege Frenay ist also ein ganz starkes Stück Weges mit mir gemeinsam gegangen und das kleine Stückchen, was ihn in dieser Richtung noch von meiner Auffassung trennt, wird er vielleicht noch nachholen. Er wird mir vielleicht folgen, wenn ich noch einmal, wie ich es schon getan habe, darauf aufmerksam mache, dass der Heros des Bürgertums, der Mann, der jetzt selbst vom Zentrum bis zu einem gewissen Grade mitgefeiert wird, dass Bismarck es war, der diese Tatsache, dass die Sozialdemokratie die eigentliche Drängerin und Urheberin dieser Dinge gewesen ist, zugegeben hat. Ich habe auf einen Zwischenruf, der mir gemacht wurde, damals ge-

sagt, dass am 26. November 1884 – ein Teil der Herren Kollegen hat 1886 verstanden, die Herren Stenographen haben 1882 geschrieben, der Irrtum ist möglich gewesen, an wem er liegt, will ich im Augenblick nicht feststellen, das lässt sich auch wohl gar nicht mehr feststellen – also am 26. November 1884 sagte Bismarck – wie man es aus dem Stenogramm ersehen kann, welches über die damalige Sitzung vorhanden ist – dieses Stenogramm habe ich übrigens angestrichen dem Herrn Direktor gegeben und der hat es an Herrn Kollegen von Brentano¹⁸ übermittelt, ich habe also alles getan, um den Irrtum aufzuklären – also Bismarck sagte, nachdem er darüber gesprochen hatte, dass ihm ein drittes Dutzend Sozialdemokraten ganz angenehm wäre – er meinte nämlich, wenn die Sozialdemokraten anfangen, praktische Ziele zu verfolgen (das war seine reservatio mentalis, die er dabei hatte), dann würden sie ihre Anhänger verlieren und weniger werden – wörtlich Folgendes:

„Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element.“

Meine Herren, der Satz bestätigt die Richtigkeit meiner Auffassung. Mag man daran auslegen, wie man will, mag man, wenn das Auslegen nichts nützt, recht fleißig unterlegen, die Tatsache lässt sich nicht leugnen, die Sozialdemokratie – das erkannte Bismarck an – ist der treibende Keil in der Sozialreform und ohne sie hätten wir das noch nicht, was wir haben. [...]

Dass der Kapitalismus an sich das Bestreben hat, möglichst große Profite zu machen, dass er, um das zu können, die Abhängigkeit der Arbeiter und ihre Notlage zum großen Teil benutzen muss, um durch niedrige Löhne hohe Profite zu erreichen, das steht so fest, wie dass zwei mal zwei vier ist: daran rüttelt kein Mensch, der sich mit Sozialpolitik beschäftigt. Andererseits steht aber auch fest, dass die Massen der Arbeiter es nur durch Organisation erreichen können, dass dieses Streben eingedämmt und in gewissen Grenzen gehalten wird. Das ungeheure Anschwellen der gewerkschaftlichen Organisationen, der sogenannten freien Gewerkschaften, dieser mehr als eine Million Mitglieder zählenden Organisationen, ist eine Folge der Agitationstätigkeit derjenigen Arbeiter, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und sich berufen fühlen, das Interesse ihrer Kollegen zu vertreten. [...]

Das wollte ich so im Allgemeinen sagen. Ich wollte den Herren, die als

Bremser auf der sozialpolitischen Eisenbahn tätig sind, sagen: Edle Herren, bremst nicht zu sehr, denn mancher Zug ist schon durch das Bremsen zum Entgleisen gebracht worden. Zuviel gebremst, hemmt nicht bloß die Züge, zuviel gebremst kann auch unangenehme Katastrophen nach sich ziehen.

(Zuruf: Gar nicht gebremst, ist noch schlimmer!)

Gar nicht gebremst, ist nur dann schlimmer, wenn man sich auf abschüssiger Bahn bewegt. Die Sozialdemokratie bewegt sich aber nicht auf abschüssiger Bahn, sie geht außerordentlich sicher, so dass der Landsturm ganz gut mitkommen kann.

Man komme mir also nicht mit solchen Bemerkungen. Man sollte begreifen, dass man zu lange schon aufgehört hat, in Sozialreform zu machen. Und es ist gut, dass man das begreift, denn darauf basiert unsere Hoffnung, dass sich die soziale Entwicklung, die soziale Revolution auf vernünftigem, legalem Wege vollziehen werde, dass die Regierenden einsehen, dass sie die Verpflichtung haben, in der Richtung, die man bisher eingeschlagen hat, weiter zu gehen. Dadurch haben wir die sichere Überzeugung, dass es möglich ist, dass auf vernünftigem, legalem, friedlichem Wege die Lösung der sozialen Frage in die Wege geleitet werden kann. Wenn aber die Herren Bremser die Oberhand bekommen sollten, wenn sie wieder einmal soweit kommen sollten, dass man Zuchthausgesetze, Umsturzgesetze, Sozialistengesetze macht, dann, meine Herren, sind die Bremser diejenigen, die tatsächlich eine friedliche Lösung der ganzen Probleme unmöglich machen.

Wer also das Interesse des Vaterlandes wirklich begreift und ihm wirklich dienen will, wer wirklich patriotisch im großen, im edlen Sinn des Wortes sein will, der muss der sozialen Gesetzgebung nicht bloß zustimmen, der muss, wie wir, vorwärts treiben, immer Neues fordern, weil durch die neuen Forderungen doch immer nur hinter dem wahren Stand der Technik, dem Stande unserer ganzen Industrie, nachgehinkt wird. Denn wenn wir uns jetzt die Entwicklung der letzten 30 Jahre nur ansehen und vergleichen, wie damals die Arbeitszeit war, wie lange sie heute ist, wenn wir feststellen, welche ungeheure Masse von Werkzeug und Arbeitsmaschinen die Arbeitskraft der Arbeiter ersetzt hat und wir dann sehen, wie wenig die Arbeitszeit in diesen 30 Jahren eingeschränkt worden ist, dann kommen wir zur Überzeugung, dass es nicht nur nicht zu wenig ist – den Normalarbeitstag für die erwachsenen Arbeiter haben wir überhaupt noch nicht – dann kommen wir zur Überzeugung, dass fast noch gar nichts geschehen ist, und, meine Herren, gar nichts ist doch gar zu wenig. Wir fordern deshalb nicht bloß den zehnstündigen Normalarbeitstag, für den wir selbst-

verständlich mit eintreten werden, weil er wenigstens einmal einen Normalarbeitstag schafft, wir fordern den achtstündigen Normalarbeitstag und ich möchte von der Regierung wünschen, dass sie sich in diesem Geleise bewegen möge. Ich meine, wenn es für die Beamten recht ist, acht Stunden zu arbeiten, so ist es auch für die Arbeiter recht, die bei ihrer angestrengten Tätigkeit sehr häufig, wie Sie aus der Unfallliste ersehen, Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen müssen.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 32. Landtag 1902 – 1905, 12. Sitzung, 26. Februar 1903. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1903, S. 241 - 244)

4. Die heutige Gesellschaftsordnung „degradiert den, der kein Kapital hat, zur Ware“ (8. März 1910)

Abg. Ulrich: Meine Herren, ich muss gestehen, wenn irgend etwas geeignet ist, die Massen aufzuregen, dann ist es diese Art der polizeilichen Bevormundung und schließlich des polizeilichen Dreinhauens. (Sehr richtig!) Meine Herren, ich habe in meinem Leben einmal – am 13. Februar dieses Jahres – gesehen, was es heißt, wenn Schutzleute, namentlich Berittene, in wehrlosen Massen hineinhausen bzw. hineinreiten. Ich habe das in Magdeburg¹⁹ gesehen. Ich muss Ihnen schon sagen, meine Herren, wenn es da in allen, auch den ruhigsten Bürgern kocht, so ist das durchaus erklärlich. Man müsste ja Fischblut im Leibe haben, wenn man es ruhig ansehen könnte, wie die berittenen Schutzleute auf das Trottoir reiten und ganz Unbeteiligte niederreiten können. Ich meine, eine derartige Praxis ist preußisch, und ich möchte hoffen und wünschen, dass unsere Regierung stark genug ist, diese preußische Art nicht bei uns in Hessen wachsen und vorwärtskommen zu lassen. Ich fürchte, dass durch derartige Ordres, wie sie in Offenbach gegeben sein sollen, geradezu die Gefahr blutiger Zusammenstöße heraufbeschworen wird und ich möchte alles daran setzen, um zu verhindern, dass auf unserer Regierung ein derartiger Flecken sitzen bleibt.

Meine Herren, damit komme ich zu dem Thema, das ich auch schon bei der Generaldebatte behandelt habe: auf die ungleiche Behandlung meiner Parteigenossen, auf die ungleiche Behandlung der Sozialdemokraten als Bürger dieses Landes. Meine Herren, ich habe Ihnen gezeigt, wohin das führt; ich habe Ihnen gezeigt, dass diese ungleiche Behandlung dazu führen muss, dass die Gesinnungslumperei Orgien feiert. Ich habe Ihnen den Fall von Astheim²⁰ angeführt, und habe Ihnen anhand des Falles den Beweis erbracht, wie leicht die Regierung durch ihre unteren Organe in ein

recht schlechtes Licht kommen kann, wenn so, wie es im Fall Astheim geschehen ist, eine Prämie darauf gesetzt wird, dass jemand sich von den Wählern als Sozialdemokrat wählen lässt und dann, wenn er gewählt ist, zu der vorgesetzten Verwaltungsbehörde geht und sagt „je nun, ich bin ja gar kein Sozialdemokrat, ich bin nur geschäftshalber bei der Sozialdemokratie gewesen“. Meine Herren, wenn man derartige Leute bestätigen will, so habe ich Recht, wenn ich sage: dann können sie Gesinnungslumpen genug kriegen. Die Leute aber, die auf diese Weise Bürgermeister werden, sind doch vor aller Welt gekennzeichnet, und ich meine, mit den Leuten könnte auch unsere Verwaltungsbehörde keinen Staat machen; mit den Leuten sollte sie lieber aufräumen und sagen: wer politisch so charakterlos ist, der ist auch als oberster Verwaltungsbeamter einer Gemeinde nicht zu gebrauchen, von vornherein nicht bloß dem Spotte, sondern auch dem Hass derjenigen Wähler ausgesetzt, die er dupiert, die er direkt betrogen hat.

[...]

Meine Herren, man hat nun allerdings von anderer Seite – und das war der Herr Kollege Dr. Winkler²¹ – behauptet, wir stellten uns außerhalb der Gesellschaft, außerhalb des Gesetzes, und wir hätten deshalb kein Recht, die gleiche Behandlung zu fordern. Er verlangt, dass die Regierung den „alten bewährten Kurs der Nichtbestätigung“ beibehalte. Nun, es ja sein gutes Recht, wenn er das Letztere verlangt. Ich erkläre Ihnen aber, dass er eine grobe Unwahrheit gesagt hat, wenn er behauptet, wir hätten uns selbst außerhalb des Gesetzes, außerhalb der Gesellschaft gestellt. Meine Herren, wir stehen in diesem Hause mitten in der Gesellschaft; ich feiere in den nächsten Tagen mein 25jähriges Jubiläum in diesem Hause und frage die Herren Kollegen, ob irgend einer, die seit jenem Jahre, in dem ich in die Kammer eingetreten bin, mit mir gearbeitet haben, sagen kann, dass ich mich in diesem Hause je als außerhalb der Gesellschaft oder des Gesetzes stehend benommen oder betrachtet hätte. Meine Herren, wir haben seit Jahrzehnten in der Gesellschaft Funktionäre durch öffentliche Wahlen. Die Gemeinderäte, bei denen die Regierung nichts zu bestätigen hat, aus unseren Reihen, zählen nach Hunderten auch bei uns in Hessen. Mitten in der Gesellschaft stehend, mitten unter den Gesetzen stehend, wirken und arbeiten wir. Wir sind der Meinung, dass diese Gesellschaft geändert werden muss, wir fürchten uns auch nicht vor dem Worte, dass diese Gesellschaft „umgestürzt“ werden muss; denn der Umsturz an sich ist noch lange kein Verbrechen. Es kommt nur darauf an, dass der Umsturz in dem Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, in dem Rahmen derjenigen Verhältnisse geübt wird, in dem wir dazu berechtigt sind. Wir kämpfen mit dieser Gesellschaft überall, das sage ich Ihnen offen, um die Änderung

ihrer Ordnung. Wir sind der Meinung, dass diese Gesellschaftsordnung, die wir ja vor wenigen Tagen durch unsern Kollegen Brauer²² so drastisch beleuchtet sahen, als er von der Überfüllung der akademischen Berufe sprach, dass diese Gesellschaftsordnung es den Besitzern der Arbeitsmittel ermöglicht, andere für sich arbeiten zu lassen, von der Arbeit anderer Reichtümer zu sammeln, während die große Masse verarmen, in Armut zugrunde gehen muss; wir sind der Meinung, dass diese Gesellschaft wert ist, umgestaltet, oder, wenn Sie wollen, "umgestürzt" zu werden. Meine Herren, Sie selber haben dieser Gesellschaft das Todesurteil vor einigen Tagen gesprochen. Sie selber haben sagen müssen: unsere akademischen Fächer sind überfüllt, wir können denjenigen jungen Leuten, die jahrelang studieren, deren Eltern alles aufwenden, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu schaffen, keine Existenz bieten. Sie stehen am Rande des Verderbens in dem Augenblick, wo sie selbständig werden sollten. Das ist die Entwicklung der modernen Gesellschaft. Sie erzeugt alle die Kräfte, die wir zur höheren Kultur brauchen, alle jene Menschen, die neues Wissen und neues Können der Menschheit bieten, und wir können diese Menschen nicht verwerten, wir müssen sie von der Schwelle des Staatslebens fortstoßen, so weit es sich um Beamte handelt; wir müssen ihnen sagen: mit allen deinen Studien und Examen hast du kein Recht erworben, eine Stellung zu erhalten. Und wenn der Herr Kollege Winkler meint, wir müssen uns davor hüten, dass es zu viel Proletarier der Intelligenz gebe, - ja meine Herren, das müssten Sie wohl vom Standpunkt der gesellschaftlichen Auffassung aus tun, aber Sie können es nicht, denn diese wachsende Intelligenz ohne Kapital, das ist die Intelligenz des Proletariats, das ist das Proletariat des Wissens, das immer mehr anwächst. Mein Herren, das Bild von der angeblich überflüssigen Intelligenz und Kraft haben wir in ähnlicher Weise auch in den unteren Volksschichten; dasselbe Bild haben Sie bei den Fabrikarbeitern und bei einer großen Anzahl besser situierter Arbeiter. Das ist das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das alle Jahre an uns heran tritt, das Gespenst der Unmöglichkeit, Arbeit und Brot zu finden; das geht nicht bloß bei den Akademikern umher, das geht herum in allen Kreisen, bis zu dem geringsten Arbeiter, und diese Tatsache lehrt, dass die kapitalistische Gesellschaft ihre eigene Entwicklung nicht ertragen kann, dass sie an ihrer eigenen Gesellschaftsordnung zugrunde geht. Da wollen Sie es uns übelnehmen, wenn wir mit allen Fasern unseres Herzens dran arbeiten, diese Gesellschaftsordnung zu bessern, sie zu einer vernünftigen und menschlichen zu machen? Die heutige Gesellschaftsordnung, meine Herren, ist unvernünftig, sie degradiert den, der kein Kapital hat, zur Ware, unbekümmert um seine menschliche Gestalt, unbekümmert um seinen

menschlichen Geist und seine menschliche Tätigkeit; sie macht ihn zu einer der kalten Berechnung unterliegenden Sache. Ich sage, eine solche Gesellschaftsordnung ist ein Unglück für die Menschen; dass die Erkenntnis davon immer mehr um sich greift, dazu wollen wir Sozialdemokraten beitragen; wir wollen das Bewusstsein der Tatsache, dass diese Gesellschaftsordnung ein Unglück für die Menschheit ist, in immer weitere Kreise tragen, hineinragen in die unterste Hütte und hinauf zu dem Minister und zu dem Fürsten, hinauf zu allen, die auf das öffentliche Leben irgendwelchen Einfluss haben. Das ist der revolutionäre Gedanke, der uns beseelt, der uns Alter und Schwäche und auch das Gefängnis vergessen macht, wenn es gilt, diesen Gedanken zu vertreten.

[...]

Denn, meine Herren, darüber kommen Sie nicht hinweg: die Erkenntnis, dass der Besitz der Arbeitsmittel die Ursache des Elends auf der einen Seite und des Reichtums auf der anderen Seite ist, diese Erkenntnis wird immer größer werden. Die Entwicklung der Trusts und aller gewaltigen Vereinigungen der Kapitalisten beweist die Richtigkeit unserer Auffassung: die Zusammenschlüsse der großen Besitzer von Arbeitsmitteln, soweit es sich um die Fabriken, die Kapitalien, um die Verkehrswege handelt, dieser gewaltige Zusammenschluss, der uns in Amerika viel schärfer vor Augen tritt als bei uns, beweist, dass wir auf dem Wege sind zur Sozialisierung der Produktionsmittel; der Weg der Sozialisierung führt über diese Trusts, Ringe und sonstigen Vereinigungen hinweg zum Sozialismus, zur Produktion der Lebensbedürfnisse für und durch das Volk selbst. [...]

Meine Herren, wir stehen mitten in der Gesellschaft; die Tatsache, dass unsere Söhne, dass ein großer Teil von uns selbst als Soldaten gedient haben, dass wir Steuern zahlen, dass einige von uns sogar erhebliche Steuern zahlen, die Tatsache spricht eine deutliche Sprache. Wollten wir uns außerhalb der Gesellschaft stellen, so müssten wir in dieser Richtung ganz anders handeln, als wir bisher tatsächlich gehandelt haben.

Aber nehmen Sie auch andere Beweise dafür. Nehmen Sie die hochherzige Aufopferung deutscher Arbeiter für andere deutsche Kameraden. So oft in großen Betrieben ein Unglück passiert, sehen Sie, wie dort die Kollegen zueinander halten, wie bei einem Grubenunglück die sozialdemokratischen Knappen gemeinschaftlich mit anderen Knappen ihren Mann stellen, um die Kollegen heraus zu hauen. Ich erinnere weiter an eine andere Sache, die noch viel drastischer ist. Als die Cholera in Hamburg ausgebrochen war, da waren es die reichen Leute, die flüchteten wie die Heuschrecken, und es war der Senat von Hamburg, der damals die sozialdemokratischen Arbeiter aufforderte, gewisse Dienste zu leisten und diese sozialdemokra-

tischen Arbeiter, die man sonst als außerhalb der Gesellschaft stehend bezeichnet, wie es Herr Dr. Winkler getan hat, diese sozialdemokratischen Arbeiter haben jene Dienste geleistet und haben das Gemeinwesen von Hamburg und damit das Reich davor bewahrt, dass die Cholera noch schlimmere Schrecken verursachte. Ich meine, es gehört ein eigener Mut dazu, einer Klasse von deutschen Bürgern, die solcher Handlungen im Interesse des Gemeinwohls fähig ist, zu sagen, sie hätte sich außerhalb der Gesellschaft, außerhalb des Gesetzes gestellt.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, 50. Sitzung, 8. März 1910. Protokolle, 2. Band, Darmstadt 1910, S. 1425 – 1427)

5. „... rücksichtslose Ausnutzung der Notlage“ – Kriegsgewinne auf Kosten der Arbeiterfrauen (12. Oktober 1915)

Abg. **Ulrich**: Meine Herren, es ist nicht zu leugnen, dass wenige Arbeiterkategorien und in diesen nur eine geringe Anzahl von Personen bei dem Krieg wirklich etwas verdient haben. Wenn man die Industrieverhältnisse in unseren Industriebezirken durchgeht, findet man, dass allerdings während der ersten Zeit des Krieges eine Anzahl Arbeiter höhere Löhne erreicht haben. Aber es waren das doch nur Ausnahmen, die jetzt Zug um Zug verschwinden. Es ist notwendig, das zu sagen; denn wenn es so wäre, wie die Kollegen zum Teil behauptet haben, wäre ja die Kriegsfürsorge gar nicht zu verstehen; dann wäre nicht zu verstehen, wie das Reich und die Gemeinden Millionen ausgeben, und wie die einzelnen wohlthätig wirken, um arme Volksgenossen über Wasser zu halten. Ich muss das ausdrücklich feststellen. Ich muss das ausdrücklich feststellen und ich kann mich dabei auf amtliches Material berufen.

Man darf die heutigen Löhne der Arbeiter nicht mit dem gleichen Maße messen, mit dem man sie vor dem Kriege gemessen hat. Die Kaufkraft des Geldes ist im Laufe der Kriegsmonate sehr gesunken. So hat z. B. eine Zusammenstellung der von Richard Calwer herausgegebenen monatlichen Übersichten ergeben, dass seit dem Jahre 1912 eine Verminderung des Geldwertes von 20 bis zu 40% eingetreten ist. Diese Verminderung wird statistisch an der Hand der Lebensmittelpreise festgestellt, die amtlich von 200 Städten berechnet worden sind. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, ich will nur feststellen, dass in den letzten sieben Monaten des laufenden Jahres eine Verminderung des Geldwertes um 33,1 % festgestellt worden ist, also um ein volles Drittel. [...]

Sehr interessant ist eine Statistik, die das statistische Amt von Baden herausgegeben hat, die allerdings nur zwei Monate, Mai 1914 und 1915, gegenüberstellt. Es ergibt sich hier eine so gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise, dass man mit Recht sagen kann, die verminderte Kaufkraft des Geldes bringt in Verbindung mit der steigenden Tendenz in den Preisen der absolut notwendigen Lebensmittel einen gefährlichen Notstand hervor. So standen z. B. die Kartoffeln im Mai 1914 auf 5,87, im Mai 1915 dagegen auf 12,14. Etwas später, einige Monate nachher, als der Krieg ausgebrochen war, standen die Kartoffeln nicht mehr 12,14 pro Kilo, sondern 13 bis 16 Pfg. für das Pfund. Ich kann, was ich im Ausschuss schon gesagt habe, wiederholen: Wir, die wir an verantwortlicher Stelle in der Arbeiterbewegung stehen, haben mehr als einmal befürchtet, dass es auf den Marktplätzen zu schweren Krawallen kommen würde. Wir haben Dinge erlebt, bei denen ich die Landwirte, die in Frage kommen, nicht von einer rücksichtslosen Ausnutzung der Notlage freisprechen kann. Ich weiß, dass die Landwirte im allgemeinen, dass die Organisationen der Landwirtschaft sich Mühe gegeben haben, das zu verhindern.

Ich weiß, dass Sie Ihrerseits alles getan haben, was Sie glaubten tun zu können, um eine solche wucherische Preistreiberei zu verhindern. Aber, meine Herren, Sie sind eben auch nicht in der Lage gewesen, diese Auswüchse zu vermeiden, die unter Umständen zu den allertraurigsten Folgen hätten führen können. Wir haben in Offenbach in der Stadtverordneten-Versammlung, als wir die Gefahr merkten, Kartoffeln aufgekauft. Wir glaubten eine Zeit lang, wir hätten zu viel Kartoffeln und haben sie auch an Leute, die mehr als für den gewöhnlichen eigenen Gebrauch nötig hatten, verkauft. Da erlebten wir plötzlich, dass in ganz unerwartet kurzer Zeit unsere Kartoffeln, die wir für 8 Pfg. das Pfund verkauften, weg waren, und als wir uns genau umsahen, was los war, konnten wir feststellen, dass die Händler uns aufgekauft hatten (Heiterkeit.) und dass sie nun ihrerseits die Kartoffeln für 13 Pfg. verkauft haben, und zwar das Pfund für 13 Pfg. Da haben wir sofort eingegriffen und haben wieder gekauft und sind auf den Markt gezogen, denn nur dadurch, dass wir auf den Markt zogen und dort verkauften, brachten wir es fertig, die Preise zurückzuhalten. Dabei haben die Händler an einem Tag, als sie merkten, dass wir des Morgens nicht zur rechten Zeit auf den Markt ziehen konnten, in Zeit von einer halben Stunde den Preis von 8 Pfennig auf 12 und 13 Pfennig in die Höhe getrieben. Als eine Arbeiterfrau einen Landwirt darüber zur Rede stellte und frug wie das eigentlich zu erklären sei, diesen Preis könne man nicht mehr bezahlen, da sagte der Landwirt in ziemlich guter bäuerlicher Tonart: „Wenn ihr ,se nicht bezahlen könnt, dann frisst Dreck!“ – In dem Moment hatte er, -

die Frau war sehr resolut – den Dreck auf beiden Seiten sitzen. (Heiterkeit.) Ein Polizist stand nicht weit davon, er hatte aber nichts gesehen, das war ein Glück, denn wenn er es gesehen hätte, wäre die Sache vielleicht nicht so gut abgegangen. Solche Art ist eine große Gefahr. Wenn solche Ausdrücke vorkommen, so können sie dazu führen, dass ein allgemeiner Krawall entsteht und der allgemeine Krawall natürlich zum Unglück für die in Frage kommenden Leute ausschlägt, denn man kann das nicht gut heißen, es muss gesetzlich gehandelt werden. Es wird aber auch ein weiteres, ruhiges, friedliches Miteinander - Arbeiten immer schwerer werden, während es doch in diese schweren Zeit notwendig ist, unter allen Umständen zusammen die Fürsorge zu Ende zu führen. Solange unsere Soldaten draußen in der Front liegen, haben wir die Pflicht, im Lande dafür zu sorgen, dass sie nicht aus Sorge um ihre Familie schwächer werden. Ich habe aus dem Schützengraben von Leuten Briefe bekommen, in denen sie sich furchtbar darüber aufregen, dass ihre Frauen keine Kartoffeln bekommen konnten, und in denen sie sich in einer Weise darüber aussprachen, dass ich mir sagte: Wenn infolge der Teuerung ein solcher Geist um sich greift, so ist das eine Gefahr für uns und daher müssten wir und müssen wir alles tun, um das zu verhindern. [...]

Auf der anderen Seite hat der Krieg eine Art Goldfieber hervorgerufen, eine Ausbeutung der Lage herangezogen, die man nur dann klar vor Augen hat, wenn man sich die Berichte der in Frage kommenden Aktiengesellschaften ansieht. Über das, was die einzelnen Unternehmer verdient haben, gibt es ja wohl keine Statistik, und alle Versuche, das einmal statistisch festzuhalten, werden eben daran scheitern, dass diese Privatunternehmer, in der Regel wenigstens, nicht genau anzugeben geneigt sind, was sie wirklich verdient haben. Aber, wenn man in den Blättern liest, dass Dieser und Jener Tausende für die Kriegsfürsorge gegeben hat – was an sich von mir durchaus angenehm empfunden und gut geheißen wird - und wenn man dann zufällig weiß, wie sich das erklären lässt, - meine Herren, man muss doch für solche außerordentliche Generosität sich eine Erklärung suchen! –wenn man sich danach umsieht, wie sich das erklären lässt, und man findet dann, dass jemand, der 10 000, 20 000, 30 000 und 50 000 Mark für die Kriegsfürsorge, fürs Rote Kreuz usw. gegeben hat, infolge der Kriegsaufträge 500 000, 600 000 und 800 000 Mark verdient hat, dann sage ich, es ist zwar schön, dass er es gegeben hat, aber er hat sich auch leicht getan, es zu geben. Diejenigen, die in dem Schützengraben liegen, diejenigen, die unter dem Krieg leiden müssen, empfinden derartige Tatsachen. Wenn man dann auch noch die Statistik zur Hand nimmt, wenn man den Gold-Kriegssegen sich vergegenwärtigt, der den Waffen- und Muniti-

onsfabriken, den Telegraf-Werken, den Lederwerken, den Woll-Industriellen, den Mühlen zuteil geworden ist, meine Herren, es sind das nur ein paar, die ich hier herausgreife...

(Abg. von Brentano: Die Schieber wollen wir nicht vergessen!)

Es gibt noch eine ganze Anzahl, Herr Kollege von Brentano! Die Schieber sind nicht die Industriellen, es sind die, die dann noch mit den Lebensmitteln wuchern, die die Lebensmittel schieben. [...]

Meine Herren, ich will sie nicht weiter mit den Ziffern belästigen, die wir festgestellt haben und feststellen konnten. Ich meine aber, da muss die Verwaltung, müssen unsere Behörden, muss unser Ministerium einsetzen, es muss im Bundesrat dahin wirken, dass die ungeheuren Kriegsgewinne zur entsprechenden Steuerzahlung herangezogen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich würde es nicht im geringsten bedauern, wenn die schließlich festgestellten Kriegsgewinne mit 50% zur Besteuerung herangezogen würden, ja wenn diese noch weiter darüber hinausginge. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass in dieser schweren Kriegszeit eigentlich kein Deutscher vom Krieg profitieren sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die ganzen Kriegsreingewinne wieder der Reichskasse zufallen sollten.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 36. Landtag 1914 - 1918, 11. Sitzung, 12. Oktober 1915. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1916, S. 96 – 98)

IV. „Befreiung des gesamten Menschengeschlechts...“ – Für Menschenrechte, gegen Diskriminierung

In seinem ganzen politischen Leben trat Carl Ulrich konsequent gegen jede Form von Diskriminierung auf, wie es das Erfurter Programm formuliert: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft [...] für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

Beispielhaft sei hier auf Ulrichs Reaktionen auf antisemitische Äußerungen eingegangen. Sehr oft war es ein „indirekter“, unausgesprochener, aber von jedermann verstandener Antisemitismus, der um die Jahrhundertwende im Kaiserreich zum Alltag gehörte.¹ Ulrich vermutete wohl mit Recht antisemitische Motivationen hinter einem am **9. Dezember 1891** verhandelten Antrag der Abgeordneten Haas² und von Rabenau,³ „die gesetzliche Regelung des Vieheinstellungswesens betreffend“. Diese Praxis der sog. „Vieheinstellung“ oder „Viehpacht“ bedeutete, dass Bauern ein fremdes Stück Vieh (meist wohl Kühe) „in Pacht“ nahmen, also durchfütterten, um dann am Ende einen kleinen Gewinn durch z. B. Milchverkauf oder Kälber zu erhalten.⁴ Allerdings war diese Rechtskonstruktion im Großherzogtum auf Rheinhessen beschränkt und durch den dort noch gültigen Code Napoléon in ganz unterschiedlichen Vertrags- und damit Gewinnverhältnissen geregelt. Die Regierung konstatierte in ihrer Antwort auf diesen Antrag, dass derartige Verträge auch in Rheinhessen „thatsächlich nicht in Übung“ seien und damit, zumal vor der Einführung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches im Deutschen Reich (das 1896 verkündet wurde, 1900 in Kraft trat) kein Handlungsbedarf bestehe.⁵ Allerdings stellte sie auch fest, dass in der Presse, besonders im Vogelsberg, gerade das Gegenteil behauptet wurde und sprach generell von „Benachteiligung“ bzw. „Ausbeutung“ der Landbevölkerung beim Viehhandel. Insbesondere Ratenzahlungen beim Viehkauf und ihm folgende Kettengeschäfte führten zur Verschuldung von Bauern. Wenn diese einen vom Viehhändler eingeräumten Kredit nicht rechtzeitig ablösen konnten, nahm der Viehhändler entweder das gekaufte Tier, das in der ganzen Zeit für ihn von dem Bauern gefüttert worden war, wieder an sich, oder es kam zu Kettengeschäften, d. h. der Bauer tauschte ein anderes Stück Vieh, für das er ebenfalls nur eine An-

zahlung zu leisten hatte, gegen das erste aus und damit begann wohl z. T. über Jahre hin dasselbe Spiel.

Der Abgeordnete Muth⁶, Bürgermeister von Salz in Oberhessen, schilderte sehr anschaulich, wie es bei einem solchen Handel zugeht; indem er den Sprachduktus des Händlers nachahmte (der dem Bürgermeister einen kleinen Vortrag über das Funktionieren des Handelskapitals hält) und zugleich auch die Formulierung „Wucher mit dem Vieh“ verwendet, zeigt er schon die antisemitische Stoßrichtung, die wohl im Antrag der beiden Abgeordneten von Rabenau und Haas mit intendiert war und die Ulrich dann in seiner Erwiderung klar herausstellte. Es war kein Zufall, dass diese drei Abgeordneten oberhessische Wahlkreise vertraten und sich auf verschiedene Weise in landwirtschaftlichen Organisationen engagierten; Haas war sogar Präsident der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften im südlichen und westlichen Deutschland. Sie kamen somit alle aus der Region, in der seit den 80er Jahren der Antisemitismus unter Führung des Marburger Bibliothekars Otto Böckel (1859 – 1923) und seiner Hetz-Zeitung „Reichserold“ sich politisch organisierte und seit 1890 sowohl im Reichstag wie im Hessischen Landtag mit Abgeordneten vertreten war. Der antisemitische „Bauernbund“ überrundete schon 1897 mit 7 Abgeordneten die SPD (6) und hatte seit 1899 fast immer doppelt soviel Mandate wie die Sozialdemokraten (12 bis 14 gegen 6 – 8). Ulrich hatte also allen Grund, nicht nur scharf gegen die antisemitische Tendenz dieses Antrags zu polemisieren, sondern zugleich auch die soziale Wurzel des bäuerlichen Antisemitismus darzulegen und damit die Hoffnung auf politische Aufklärung durch die Praxis zu verbinden. Ausgehend von dem bekannten, meist dem SPD-Vorsitzenden August Bebel (1840 – 1913) zugeschriebenen, vielleicht aber auch auf den österreichischen Sozialpolitiker Ferdinand Kronawetter (1838 – 1913) zurückgehenden Bonmot, dass „der Antisemitismus der Sozialismus des dummen Kerls“ sei, formulierte Ulrich die Hoffnung, dass die Landwirte bald erkennen würden, dass das kapitalistische System mit Hypotheken, Zinsen und Wucher der eigentlich Schuldige sei, nicht der jüdische Viehhändler. Seine Hoffnung, dass die antisemitische Agitation nur die „Vorfrucht“ des Sozialismus sei, ihm sogar „vorarbeite“, so dass „der kleine Landwirt nach dieser Täuschung zum Sozialismus übergehen wird“, ist bekanntlich auf grausame Weise enttäuscht worden.

In der Debatte vom **15. Februar 1893** über eine Petition des deutschen Frauenvereins „Reform“, ein Mädchengymnasium im Großherzogtum einzurichten oder wenigstens dem „weiblichen Geschlecht“ Zugang zu den Maturitätsprüfungen (Abitur) zu ermöglichen, gingen die Positionen quer durch die Fraktionen. Die Petition war vom nationalliberalen Abgeordne-

ten Heinzerling⁷ eingebracht worden, und er wie andere befürworteten sie im Bewusstsein der möglichen Streitfragen nicht in allen Punkten, aber generell in der Richtung, die Möglichkeiten der Frauen zur Erwerbstätigkeit zu erweitern. Sehr vorsichtig näherten sich manche Abgeordnete der Idee, den Frauen gewisse Berufe, vor allem lehrende oder pflegende, zumindest partiell (den ärztlichen Beruf z.B. für Frauenkrankheiten) zugänglich zu machen. Heinzerling erinnerte daran, dass es in Darmstadt schon eine gewisse Tradition erfolgreich berufstätiger Frauen gegeben hatte: die Ärztin Charlotte Heidenreich von Siebold (1788 – 1859) oder der von Großherzogin Alice (1843 – 1878) 1867 gegründete Alice-Verein für Frauenbildung sowie der Alice-Verein für Krankenpflege, der Krankenpflegerinnen ausbildete. Dass die englische Prinzessin Alice dies gemeinsam mit Luise Büchner (1821-1877), der Schwester des in den 90er Jahren völlig vergessenen Revolutionärs und Dichters Georg Büchner getan hatte, war allerdings keine Erwähnung wert, ebensowenig wie Luise Büchners programmatisches Buch „Die Frauen und ihr Beruf“ (1855).

Carl Ulrich hatte bei diesem Thema leichtes Spiel mit den Zentrums-Abgeordneten, die noch völlig dem traditionellen Frauenbild verhaftet waren, während es die meisten Nationalliberalen nicht mehr teilten. Allerdings ging er denn doch über die Vorstellungen der bürgerlichen Gleichberechtigung hinaus, ganz in dem Sinne, wie es August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ (1879) getan hatte. Diese Schrift mit ihrer Forderung einer völligen Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Abschaffung jeder Abhängigkeit der Frau vom Mann war denn auch gewissermaßen ein „rotes Tuch“, das, von Ulrich nicht selbst erwähnt, aber in der Debatte von dem nationalliberalen Gymnasialprofessor Friedrich⁸ als eine Kampfschrift gegen die Ehe zitiert wurde; ein Vorwurf, den Ulrich auch damit konterte, dass er auf die faktischen Einschränkungen von Ehe und Familie durch die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter in proletarischen Schichten hinwies.

Die Petition wurde von der Kammer mehrheitlich der großherzoglichen Regierung „zur Erwägung und geeigneten Berücksichtigung“ empfohlen und in den nächsten Jahren wurden denn auch, fußend auf schon bestehenden Einrichtungen, einige der Forderungen verwirklicht. Der seit 1829 in Darmstadt bestehenden „Höhere Mädchenschule“ war schon 1877 ein Lehrerinnenseminar angegliedert worden. 1884 in „Viktoriaschule“ umbenannt, erhielt diese 1913 das Recht, die Reifeprüfung abzunehmen. 1911 bereits war wegen der steigenden Nachfrage aus der Viktoriaschule die „Eleonorenschule“ als Lyzeum mit mittlerem Abschluss nach der 10. Klasse gegründet worden.



Abgeordnete und Kanzlei-Personal der 2. Kammer des 31. Landtags, Großherzogtum Hessen, 1899 - 1902. Carl Ulrich: 2. Reihe, 1.v. l.

Eine heftige Diskussion löste die „Besprechung der Anfrage des Abgeordneten Dr. David, die „polizeilichen Maßnahmen gegen die ausgesperrten Maurer in Mainz betreffend“ am **15. Dezember 1903** aus. Die Aussprache über die Anfrage des Sozialdemokraten Eduard David⁹ wurde durch dessen Parteifreund, den Mainzer Abgeordneten Bernhard Adelung¹⁰ eröffnet, der auf den Bericht der Regierung zur Anfrage von David reagierte. Über 700 Maurer hatten in Mainz gestreikt, um eine Verbesserung ihres Tarifvertrages zu erreichen; die Unternehmer sperrten sie 11 Wochen lang aus und holten statt dessen italienische Bauarbeiter als Streikbrecher. Zwischen den deutschen und den italienischen Arbeitern kam es zu Rangeleien, wobei die arbeitswilligen Italiener von der Polizei geschützt wurden. Die inner- und außerparlamentarischen Reaktionen waren um so heftiger, als 1903 das Jahr war, in dem die gewerkschaftliche Streikbewegung im Deutschen Reich zum ersten Mal die Zahl von 1.000 Streiks überschritt; seit 1910 waren über 2.000 Streiks jährlich die Regel. Ab 1909 wurde im Großherzogtum eine Streikstatistik geführt.¹¹ Sie verzeichnete 1911 47 Streiks, von denen drei mit Aussperrungen verbunden waren; 1912 waren

es 34 Streiks und 10 Aussperrungen, 1913 43 Streiks und 6 Aussperrungen. Zentren waren Offenbach, Mainz und Darmstadt. Zwar dauerten die meisten Arbeitsniederlegungen nur wenige Tage, doch war auch eine Streikdauer von 30, 40, aber auch 90, 100 ja bis zu 200 Tagen möglich. Die Heftigkeit dieser Auseinandersetzungen spiegelt sich in der Debatte wider, in der Ulrich gekonnt alle rhetorischen Register zog und zwischen globaler Gesellschaftskritik und konkreter Elendsschilderung virtuos wechselte. Der Bauernbundsabgeordnete Wolf¹² korrigierte ein wenig die wohl allzu dramatisierte Schilderung, argumentierte andererseits aber ganz aus dem „Herr-im-Haus“-Standpunkt, wie er für die Arbeitgeberseite typisch war, wenn er sagte, dass für die Arbeiter „ein einfaches Leben“ genügen müsse. Die Ansicht, dass zu hohe Lohnforderungen die „Großkapitalisten“ abschrecken würden, so dass die Arbeiter lieber geringeren Stundenlohn in Kauf nehmen und dafür eine Stunde länger arbeiten sollten, hat offensichtlich eine lange Tradition.

1. „Antisemitismus ist der Sozialismus des dummen Kerls“ (9. Dezember 1891)

Abg. **Muth**:¹³ Meine Herren, ich hätte erwartet, dass einer der Herren Antragsteller zuerst das Wort ergriffen hätte. Da dies nicht der Fall ist, so habe ich mich zum Wort gemeldet. Wenngleich in unserem Lande die sogenannte Vieheinstellung nicht vorkommt, so tritt doch der Wucher mit dem Vieh sehr viel und in den verschiedensten Formen auf. Dem muß entgegengetreten werden und wenn man damit warten will bis das bürgerliche Gesetzbuch bei uns in Kraft tritt, so kann bis dahin noch sehr viel Unheil angerichtet werden. Um nur an einem oder zwei Beispielen zu zeigen, in welcher Art dieser Wucher auftritt, erlauben Sie mir Weniges anzuführen, Tatsachen, die aus dem Leben gegriffen sind. In meiner Gemeinde war ein Mann, der einem Viehhändler nur einen kleinen Betrag von 200 fl. schuldete, der dann sogar durch eine Hypothek gesichert war. Trotzdem kam nach kurzer Zeit der Viehhändler wieder und kündigte diesem Mann das Kapital. Er brachte es zur Beitreibung. Ich machte diesem Händler Vorwürfe darüber und sagte, er könne doch ganz beruhigt sein, seine Forderung wäre gesichert und er bekäme auch seine Zinsen. Was entgegnete mir dieser Viehhändler? Er sagte: „Herr Bürgermeister, das versteht ihr nicht. Wir sind Handelsleute, wir müssen von unserem Verdienst leben und müssen noch etwas verdienen, wenn wir so einem Mann *so e Kapitalche stehe lasse*, da müssen wir auch jährlich wenigstens so einen Handel mit ihm abschließen, bei dem man seine 30, 40, 50 Gulden verdienen kann.

Der Mann will *nit handle* mit mir: Was bleibt mir übrig? Ich muss kündigen.“ – Was war die Folge? Der Mann war gezwungen, er musste wieder einen Handel abschließen.

[...]

Abg. **Ulrich**: Ich meine also, es sollte hier unsererseits wenigstens der Wunsch bei der Annahme der Resolution ausgesprochen werden, dass die Regierung bei erneuter Untersuchung der Sachlage in dieser Richtung von anderen Grundsätzen ausgehen möge, als bisher, dass sie aus dem Volk heraus, aus dem kleinen Bauernstand heraus, direkt sich Bericht erstatten lasse und an der Hand dieser Berichte dann im Stande sein wird, ein anderes Bild zu erhalten, als es gegenwärtig der Fall ist. Alles in allem genommen, meine Herren, bin ich der Meinung, dass gerade die antisemitische Agitation in dieser Richtung unstreitig einen sozialen Hintergrund hat. Es ist meiner Ansicht nach unmöglich, anzunehmen, dass das einfach Hetzereien sind, es ist außer Zweifel, dass das soziale Elend des kleinen Bauernstandes hier nach Hilfe sucht und wie wollen sich diese Leute helfen? Sie sind dem großen Verkehr entzogen, allgemein im Leben zu wenig bekannt, als dass sie im Stande wären, keinen Unterschied zu machen zwischen Juden und Christen. Sie haben zunächst mit einem Juden zu tun, wie das in vielen Fällen so ist; der Jude ist es, der zunächst ihnen das Kapital in der Weise, wie Herr Kollege Muth es vorgeführt hat, gegeben hat, der Jude ist es, der nach ihrer Ansicht sie allein ruiniert hat. Was tun sie deshalb? Ihr ganzer Hass wendet sich nicht dagegen, dass der Kapitalismus sie ruiniert hat, nicht dagegen, dass der Kapitalismus an sich es ist, der ohne Profit nicht existieren kann und sie deshalb ausbeuten muss, sondern er wendet sich gegen die Person des Juden und lässt seinen ganzen Hass an dieser aus, gegen den Juden an sich richtet sich sein Zorn, weil er glaubt, ein Christ könne so was gar nicht tun, obschon wir Gegenden haben, und die großherzogliche Regierung wird leicht im Stande sein, das festzustellen, wo das Geschäft des gemeinen und gefährlichen Wuchers sowohl von Christen als von Juden betrieben wird und der Fehler nicht in der Rasse, nicht in der Religion liegt, sondern in der Institution, im Kapitalismus. Dies wird leider seitens der kleinen Bauern nicht genügend und klar erkannt. Ich meine aber gerade in der Richtung, wie es hier von unserem Kollegen Muth, der ebenfalls mitten im Leben steht, angeführt worden ist, gerade in der Richtung haben wir notwendig vorzugehen, um die gemeingefährlichen Auswüchse des Kapitalismus ganz entschieden zu beseitigen. [...]

Wenn man nun gesagt hat, wir erhöhen Anklage und hätten selbst keine Mittel, um die trübe Lage zu beseitigen, so ist das eben einfach eine von den Behauptungen, die fortgesetzt aufgestellt werden, ohne dass man ei-

gentlich dafür im geringsten einen Grund angibt. Wir sind allerdings der Meinung, dass die privatkapitalistische Produktionsweise auch auf dem Gebiete der Agrikultur notwendig zum Untergang des kleinen Bauern führen muss, weil eben das große Kapital alles an sich zieht und die kleinen ruinieren wird. Als Mittel dagegen gaben wir ausdrücklich an: die gesellschaftliche Produktion, das heißt, das Eigentum an Grund und Boden soll genau so wie das Eigentum an allen Produktionsmitteln Eigentum der Gemeinde, respektive Eigentum der Gesellschaft werden, dann wird gemeinsam im Interesse der Menschheit, der Gesellschaft gearbeitet und dann wird ein Bewuchern nicht mehr vorkommen. Wahr ist allerdings, dass die heutigen Privateigentümer von Grund und Boden nicht mehr in dem Sinn Privateigentümer sind, wie sie es bisher waren. Das ist vollständig richtig, der Bauer von heute existiert dann nicht mehr. Aber, meine Herren, sind die Bauern, die angeblich heute noch Privateigentümer sind, wirklich Eigentümer ihres Eigentums? Das glauben Sie alle miteinander selbst nicht. Sie sind einfach Frohnknechte der Kapitalisten, weiter gar nichts.

(Lachen, Oho!)

Ja, meine Herren, gehen Sie in den Spessart, gehen Sie in den Odenwald und gehen Sie in den Vogelsberg! Die Herren sind ja eigentlich alle gescheiter als wir, ich empfehle Ihnen also dort hinzugehen, da werden Sie seufzen und klagen hören, dass der kleine Mann seinen Termin nicht bezahlt hat, da werden Sie seufzen und klagen hören, dass sie nicht im Stande sind, die Zinsen aufzubringen, weil ihre Landwirtschaft nicht so viel einbringt, um den Zins zu bezahlen. Eine Hypothek holt die andere, selten, dass auf einem Grundstück nur eine Hypothek ruht, auf den meisten sind zwei und drei Hypotheken und auf manchen noch mehr. Was ist die Folge? Frohnknechte der Kapitalisten sind die Armen, Eigentümer sind sie schon gar nicht mehr. [...]

Nun hat Herr Kollege Franck¹⁴ es für notwendig gehalten, den „Reichsherold“, weil ich ihn angezogen habe, mir als besonders unangenehm hinzustellen. Im Gegenteil, der „Reichsherold“ baut unseren Weizen, der „Reichsherold“ arbeitet in allen Bauernkreisen dem Sozialismus vor. In der österreichischen Delegation hat ein Abgeordneter den Antisemitismus den *S o z i a l i s m u s d e s d u m m e n K e r l s* genannt. Es war das etwas drastisch, aber ich bin überzeugt davon, dass der kleine Landwirt, sobald er eingesehen hat, dass ihm der Antisemitismus auch nichts nützt, sobald er einmal fühlen wird, dass selbst wenn der Antisemitismus zur Wahrheit würde, ihm nur an Stelle eines jüdischen Wucherers ein christlicher Wucherer das Fell über die Ohren ziehen würde, ich sage, ich bin überzeugt davon, dass der kleine Landwirt nach dieser Täuschung zum Sozialismus

übergehen wird, weil er sich sagt, ob ich das Fell über die Ohren gezogen bekomme von einem Juden oder von einem Christen, ist mir gleich, ich will mich dagegen wehren, dass man mir das Fell überhaupt über die Ohren zieht. Also ich habe für den „Reichsherold“ nicht die geringste unangenehme Empfindung, im Gegenteil, ich war der Erste, der heute hier im Hause das Wort „Antisemitismus“ aussprach. Herr Kollege Muth, der ganz genau über denselben unterrichtet sein dürfte, in dessen Gemeinde der Antisemitismus zu Hause ist, hat das Wort nicht ausgesprochen, er mochte wohl irgendwelche Bedenken haben. Herr Kollege von Rabenau kennt den Antisemitismus so gut wie Einer, er hat aber das Wort ebenfalls nicht ausgesprochen und doch gipfeln seine Forderungen genau in den Forderungen des Antisemitismus. Wozu denn Verstecken spielen? Heraus mit der Sprache! Es ist notwendig, dass das Ding genannt werde, wie es ist. Der Antrag hier will sich gegen den Viehwucher wenden und die Absicht der Antragsteller, wenigstens von einem derselben, dem Kollegen Herrn von Rabenau, scheint mir das klar zu stehen, ist, dass er den jüdischen Wucher ganz besonders treffen soll. Also hier wollen wir feststellen, dass ich meinerseits gar nicht nötig habe, den Antisemitismus zu fürchten und dass wir Sozialdemokraten ihn überhaupt nicht fürchten, dass er uns somit auch nicht unangenehm ist. Nein, ich sagte schon: er arbeitet uns vor und Sie werden im Antisemitismus eines schönen Tages nichts anderes erkennen müssen, als die Vorfrucht für uns. Je mehr die Erkenntnis um sich greift, wird sie selbstverständlich den kleinen Landwirt zu uns treiben. Wir werden aber dann nicht mit persönlichen Hetzereien uns einlassen, es wird uns nicht einfallen, den Kampf in der Form zu führen, wie Sie ihn hier führen, wir werden ihn führen, wie wir ihn bisher geführt haben.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 27. Landtag 1890 – 1893, 26. Sitzung, 9. Dezember 1891. Protokolle, 3. Band, Darmstadt 1892, S. 7-8; 15-16; 24-25; 29-30)

2. „Zulassung des weiblichen Geschlechts zur Ablegung der in den Gymnasien eingeführten Maturitätsprüfung“ - (15. Februar 1893)

Abg. **Ulrich:** Meine Herren, ich will auch meinen Standpunkt zu der Frage kurz präzisieren. Ich halte die Frauenfrage für einen Teil der großen sozialen Frage und bin der Meinung, dass die endgültige Lösung derselben mit der Lösung der allgemeinen großen sozialen Frage zusammenfallen wird. Nichtsdestoweniger haben wir die Pflicht, dieser Lösung die Wege zu bahnen, deshalb bin ich für den Antrag des Ausschusses. Ich stimme um so

lieber dafür, als ich der Meinung bin, dass gerade in dieser Frage bisher sehr viel gesündigt worden ist und vieles nachzuholen ist. Ich weiß nicht, weshalb Herr Kollege Franck so besonders ängstlich bei dem Gedanken wird, es könnte vielleicht einmal eine Vertreterin des weiblichen Geschlechts hier unter uns sitzen.

Abg. **Franck**: Weil es den Naturgesetzen widerspricht!

Abg. **Ulrich**: Dem Naturgesetz? Ich weiß nicht, was Herr Franck darunter versteht. Ein Naturgesetz, wie Herr Franck es sich denkt, besteht nicht, das ist eine Erfindung von den Herren Männern, die glauben, sie haben das Recht über die Weiber zu herrschen. Es ist ja nichts Neues, dass gerade die Männer, die in dieser Weise die Herrschaft über das Weib beanspruchen, in Wirklichkeit zu Hause doch von der Frau beherrscht werden und stets unterm Pantoffel stehen.

(Heiterkeit)

Die Angst also vor irgendwelcher Konkurrenz seitens der Frauen sollte uns hier nicht beeinflussen. Im Gegenteil, wir sollten ihnen die Möglichkeit geben, sich in allen den Berufen, zu denen sie geeignet sind, zu betätigen.

Man sagt, die Frau gehöre ins Haus. Das ist eigentlich schon ein lange überwundener Standpunkt.

Abg. **Schroeder**:¹⁵ So?

Abg. **Ulrich**: Gewiss Herr Schroeder! In Ihrer Klasse nicht, aber in der großen Masse des Volkes ist das längst vorbei. Wenn Herr Kollege Schroeder z. B. in einer Fabrikstadt einmal sein sonst so aufmerksames Auge umherschweifen lassen wollte, dann würde er finden, dass Hunderte und Tausende von Frauen in die Fabriken gehen, dass sie zu allen möglichen Arbeiten benutzt werden, dass sie Karren schieben, auf hohe Gerüste steigen, Steine und alles mögliche hinauf tragen. Wenn das aber der Fall ist, dann hat doch der schöne Vers: „Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben“¹⁶ längst die eigentliche Bedeutung verloren. Diese Romantik ist längst verschwunden, die realen Verhältnisse sind so ungemütlich geworden, dass mit Recht gesagt wird, es darf nicht länger so fortgehen. Eine Million Frauen sind es, die quasi Anklage erheben gegen das, was bisher durch Vernachlässigung gefehlt wurde und diese Million wird sich noch vermehren. Je trauriger die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, je weniger wird es den Männern möglich sein zu heiraten und je weniger die Männer dazu im Stande sind, um so mehr wird die Zahl der Frauen und Mädchen steigen, die keine Existenz haben.

Ich sage also: wir brauchen uns nicht zu fürchten, dass sie bis zur Universität emporstiegen, denn das wird bald geschehen. Aus denselben Grün-

den, die ich bereits anführte, wird man auch bei der Universitätsbildung vor dem Geschlecht nicht mehr Halt machen können, man wird auch da denjenigen weiblichen Personen, die im Stande sind, die höchsten Grade der Gelehrsamkeit zu erklimmen, die Möglichkeit dazu öffnen müssen. Das ist ganz außer Zweifel und hier ist es, wo wir einsetzen müssen. Hier bringt uns der Antrag des Ausschusses, wenn auch nur einen ganz kleinen Schritt, weiter und deshalb begrüße ich ihn und werde für ihn stimmen.

Abg. **Wolz**:¹⁷ Meine Herren, in den Konsequenzen erkennt man einen Irrtum leichter, als im Anfang. Wenn die Frauen in politischer Beziehung dem Manne vollständig gleichgestellt werden sollen, wie es ja erstrebt wird, so geht das ähnlich wie mit der Leichenbestattung. Erst macht man es fakultativ und schließlich obligatorisch. Wenn die Frauen berechtigt sein sollen, zu allen Studien zugelassen zu werden, dann wollen sie jedenfalls auch zu den Staatsämtern zugelassen werden, dann gibt es weibliche Forstleute –

Abg. **Ulrich**: Und weibliche Bürgermeister!

Abg. **Wolz**: Ich will die Konsequenz noch weiter ausdehnen, dann muss das weibliche Geschlecht auch militärpflichtig werden. (Heiterkeit) Wenn Sie sich in die Konsequenz dieses Gedankens hineindenken, dann werden Sie kuriert werden von Ihrer Ansicht, dass die Frauen im öffentlichen Leben gleichberechtigt seien. Die Frau gehört ins Haus, sie hat die Kinder zu erziehen, zu flicken und zu waschen und meinetwegen auch zu herrschen, aber außerhalb des Hauses hat sie nichts zu tun. Wenn in manchen Gegenden und manchen Gesellschaftsklassen die Dinge soweit gekommen sind, dass die Frau außerhalb des Hauses wirken muss, dass sie zu Berufsarbeiten verwendet wird, die ganz ihrem Geschlecht widerstreiten, dann wäre das ein Grund, dort Abhilfe zu schaffen, nicht aber noch weitere neue Wege zu öffnen, um die Frauen aus ihrem eigentlichen Frauenberuf herauszudrängen. [...]

Abg. **Ulrich**: Ich kann die letzten Ausführungen nicht so ruhig hingehen lassen. Ich habe schon früher einmal gesagt, Herr Kollege Wolz kommt mir vor, wie ein Märchen aus alten Zeiten. Hier habe ich die Empfindung, als hätte er, wie Rip van Winkel, lange geschlafen und von dem, was in der Welt vorgeht, nichts gesehen. Die alte Zeit soll wiederkommen, damit die Menschen Lust kriegen, zu heiraten. Das sind doch Dinge, die ich nicht verstehe. Wie sind wir im Stande, auf dem Wege der Gesetzgebung altes, längst durch die wirtschaftliche Entwicklung Überholtes wieder zurückzuführen? Das ist eine Utopie, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Abg. **Franck**: Etwas origineller!

Abg. **Ulrich**: Jedenfalls ist meine Ansicht weit origineller als die Ansicht des Herrn Kollegen Franck, insofern origineller, als das, was ich vor Augen sehe, beweist, dass die Entwicklung unserer industriellen Verhältnisse nicht zurückgeschraubt werden kann, ohne dass wir zur Barbarei zurückkehren würden.

Wenn nun Herr Kollege Wolz meint, dann müsste man schließlich die Frauen auch zu allen übrigen Fächern zulassen und das so schrecklich findet, so wiederhole ich, was ich bereits gesagt habe: ich finde daran gar nichts Schreckliches; es ist der ganz natürliche Gang unserer Entwicklung. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei dem Wettbewerb um die Existenz wird mit der Zeit aufhören müssen, sofern wir nicht Barbaren sein und Millionen von Weibern zu Grunde gehen lassen wollen.

(Zuruf: Sie müssen in die Kaserne!)

Ob sie in die Kaserne kommen oder nicht, das ist wieder eine Frage, über die ich nicht streiten will, abgesehen davon, dass es immer Frauen gegeben hat, die mit Energie und Tapferkeit für die Verteidigung ihres Vaterlandes eingetreten sind, auch ohne in der Kaserne gewesen zu sein. Doch darauf will ich mich im Augenblick nicht einlassen. Es brauchen nicht gerade Kasernen zu sein, man kann auch in anderer Weise die Frauen recht gut zum allgemeinen Wettbewerb um die Existenz vorbereiten. [...]

Herr Kollege Franck sagt nun, ich hätte seinen Kollegen vorgeworfen, dass sie zur Barbarei zurückverlangten, während sie tatsächlich nur die Familie aufrecht erhalten wollten. Das ist gerade die merkwürdige Auffassung, dass die Leute meinen, wir wollten Ehe und Familie abschaffen, während tatsächlich unsere ganzen Erwerbsverhältnisse, unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung die Ehe mehr und mehr aufhebt. Wir haben die Petition vor uns, die sagt uns, dass eine Million Frauen und Mädchen ohne Familienleben sein müssen. Die Petition sagt uns aber noch nicht alles, sie sagt uns beispielsweise nicht, wie es in den unteren Volksschichten aussieht, wie da dadurch, dass Mann und Frau gezwungen sind, in die Fabrik zu gehen, die Familie so gut wie aufgehoben, das Familienleben zerstört, die Ehe total vernichtet wird. Also uns da einen Vorwurf zu machen, das ist ganz unbillig. Wir sind allerdings der Meinung, dass man nicht mehr im Stande ist, die alten Familienverhältnisse zurückzuführen, wir wissen, dass das Familienleben überhaupt notwendig ist, zur Existenz der Menschheit und wir wissen oder glauben, dass ein Familienleben gefunden werden wird und gefunden werden muss, welches, ohne die Nachteile der industriellen Entwicklung zu fühlen, der Menschheit zum Segen gereichen kann.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 27. Landtag 1890 – 1893, 47. Sitzung, 15. Februar 1893. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1893, S. 59 – 65)

3. Streik als Menschenrecht – gegen „Italiener als Lohndrücker“ (15. Dezember 1903)

Abg. **Ulrich**: Wenn den Beamten das Recht zusteht, ihre Lage zu verbessern durch gemeinschaftliches Vorgehen, wenn die Gewerbeordnung den Arbeitern das Recht gibt, zur Verbesserung ihrer Lage sich zusammen zu schließen und gemeinsam vorzugehen, so steht ihnen auch das Recht zu, die Streikbrecher von ihrem Beginnen abzubringen zu suchen. Die Polizei hätte alle Ursache, Gewehr bei Fuß zu stehen und abzuwarten, ob irgendwelche Ungesetzlichkeit geschieht oder nicht, statt dass sie von vornherein den Unternehmern zur Hilfe kommt, von vornherein ihnen alle möglichen Vorteile bietet, ihnen die Möglichkeit gibt, Italiener als Lohndrücker heranzuholen. Ich weiß nicht, was Sie für Gefühle haben würden, wenn etwa bei Ihnen Lohndrücker eingeführt würden. Sie würden ein schönes Gesicht machen und würden sich mit allen Mitteln dagegen wehren. Ob die Mittel, die Sie gebrauchen würden, um sich zu stützen, dann besser wären, anständiger, wie Sie sagen, das wollen wir abwarten. Ich bin der Überzeugung, dass jeder, wenn es an die Existenz geht, wenn es ans Brot geht, kämpft, so gut er kann. Und dass die Arbeiter den Kampf gemeinschaftlich führen, das kommt daher, dass sie begriffen haben, dass sie vereinzelt Nullen sind und nur vereint durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen in der Lage sind, der Sucht des Kapitalismus, immer größeren Mehrwert aus der Arbeit der Masse herauszuschlagen, entgegenwirken können. Ich bestreite gar nicht, dass einzelne Kapitalisten anständig genug sind, diesen Kampf nicht mitzumachen und Mainz hat auch solche vereinzelt Kapitalisten aufzuweisen, aber das sind eben vereinzelt und gegen die wird nicht gekämpft. Gekämpft wird gegen die, die ihre Macht als Besitzer der Arbeitsmittel dazu benutzen, um im Arbeiter den Menschen zu töten, ihn zu einem Lohnsklaven niederster Art zu machen.

(Rufe: Sehr gut! Widerspruch)

Ich weiß ja, für diese Töne haben Sie kein Gefühl. Wenn Sie wie ich mitgekämpft hätten, wenn Sie als Handwerksbursche auf der Straße gelegen, als Geselle miterlebt hätten, wie weh es tut, wenn ein Streikbrecher an meine Stelle rückt, dann würden Sie genau so fühlen wie ich, um was es sich dreht und würden auch diese Töne begreifen. Ich mache ihnen keinen Vor-

wurf daraus, ich nehme nicht an, dass es Hass ist, der aus Ihnen spricht. Der Einzelne ist das Produkt der Verhältnisse, der Erziehung und der Umgebung, Sie so gut wie ich. Ich begreife Ihre Auffassung, erwarte aber, dass Sie auch die unsrige begreifen und nicht annehmen, dass der Kollege Adellung seine Behauptungen leichtfertig aufgestellt hat. Er hat sich erkundigt bei Leuten, die nicht zu uns gehören, nicht als Arbeitnehmer dastehen, er hat versucht, sich ein objektives Urteil zu bilden und das Fazit seiner Versuche hat er vorgetragen. Von diesem Gesichtspunkt aus werden Sie begreifen, dass er das Vorgehen der Mainzer Polizei verurteilt. Und ich bedauere außerordentlich, dass der Oberbürgermeister Gaßner¹⁸, wie aus der Beantwortung der Interpellation hervorgeht, die Veranlassung zu diesen Vorkommnissen gewesen ist. Ich will das vor dem ganzen Lande aussprechen, gerade weil ich zu denen gehöre, die den Herrn Oberbürgermeister Gaßner wegen seiner sonstigen Eigenschaften außerordentlich achten. Es hat sich aber gezeigt, dass der beste Beamte, wenn er unter den Einfluss des Kapitalismus gerät, sein soziales Gefühl leicht einschränkt, wenn nicht gar verliert. [...]

Wir kämpfen als Vertreter des Proletariats für eine bessere Lage der Arbeiter. Was ich getan habe, bin ich jeden Augenblick bereit, immer wieder zu tun. So geht es auch denen in Mainz, welche um die Existenz ihrer Familie kämpften. Was verdienen denn die Maurer? Sie müssen sich darüber klar werden, dass die Leute nur ungefähr dreiviertel Jahre zu tun haben. Sie verdienen nicht mehr als 42 bis 45 Pfennig die Stunde. Was ist das, wie kann man damit, wenn man nur dreiviertel Jahre zu tun hat, eine Familie durchschleppen, Frau und Kinder ernähren? Machen Sie es mir vor, die Sie da sitzen. Wenn Sie das können, so bin ich bereit, zu sagen, ich habe gesündigt und nehme alles zurück, vorher aber nehme ich nichts zurück, weil ich weiß, dass Sie es ebenso wenig können wie die Maurer, die oft nur trockenes Brot und Kaffee als Nahrung haben. Meine Herren, ich weiß nicht, ob Sie sich jemals darum gekümmert haben, ob Sie Maurer bei ihrem Mittagmahl auf dem Bau gesehen haben. Ein kleines Feuerherdchen, ein paar Steine und ein Kessel darauf, Zichorienbrühe wird warm gemacht und ein Stück trockenes Brot dazu gegessen. Herr Wolf,¹⁹ wenn Sie so leben müssten, piffen Sie auf die ganze Geschichte. [...]

Meine Herren! Ich sage, wenn die Maurer, die so um ihre Existenz kämpfen, ihr kärgliches Brot schwer verdienen müssen und die dabei, das vergessen Sie gefälligst nicht, zum Teil sehr häufig noch wochenlang nicht zu Frau und Kindern nach Hause kommen können, die in Mainz arbeiten und anderwärts wohnen und alle Wochen nur einmal heimreisen, dann begreifen Sie die Gefühle von Leuten, wenn sie von den Unternehmern durch

billigere Arbeitskräfte, durch Heranziehung von Italienern in ihrem Brot beeinträchtigt werden. Meine Herren, einer der Herren Kollegen hat davon gesprochen, dass Schutzzölle eingeführt werden sollten. Ja, ich sage, sie dürfen nicht als Lohndrücker zu niedrigeren Löhnen als die Deutschen beschäftigt werden. Das ist der springende Punkt in der Geschichte. Ich sage das, weil ich der Meinung bin, dass die deutsche Kultur alle Ursache hat, darauf zu sehen, dass sie nicht herabgedrückt wird unter das Niveau, auf welchem sie sich jetzt befindet und jede Lohndrückerei ist eine gewaltsame Unterdrückung der Arbeiter, die um die Verbesserung ihrer Lage kämpfen und führt dazu, das gesamte Niveau der Deutschen herabzudrücken. Wer ist die Mehrheit der deutschen Nation? Ein einziger Blick auf die Listen der Versicherungspflichtigen zeigt, dass es die Arbeiter sind und dass man alle Ursache hat, soziales Gefühl genug zu besitzen, um zu verhindern, dass derartige, die Kultur schädigende Vorgänge möglich sind. Es hätte niemals irgendwelchen Auflauf gegeben, wenn die Unternehmer nicht Italiener herangeholt hätten und wenn die Polizei nicht dieses „gute Element für die Unternehmer“, diese Arbeitwilligen, diese „staatserhaltenden Herren“ geschützt hätte, ohne dass dieser Schutz notwendig gewesen wäre. [...]

Abg. **Wolf:** Ich muss von vornherein sagen, dass ich darauf Anspruch erheben kann, ebenso gut ein Herz für die Arbeiter zu haben, wie die Führer der Sozialdemokratie. Ich stehe der Sache als Bewohner eines Dorfes bei Mainz sehr vertraut gegenüber und bin gerade, weil ich der Landwirtschaft angehöre, vielleicht am besten in der Lage, die Sache objektiv zu beurteilen. Meine Herren, es hat sich zunächst darum gehandelt, es war wohl die Hauptfrage, um die Aufhebung der Akkordarbeit, es hat sich weiter gehandelt um die Erhöhung des Stundenlohnes von 45 Pfennig auf 50 Pfennig. Meine Herren, ich möchte den Herren von der sozialistischen Seite einmal das ans Herz legen, wohin soll es eigentlich kommen, wenn es einzig und allein in der Macht der Arbeiter liegt, durch Streik den Tagelohn nach ihrem Belieben zu erhöhen. Was wird die Folge sein? Die Folge wird sein, dass die so verpönten und verschmähten Großkapitalisten ihr Geld in der Schublade liegen lassen und die Bauspekulation auf ein Maß beschränkt wird, das so klein ist, dass die Bauarbeiter erst recht geuzt²⁰ werden. Ich würde, wenn ich sozialdemokratischer Führer in Mainz wäre, gesagt haben, begnügt euch unter den gegebenen Verhältnissen mit 45 Pfennig, arbeitet lieber eine Stunde länger und trinkt eine Stunde weniger Bier, dann werdet ihr mehr nach Hause bringen.

(Zustimmung)

Herr Abg. Ulrich stellt die Sache so dramatisch hin, dass sie mit der Wirklichkeit nicht in Einklang steht. Ich bin jedenfalls in der Lage, soviel mit Arbeitern zu verkehren, wie der Herr Abg. Ulrich, wenn es auch nicht Sozialdemokraten sind, welche die Sache in den schwärzesten Farben schildern. Mir gegenüber sagten die Leute, als ich erst neulich mit Arbeitern sprach, die aus Mainz kamen und sie fragte: wie lebt ihr? dass sie in der Baubude kochen, für 33 Pfennig Rindfleisch mit Suppe erhalten, wie sie der Bürgermeister kaum bekommt.

(Zuruf des Abg. Ulrich: Dass der nicht Maurer wird!)

Meine Herren, ich habe es den Arbeitern gegönnt, ich werde niemals die Sache drastischer darstellen und von Zichorienbrühe sprechen, ich weiß, dass es für manche Arbeiter genug ist, ein einfaches Leben zu führen, ich würde es wünschen, wenn alle vierspännig in der Chaise fahren könnten, aber das wird nicht erreicht werden und es wird lediglich gut sein, dass man es mit der Arbeiterschaft gut meint und dass man alles tut, um zu erreichen, dass der Bogen nicht allzu straff gespannt wird, er könnte sonst reißen und dann werden Sie später den Dank ernten, wenn die Arbeiter einmal richtig erkennen, was sie an Ihnen haben.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 32. Landtag 1902- 1905, 38. Sitzung, 15. Dezember 1903. Protokolle, 2. Band, Darmstadt 1904, S. 964 – 967)

V. „Weltlichkeit der Schulen ... Unentgeltlichkeit des Unterrichts“ – Demokratisierung der Erziehung

Schon eine der frühesten Interventionen des frisch gebackenen Landtagsabgeordneten Ulrich betraf am **20. Mai 1886** Fragen der Erziehung. Die großherzogliche Regierung hatte einen „Gesetzentwurf, die Unterbringung jugendlicher Übeltäter und verwahrloster Kinder betreffend“ vorgelegt, der eine 1876 beschlossene Ergänzung des seit 1871 geltenden § 55 Reichsstrafgesetzbuch formulierte. War dort festgelegt, dass Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren, wenn „die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht“ vorhanden gewesen sei, „nicht strafrechtlich verfolgt werden“ dürften, so bestimmte die Ergänzung, dass „geeignete Maßregeln zur Besserung und Beaufsichtigung“ getroffen werden könnten.¹ Diese Maßnahmen – zwangsweise Unterbringung in einer anderen Familie oder einer „Erziehungs- und Besserungsanstalt“ – sollten ausdrücklich nicht nur bei Verbrechen und Vergehen, sondern auch bei Übertretungen angewendet werden können. Ulrich kritisierte scharf vor allem die „vage Fassung“ der Paragraphen, die ein nicht näher definiertes „unsittliches“ oder „böses“ Verhalten – auch bei den Eltern – als ausreichenden Grund für Zwangserziehungsmaßnahmen angaben. Die außerordentlich weite, rein moralische Formulierung „zum Bösen verleitet oder vom Bösen nicht abgehalten“ (§ 3 des Entwurfs) öffnete nach Ulrichs Befürchtungen auch die Möglichkeit, politisch oppositionelles Gedankengut als Anlass für staatliches Eingreifen zu nehmen. So würde sich dieses Gesetz vor allem gegen die Gruppen richten, die den gegenwärtigen kirchlich-religiösen Vorstellungen oder überhaupt dem herrschenden Weltbild gegenüber oppositionell eingestellt waren und dieses verändern wollten – was ja vor allem auf die Sozialdemokraten zutraf. Ulrich charakterisierte den auch von anderen Abgeordneten aufgrund seiner starken staatlichen Eingriffsrechte abgelehnten Gesetzentwurf als „Polizeigesetz“ und „Ausnahmegesetz“ nach Art des repressiven Sozialistengesetzes. Seine einschlägigen und bitteren Erfahrungen mit weit gefassten Ermächtigungen der Exekutive brachte er dahingehend auf den Punkt: „Was die Polizei kann, meine Herren, das wird sie auch tun“.

An der sozialen Seite des Zugangs zu schulischer Erziehung konnte Ulrich immer wieder den ständischen Charakter der Gesellschaft aufzeigen, wie etwa in der Sitzung vom **4. Juli 1911**. Seit 1902 stellte die sozialdemokratische Fraktion Anträge auf Einführung einer „nationalen Einheitsschule“, die gekoppelt waren mit dem Verlangen, das Schulgeld abzuschaffen, die

Lehrmittelfreiheit einzuführen, die Volksschullehrer zu verbeamten und ihre Ausbildung zu professionalisieren.² Sie zielten darauf ab, die soziale Abtrennung der Kinder gehobener, bürgerlicher Schichten aufzuheben, die in dreijährigen privaten Vorschulen aufs Gymnasium vorbereitet wurden (etwa 2.000 in Hessen) und damit von der erdrückenden Mehrheit der übrigen Kinder (200.000), die die staatliche Volksschule besuchten, sozial und bildungsmäßig völlig separiert wurden. Denn zwischen diesen beiden Schulformen gab es keine Übergangsmöglichkeiten, vor allem wegen des in den Anfangsklassen (Sexta bzw. Quinta) der höheren Schulen beginnenden Fremdsprachenunterrichts. Es spricht für sich, dass der für die Regierung sprechende Staatsrat Süffert³ in der Landtags-Sitzung eben diesen sozialen Abstand zu den nicht-gymnasial gebildeten Abgeordneten durch ein Horaz-Zitat verdeutlichte, mit dem er das soziale Argument als eines präsentierte, über das man sich des Lachens nicht erwehren könne („risum teneatis, amici?“).⁴ Der ehemalige Volksschüler Ulrich konterte nun freilich mit den Anforderungen der Moderne, indem er einmal die mangelnde Ausbildung in den Volksschulen, selbst im Fach Deutsch, beklagte, die die Schüler nicht für die Anforderungen des Berufslebens tauglich machte, zum andern aber auch verlangte, dass „alle wirklich Befähigten ... bis zur höchsten Stufe der Unterrichtsfähigkeit kommen können“ und zudem auch die Lehrpläne in den deutschen Ländern nicht „himmelweit voneinander verschieden“ sein sollten. Diese Forderungen – Steigerung der praktischen Leistungsfähigkeit, Überwindung der sozialen Schranken, Ausschöpfung der Begabungsreserven, Vereinheitlichung der föderalen Zersplitterung im Bildungswesen – haben von ihrer Aktualität bekanntlich bis heute nichts verloren. Zeitgenössisch sind allerdings die Bemerkungen über die abenteuerlich hohen Klassenstärken – Staatsrat Süffert pries es als Erfolg der Regierungspolitik, dass die durchschnittliche Schülerzahl in den Klassen nicht mehr 80, sondern nur 55 betrage – sowie die Klagen über die zu hohe Bedeutung, die in der Volksschule der Religionsunterricht habe. Vielleicht war es als Replik auf das lateinische Zitat des Regierungsvertreters gemeint, wenn Ulrich von der „Weltfremdheit“ mancher Minister hinsichtlich ihrer Einstellung zu den „sozialen Kämpfen“ sprach und dagegen die Idee der gemeinsamen Volksschule setzte, in der „der Sohn des Ministers dieselbe Bank drückt wie der Sohn des Gossenkehrers“. Um den Übergang zu erleichtern, sollte der fremdsprachliche Unterricht im Gymnasium dann ein Jahr später beginnen.

Eine gewisse soziale Gemeinsamkeit hatte die Schulpolitik im Großherzogtum allerdings mit ihrem Schulgesetz von 1874 erreicht, das die sogenannte „Simultanschule“ einführte und damit die Konfessionsschule

abschaffte: Katholiken und Protestanten besuchten im Großherzogtum dieselbe staatliche Schule, womit zugleich auch die kirchliche Schulaufsicht beendet war. Dies war im Herzogtum Nassau schon 1817 eingeführt worden (im preußischen Kurhessen erst 1933). Mit einem Lob der großherzoglich-hessischen Schulpolitik – „jahrzehntelang an der Spitze des gesamten deutschen Schulwesens“ – leitete Ulrich denn auch drei Jahre später (**10. Juni 1914**) eine weitere Debatte über den abermals vorgelegten sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Einheitsschule ein, die sich über mehrere Tage erstreckte und deren Intensität wie auch die beiderseitige Polemik zeigten, dass es weniger um „Bildung“ als um eine gesellschaftspolitische Grundfrage ging. Mehr Geld müsste man für die Verbesserung der Schulen ausgeben (dafür aber keine „militaristischen Milliarden“ für die Aufrüstung),⁵ um eine Entwicklung „in Richtung der Plutokratie“, also ein nach dem Geldbeutel der Eltern sich richtendes ausgebreitetes Privatschulwesen zu vermeiden. In der gemeinsamen Schule sah er ein Mittel gegen den „Klassendünkel“ und brach jetzt auch eine Lanze für die Lehrer, die sich nur in kleineren Klassen auf die Individualität der Schüler einstellen könnten: „Der Lehrer soll der Vertraute des einzelnen Schülers sein“. Das war im Umfeld der autoritären wilhelminischen Schule durchaus revolutionär, denn die zeitgenössische Literatur reflektierte in vielen Werken die schulische Realität, wenn sie Schüler als Opfer (Hermann Hesse „Unterm Rad“, 1906) oder Lehrer als Schultyrannen (Heinrich Mann „Professor Unrat“, 1905) darstellte.

Gegen dieses Erziehungselend der staatlichen Schulen waren seit dem Jahrhundertanfang Reformschulen gegründet worden, die durchaus auch in anderen Fraktionen des Hessischen Landtags Zustimmung fanden, wie das Lob der am 14. April 1910 gegründeten Odenwaldschule Oberhambach als „eine Schule der Freiheit“ durch den Abgeordneten Osann in der Fortsetzung der Debatte am 12. Juni 1914 bezeugt.⁶ Die Prinzipien dieser privaten Schulen wollte Ulrich auch auf das staatliche Schulwesen übertragen wissen. Die Zustimmung auch anderer Abgeordneter zu seinen Thesen machte es Ulrich dann leicht, seinen Spott wieder einmal über den „Reaktionärsten unter uns“, den Abgeordneten Übel⁷ auszugießen. Der frühere Lehrer hatte als einer der wenigen dem Regierungsvertreter zugestimmt, was Ulrich so kommentierte: „Ich muss schon sagen, Herr Staatsrat, eine härtere Strafe konnte Sie eigentlich gar nicht treffen als das Lob des Herrn Abg. Übel [...] Süffert-Übel Arm in Arm, hessische Schule dass Gott erbarm.“⁸

Ernster und ausführlicher parierte Ulrich den Angriff, den Staatsrat Süffert gemacht hatte, als er zur Überwindung der sozialen Schranken unter der

Jugend den Anhängern der Sozialdemokratie empfahl, ihre Jugendlichen zum Bund „Jungdeutschland“ zu schicken. Diese Jugendorganisation war 1911 im Zusammenwirken von preußischem Kultusministerium und preußischem Generalstab gegründet worden, um die nicht-gymnasialen Jugendlichen von den Jugendorganisationen der Kirchen, der Sozialdemokraten und vor allem der neuen Jugendbewegung (Wandervogel, bündische Jugend) weg und unter staatlichen Einfluss zu führen. Ziel war die Förderung von „Heimat- und Vaterlandsliebe“ sowie auch „Wehrtüchtigung“; erreicht werden sollte dies nach dem „Jugendpflege-Erlass“ vom 18. Januar 1911 durch freiwillige, sportliche und paramilitärische Aktivitäten.⁹ Die von staatlichen Stellen und zahlreichen Helfern vor allem aus dem Umkreis der Kriegervereine geförderte Organisation war durchaus erfolgreich und stellte durch ihre jugendgemäßen Attraktionen eine Konkurrenz zu den Jugendvereinen der Sozialdemokratie dar. Ulrich führte dagegen Erfahrungen an, die proletarische Jugendliche beim „Jungdeutschland“ in der Hinsicht gemacht hatten, dass die Klassentrennung auch in dieser Jugendorganisation insofern weiter galt, als die „Offiziere“ immer aus den Jugendlichen der „besseren“ Kreise genommen wurden, die die Arbeiterjugendlichen dann als „Gemeine“ entsprechend schikanierten, so dass diese den Veranstaltungen fern blieben.¹⁰

Die Debatte vom **14. Oktober 1915** über die Einführung des Türkischunterrichts am Gymnasium liest sich aus heutiger Sicht natürlich ganz anders, als sie damals geführt wurde. Die Abgeordneten hätten sich wohl kaum vorstellen können, dass kaum hundert Jahre später etwa 3,5 Millionen Menschen türkischer Abstammung in Deutschland leben würden. Am 12. November 1914 war die Türkei an der Seite der Mittelmächte in den Weltkrieg eingetreten. Von den Beiträgen der Debatte hebt sich der Carl Ulrichs insofern positiv ab, als er der einzige ist, der offen von einem friedlichen Neben- und Miteinander der Völker nach dem Krieg ausgeht. Er spricht sogar, äußerst ungewöhnlich für die sonst patriotisch aufgeladene Stimmung, davon, dass „wir nach dem Krieg gezwungen sein werden, mit den übrigen Völkern weit intensiver zu arbeiten als bisher“.

1. Gegen Zwangserziehung (20. Mai 1886)

Abg. **Ulrich:** Ich halte die Annahme des Gesetzes im Interesse der Sittlichkeit für gefährlich. Ich halte sie namentlich deshalb im Interesse der Sittlichkeit für gefährlich, weil voraussichtlich dieses Gesetz – da fühle ich mich vollständig im Einverständnis mit Herrn Metz¹¹ (Darmstadt) – nur gegen die ärmeren Klassen Anwendung finden wird, weil notorisch nicht

anzunehmen ist, dass sittliche Verwahrlosung im Sinne des vorliegenden Gesetzes in den besser situierten Klassen gefunden wird. Wesentlich ist der Mensch das Produkt seiner Ernährung, Erziehung und Umgebung, und es lässt sich nicht leugnen, dass gerade die Bestimmungen des Gesetzes es sind, die den Beweis dafür erbringen, dass dasselbe nicht nötig ist. Die Großherzogliche Staatsregierung hat im Jahre 1880, ich glaube am 12. November, die Erklärung abgegeben, dass in den letzten zehn Jahren es nur in zehn Fällen notwendig gewesen, Übeltäter bzw. jugendliche Personen, die sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht hatten, in Besserungsanstalten unterzubringen, während es gar nicht vorgekommen ist, dass Personen unter zwölf Jahren und über sechs Jahren in der Weise hätten korrigiert werden müssen. Meine Herren, darin scheint mir hauptsächlich der Beweis dafür zu liegen, dass überhaupt kein Bedürfnis für dieses Gesetz vorhanden ist. Sind denn unsere Verhältnisse so schlecht geworden seit der Zeit, dass jetzt plötzlich dieses Gesetz notwendig ist; ist seit 1880 die Verwahrlosung unserer Jugend in unserm Vaterlande so fürchterlich fortgeschritten, dass es absolut erforderlich ist, Bestimmungen zu treffen, die das Erziehungsrecht der Eltern einfach von der Gnade eines Bürgermeisters oder eines sonstigen Beamten abhängig machen? Ich glaube, das ist nicht der Fall. Ich bin sogar der festen Meinung – und darin befinde ich mich im Gegensatz zu dem Herrn Wasserburg¹² – dass nicht die Religion es ist, die hier helfen kann; man gebe dem Menschen die Möglichkeit, sich besser ernähren zu können, sich bilden zu können, und derartige Auswüchse werden nicht vorkommen. Allein, meine Herren, ich frage Sie, sind denn unsere bestehenden Gesetze nicht hinreichend, um einer Verwahrlosung entgegen zu treten? Da muss ich erklären, dass das entschieden unrichtig ist. Ich habe heute Morgen noch Gelegenheit gehabt mit einem Lehrer zu sprechen, der sich bis zu einem gewissen Grade für dieses Gesetz interessiert hat, der mir aber ausdrücklich versicherte: Ja, es ist ja wahr, wenn ich einen wirklich ungezogenen, verwahrlosten Jungen habe, der sich einer strafbaren Handlung schuldig macht, so kann ich ihn bereits nach dem jetzt bestehenden Gesetz in eine Besserungsanstalt bringen. Nun, wenn dies der Fall ist, wenn bisher genügende gesetzliche Vorkehrungen getroffen sind, um dem vorzubeugen, dass derartige Kinder auf die übrigen Kinder schädigend einwirken, dann bin ich entschieden der Meinung, dass wir uns davon fernhalten sollten, zu gestatten, in die elterlichen Funktionen in solcher Weise einzugreifen, wie es der Artikel 3 der Vorlage gestatten würde. Was würde der Erfolg davon sein? Ich will nicht sagen, dass es immer sein müsse, aber was kann die Folge sein? Es kann die Folge sein, dass man einem Sozialdemokraten, der einen Jungen hat, der einen etwas ei-

genwilligen Kopf hat und nicht gerade sehr wohlherzogen ist, nach den Begriffen so genannter „gut gezogener Leute“ – es kann, sage ich, passieren, dass man einem derartigen Sozialdemokraten sein Kind nimmt. (Gelächter.)

Wenn der Herr Kollege Schröder¹³ lacht, so zeigt er mir einfach, dass er einen merkwürdigen Begriff hat von dem, was eventuell geschehen kann. Der überzeugungstreue Sozialdemokrat nimmt nun einmal den Standpunkt ein, den ich bereits präzisiert habe: Der Mensch ist tatsächlich ein Produkt der Verhältnisse, unter denen er aufwächst; und wenn ich nun als Sozialdemokrat der Meinung bin, dass die gegenwärtige Weltordnung ungesund ist, so ist das natürlich nach den Begriffen der gegenwärtig Herrschenden ein „unsittlicher Gedanke“. Das ist tausendmal gesagt, und gerade der Kollege Ohly¹⁴ hat in dem berühmten Flugblatt „Die Maske herunter“ gesagt, dass das so ist. Da haben wir bereits die angeblich unsittlichen Eltern, und die Folge davon ist, dass den angeblich unsittlichen Eltern die Erziehung der Kinder nicht überlassen werden kann.

Ich stehe nicht auf dem Standpunkt des persönlichen Gottesbegriffs. – Ja! Das ist ein wahres Schauerding und nach der Ansicht derjenigen, die die Sittlichkeit jetzt gepachtet haben, unsittlich, ergo nimmt man mir meinen Jungen, den ich selbstverständlich, weil ich meine Überzeugung für die einzig richtige halte, in meinen Grundsätzen erziehen werde.

Wenn wir das – ich spreche hier im Namen jedes Vaters – wenn wir das ins Auge fassen, so ist eine derartig vage Fassung des Paragraphen absolut verwerflich und nicht gut zu heißen, und ich muss wirklich schon von diesem Standpunkt aus entschieden bitten, dass wir das Gesetz ablehnen.

Wir müssen es um so mehr ablehnen, meine Herren, als gerade dadurch die öffentliche Zwangserziehung in einer Weise zum Prinzip erhoben wird, die ich nicht will, die ich als Sozialdemokrat nicht will, obschon man meiner Partei fortgesetzt vorwirft, wir wollten ein Zuchthaus aus der ganzen Welt machen. Nein, meine Herren, das sind gerade Herr Schroeder und seine Freunde, die das Zuchthaus einrichten wollen, ein Zuchthaus überall, wo man sich hinwendet, ein Zuchthaus in unserm ganzen Lande. Wenn man ein Dach über das ganze Land ziehen könnte, um ein einziges Zuchthaus daraus zu machen, so wäre das gewissen Herren angenehm. [...]

Meine Herren, ich bin für Erziehungszwang, aber nicht für Zwangserziehung. Ich verlange, dass die Eltern verpflichtet sind, ihre Kinder zu erziehen, und das Schulgesetz zeigt, dass der Erziehungszwang vollständig vorhanden ist. Aber, meine Herren, der Erziehungszwang kann uns nicht so weit vorwärts treiben, dass wir eine Zwangserziehung in der Form eintreten lassen, wie sie hier im Gesetz verlangt wird; und ich muss offen

gestehen, dass gerade die Definition des Begriffs der Schuld der Eltern an der Verwahrlosung, wie er wiederholt im Entwurf vorkommt, „das zum Bösen verleiten oder nicht vom Bösen abgehalten“ uns vorsichtig machen sollte, denn das ist doch eine sehr merkwürdige Begriffsdefinition. Ich möchte den Herrn Kollegen Schroeder darüber hören, wie er sich das Böse eigentlich vorstellt. Schließlich ist alles böse. Wenn meine Jungen sich prügeln, einen Stecken nehmen und hauen dem gegnerischen Jungen eins über Ohr, dann ist das böse. Gehen meine Jungen im Frühjahr in den Wald, rupfen ein paar Blüten ab, gehen sie meinetwegen aufs Feld oder wälzen sich auf einer Wies herum, meine Herren, das ist böse. (Oho.)

Gewiss meine Herren, wenn der Feldschütz kommt oder der Waldhüter und erwischt sie, dann werden sie aufgeschrieben, und dann ist das eine sogenannte strafbare Handlung und die Folge davon kann sein, dass mir der Junge einfach genommen und eingesteckt wird. Es kann sein, Herr Kollege Schroeder ist der Meinung, dass es nicht sein wird. Die Hoffnung können wir ja haben, allein, meine Herren, wenn wir eine derartige Hoffnung haben, so ändert das nichts daran, dass das Gesetz sagt, dass es möglich ist, und wenn das Gesetz das zulässt, dann kann es geschehen. Ja, meine Herren, ich bin überzeugt, es wird geschehen. Ich verweise Sie auf Berlin. Das Sozialistengesetz, ein Ausnahmegesetz, zeigt, was die Polizei darf, und zeigt, was sie kann. Ich weise hin auf das Verbot der Versammlungen, ich weise hin auf das Verbot der kleinen Zeitungen durch den Kollegen Küchler.¹⁵ Was die Polizei kann, meine Herren, das wird sie auch tun, wenn sie es für notwendig hält. [...]

Aber nicht bloß das Kind wird in der Weise für das ganze Leben moralisch gebrandmarkt, auch die Eltern werden in einer Weise gebrandmarkt, die als ungerecht erscheinen muss, wenn man in Betracht zieht, dass das Kind überhaupt keine strafbare Handlung begangen hat, und deswegen müssen wir uns ganz besonders verwahren. Herr Kollege Metz hat in den Motiven zum Bericht ausgeführt, dass man die Erziehungspflicht den Eltern sogar abnehmen würde; auch das ist richtig. Wir müssen den Eltern unbedingt die Pflicht erhalten, aber wir müssen auch verhindern, dass seitens des Staates diese Pflicht nicht bloß aufgehoben, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt wird. Wir müssen das um so mehr tun, als wir die Pflicht haben, die Interessen des ganzen Landes ins Auge zu fassen. Ich sagte schon, von den bemittelten Klassen wird schwerlich jemand in die Lage kommen, sein Kind in der Weise genommen zu sehen; da wird man einfach, sobald man merkt, der Junge taugt in der oder jener Schule nichts, sich beeilen ihn einfach aus der Anstalt wegzunehmen und in eine andere Erziehungsanstalt zu schicken, wo ein etwas schärferes Regiment ist; aber

es wird niemals der Makel der Zwangserziehung auf ihm lasten. Das ist eines der hauptsächlichsten Bedenken, die wir ebenfalls dagegen geltend machen müssen.

Ich habe mich hier nur ganz allgemein an die Artikel 1 und 3 gehalten, weil wir gerade nach dieser Richtung hin das ganze Gesetz zu Fall bringen sollten. Denn das ist eigentlich die prinzipielle Frage der ganzen Sache, die uns beschäftigt, und diese prinzipielle Frage ist es auch, mit der alles steht und fällt. Ich möchte Sie wirklich in dem Sinne, wie ich bereits gesagt habe, dass, wenn Sie das Gesetz annehmen, Sie damit das Rad der Zeit doch nicht aufhalten – ich möchte Sie wirklich im Interesse des sozialen Friedens und im Interesse einer vernünftigen Entwicklung bitten, zu einer derartigen Schändung unseres engeren Vaterlandes Ihre Hand nicht zu bieten. Es mögen einige der Herren lachen darüber; allein, wenn man sagt, es ist für das Land ein derartiges Gesetz notwendig, dann sage ich: Nein! Es ist keine solche Menge verwahrloster Kinder in unserem engeren Vaterland vorhanden, dass man so weit gehen darf, eine solche Zwangserziehung zu veranlassen, ohne dass eine strafbare Handlung nachgewiesen worden ist. Der Erlass des Gesetzes wäre allerdings ein Makel, der auf das ganze Land geworfen wird, und ich glaube im Namen der großen Menge unserer Landesbewohner mit Recht verlangen zu dürfen, dass Sie das Gesetz ablehnen. Wir haben diese Pflicht um so mehr, als die Unterbringung in die Zwangserziehung noch bis zum 16. Jahre möglich sein soll. Meine Herren, denken Sie sich einen geweckten jungen Menschen, der durch eine besondere Gelegenheit kurz vor seinem 16. Jahre in die Öffentlichkeit tritt. Ich erinnere mich sehr gut, das war bei mir der Fall; ich war kaum 16 Jahre alt. Meine Herren, was ist nun die Folge von einem derartigen Vorgang? Was kann nach dem Gesetz geschehen? Man hat hier das Recht, den Betreffenden, der sich öffentlich zeigt, der als junger Mensch Interesse am öffentlichen Leben zeigt, einfach zwangsweise zu erziehen und ihm die revolutionären Ideen mit Gewalt auszutreiben, wenn es notwendig ist, mit dem Stecken. Ich denke, auch diese Ausdehnung ist eine gefährliche, und deshalb müssen wir uns prinzipiell dagegen verwahren. Das Ganze ist ein Polizeigesetz, und einem solchen gegenüber haben wir entschieden Stellung zu nehmen. Der Gesetzgeber hat die Pflicht, so viel wie möglich die Freiheit der Staatsbürger zu schützen, vor allen Dingen gegen etwaige Übergriffe der Polizei. Denn durch solche Bestimmungen, wie sie dieses Gesetz enthält, wird der Polizeiwillkür vollständig Tür und Tor geöffnet werden. Wir haben das um so mehr zu verhindern, als es unsere Pflicht ist, möglichst darauf zu dringen, das allgemeine Bildungsniveau zu heben und dadurch das zu erreichen, was wir wollen: möglichste Zurückdrängung

etwaiger Verwahrlosung im Allgemeinen. Die Verwahrlosung ist aber auch nicht so groß, als man annimmt; sie ist nicht schlimmer geworden, als sie bis jetzt war, und ich bin überzeugt, wenn wir dafür sorgen, dass allgemein bessere soziale Verhältnisse eintreten, dann wird auch die jetzt noch vorhandene angebliche Verwahrlosung beseitigt werden.

Ich meine also ganz entschieden, dass wir das Gesetz ablehnen sollten. (*Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 25. Landtag 1884 – 1887, 38. Sitzung, 20. Mai 1886. Protokolle, 3. Band, Darmstadt 1886, S. 12 – 19*)



Carl Ulrich als Redner im Parlament, ca. 1913

2. Weniger Patriotismus und Religion, dafür Ausbildung zum gleichberechtigten Staatsbürger (4. Juli 1911)

Abg. Ulrich: Meine Herren, der Herr Vertreter der Regierung hat in einigen Ziffern den Nachweis geführt, dass die Regierung seit 1900 viel getan hat, ja, ich behaupte, um ihm zuzustimmen: die Regierung hat schon seit 1874 viel getan. Wir bestreiten gar nicht, dass unser Schulwesen relativ zufriedenstellend ist. Aber auch nur relativ, nicht positiv, meine Herren, sobald ich den Maßstab anlege, den ich als wirklich fortgeschrittener, im Leben stehender Mann anlegen muss! Meine Herren, Sie werden mir nicht erzählen können, dass in der Volksschule, auch in unserer hessischen Volksschule, heute die Jugend eine derartige Bildung empfängt, dass sie, wenn sie ins praktische Leben tritt, hinreichend dafür vorbereitet ist, um den Lebenskampf führen zu können. Und darauf, meine Herren, kommt es mir an, nicht auf den religiösen Bürger, Herr Kollege Münch¹⁶ und Herr Kollege Uebel,¹⁷ nicht bloß auf ihn! Ich halte die religiösen Anschauungen des Einzelnen für seine persönliche Angelegenheit, die bringen ihn aber heute in der Welt nicht mehr vorwärts. Heute verlangt man von einem modernen Bürger, von einem modernen Arbeiter, der auch Bürger ist wie Sie alle, viel weniger Religion, Herr Münch und Herr Uebel, als Sie meinen. Mich hat im ganzen Leben, solange ich als Handwerksbursche auf der Landstraße war und in den Fabriken und Werkstätten Arbeit gesucht habe, niemand, auch der frömmste Katholik nicht, Herr Kollege Uebel, gefragt, was ich für eine Religion habe, sondern man hat mich gefragt: Können Sie das und das machen? Und wenn ich sagte: Nein! Dann durfte ich nicht anfangen, wenn ich sagte: Ja, so hieß es: Hic Rhodus, hic salta! – mach's! Es hat die Arbeitgeber verdammt wenig gekümmert, ob ich protestantisch oder katholisch bin, es kam nur darauf an, was ich konnte. Wer heute als Arbeiter, sogar schon als gewöhnlicher Tagelohnarbeiter, durchkommen und nicht ganz und gar auf der untersten Stufe der sozialen Leiter stehen bleiben will, der muss etwas mehr Schulbildung haben als früher und etwas mehr als er heute – die Schulverwaltung möge sich festhalten auf ihrem Stuhl – in unserer Schule gelehrt bekommt. Das können nicht einmal die Herren vom grünen Tisch bestreiten, denn welchen Zweck hätten denn sonst die Fortbildungsschulen? Die Fortbildungsschulen sollen da einsetzen, wo in der Tat unsere Volksschule versagt hat, sie soll dem jungen Menschen, der in das Leben hinein muss, nachträglich eine Portion Bildung beibringen, die er eigentlich schon in der Schule hätte erwerben sollen. Ich sage also ganz mit Recht: Der heutige Arbeiter muss eine andere Bildung haben, als ihm zurzeit geboten wird.

Der heutige Arbeiter wird aber auch, wenn er sich nach Arbeit umschaute, wenn er nach Arbeit sucht, nicht gefragt, ob er etwa ein sogenannter patriotischer Bürger ist, wie der Herr Münch ihn wünscht. Meine Herren, danach hat mich auch kein Mensch gefragt. Mich hat kein Mensch je in dieser Richtung examiniert. Immer kam es nur darauf an: kannst du etwas leisten in deinem Fache, so wirst du dein Brot finden, andernfalls magst du auf die Landstraße gehen und sehen, wo du bleibst. (Zuruf des Abg. Uebel: Ob er saubere Wäsche hat!) – Ob er saubere Wäsche hat oder nicht, Herr Kollege Uebel, das ist für den Arbeitgeber, der einen Arbeiter braucht, ganz gleichgültig. Daran merke ich wieder, dass Sie von den Dingen nicht viel verstehen. (Zuruf des Abg. Uebel: Sie wissen doch, was man bei den Gewerkschaften unter sauberer Wäsche versteht!) Wenn der Arbeitgeber jemand braucht und ich habe wirklich keine saubere Wäsche, so sorgt er dafür, dass ich welche kriege. (Abg. Uebel: Es ist etwas ganz anderes gemeint! – Abg. Raab¹⁸: Auch bei der Wäsche die Sie meinen!) Wenn Sie im Leben immer saubere Wäsche gehabt haben, so seien Sie Ihrem Herrgott dankbar dafür, dass er Sie nicht in die Situation eines Arbeiters gebracht hat, der mit dem besten Willen nichts dafür kann, wenn er wochen- oder monatelang auf der Straße liegt. (Zuruf des Abg. Uebel: Das hat gar nichts damit zu tun!) Wie dem Arbeiter zumute ist, verstehen Sie allerdings nicht, denn Sie haben ja von Jugend auf nichts in die Richtung kennen gelernt. Also lassen Sie die nicht saubere Wäsche ruhig sein, die hat bei der Sache gar nichts zu tun! Ich bin der Meinung, dass unser Volksschulwesen einer weit stärkeren Entwicklung bedarf in der Richtung der Ausbildung des jungen Menschen, in der Richtung der Ausbildung des Kindes zum Staatsbürger, zum gleichberechtigten Manne in der Gemeinde, im Lande, im Reiche und überall.

Um aber eine solche Bildung zu erhalten, ist es in der Tat notwendig, dass eine möglichste Einheit im gesamten Schulwesen der Nation durchgeführt wird, denn, meine Herren, die Verschiedenheiten der Schulen hinsichtlich ihrer Lehrpläne und hinsichtlich der technischen Behandlungen des Schulwesens ist eben im Augenblick in ganz Deutschland außerordentlich groß. Sie ist außerordentlich verschieden, sogar in der Volksschule selbst. Nehmen Sie zwei Lehrpläne, einen hessischen und einen preußischen, so finden Sie, dass diese beiden Lehrpläne zum Teil himmelweit voneinander verschieden sind. Sie finden, dass unsere hessischen Lehrpläne allerdings einen etwas freieren Geist aufweisen und zwar im Punkte der Religion. Herr Kollege Uebel, das lässt sich nicht leugnen. In den preußischen ist ein weniger freier Geist vorhanden. Sie finden aber in beiden, dass für die Religion doch noch sehr viel Zeit für nötig gehalten wird, denn, meine

Herren, all die Zeit, die Sie für den Religionsunterricht benutzen, geht dem jungen Zukunftsbürger für die anderen Fächer verloren. Er kann in der Religion das nicht lernen, was er im Leben braucht und die schönen Bibelsprüche, in denen der Herr Kollege Uebel zu Hause ist, nützen ihm nichts. (Zuruf) - Es wäre ja auch schlimm, wenn er nicht darin zu Hause wäre, ich gestehe ganz offen: ich bin nicht darin so zu Hause wie er. Ich habe allerdings auch nicht Schulmeister werden wollen. Ich habe nie die Absicht gehabt. Insbesondere wollte ich nicht religiöser Schulmeister werden. (Zuruf des Abg. Uebel: Sie hätten dazu auch nichts Richtiges getaugt!) – Das ist die große Frage. Wenn Sie etwas Richtiges dazu getaugt hätten, Herr Kollege Uebel, dann wären Sie doch dabei geblieben. (Hört, hört!) Haben wir aber diesen Unterschied schon in der Volksschule vor uns? Sehen wir schon, wie da die Einheitlichkeit mangelt, wie sie überhaupt nicht vorhanden ist, sehen wir, dass die Reichsschulkommission in dieser Richtung gar keinen Einfluss hat, dann haben wir ein Recht, zu fordern, dass eine wirklich nationale Einheit geschaffen wird. [...]

Wir sind der Meinung, dass der Gedanke der Einheitsschule der ganzen Nation durchgeführt werden soll in der Richtung, dass eine Mindestbildung allen zuteil wird. Der Gedanke geht aber weiter, denn er will haben, dass aus dieser Einheitsschule heraus alle wirklich Befähigten bis zur Universität, bis zur höchsten Stufe der Unterrichtsfähigkeit kommen können, gleichviel ob sie von armen oder von reichen Eltern abstammen. Der Gedanke der Einheitsschule setzt voraus eine Einheit bis zur höchsten Bildungsanstalt, unbekümmert um die materiellen Bedingungen des Schülers und seiner Eltern. Wir sind der Meinung, dass neben den Lehrmitteln dem Staate auch die Sorge zufällt für die weiteren Existenzbedingungen, die erforderlich sind, um bis zu den höchsten Instituten hinauf seine Bildung zu genießen. Meine Herren, wie ist es in dieser Richtung heute? Heute – das können die Herren von der Jenseite ja nicht einmal bestreiten – ist die Hauptsache, dass erstens der Vater das Geld hat, um sein Kind in bessere Schulen schicken zu können und wenn der Vater dann noch gute Konnexionen, vorzügliche Verbindungen hat, kann es passieren, dass nicht bloß der Allermittelmäßigste, sondern der recht Schwache hinauf kommt, durch alle Klassen zur Universität durchgetrieben wird, die höchsten Ämter im Staate usw. erreicht und schließlich auch Minister werden kann, Exzellenz, ganz sicher, davon bin ich überzeugt. Es hat Exempel gegeben, wo ich die Minister nicht gerade für die allergescheitesten gehalten habe und auch heute noch nicht halte. Meine Herren, das ist alles möglich und zwar deshalb, weil nicht die Fähigkeiten entscheiden, sondern weil heute die Frage entscheidet, ob der Vater des Kindes die Möglichkeit hat, das Schulgeld und

die übrigen Kosten zu bezahlen, denn das Schulgeld allein macht es gar nicht aus, ich lege gar nicht den Hauptwert auf das Schulgeld, denn die übrigen Unkosten für die Erhaltung eines Kindes in der Richtung sind ja viel größer als das Schulgeld selbst. Heute entscheidet also nicht die Fähigkeit, sehr häufig wenigstens nicht, ich will mir den Vorwurf nicht zuziehen, dass ich zu sehr verallgemeinert hätte, aber in sehr, sehr vielen Fällen entscheidet sie nicht, während wir wünschen, dass die Einheitsschule in der Weise gedacht ist, dass, wer befähigt ist, in den unteren Klassen mitgeht bis zu jener Stufe, wo die elementare Bildung anfängt einzusetzen in die höhere Fachbildung und dass von diesem Augenblick an nur noch diejenigen die höheren Schulen besuchen werden, die wirklich beweisen, dass sie die dazu erforderlichen Fähigkeiten haben, ohne Ansehen der Personen und des Geldbeutels der Eltern. Diese Einheitsschule ist doch etwas anderes als das, was sich die Herren Kollegen zum Teil darunter vorgestellt haben. [...]

Meine Herren, legen Sie sich bloß einmal die Frage vor, ehrlich und offen: Lernen Sie denn in der Volksschule etwa ernstlich und zutreffend und sicher Ihre eigene Muttersprache beherrschen? Ich behaupte: Nein! Ich behaupte, dass es nur ausnahmsweise bei dem aus der Volksschule kommenden Jungen der Fall ist, auch wenn er Talent hat, auch wenn er ziemlich offene Augen für alles hat. Ich behaupte, dass die meisten von ihnen, wenn sie aus der Volksschule herauskommen, wenn sie ehrlich sind, nicht bloß wissen, dass sie auf diesem Gebiet noch nichts können, sondern dass sie dann erst einsetzen, um mit Anstrengung aller Kräfte das bisschen Deutsch zu lernen, was sie später brauchen. Ich habe nicht umsonst Arbeiterbildungsvereine besucht, ich habe nicht umsonst noch als Handwerksgehilfe Schreiben und Lesen gelernt. Es ist heute noch genau so in der Volksschule wie damals, wenn die Jungens herauskommen, können sie nur sehr wenig. Das sehe ich an unseren Lehrlingen, das sehe ich, wenn ich die Jungens mit ihren Aufsätzen vor mir habe und lese, was sie geschrieben haben. Ich sage Ihnen: Die Volksschule vernachlässigt heute noch das Allernotwendigste, das Allervernünftigste: die eigene Muttersprache! (Abg. Raab: Dafür gibt es aber Religion!) Religion, gewiss! Wenn man die Religion noch benützen könnte zur Übung der eigenen Muttersprache, wenn man sie in dieser Weise ausnützen würde, dass man sie wenigstens literarisch zerlegen, literarisch den Jungen klarmachen würde, so hätte ich ja bis zu einem gewissen Grade auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung ein gewisses Verständnis dafür. Aber das geschieht gar nicht. Wenn einer in der Religion recht fleißig nachplappern kann, wenn er immer auf dem laufenden ist, wenn er die Bibelversen so gut kann, wie der Herr

Kollege Uebel sie vorgetragen hat, dann ist er ein Kerl in der Volksschule und sonst mag er meinetwegen so dumm sein wie er will, wenn er in Religion die Note „sehr gut“ hat, so mag er im anderen noch so schwach sein, es ist doch genügend. Meine Herren, das genügt heute nicht mehr und wenn man im öffentlichen Leben steht und von Jugend an gestanden hat als ein Proletarier, wie es bei mir der Fall gewesen ist, dann kann man aus Erfahrung sprechen, und wenn man noch heute, wie ich, mit seinen Klassen-genossen fortgesetzt verkehrt, wenn man weiß, wie es hinsichtlich der Schulbildung aussieht, wenn die Schulzeit zu Ende ist, meine Herren, dann sage ich Ihnen: Die Schulverwaltung möge darauf achten, dass in unserer hessischen Volksschule die deutsche Sprache besser beherrscht wird als heute, dann wird sie sich ein viel größeres Verdienst erwerben, als wenn sie uns vorzählt, wie viel Lehrer wir heute angestellt haben gegen früher. Das genügt nicht, denn darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an, dass die Lehrer im einzelnen nicht so sehr überbürdet sind, dass sie in der Lage sind, individuell den einzelnen Schüler zu erfassen, zu ergreifen, ihm individuell gewissermaßen das Wissen beizubringen. Das kann man nicht, wenn man eine Masse, 60 und 80 und mehr Kinder vor sich hat, da hat der Lehrer – ohne dass ich Fachmann bin, weiß ich das von Lehrern – seine Last, die Klasse im allgemeinen auf das Ziel heraufzubringen, auf das er lossteuern muss. Wenn aber weniger Schüler da sind, wenn der Lehrer individuell den einzelnen sich ansehen kann, in die eigentlichen Gedankengänge des einzelnen sich hinein vertiefen kann, wenn er die Psyche des Kindes ergreifen kann, dann wird er etwas anderes leisten, als er so im Augenblick zu leisten imstande ist. das ist das Ziel der Einheitsschule in erster Linie. Das ist das Ziel, das wir erstreben müssen.

Dabei sagt dann der Herr Kollege Uebel allerdings, wir wollten mit der Schule den Staat „umstürzen“. Meine Herren, wir haben den Willen und die Absicht, gleichberechtigt zu sein mit allen übrigen Staatsangehörigen, wir haben den Willen zur Macht, die uns gebührt als Mensch in der Gemeinschaft mit den Übrigen und um diesen Willen durchzusetzen, wissen wir, dass wir Wissen haben müssen, dass wir Kenntnisse besitzen müssen, dass es notwendig ist, als einzelner Mensch auf der Höhe der Kultur zu stehen, auf der jeder andere auch zu stehen hat und daher wollen wir, dass die Schulen uns bilden, dass wir genau so wie alle anderen fähig werden, uns selbst und mit uns die Gesamtheit regieren zu können. Meine Herren, wenn Sie das Umsturz nennen, so fürchten wir uns vor diesem Worte nicht, es hat für uns schon längst keinen Schrecken mehr, Sie nennen alles Umsturz, sobald wir Neigung haben, an

dieselbe Stelle kommen zu können, an der Sie sich befinden. [...] Obschon es wahr ist, dass sich selbst in den Volksschulen direkte Scheidungen vollziehen, lässt sich doch nicht leugnen, dass, wenn der Sohn des Ministers dieselbe Bank drückt wie der Sohn des Gossenkehrers, Ministers- und Gossenkehrerssohn menschlich einander näher kommen und dass sie vielleicht manches anders ansehen, als es der Fall sein wird, wenn der Ministersohn fernab von allem Leben, fernab von aller Not nichts von Leben und Not wahrnehmen kann. Insofern hat also auch diese rein persönliche Seite eine gewisse Bedeutung und wir reden davon. Denn wir müssen davon reden, weil wir Menschen sind und weil wir schließlich nachher im öffentlichen Kampf Mensch gegen Mensch stehen und weil es da etwas ganz anderes ist, wenn der Mann aus der Klasse der Besitzenden begreifen kann, weshalb die unteren Klassen so kämpfen, als wenn er nichts begreifen kann. Meine Herren, die Auffassung der Minister über das Recht der sozialen Kämpfe ist manchmal so unglaublich unverständlich, dass man sie nur erklärlich findet in der Weltfremdheit der Leute, nur erklärlich findet dadurch, dass sie überhaupt keine Gelegenheit hatten, mit dem Volk direkt zu verkehren, nicht einmal in ihrer Kindheit Gelegenheit dazu hatten. Nun sagt man: was sollen diese paar Jahre für das ganze Leben bedeuten? Der Vertreter der Regierung zitierte einen Lehrer als Fachmann, dessen Ausführungen ich im allgemeinen gar nicht bestreite. Indolente Kinder, Kinder, die nicht frühzeitig geistig leben, die nicht frühzeitig alles beobachten, was um sie herum vorgeht, haben auch von diesen 3 oder 4 Jahren keinen Vorteil. Das gebe ich ohne weiteres zu. Es gibt aber auch eine ganze Anzahl Kinder, auch in den Kreisen der Besitzenden, bei denen diese 3 Jahre unauslöschliche Bilder in dem Menschen aufrecht erhalten werden, Bilder für alle Zeiten unvergesslich, an die er immer denkt, wenn irgend etwas besonderes passiert. Er hat mit einem Armen Kameradschaft geschlossen, er hat mit ihm zusammen auf der Schulbank gesessen und beide haben vielleicht in gefährlichen Momenten, die auch in der Jugend schon vorkommen, treu und unverbrüchlich zueinander gehalten, beide sind später im Leben gesellschaftlich in ganz andere Verhältnisse gekommen, beide werden aber nie vergessen, dass sie als Menschen zusammen gehören und sie werden deshalb im Kampf ganz anders arbeiten, als sie sonst arbeiten würden. Ich kann also mit dieser Sache allein schon die Notwendigkeit unseres Antrages verteidigen. [...]

Nein, meine Herren, die Bekämpfung der Religion hat bei dieser Frage eine ganz untergeordnete Bedeutung. Dass sie auch dabei ist, das ist selbstverständlich, denn wir wollen, dass die Kirche vom Staat getrennt werde, wir wollen, dass der Staat als solcher seine Staatsbürger erziehe zu Staats-

bürgern und da ist nach unserer Auffassung die Religion Sache des Einzelnen, wenn er so weit ist, überhaupt entscheiden zu können, dass er sich entscheidet, welcher Religion er sich anschließen soll.

Und warum muss denn die Volksschule so viel Religion haben und die oberen Schulen nicht? Vergleichen Sie doch bitte einmal die Lehrpläne der Volksschule und die der höheren Schulen, das Ministerium hat sie jedenfalls zur Stelle. Wenn Sie diesen Vergleich anstellen, werden Sie finden: unten mindestens noch einmal soviel Religion wie oben und während in den Zeugnissen der höheren Schulen wenig oder nichts über Religion gesagt wird, wenn es nicht gerade eine religiöse Schule ist, wird in den unteren Schulen auf die Frage, welche Nummer der Einzelne in der Religion gehabt hat, außerordentlich viel Gewicht gelegt.

Also wir verlangen gar nichts Apartes, nichts Besonderes für uns, wir verlangen nur, dass das, was Sie ihren eigenen Kindern geben, was Sie da als Ihr Vaterrecht ansehen, für unsere Kinder auch gilt und sind daher der Meinung, dass unsere Forderung gerecht ist. [...]

Nun hat es die etwas kräftige Sprache unseres Jugendorgans dem Herrn Kollegen Uebel besonders angetan. Ich weiß ja nicht, wie er dazu kommt, das als Argument gegen unsere Forderung der Einheitsschule anzuführen, es war wohl nur so ein hetzerisches Moment, das er mit seiner Kapuzinerpredigt da hereingebracht hat. Ich bin ihm deshalb nicht gram, ich höre so eine Kapuzinerpredigt einmal ganz gern und der Herr Kollege Uebel hat ja eigentlich auch eine hier gehalten, die wir mit großem Vergnügen angehört haben. Aber jetzt will ich dem Herrn Kollegen auch ein christliches Verschen vortragen, das mir ein Freund aufgeschrieben hat, der es noch sehr gut im Gedächtnis hat.

In irgendeinem Gesangbuch findet sich folgender Vers, - der Stenograph ist so freundlich und schreibt ihn nach, damit der Herr Kollege Uebel ihn behalten kann. Einer der frommen Leute hat da folgendes Stoßgebet niedergelegt:

Ich bin ein rechtes Raabenaas,
Ein wahrer Sündenkrüppel,
der seine Sünden in sich fraß,
Als wie der Russ die Zwibbel,
Herr Jesu, nimm mich Hund am Ohr;
Wirf mir den Gnadenknochen vor,
Und nimm mich Sündenlummel
In deinen Gnadenhimmel.

(Heiterkeit) (Abg. Uebel: 200 Jahre zurück!)

Das Alter macht nicht viel aus, Herr Kollege. (Zuruf: Alter schützt vor

Torheit nicht!) Das ist richtig, aber manchmal schützt es auch davor, dass einer gescheit wird. (Heiterkeit) Ich habe diese Verse nur deshalb zitiert, weil ich, wenn wir schon einmal anfangen, literarische Ergüsse einzelner als Beweismaterial gegen einen solchen Antrag aufzuführen, dann auch in der Lage wären, mit Gegenbeweisen zu dienen, die möglicherweise an Deutlichkeit und Kraft der Sprache einer Kapuzinerpredigt nichts nachgeben. Also in dieser Richtung bleiben wir Herrn Kollegen Uebel nichts schuldig und wenn er dann mit Emphase erklärt, dass wir eine Verhetzung in Permanenz betreiben, dass es uns überhaupt nur auf Verhetzung ankommt, so kann ich ihm diese seine Auffassung nicht nehmen, die mag er ruhig behalten und selig damit werden.

Wenn wir nur durch diese Verhetzung erreichen, dass das Schulwesen vorwärts kommt, dass die Bildung steigt und dass die Massen des arbeitenden Volkes zu einer höheren Lebenshaltung gelangen.

Nun, meine Herren, kommt die Frage der Aufhebung sämtlicher Vorschulen. Die halten wir für eine notwendige Konsequenz der ersten Forderung. Sie hängt mit dem ersten Satz zusammen, denn wo eine Einheitlichkeit der Volksschule ein Hereinwachsen aus der Volksschule in die höheren Bildungsanstalten in die Wege geleitet ist, da hat die Vorschule überhaupt keinen Sinn mehr, da hört sie von selbst auf, da kann sie aufgegeben werden, da kann sie verschwinden. Wir wollen also in dieser Richtung nur, was notwendig ist. Der fremdsprachliche Unterricht in den höheren Schulen soll bis zu dem Beginn des vierten Schuljahres hinausgeschoben werden. Das ist eine Forderung, die durchaus berechtigt ist und die wiederum in dem ersten Teil liegt, denn man kann in der Volksschule in den ersten Jahren keine fremde Sprache üben, man muss also schon eine gewisse Einheitlichkeit einführen. Der Lehrplan der Volksschule muss, solange keine Einheitlichkeit vorhanden ist, so gestaltet sein, dass die Vorbedingungen für den Übertritt in die höheren Schulen bestehen.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, 110. Sitzung, 4. Juli 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 3201- 3207)



Carl Ulrich, nach 1900

3. Nationale Einheitsschule gegen Klassendünkel (10. Juni 1914)

Abg. **Ulrich:** Daher ist die Forderung einer nationalen Einheitsschule eine solche, die im Interesse der Entwicklung unseres gesamten Vaterlandes gestellt wird.

Meine Herren, wir gehen dabei von dem Gedanken aus, dass sich unser dormaliges Schulwesen in der Richtung der Plutokratie entwickelt hat und dass das ein Fehler ist, den wir für die Zukunft vermeiden müssen, den wir aber nur vermeiden können, wenn wir unser Schulwesen national einheitlich gestalten. Der Herr Kollege Urstadt¹⁹ hat in seinen Ausführungen auf Verhältnisse Bezug genommen, die sich in unserem Schulwesen entwickelt haben. Er hat gesagt, dass gerade das Berechtigungswesen ein Krebschaden sei. Er hat auch zugestanden, dass das Vorschulwesen ein Krebschaden sei, dass alle diese Mitteldinge, die sich in der Entwicklung zur Einheitsschule eingeschoben haben, Fehler sind, die man gemacht hat, die man aber für die Folge vermeiden müsse. Er hat dabei allerdings merkwürdige Konsequenzen gezogen. Wenn er auf der einen Seite mit uns der Meinung ist, dass die Entwicklung unseres Schulwesens in plutokratischer Richtung, in der Bevorzugung der Geldmensen besteht, dann darf er nicht schließen: aber wir würden in Gießen 30 000 bis 40 000 Mark Einnahmen dadurch verlieren bzw. mehr zahlen müssen, wenn wir diese Schule abschaffen wollten. Meine Herren, es ist richtig, die Schulfrage ist auch eine Finanzfrage. (Zuruf aus der Mitte) Die Schulfrage ist eine Frage, die man ohne finanzielle Belastung der Steuerzahler nicht erledigen kann. (Sehr richtig! links) Aber, meine Herren, soll uns der rein materielle Effekt hindern, unseren Weg zu gehen, Missstände zu beseitigen, die wir erkannt haben, die wir für beseitigungswürdig und beseitigungsfähig halten? Ich sage nein. Da weiche ich von dem Herrn Kollegen Urstadt ab. Sachlich scheint er mit mir auf dem gleichen Standpunkt zu stehen. Sobald aber das liebe Geld in Frage kommt, sowie die Frage der Belastung der Steuerzahler an ihn herantritt, kriegt er ein Grauen davor, dass eine stärkere Belastung eintreten könnte. Ich möchte ihn bitten, dass er dieses Grauen abschüttelt. Ich möchte gerade ihn als Schulmann darauf aufmerksam machen, dass wir für andere Zwecke – ich erinnere nur an die militaristischen Milliarden, die wir im Laufe der Jahre ausgegeben haben – skrupellos Millionen und Abermillionen übrig haben, während wir uns den Kopf zu zerbrechen anfangen, wenn es sich um ein paar tausend Mark für den heiligsten Zweck handelt, den wir im Auge behalten müssten. Ich weiß, dass die einzelnen Gemeinden dieses Programm nicht so leicht erfüllen können, da ich selbst als Mitglied der Stadtverwaltung in Offenbach Kenntnis von allen diesem habe. Aber wir bereiten langsam und sicher, soweit es im Rahmen unseres Schulgesetzes möglich ist, eine allmähliche Entwicklung

zu besseren Schulverhältnissen, zu einer Einheitsschule vor, unbekümmert darum, dass das Geld kostet, ja, meine Herren, wissend, dass das Geld kostet, in der ausgesprochenen Absicht, dieses Opfer, das der Allgemeinheit wieder zugute kommt, gerne zu bringen.

Meine Herren, wenn wir derartige Forderungen stellen, so geschieht das in der Absicht, neben den pädagogischen Gründen, die ja namentlich für Fachmänner ausschlaggebend sind, weil wir in der nationalen Einheitsschule die Grundlage für eine nationale Einheitsentwicklung erblicken und weil wir darin die Sicherheit erblicken, im wirtschaftlichen Kampfe obenauf zu bleiben, den Wettkampf durchzuführen. Es fällt mir nicht ein, anzunehmen, dass durch die nationale Einheitsschule die Klassengegensätze, die auf der wirtschaftlichen Entwicklung beruhen, auch nur als beseitigungsmöglich anzusehen seien. Nein, das sage ich ohne weiteres, die Klassengegensätze können durch die Einheitsschule nicht beseitigt werden. Das ist unmöglich. Die Klassengegensätze sind ein Produkt der wirtschaftlichen, der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung. (Sehr richtig! links) Sie bleiben, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, unbekümmert darum, welche Schulen vorhanden sind. Aber, meine Herren – und das ist der springende Punkt –, die nationale Einheitsschule wird den Klassendünkel, der sich in den Besitzenden immer stärker entwickelt, herabdrücken. (Sehr richtig! links) Sie wird es ermöglichen, den Sohn des Besitzenden im Umgang mit dem Sohn des Nichtbesitzenden als Mensch abzuschleifen. Sie wird erreichen, dass eine höhere Auffassung von dem Menschen als solchem in den Kreisen der Besitzenden einzieht. (Sehr richtig!) Denn, meine Herren, was wir als Vertreter der Nichtbesitzenden fordern müssen, ist die Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt und das beginnt bereits in der Schule, beginnt bereits mit dem Kindergarten, beginnt bereits in aller Frühe, wenn das Kind des Proleten in die Kleinkinderaufbewahrungsanstalt hineingebracht werden muss. Daher, meine Herren, ist unsere Forderung kulturell von außerordentlicher Bedeutung. Ich verstehe nicht die Kultur, ich halte sie nicht für berechtigt, die systematisch darauf hinarbeitet, einige wenige, die besitzenden Klassen auf die höchste Stufe der Kultur zu heben, das höchste Wissen und Können und Wohlbefinden nur wenigen zugute kommen zu lassen. Eine solche Kultur weise ich zurück, ich halte sie für falsch, denn nur das ist eine wirklich menschliche Kultur, die es durch ihre inneren Einrichtungen, ihre wirtschaftliche Entwicklung dahin gebracht hat, dass alle Menschen an den Errungenschaften unserer geistigen und körperlichen Arbeit teilnehmen können. (Bravo! links) Meine Herren, es steht meines Erachtens zweifellos fest, dass die Kulturstufe, die wir jetzt innehaben, eine Folge der gemeinsamen

Arbeit aller Menschen ist (Sehr richtig! links), eine Folge der gemeinsamen Arbeit der Geister und der schwierigen Faust, denn ohne die schwierige Faust – das sollten die Herren hier wissen, die das Geistesleben beherrschen –, können die Ideen der Männer der Wissenschaft nicht verwirklicht werden. Alle schönen Gedanken, alle großen Ideen, wie wir sie von unseren Vorfahren, von unseren Vorkämpfern, von den großen Vertretern der Kulturentwicklung vor uns gehabt haben, konnten nur in die Tat umgesetzt werden durch die freie Hand des Arbeiters, der in der Lage war, Verständnis für die Ideen der Geister zu haben und der dann diese Geistesprodukte in materielle Produkte zur Wohlfahrt der Massen umzusetzen verstand. (Sehr richtig! links) Meine Herren, der Gedanke, dass die Menschen zusammengehören, trotz der wirtschaftlich klaffenden Schluchten zwischen den einzelnen Klassen, sollte bei allen kulturell entwickelten Menschen als groß und verehrungswürdig angesehen werden.

[...]

Nun ich brauche ja eigentlich nicht viel zu sagen, meine Herren Kollegen. Ich habe so das Gefühl, wenn wir uns hier einen Vormittag über irgendeine Frage lebhaft unterhalten haben, dann muss selbst derjenige, der sich nicht direkt an der Debatte beteiligt, der nur aufmerksam zugehört hat, sagen, dass er schon von der rein geistigen Teilnahme an der Verhandlung nach Schluss der Sitzung derart kaputt ist - die jüngeren Leute wohl weniger, aber sehr viel junge haben wir ja nicht unter uns -, dass er froh ist, wenn er ein bisschen Ruhe bekommen kann. Wie ganz anders ist beim Lehrer das ganze Nervensystem angegriffen und mitgenommen. Und dann, meine Herren, wenn der einzelne so viele Kinder unterrichten soll, wie kann er da das einzelne Kind beobachten, wie kann er sehen, welche Eigentümlichkeiten, welche besonderen geistigen Fähigkeiten und Anlagen das Kind besitzt? Das ist gar nicht möglich und ich wundere mich manchmal, dass trotz allem aus diesen Volksschulen heraus immer noch frische, lebenskräftige und frohe Menschen kommen, die den Kampf im Leben aufnehmen, gerade, als wenn sie alles schon gelernt hätten, was sie fürs Leben einmal brauchen.

Ich sage deshalb, wir müssen auch der Lehrer wegen auf diese Entwicklung kommen und dürfen uns da an ein paar tausend Mark nicht stoßen. Wir müssen aber auch um unserer Kinder willen dazu kommen. Denn ich muss schon sagen: ein Lehrer, der hundert und mehr Schüler oder Schülerinnen zu unterrichten hat, kann nicht jene Liebe zu dem einzelnen Kinde empfinden, die er eigentlich haben sollte, er muss sie summarisch behandeln. Der Lehrer soll aber nicht nur Furcht erzeugen oder durch die Furcht wirken, nein, meine Herren, der Bakel²⁰ soll nur in ganz besonders schwe-

ren Fällen eingreifen, wo es nicht anders geht, ich bestreite ja nicht, dass es dann und wann nicht anders gehen wird, aber er soll nur in Ausnahmefällen wirken. Der Lehrer soll der Vertraute des einzelnen Schülers oder der Schülerin sein, das Kind soll sich voll Vertrauen an den Lehrer wenden, der Lehrer soll ihm nächst seinen Eltern am nächsten stehen, soll das Kind gewissermaßen mit einem Teil der elterlichen Liebe umfassen, Lehrer und Eltern sollen gemeinsam auf das junge Wesen einwirken, das ja so bildsam ist, je nach den Einflüssen, denen es ausgesetzt wird, das junge Wesen soll so erzogen und pädagogisch so beeinflusst werden, dass es mit Lust und Liebe zur Schule geht und mit Lust und Liebe zu seinen Eltern zurückkehrt und ihnen erzählt, was es in der Schule gehört und gelernt hat.

Meine Herren, das ist gar keine so nebensächliche Forderung, die ich da stelle, sie wird ja auch nicht von mir zuerst aufgestellt, aber es ist doch gut, wenn man bei Erörterung derartiger Fragen wie wir sie vor uns haben, diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund rückt.

Wir fordern, dass die Volksschüler, die Masse des Volks, auf die gleiche Höhe gehoben werden, wie es bei den höheren Schülern der Fall ist. Es gibt keine höheren Schulen, in denen Klassen mit 100 Schülern bestanden, wenn das aber bei den Klassen der besseren Schulen nicht zulässig ist, dann muss es bei den Kindern der niederen Klassen noch viel mehr vermieden werden, denn deren soziale Lebensbedingungen sind schlechter als die der Kinder der Reichen. Daher fordere ich die Herabsetzung der Klassenfrequenz im Interesse der Kinder, im Interesse der Volksjugend, weil nur dann eine individuelle Behandlung des einzelnen Kindes möglich ist.

[...]

Meine Herren, wir haben ferner verlangt, dass der Lehrplan für die drei untersten Klassen der höheren Schulen mit dem für das vierte, fünfte und sechste Schuljahr der allgemeinen Volksschule in Übereinstimmung zu bringen ist, sodass der Übertritt aus diesen in eine höhere Schule noch nach Abschluss des sechsten Schuljahres ohne Schwierigkeiten geschehen kann. Diese Forderung ergibt sich aus unserer ganzen Forderung einer Einheitsschule. Wenn wir eine einheitliche Schule haben wollen, so müssen wir das so einrichten, dass wir die unterste Stufe in den Dörfern in Einklang bringen mit den Schulen in den Städten. Wir müssen es ermöglichen, dass unsere Söhne vom Lande in der Lage sind, in die Klassen der höheren Schulen entsprechend ihrer Entwicklung eintreten zu können. Das Ganze gliedert sich, wenn ich so sagen soll, eins ins andere, das Ganze stellt eine einheitliche Forderung dar, die sich in der Richtung bewegt, auf die Einheitsschule los zu marschieren. Deshalb bedaure ich außerordent-

lich, dass der Ausschuss sich so vollständig ablehnend in seiner Mehrheit verhalten hat, ich bedaure das um so mehr, als ich der Auffassung bin, dass dazu eigentlich gar keine Veranlassung gegeben gewesen ist. Der Ausschuss hätte ganz gut die von uns gestellten Anträge in anerkennender Weise beurteilen und empfehlen können, weil ja von der Empfehlung bis zur Durchführung durch die Regierung, von der einen Etappe bis zur anderen noch sehr viel Wasser den Main herunterfließen würde, dass das nicht so schnell gehen würde und Sie keine Furcht zu haben brauchten, dass das ein überstürzter Schritt, ein Sprung ins Dunkle, oder gar, wie der Herr Kollege Urstadt meint, ein „Purzelbaum“ wäre, den wir von dem einen zum anderen schlugen. Nein, meine Herren, ein Purzelbaum würde dabei nicht herauskommen, das traue ich den Herren vom Ministerium nicht zu, ich weiß, dass der Herr Staatsrat Süffert aus der Zeit, wo die Purzelbäume geschlagen wurden, längst heraus ist (Heiterkeit) und sich in jenem Stadium befindet, wo er mit außerordentlicher Ruhe allen den Beschlüssen, die wir hier fassen, gegenübersteht und, wenn unsere Beschlüsse ihm nicht passen, aufgrund seines staatsrechtlichen Verhältnisses mit Ruhe sagen kann: wartet es ab, immer langsam voran, dass der österreichische Landsturm auch noch mitkommen kann. Wir hätten also die Befürchtung, die der Herr Kollege Urstadt ausgesprochen hat, gar nicht zu haben brauchen, wir brauchen uns nicht irgendwie ängstlich den Kopf darüber zu zerbrechen, dass das zu schnell geht, dass wir nicht mitkommen könnten, dass die Regierung Geld von uns forderte, das wir nicht bewilligen könnten. So schnell geht es bei uns nicht, so schnell geht es auch anderwärts nicht. Darum ist die Befürchtung, dass wir zu schnell arbeiten würden, durchaus unberechtigt.

Die Position 5 unserer Anträge habe ich bereits erläutert und brauche darauf nicht weiter einzugehen, sie stellt fest, dass auch in den Volksschulen in der Regel die Zahl von 40 Schülern in einer Klasse nicht überschritten werden soll.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 35. Landtag 1911 - 1914, 115. Sitzung, 10. Juni 1914. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1914, S. 3224 - 3228)

4. Türkischunterricht am Gymnasium? (14. Oktober 1915)

Abg. **Henrich**:²¹ Der Antrag selbst geht dahin, dass bei der zuständigen Reichsbehörde die wahlweise Einführung der türkischen Sprache in den Lehrplan der höheren Lehranstalten angeregt werden solle. [...] In der Be-

gründung zu dem Antrag selbst ist angegeben, wie sehr sich die uns feindlichen Staaten bereits durch Schulen in dem türkischen Gebiet festgesetzt haben. 600 Schulen hat Frankreich, 500 hat England und Amerika, 200 sind italienisch, die Russen haben es auch bis zu 60 Schulen gebracht, Deutschland dagegen hat nur 25. Jedenfalls steht fest, dass unsere Gegner bisher in der befreundeten Türkei festeren Fuß gefasst haben als wir. Zwar hat auch Deutschland dort erhebliche wirtschaftliche Leistungen aufzuweisen. Ich erinnere an den Bau der anatolischen Bahnen. Aber bemerkenswert ist, dass es bisher nicht gelungen ist, dort die deutsche Sprache als Verkehrssprache einzuführen; die Verkehrssprache bei der anatolischen Bahn ist vielmehr heute noch die französische.[...] Der Ausschussbericht deutet die Schwierigkeiten an, die dem Erlernen der türkischen Sprache jetzt noch entgegen stehen. Zunächst sind die Lehrkräfte zu beschaffen. Das zeigt aber auch, wie lange es dauern wird, bis man überhaupt dazu kommt, die Sache in die Praxis überzuführen. Um so dringender ist es, dass die Vorbereitung von langer Hand erfolgt und die entsprechenden Anregungen gegeben werden. Wir haben nicht etwa daran gedacht, dass in Hessen allein die Einrichtung getroffen werden soll, auch nicht daran, dass etwa in allen Anstalten die türkische Sprache eingeführt werden soll, sondern es dreht sich darum, dass von Reichs wegen die Möglichkeit gegeben wird, in den Anstalten, die sich dazu eignen, die türkische Sprache zu erlernen. Unser Antrag bezweckt nichts anderes, als dass die Anregung von hier ausgehen soll. Es liegt keine Anmaßung darin, wenn wir wünschen, dass Hessen, das ja so oft gerade in Schulfragen an der Spitze marschiert ist, die Anregung zu einer Unternehmung gibt, die dazu bestimmt ist, deutscher Kultur die Wege im Ausland zu ebnet.

Geh. Oberschulrat **Nodnagel**:²² Meine Herren, gerade in dem, was der Herr Abgeordnete Henrich am Schlusse erwähnt hat, geht der Antrag von einer irrtümlichen Voraussetzung aus. Es gibt keine Reichsbehörde, die in dieser Frage zuständig wäre. Die einzige Reichsbehörde, die es überhaupt mit Schulsachen zu tun hat, ist die Reichsschulkommission. Deren Obliegenheiten beschränken sich aber darauf, den Reichskanzler durch Gutachten zu unterstützen, wenn es sich handelt um die Frage der Zuerteilung oder Belassung der Militärberechtigung an einzelnen Schulen. Weiteres hat die Reichsschulkommission nicht zu tun, und, wie gesagt, eine andere Schulbehörde besitzt das Reich nicht. In der vorliegenden Frage ist also jeder einzelne deutsche Bundesstaat vollkommen autonom. Wir können wahlfreie Unterrichtsgegenstände soviel einführen, als wir für notwendig halten, wir brauchen dazu das Reich nicht zu fragen, genießen aber dabei andererseits auch nicht die Unterstützung des Reichs. [...]

Nun sind wir aber trotzdem der Sache näher getreten, wie in Aussicht gestellt war. Wir haben uns mit der Universität in Verbindung gesetzt und haben gefragt, ob die Universität in der Lage sei künftig Lehrer des Türkischen vorzubilden; da haben wir die Antwort bekommen, das sei der Fall. Herr Professor Kahle²³ in Gießen sei in der Lage, wissenschaftlichen Unterricht im Türkischen zu erteilen; für den praktischen Gebrauch der türkischen Sprache, so schlägt er vor, könne man etwa einen Lektor nehmen. Wenn Sie bedenken, dass jemand, der Latein, Griechisch, Englisch oder Französisch lehren will, erst an einer höheren Schule Jahre lang in diesen Sprachen vorgebildet worden ist, und dann so und so viel Semester auf der Universität sich damit beschäftigt, so werden Sie zugeben, dass jemand in ein paar Semestern durch bloßen Besuch von Kollegien auf der Hochschule sich nicht soviel Türkisch aneignen kann, dass er seine Schüler auch im praktischen Gebrauch dieser Sprache perfekt machen kann. Gerade um den praktischen Gebrauch aber handelt es sich. Neben den wissenschaftlichen Lehrern werden deshalb sogenannte Lektoren unentbehrlich sein. Professor Kahle macht übrigens darauf aufmerksam, dass es mit dem Unterricht in der türkischen Sprache allein nicht getan ist, wenn der Zweck des Antrag erreicht werden solle. Türkisch wird in Konstantinopel und Kleinasien gesprochen, in den übrigen Gebieten, namentlich in Syrien südlich von Aleppo, ferner in Mesopotamien, Ägypten, Tripolis usw. spricht man Arabisch; der Koran, das verbreitetste Schriftwerk in der ganzen arabischen Welt, ist Arabisch geschrieben. Also Arabisch müsste zum Türkischen hinzukommen, Professor Kahle wenigstens hält das mit gutem Grund für unbedingt notwendig.

So weit sind wir bis jetzt gekommen. Nun stehen wir vor der Frage, was weiter zu geschehen hat. Da drängt sich die Erwägung auf, ob denn unsere höheren Schulen die richtigen Plätze sind, ein solches Nebenfach einzuführen. Ich denke, dafür wären Handelsschulen und technische Anstalten besser geeignet; denn es handelt sich bei dem Verkehr mit der Türkei doch wesentlich um kommerzielle Dinge, dann auch um technische, um Bahnbauten usw. Die anatolische Bahn, z. B. die Konstantinopel gegenüber bei Haidar Pascha beginnt, wurde, wenn ich recht belehrt bin, von deutschen Ingenieuren gebaut, und die mussten dort mit der Bevölkerung zurecht kommen. So wird es auch weiterhin sein. Also ich meine, nicht das Gymnasium, nicht das Realgymnasium, vielleicht auch nicht die Oberrealschule würden die richtigen Anstalten sein, sich diesen Unterricht anzugliedern; für zweckmäßiger würde ich es halten, wenn man an den Technischen und Handels-Hochschulen solche Lehrkurse einführen wollte. In Berlin hat man das orientalische Seminar, das ebenfalls eine recht geeignete Bildungsstätte für diesen Zweck ist, aber unsere Schulen, - ich zweifle,

ob die türkische Sprache da nicht als ein Fremdkörper erscheinen würde. Und vor allen Dingen bezweifle ich, ob unsere Gymnasiasten dafür zu haben wären, ob zu den etwa vorhandenen Lehrern sich Schüler finden würden, die in nennenswerter Zahl an diesem fakultativen Unterricht teilnehmen wollten. Ich kenne die Jugend einigermaßen durch meine langjährige Beschäftigung mit ihr, und habe begründete Zweifel, ob sie sich für die türkische Sprache dauernd begeistern würde. Die Schuljungen würden sich vielleicht auf denselben Standpunkt stellen, auf dem ich, ehrlich gesprochen, auch stehe: Sie würden vielleicht denken, nicht wir haben ein großes Interesse daran, Türkisch zu lernen, sondern die Türken haben ein Interesse daran, deutsche Schulen bei sich einzuführen und zu unterstützen; und Deutsch zu lernen. Ich habe schon im Ausschuss Gelegenheit genommen, darauf aufmerksam zu machen: Glauben Sie, dass ein einziger Franzose, der jetzt in Konstantinopel gute Geschäfte macht, vorher Türkisch gelernt hätte? Ist ihnen gar nicht eingefallen, und die Engländer tun es bei ihrer notorischen Abneigung fremde Sprachen zu lernen, erst recht nicht, trotzdem haben beide auf den Gebieten des Handels und Verkehrs recht viel in der Türkei erreicht, wie Ihnen wohl allen bekannt ist. [...]

Abg. **Adelung**:²⁴ Meine Herren, der Krieg wird viele politische und wirtschaftliche Umwälzungen bringen, und diesen Umwälzungen wird man auf allen Gebieten Rechnung tragen müssen. Aber das wird schwerlich jetzt schon möglich sein; wir werden kaum bereits jetzt schon die Frage diskutieren können, welche Sprachen wir künftig noch fakultativ in der Schule einführen sollen. Wenn jetzt die Dinge auf dem Balkan in Fluss kommen, so würden wir vielleicht zu dem Antrag gelangen, die Sprache auch noch anderer Völker, die an unserer Seite kämpfen, zum fakultativen Unterrichtsgegenstand zu machen.

Meine Herren, ich will den Antrag Henrich nicht ironisieren, ich verkenne insbesondere nicht, dass ein großer Teil unserer früheren wirtschaftlichen Erfolge vielleicht darin begründet war, dass die Deutschen mehr als Engländer und Franzosen sich der Sprache anderer Völker bedienen konnten. Es war kein Glück für die Engländer, dass sie die Sprachen ihrer Gegner nicht verstanden, ebenso wenig für die Franzosen. Ich bin aber der Meinung, dass man suchen soll, unsere deutsche Sprache, unsere eigenen Schulen in der Türkei möglichst zu unterstützen und unserer deutschen Kultur nach dem Krieg dort eine größere Ausbreitung zu verschaffen. [...]

Abg. **von Brentano**:²⁵ Was die Auslandsschulen belangt, so stimme ich vollständig mit dem Herrn Vorredner überein, dass sie unterstützt werden sollen; ich hoffe aber, dass es nach dem Kriege auch wirklich Reichsschulen

werden und nicht Schulen, die nun einer bestimmten politischen oder konfessionellen Richtung dienen. (Abg. Bach:²⁶ Sehr richtig!) Ich freue mich, dass Sie das anerkennen, darüber wird nach dem Krieg ein ernstes Wort zu sprechen sein.

Was nunmehr das Türkische betrifft, so erkenne ich auch den guten Gedanken in dem Antrag Henrich an und werde diesen deshalb auch nicht bekämpfen. Freude hat es mir gemacht, eine gewisse Kritik von Herrn Abgeordneten Adelung zu hören insofern als er sagte, dass die geistige Überlegenheit, die die Deutschen tatsächlich in dem Kriege gezeigt haben, auch auf den Umstand zurückzuführen sei, dass doch viele Deutsche verschiedene Sprachen beherrschen. Das ist gar nicht zu bestreiten, und deshalb beklage ich es, dass aus einem sogenannten „Patriotismus“ heraus, der aber sehr schief ist, heute schon in vielen Kreisen die Auffassung genährt wird, man dürfe, wenn man ein guter Deutscher sei, nach dem Kriege überhaupt kein Französisch und kein Englisch mehr lernen! (Heiterkeit.) Ich glaube, dass die Regierung auch hier ihren ganzen Einfluss auf die Schulmänner – denn auch da ist alles nicht so, wie es sein sollte – ausüben sollte, damit auf die Jugend eingewirkt und ihr gezeigt wird, wie töricht solche Gedanken sind. Denn nichts ist besser, um die Herren Engländer und Franzosen so zu behandeln wie wir sie behandeln wollen, als wenn wir ihre Sprache sprechen.

Das ist das Wenige, was ich zu diesem Antrag zu sagen mir erlauben wollte. [...]

Abg. **Ulrich**: Meine Herren, ich habe selbstverständlich nichts dagegen, wenn Leuten, die gern Türkisch lernen wollen, die Möglichkeit dazu geboten wird. Dass wir aber zu dem Zweck eine große Staatsaktion einleiten sollten, das halte ich für stark verfrüht. Es lässt sich nicht leugnen, dass die wirtschaftliche Verbindung, die wir mit der Türkei erhalten werden – zum Teil haben wir sie ja schon – dazu führen muss, dass wir die Sprache des Landes einigermaßen uns aneignen. Aber, meine Herren, Sie wissen ja, dass das Türkische eigentlich nicht die Sprache des Volkes ist, sondern nur die Sprache der oberen Schichten darstellt. Außerdem ist in der Türkei das Französische in den gebildeten Kreisen außerordentlich verbreitet. Ich bin also der Meinung, dass man dem Antrag Henrich sehr wohlwollend gegenüberstehen und die Anregung als dankenswert begrüßen kann; auf der anderen Seite möchte ich aber nicht, dass wir nun in die falsche Meinung verfallen, die man jetzt schon häufig bemerkt und die auch in unseren Schulen schon Boden gewonnen hat, dass wir nämlich nicht mehr Französisch und Englisch lernen sollen. Auch in den Schulen, wo das Englische und Französische nur fakultativ gelehrt wird, gibt es eine starke Strömung, die

dahin geht, dass man sich gegen das Erlernen dieser Sprachen auflehnen solle; man will die Sprache des Feindes nicht sprechen.

Ich habe schon bei Gelegenheit der Erörterung der Frage der Internationalität darauf aufmerksam gemacht, dass wir nach dem Krieg gezwungen sein werden mit den übrigen Völkern weit intensiver zu arbeiten als bisher, und wenn wir im Ausland etwas erreichen wollen, so müssen wir suchen, die Sprachen des Auslands zu beherrschen, und Französisch und Englisch sind nun einmal die beiden Sprachen, die sich in der Tat als Weltsprachen durchgerungen haben; das Deutsche ist im Begriff es zu tun; es wird die Zeit kommen, wo das Deutsche für den großen Verkehr ebenso notwendig ist wie das Englische und Französische. Der deutsche Kaufmann, der in seinem Geschäft etwas erreichen, eine angesehene Stellung in den Handelskreisen einnehmen will, muss heute schon mindestens eine englische und französische Korrespondenz führen können. Wenn auch im Augenblick der Verkehr mit dem Ausland vielleicht ganz aufgehört hat, auch durch Vermittlung der Neutralen nicht mehr besteht, so wird doch nach dem Kriege das alles wieder ins Gegenteil umschlagen und es wird notwendig sein, dass dann erst recht fremde Sprachen gelernt werden.

Von kleinen 12jährigen Bengels, die anfangen fremde Sprachen zu lernen, habe ich gehört, dass sie sagen: die Franzosen wollen ja auch nicht Deutsch lernen, warum sollen wir denn da Französisch üben? Da habe ich den „kleinen Herren“ erklärt: wenn das der Fall ist, dann lasse man die Franzosen ruhig in sich selber zusammen fallen, für uns ist es aber eine Notwendigkeit, ihre Sprache zu beherrschen; wir müssen immer daran denken, dass Deutschland nicht mehr in der Lage ist, durch die Landwirtschaft seine Menschenmassen allein zu ernähren, dass wir dazu Industrie und Handel und Verkehr auch mit dem Auslande brauchen. Wir sollten also in dieser Richtung vorsichtig sein, und wenn unser Vertreter im Bundesrat Gelegenheit hat diese Frage zu erörtern, sollte das in dem Sinne geschehen, dass man das Studium des Englischen und Französischen nicht zurückschraubt, sondern beibehält.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 36. Landtag 1914 - 1918, Protokoll der 13. Sitzung, 14. Oktober 1915. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1916, S. 156 – 161)

VI. „... ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit“ – Technik, Forschung, Fortschritt

Das Erfurter Programm der SPD hatte zwar eine positive Vision vom technischen Fortschritt, doch schwang untergründig noch die alte Technikfurcht aus Maschinenstürmerzeiten mit, denn dem „riesenhaften Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit“ wurde auf Seiten der Arbeiter eine „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz“ gegenübergestellt, da „Kapitalisten und Großgrundbesitzer“ die Produktionsmittel „monopolisieren“ würden. – Von dieser Skepsis gegenüber der Technik ist bei Carl Ulrich wenig zu spüren. Es mag Einsicht in die Unaufhaltsamkeit der Entwicklung gewesen sein, vielleicht aber auch noch die Neugier des früheren Metalldrehergesellen, der auf seiner Handwerksburschenwanderung immer wieder „neue Arbeitsmethoden“ kennen lernen wollte.

Nicht Skepsis gegenüber der Technik, sondern Kritik an deren gezielter Nichtachtung bringt ihn in der Debatte vom **18. April 1894** dazu, scharf die Mängel der hessischen Ludwigsbahn, nämlich Vernachlässigung und ungenügende Wartung der Anlagen und der Fahrzeuge zu rügen. Bei den Haushaltsberatungen nahm Ulrich daher den Unterpunkt „Ausgaben wegen der subventionierten Eisenbahn“ zum Anlass einer Generalabrechnung mit Profitmacherei auf Kosten der Fahrgäste. Zur Debatte stand die Bewilligung von 300.000 Mark an Zuschuss für die eigentlich private „Hessische Ludwigs-Eisenbahngesellschaft“, in deren Gründungsvertrag das Großherzogtum sich aber noch gewisse Kontrollfunktionen vorbehalten hatte.¹ Die von Aschaffenburg über Darmstadt nach Mainz geführte Ludwigsbahn, deren erste Züge 1858 verkehrten, hatte sich seit den 60er Jahren durch den Bau von weiteren Nebenbahnen (z.B. durch das Ried und den Odenwald) zur größten hessischen Privatbahn entwickelt, die nach 1871 gemessen an ihrem Verkehrsaufkommen sogar die wichtigste Privatbahn im Deutschen Reich war. Mit der ökonomischen Prosperität im größeren Wirtschaftsraum des Deutschen Reiches nahmen zunächst die finanziellen Erträge zu (so konnte 1872 eine Dividende von 11,6% ausgeschüttet werden), sie verringerten sich aber in den folgenden Jahren, da die Anschlussstrecken der Ludwigsbahn nun von den Preußischen Staatsbahnen kontrolliert wurden, die die private Gesellschaft mit dem Ziel ihrer Vereinnahmung gezielt unter Druck setzten. Diese Zwänge machten auch die hohen staatlichen Zuschüsse aus dem Etat des Großherzogtums nötig. Da 1893 die meisten Konzessionen der Ludwigsbahn ausliefen und das Großherzogtum nicht die Mittel zur alleinigen Aufrechterhaltung hatte, begannen die Verhandlungen um die Verstaatlichung, die zwischen Hes-

sen und Preußen aufgeteilt werden sollte. Weil aber im Gründungsvertrag festgelegt war, dass Berechnungsgrundlage für den Kaufpreis der durchschnittliche Reingewinn der letzten fünf Jahre sein sollte, setzte die Eisenbahngesellschaft alles daran, diesen zu steigern, - auch durch Vernachlässigung von Betriebseinrichtungen und Personal. Was Ulrich hier als „Plusmacherei“ anklagte, war also ein offenes Geheimnis. 1897 wurde die Ludwigsbahn an das Königreich Preußen und das Großherzogtum Hessen verkauft, wobei letztlich die Preußischen Staatsbahnen sich als dominierender Partner auf dem Weg zur (1920 offiziell gegründeten) Reichsbahn erwiesen.

Am **27. März 1903** stand die Frage der Mittelbewilligung – immerhin 558.700 Mark - für „Erweiterungsbauten für die Technische Hochschule zu Darmstadt“ zur Diskussion. Hier hatte sich die Situation ergeben, dass die Mittel von der Ersten Kammer bewilligt, von der Zweiten aber verweigert worden waren. Die 1877 aus einer Polytechnischen Schule gegründete TH hatte erst nach der 1882 erfolgten Einführung des Faches Elektrotechnik durch die Berufung von Professor Erasmus Kittler eine einigermaßen stabile Existenz und genügend Studenten. Die Ablehnung zusätzlicher Mittel geschah aus zwei Motiven: Einmal waren es die Lobbyisten der Landwirtschaft, die der ungeliebten Technik das Geld verweigerten. Zum andern aber dominierten ausländerfeindliche Ressentiments. Der Ruf der Elektrotechnik zog in diesem Fach bis zu 80% außerdeutsche Studenten an. Sie kamen vor allem aus dem russischen Zarenreich, und unter ihnen waren jüdische Studenten aus dessen polnischen Regionen in der Mehrheit.² Anfang des Jahrhunderts lag der Ausländeranteil der Studenten in Darmstadt bei 30%. Wie sehr die Weigerung, Mittel zum Ausbau der TH zu bewilligen, antisemitisch motiviert war, wird bei den Abgeordneten des Bauernbunds sehr deutlich, die in der zeitüblichen Weise zwar indirekt, aber jedermann verständlich polemisierten wie z.B. der Abgeordnete Bähr:³ „... diese sogenannten Ausländer des Ostens – ich will den Ausdruck einmal beibehalten, Sie werden wissen, wen ich damit meine [...] unserer Meinung nach müssen sie unbedingt aus der Hochschule heraus, schon aus moralischen und sittlichen Gründen“. Eine zweite Gruppe wohl von jüdischen Studenten aus dem österreichischen Galizien, charakterisierte er wie folgt: „Denn die sogenannten Österreicher, soweit sie an der Hochschule verkehren, sind gewöhnlich keine Stammesbrüder von uns. Wer Gelegenheit hat, sich die Herren anzusehen, wird an ihrem Äußeren schon sehen, dass sie nicht zu unserer Rasse gehören.“⁴ Die breite Akzeptanz solch rassistischer Argumente wird darin deutlich, dass der Bauernbund seit 1899 die zweitstärkste Fraktion im Landtag nach den Nationalliberalen stellte.



Zum Besuch des „Hess. Landtags“ i. d. Opelwerken, Rüsselsheim-M. 4. Aug. 1922.
 1. Minister f. Arbeit u. Wirtschaft (Bähr); 2. Justiz-Minister von Brunnhagen; 3. Prov.-Dir. Oeb. (Hollinger); 4. Staats-
 Wiss.-Minister; 5. Landw.-Präs. Adelfung; 6. Dr. Fritz Opel; 7. Fab.-Min. Heinrich; 8. Kreisdir. Gerh. Hill; 9. W. v. Fritze

Abgeordnete des 2. Landtags, Volksstaat Hessen, zu Besuch bei den Opel-Werken in Rüsselsheim,
 4. August 1922. Carl Ulrich: 1. Reihe, 5. v.l.

Ulrich vertrat in dieser Debatte eindeutig den Standpunkt der Stärkung des Forschungsstandortes Darmstadt. Er ging gar nicht auf die antisemitische Argumentation ein, wohl aber auf die sehr borniert nationalistische Befürchtung, dass man, wie der Abgeordnete Joutz⁵ sagte, in den ausländischen Studenten „die Ausländer zu unsern Konkurrenten großzieht“. Warum habe überhaupt das Großherzogtum „für Russland, für Rumänien, Bulgarien usw. Hochschulen zu gründen, zu erhalten und nunmehr auch zu vergrößern“, fragte der Bauernbunds-Abgeordnete aggressiv und engstirnig.⁶ Ulrich hielt dagegen den beiderseitigen Vorteil einer in allen Ländern voranschreitenden wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Dem Haushaltsposten wurde aber erst zugestimmt, nachdem die Regierung durch den Staatsminister Rothe⁷ hatte versichern lassen, dass die allgemeinen Kollegengelder für die deutschen, in besonderem Maße aber – wie auch die Prüfungsgebühren - für die nicht-deutschen Studenten erhöht würden.⁸

Ulrichs positive Stellungnahme zum Automobil als „Zukunftsvehikel“ fiel am **29. März 1911** in einer Aussprache über eine „Anfrage des verstorbenen Abgeordneten Köhler, die Automobilunfälle von Obermörlen und Dietzenbach und ihre Sühne betreffend“. Die Anfrage bezog sich auf zwei Unfälle im Jahre 1910, bei denen jeweils ein Zusammenstoß zwischen Auto und Fahrrad für die Radfahrer tödlich ausgegangen war. Die sehr drastische Terminologie der Anfrage des Bauernbunds-Abgeordneten Köhler⁹ entsprang der Kulturkampfstimmung zwischen Autobefürwortern und –gegnern, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg die Auseinandersetzung bestimmte.¹⁰ Das Automobil war zwar noch eine absolute Minderheiterscheinung – so gab es 1907 in Hessen 633 Personenkraftfahrzeuge und demgegenüber 67.755 (staatlich registrierte und steuerpflichtige!) Fahrräder¹¹ - doch war sein Siegeszug schon absehbar und wurde auch von kaum einem Abgeordneten in Frage gestellt. Umstritten war allerdings sein Gebrauch. Das Auto wurde überwiegend als Vergnügungs- und Sportfahrzeug gesehen und – allein schon wegen der sehr hohen Anschaffungskosten – von materiell privilegierten Schichten gefahren (und das auch oft nicht einmal selbst, sondern durch einen Chauffeur). Ulrich fand sich mit seinem Plädoyer für eine Geschwindigkeitsbeschränkung wie auch mit Seitenhieben gegen Herrschaften, „deren ‚Taglohn‘ ja in den meisten Fällen schon ‚verdient‘ [ist], wenn sie des Morgens ihre Füße aus dem Bette herausstrecken“, in einer ungewohnten Koalition mit den Abgeordneten des antisemitischen Bauernbunds, die einerseits die Interessen der landwirtschaftlichen Pferdefuhrwerksfahrer vertraten, andererseits sich über einen Autofahrer empörten, der „einen Menschen auf der Straße zusam-

menfährt und angibt, man habe das nicht bemerkt und nicht gesehen“.¹² Das von Ulrich geforderte „vernünftige Tempo in der Nähe von Orten, wo Menschen wohnten“ wurde allerdings erst Anfang der 20er Jahre eingeführt (in Berlin: 25 km/h); gehörten doch bis dahin auch noch keine Geschwindigkeitsmesser (Tachometer) zur Ausstattung von Kraftfahrzeugen, sondern es wurde vielfach nach Schätzungen („wie ein schnelles Pferdefuhrwerk“) geurteilt.¹³

In der Haushaltsdebatte vom **18. Mai 1911** ergab sich die eigenartige Situation, dass der ewige und hartnäckige Oppositionelle Carl Ulrich sich auf einmal auf Seiten der Regierung gegen die nationalliberale Fraktion wiederfand. Gegenstand der Debatte war der Antrag der Regierung auf Bewilligung eines Kredits von fast 2 Millionen Mark zum Bau einer Brikettfabrik und eines Elektrizitätskraftwerks bei der Braunkohlengrube Wölfersheim. Die auf dem Grund der Fürsten von Solms-Braunfels befindliche Grube förderte seit 1842 Braunkohle, die zuerst in Handarbeit, seit den 80er Jahren dann mit Maschinen zu Nasspresssteinen geformt wurde.¹⁴ Besser verwendbar und vor allem transportfähiger waren im Trockenpressverfahren hergestellte Briketts. Im Landtag war nicht die Absicht, eine solche Fabrik nebst einem Kraftwerk zur Stromerzeugung zu errichten, strittig, sondern die Form der Gesellschaft, die dieses zweifellos profitable Geschäft betreiben sollte: Eine staatliche Verwaltung wie bisher oder eine private Aktiengesellschaft? Deren Gewinnaussichten hatten die nationalliberalen Abgeordneten bewogen, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Ulrich, als Berichterstatter des Ausschusses, verteidigte nun vehement die Absicht, die Fabrikation und Stromerzeugung weiterhin in Staatsregie zu behalten und zog heftig gegen die Verquickung von privaten mit Staatsinteressen zu Felde. „Privatspekulation“ und „rücksichtslose Auspöderung“ der Natur waren dabei zwei seiner Kampfbegriffe, die auch gegen die Absicht, diese Ressourcen zu „verkitschen“, also billig oder unter Wert zu „verschern“ gerichtet waren. Wenn Ulrich dabei die Staatsbetriebe als „ein Zug des Sozialismus“ bei den „modernen Regierungen“ ansah und auch feststellte, dass „die Herren von der Regierung sich auf unsern Standpunkt gestellt haben“,¹⁵ so mag das eine eigenwillige Interpretation der Rolle von Staatsbetrieben gewesen sein. Seine Argumentation, dass auch der Staat kaufmännisch effektiv müsse handeln können, fand jedenfalls in die abschließende, von allen Abgeordneten gebilligte Bewilligung des Staatskredits insofern einen Eingang, als in einem Zusatzantrag die „Anstellung eines zweiten kaufmännischen Direktors“ und damit „eine größere Garantie für die Rentabilität der staatlichen Aufwendungen“ gefordert wurde.¹⁶ Das Kraftwerk der Grube Wölfersheim ging 1913 ans Netz.

1927 wurde vom Volksstaat Hessen mit der Stadt Frankfurt nun doch eine „Braunkohle-Schwelkraftwerk Hessen AG“ gegründet, die bis 1930 in staatlichem Besitz blieb, als die Preussag sie übernahm. Gefördert und produziert wurde bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts, als sich die Erschöpfung der Gruben abzeichnete, deren Nutzung schließlich 1991 eingestellt wurde.¹⁷

Den Abschluss soll ein Beitrag von Carl Ulrich bilden, in dem noch einmal das Selbstverständnis des auf Veränderungen drängenden Politikers deutlich wird, der sich selbst als Motor des Fortschritts sieht. In der Debatte vom **4. Juli 1911**, in der es wieder einmal um die „Einführung der nationalen Einheitsschule“ ging (s.o. Kap. V, Nr. 2 u. 3), prallten die Argumente der Verteidiger des status quo und die der reformwilligen Sozialdemokraten hart aufeinander. Der Staatsrat Süffert verharmloste die schulischen Privilegien der bürgerlichen Minderheit als „kleine Individualität“, die mit dem „Staatswohl“ konform gehe, während die „Reformer“ mit „Propheteneigensinn [...] nicht durchführbare Konsequenzen“ forderten und daher doch „die kostbare Zeit des jetzigen Geschlechts“ mit ihren Anträge nicht aufhalten sollten.¹⁸ Dieser arroganten Abbügelung hielt Ulrich seine Philippika über den dauernden „Kampf um den Fortschritt“ entgegen, eine Auffassung, die zumindest er selbst in seiner 33jährigen Zugehörigkeit zum Hessischen Landtag authentisch verkörpert hatte.

1. „...die hessische Ludwigsbahn ist nicht bloß zum Plusmachen da“ (18. April 1894)

Abg. **Ulrich:** Meine Herren, der Ausschuss hat sich ja schon, wie aus dem Berichte hervorgeht, des Eingehenden mit den Verhältnissen der hessischen Ludwigsbahn, um deren Subventionierung es sich hier dreht, beschäftigt. Er hat bei dieser Gelegenheit auch den schlechten Zustand der Bahnhöfe der garantierten Strecken, sowie die geradezu traurige Bezahlung der Beamten in den Bereich seiner Betrachtungen gezogen und ich gestehe, es hat mich angenehm berührt, in dem Berichte zu lesen, dass der Ausschuss diesen Zuständen gegenüber sich vollständig verurteilend verhalten hat und Änderungen wünscht.

Ich bin der Meinung, dass ein Institut wie die hessische Ludwigsbahn nicht bloß zum Plusmachen da sein darf, ich bin der Meinung, dass dieses Institut auch wirklich höhere Aufgaben hat, dass es im Interesse des Staates daher notwendig ist, dass, wenn wir schon einmal nahezu 300 000 Mark aus öffentlichen Mitteln für ein solches Institut bewilligen müssen, wir dann auch ganz entschieden Einfluss auf die Art der Verwaltung haben, bzw. zu erreichen suchen müssen. Ich finde in dem Berichte auch, was ich ebenfalls anerkenne, die Bemerkung, dass das Bestreben der Regierung, die hessische Ludwigsbahn zu verstaatlichen, nicht etwa aus dem Auge gelassen worden ist, sondern dass die Regierung fortgesetzt die Absicht des Ankaufs hat und auf das Ziel losgeht, dass sie sich aber nicht allzu sehr eilig bewegen kann bei diesem Gange, dass sie vielmehr anschließend an unsere Verhältnisse Preußen gegenüber gezwungen ist, so wie sie eben vorgeht, vorgehen zu müssen. Ich meinerseits werde also über diesen Punkt nicht viel sagen, bin aber der Ansicht, dass man die Regierung nicht allzu sehr drängen sollte, weil ja ein ersprißlicher Ankauf der Bahn für uns nur möglich ist im Einverständnis mit Preußen, - das ist ja klar zu ersehen, - und weil wir nicht in der Lage sind, hier von unserem Standpunkte, in unserer Stellung die Umstände richtig ins Auge fassen zu können, die notwendigerweise beim Erwerb der Bahn in Frage kommen. Trotzdem sage ich, ist es aber erforderlich, dass gerade dieses Jahr ganz entschieden hier in der Kammer der Bahn gegenüber Stellung genommen wird, dass die Missstände hier vor dem Lande öffentlich zur Sprache gebracht werden und dass wir den Versuch machen, Abhilfe zu schaffen. Leider bin ich in der Lage und gezwungen, diesmal eine ganze Reihe von Missständen zur Sprache bringen zu müssen. Ich bin dazu gezwungen, weil die Klagen der Tausende von Beamten, der noch mehr Tausende von Arbeitern in geradezu unerhörter Weise laut geworden sind, ich bin dazu gezwungen, weil ich der Meinung bin, dass wir als Vertreter des Volkes darauf zu achten haben,

dass unser Land keinen Schaden leidet, darauf zu achten haben, dass nicht Tausende unserer Staatsbürger unter der Plusmacherei einer Gesellschaft, die von uns unterstützt wird, schweren Schaden leiden und elend zu Grunde gehen.

Ich will mich zunächst mit einigen Sachen beschäftigen, die sich auf das Material beziehen. Die Klagen über das mangelhafte Material der hessischen Ludwigsbahn sind so alt, als wir dem Gedanken der Verstaatlichung näher getreten sind. Von dem Augenblick an, wo man in den Kreisen der Ludwigsbahnverwaltung merkte, dass die Absicht bestehe, nach Ablauf der 25 Jahre die Bahn zum Eigentume des Staats zu machen, begann eine Vernachlässigung des Materials, die geradezu haarsträubend ist. Die Ludwigsbahn war in den 70er Jahren eine Musterbahn und wurde überall gelobt und ich erinnere mich noch, als ich mich zuerst mit der Frage beschäftigte, dass ich wiederholt die Ludwigsbahn als Muster anderen Bahnen gegenüber hinstellen hören. Als man aber Ende der 80er Jahre ziemlich genau wusste, wie der Wind in der Regierung wehte, als man wusste, dass in der Regierung die Absicht bestand, die Bahn zu verstaatlichen, da begann eben einfach das Ruhiggehenlassen, man beschränkte die Anschaffungen, man beschränkte die Reparaturen und so ist es gekommen, dass die Klagen über die Stationsgebäude, die wir im Ausschussberichte lesen, möglich gewesen sind. Meine Herren, die Stationsgebäude sehen zum Teil aus, als wenn man – ich möchte sagen – zu einem vollständig ruinierten Menschen käme, zu einem Bankrotteur, der nicht mehr im Stande ist, seine Gebäude auch nur einigermaßen zu erhalten. Wenn man in einen solchen Wartesaal kommt, da wird es einem Angst, da drückt man sich lieber hinaus und will lieber die Unbill des Wetters ertragen, als den Zustand in einem solchen Lokale, der wirklich aller Beschreibung spottet, zum Teil sind es Gerüche der unangenehmsten Art, die uns entgegen duften, - kurz und gut, es sind das Verhältnisse, die man als unhaltbar bezeichnen muss.

Was nun das rollende Material anlangt, so wundere ich mich, dass wir nicht schon große Unglücksfälle zu verzeichnen gehabt haben. Ich habe bereits vor mehreren Jahren die Gelegenheit wahrgenommen an dieser Stelle darüber zu klagen, wie das rollende Material, welches namentlich in den Arbeiterzügen verwandt wird, immer schlechter wird und wie beinahe kein Arbeiterzug ohne irgendeinen Unfall, der durch das schlechte Material herbeigeführt worden ist, expediert wird. Das Material ist so, dass, wenn einmal an der Maschine nichts ist, dann ist gewiss etwas an den Wagen nicht in Ordnung und wenn an den Wagen nichts ist, dann ist es an der Maschine, so dass sehr häufig die Arbeiterzüge, wenn sie von dem Dieburger Bezirk herausfahren, mit Verspätung in Frankfurt oder Darmstadt ankomen,

men, so dass die Arbeiter zum Teil erhebliche Verluste haben. Diese Verluste sind umso empfindlicher für diese Leute, als sie, wenn sie montags nach Frankfurt in die Arbeit gehen, tatsächlich in der Notwendigkeit sind, zur rechten Zeit da zu sein, manche haben nicht bloß einen Teil ihres Arbeitslohnes, sondern ihren ganzen Verdienst, d. h. ihre Stellung dadurch verloren.

Meine Herren, was die Heizung der Wagen im Winter anlangt, so ist das ein wahrer Skandal, ich habe selbst schon Gelegenheit gehabt im Winter in Wagen der Ludwigsbahn zu fahren und ich muss gestehen, wenn ich nicht einen Überzieher gehabt hätte, der mich einigermaßen erwärmt hätte, ich wäre im Eisenbahnwagen – erfroren. (Heiterkeit)

Ist doch kürzlich eine Notiz durch die Dieburger Blätter gegangen, dass ein Gefangener auf dem Transport auf der Ludwigsbahn nahezu erfroren sein sollte. Wenn das auch nicht wahr gewesen ist, erfunden war die Geschichte gut und sie kennzeichnet die Verhältnisse bei der Ludwigsbahn ganz richtig. Die Herren, die sonst die Main-Neckar-Bahn benutzen, möchten nur einmal Gelegenheit nehmen, im Winter die Ludwigsbahn zu benutzen, wenn Sie noch keinen Schnupfen gehabt haben, dort können Sie ihn bekommen, (Heiterkeit) ja Sie müssen noch froh sein, wenn Sie nicht schwer krank aus der Ludwigsbahn herauskommen. Derartige Zustände sind nicht zu leugnen. Dazu kommt, dass die Fahrpreise der Ludwigsbahn keineswegs niedrig sind, wenigstens soweit sie die Arbeiter betreffen, die Fahrpreise sind höher als auf der preußischen Staatsbahn. Das fühlen die Arbeiter sehr und ein Vergleich der Preise der Arbeiterbillette, die ausgegeben werden nach unserem Bezirke zu, beweist sofort klar und deutlich, wie sehr zu Ungunsten der Arbeiter Hessens hier die Plusmacherei der Ludwigsbahn betrieben wird.

Ich wiederhole, meine Herren, ich wundere mich, dass nicht größere Unglücksfälle passieren, ich wundere mich sehr, dass nicht eines schönen Tages einmal das ganze Untergestell der Wagen von dem oberen Teile weggezogen wird. (Heiterkeit)

Manchmal sitzt man in Wagen, die oben in so bedenklicher Weise wackeln – und nicht etwa durch die Federelastizität – und in so bedenklicher Weise quietschen und knirschen, dass man meint, es müsse sich jede Minute der Oberbau des Wagens vom Boden ablösen und mit einem Mal unter den Füßen die helle Erde zum Vorschein kommen. Ich sage also, man muss sich wundern, dass kein größeres Unglück passiert ist und ich meine, hier kann die Regierung durch ihren Kommissarius sehr wohl Abhilfe schaffen, sie kann darauf drängen, dass andere Verhältnisse herbeigeführt werden, natürlich darf keiner vorher wissen, dass der Regierungskommissar kommen will, um sich die Sache zu besehen, sonst ist alles schön heraus-

geputzt und in Ordnung, sondern er muss inkognito, ohne dass es jemand weiß, dass er kommt, die Arbeiterzüge sich ansehen und die Entwicklung des ganzen Lebens auf der Bahn betrachten, dann kann er sehen, wie die Arbeiter eingepfercht und befördert werden, - ich bin überzeugt, er würde sagen: das ist wirklich mehr als ich mir vorgestellt habe, das ist mehr, als ich mir denken konnte – was bei der Ludwigsbahn schon immer etwas heißen will.

[...]

Nun habe ich einen ganz speziellen Fall hinsichtlich des Gehaltes noch vorzutragen. Nachdem ich von den oberen Beamten gesprochen habe, habe ich Ihnen die Gehaltsverhältnisse eines Bahnwärters noch vorzuführen. Meine Herren, ich habe hier eine Quittung vor mir liegen, die ich – da ich Diskretion versprochen habe – selbstverständlich nicht weiter verwerten kann, in dieser Quittung wird amtlich bestätigt, dass der Mann 640 Mark Einkommen hat, dass aber von diesem Einkommen so viel abgeht, dass er für den Monat März 1894 sage und schreibe: 41 Mark 45 Pf. ausgezahlt bekommen hat! Meine Herren, wenn ich das nicht hier in einer amtlichen Quittung vor mir sähe, würde ich sagen: das ist unmöglich. Dazu kommt, dass der Mann, der ein solches Monatsgehalt bezieht, 22 Jahre im Dienst der hessischen Ludwigsbahn sich befindet. Meine Herren, ich muss sagen, mir treten die Tränen in die Augen, wenn ich denke, wie ein solcher Mensch im Stande sein soll, zu leben und Frau und vier Kinder zu ernähren. Das ist einfach unmöglich, elend zu Grunde müssen sie gehen, langsam verhungern müssen sie, das ist meine feste Überzeugung, wenn sie nicht noch anderweit etwas hinzukriegen. Wenn man selber so wie ich das Elend in der Jugend durchgemacht hat, wird es einem angesichts solcher Zustände weich ums Herz. Der Mann ist 22 Jahre im Dienst und man bietet ihm ein tägliches Einkommen von 1 Mark 38 Pf. Ich sage, es muss unter allen Umständen ganz kräftig hiergegen eingeschritten werden, ich bin der Überzeugung, die Regierung hat von alledem keine Ahnung, wenn sie eine Ahnung hätte, wenn sie wüsste, wie es aussieht, ich bin überzeugt, sie würde unter allen Umständen ihre ganze Kraft daran setzen, um derartige Zustände zu beseitigen.

Meine Herren, was aber noch weiter kommt! Dass der Mann mit dem Lohne nicht auskommen kann, weiß jeder, was tut er? Er sucht soviel wie möglich Nachtdienst zu machen, er sucht noch über die Dienstzeit hinaus nachts etwas zu verdienen und dafür hat er dann vielleicht noch 6-7 Mark im Monat. Wenn er krank ist, kann er das nicht verdienen, dann geht es ihm noch schlechter. Meine Herren, Sie sehen, wohin das führt. Und wie ist die Arbeitszeit sonst im Allgemeinen gerade bei der hessischen Ludwigsbahn? Bei der hessischen Ludwigsbahn ist die Arbeitszeit der Beamten eine ganz

außerordentlich hohe. Ich habe Zuschriften bekommen von Leuten, die nicht meiner politischen Ansicht huldigen, von Leuten, die mir offen gesagt haben: ich bin kein Sozialdemokrat, aber ich bin ein armer gedrückter Mann, ich bin Beamter der hessischen Ludwigsbahn, ich bin furchtbar ausgebeutet und es wäre mir lieb, wenn Sie die Verhältnisse einmal zur Sprache bringen würden, meine Verhältnisse sind noch nicht die schlechtesten, ich bin noch im Stande, durch ein Vermögen meiner Frau das zu ersetzen, was mir abgeht an Gehalt, um nicht vollständig zu Grunde zu gehen. Meine Herren, mir schreibt hier ein Beamter und ich will das nicht aus dem Gedächtnis sagen, sondern ich will es vorlesen, weil mir die Worte gar zu sehr geeignet erscheinen, die Zustände am aller klarsten zu kennzeichnen: „Wir Stationsbeamte haben insgesamt täglich 15 – 18 Stunden Dienst und dabei jedes Jahr bis zu 12 Tagen Urlaub“, - die Worte „bis zu 12 Tagen Urlaub“ sind in Gänsefüßchen gesetzt, - „das trifft auf 30 Arbeitstage einen Ruhetag. So geht es fort, Sonntags wie Werktags, jahraus, jahrein. Ist eine Ablösung nicht disponibel, wie das bei dem Mangel an Personal sehr häufig vorkommt, dann bleiben wir auch zwei bis drei Monate mit dieser täglichen Dienstzeit im Joche ohne einen einzigen freien Tag.“ Meine Herren, ich wiederhole, das ist die Mitteilung eines Beamten, der im Dienste steht. Zugführer und Kondukteur, - fährt der Beamte fort – haben dieselbe Dienstleistung mit monatlich zwei bis drei freien Tagen, das heißt, letztere stehen auf dem Papiere, können aber in Wirklichkeit nicht gehalten werden, weil es bei dem aufs Äußerste begrenzten Personalstande stets an Leuten fehlt und einer für den anderen, in Krankheitsfällen und dergleichen, einspringen muss, die Bremser fahren täglich 15 bis 19 Stunden bei monatlich drei bis fünf freien Tagen.

[...]

Und nun noch eins über die Plusmacherei! Wie die hessische Ludwigsbahn Plusmacherei treibt, das zeigte sich so recht in dem Augenblick, wo die mitteleuropäische Zeit eingeführt wurde. Meine Herren, als durch die mitteleuropäische Zeit eine Verschiebung der Ortszeit stattfand, hat die hessische Ludwigsbahn ein anderes Nachtdienstberechnungsreglement herausgegeben, wodurch den Leuten ein Teil ihres sogenannten Nachtgeldes entzogen wurde. Ich meine doch, meine Herren, das ist mehr, als man zugestehen darf, mehr als man verantworten kann auch von hoher Stelle und ich bin der Meinung, dass man da ganz entschieden losgehen muss. Beklagt sich ein unglücklicher Beamter und sagt zu seinem Vorgesetzten etwas, so sagt der wohlwollende Vorgesetzte die Achsel zuckend: „ja, Sie haben Recht, aber ich kann nichts machen, denn Oben ist man Gehaltszulagen nicht geneigt“, kommt er zu einem, der den Vorgesetzten

herauskehrt, dann muss er hören: „ja sehen Sie, lieber Mann, schränken Sie sich doch ein, ich muss mich ja auch einschränken.“ Der Herr hat vielleicht 7-8000 Mark Einkommen oder noch mehr und der predigt einem Menschen, der 640 Mark hat, er soll sich einschränken! Das ist ein Hohn, wie er schlimmer schwerlich von einem Privatarbeitgeber, von einem einzelnen Fabrikanten je geübt worden ist. Ich meine also, meine Herren, diese Art der Behandlung muss unter allen Umständen den furchtbarsten Hass unter den Leuten erzeugen. Was sollen sie anfangen? Vielleicht sagt man mir, sie sollen die Bahn sitzen lassen und anderweit Arbeit suchen. Das ist leicht gesagt für den, der nie hat Arbeit suchen müssen, für den, der nie auf der Landstraße gelegen ist und Hunger gehabt hat. Ich, der ich das durchgemacht habe, sage Ihnen: das ist leichter gepredigt als gemacht, in Zeiten, wo schwer Arbeit zu kriegen ist, sitzt jeder gern still und denkt: „Es ist besser ein halbes Ei als eine leere Schale“ und wenn die Not zu Hause noch so groß ist, er würgt sich durch, er pumpt beim Metzger, beim Bäcker, er pumpt beim Spezereihändler, das geht so lange als der einzelne Metzger, oder Bäcker, oder Spezereihändler etwas borgt, bekommt der Mann aber nichts mehr geborgt, weil er nicht im Stande ist seinen Verpflichtungen nachzukommen, dann geht er zu einem anderen, sucht einen anderen anzuborgen und so lange das geht, meine Herren, geht es eben, gelingt es einem solchen Beamten seine Kinder groß zu bringen, dass sie etwas mitverdienen können, dann rappelt er sich vielleicht wieder auf und daher hören wir im Allgemeinen so wenige Katastrophen, dann sucht er sich durch eiserne Sparsamkeit das wieder zu erobern, was er während der Zeit der Jugend seiner Kinder zugesetzt hat. Genauso wie es mit den Beamten geht, meine Herren, so geht es mit den Arbeitern. Was wird den Arbeitern für Verdienst bezahlt? Ein Tagelohn von 1,60 Mark, 1,80 Mark ist gar nicht selten, 1,80 – 2,10 Mark ist der Durchschnittslohn. Dabei müssen die Arbeiter sehr häufig lange auf den Lohn warten, ebenso wie die Beamten, denn was sie am Anfange des Monats verdienen, bekommen sie vielleicht erst am 5., 6., ja am 10. des folgenden Monats. Das sind Dinge, die wir nach allen Richtungen bekämpfen müssen.

[...]

Das, meine Herren, ist das Bild, das ich Ihnen von der Ludwigsbahn zu geben habe. Was ich Ihnen vorgeführt, sind Ziffern, kalt und unerbittlich, so unerbittlich, dass einem, wenn man sie richtig durchliest und die Konsequenzen, die daraus gezogen werden müssen, sich vorführt, ein eiskalter Schauer über den Rücken geht, diese Ziffern, sage ich, sind so entsetzlich, dass wir vom Landtag aus unter allen Umständen losgehen müssen und ich habe der hessischen Ludwigsbahnverwaltung nicht ohne Grund den Vor-

wurf der unerhörten Plusmacherei gemacht. Denn was ist wohl die Ursache dieser merkwürdigen Verhältnisse, dieser unerhörten Zustände? Die Ursache ist, dass die hessische Ludwigsbahn versucht einen möglichst hohen Reingewinn zu erzielen, um an der Hand des Vertrags, den dieselbe mit unserer Regierung hat, beim eventuellen Übergange der Bahn auf den Staat, soviel als möglich herauszuschlagen. Auf der einen Seite also ungeheurer Druck hinsichtlich der Löhne, auf der anderen Seite große Zurückhaltung hinsichtlich der Anschaffung und Reparatur des Materials. Das ist die Signatur des Ganzen und wenn man die letzte Jahresrechnung der Ludwigsbahn ins Auge fasst, über welche mir heute Morgen noch zufällig eine Notiz in die Hände gekommen ist, bekommt man ein richtiges Bild, wie es gemacht wird, um vom Staate im Augenblick des Übergangs der Bahn in Staatsbetrieb recht viel Geld zu bekommen.

[...]

Ich habe mir nun gesagt: was kann ich wohl tun, was kann ich mit meinen schwachen Kräften vorschlagen, um das zu erreichen, was ich will? Der Ausschuss bewilligt das Geld, weil es gesetzlich bewilligt werden muss, weil man nicht im Stande ist, etwas dagegen zu machen und beinahe wäre der ganze Zustand trostlos, wenn nicht die Regierung das Aufsichtsrecht hätte. Ich will darum die Kammer ersuchen, einen Beschluss zu fassen, durch welchen, wie ich denke, wenigstens einigermaßen Abhilfe geschaffen werden kann. Ich beantrage deshalb:

Die Kammer wolle beschließen die Großherzogliche Regierung zu ersuchen von der Hessischen Ludwigsbahn alljährlich zu verlangen, den Ständen mitzuteilen:

1. Eine Aufstellung über die Bewegung des Materials der Strecken, Stationen, Maschinen- und Wagenparks, d. h. über den Ab- und Zugang desselben, sowie über die für Reparaturen verausgabten Summen.
2. Eine Aufstellung über die Zahl der im Dienst verwundeten Beamten und Arbeiter, ihre tägliche Dienstzeit und die ihnen gewährten dienstfreien Tage.
3. Eine Aufstellung über die Gehalte der Beamten und Löhne der Arbeiter, welche zur Auszahlung gelangen.

Meine Herren, ich ersuche Sie im Interesse der Sache, dieses Ersuchen zu akzeptieren. Ich hoffe damit Folgendes zu erreichen: ich hoffe zunächst durch die Aufstellung über das Material und die Bewegung im Material im Laufe der Zeit eine Kontrolle darüber zu erhalten, wie viel in Wirklichkeit zu Neuanschaffungen und zur Verbesserung des Materials verwandt wird, man kann dann im Vergleich mit unserer Main-Neckar-Bahn, im Vergleich

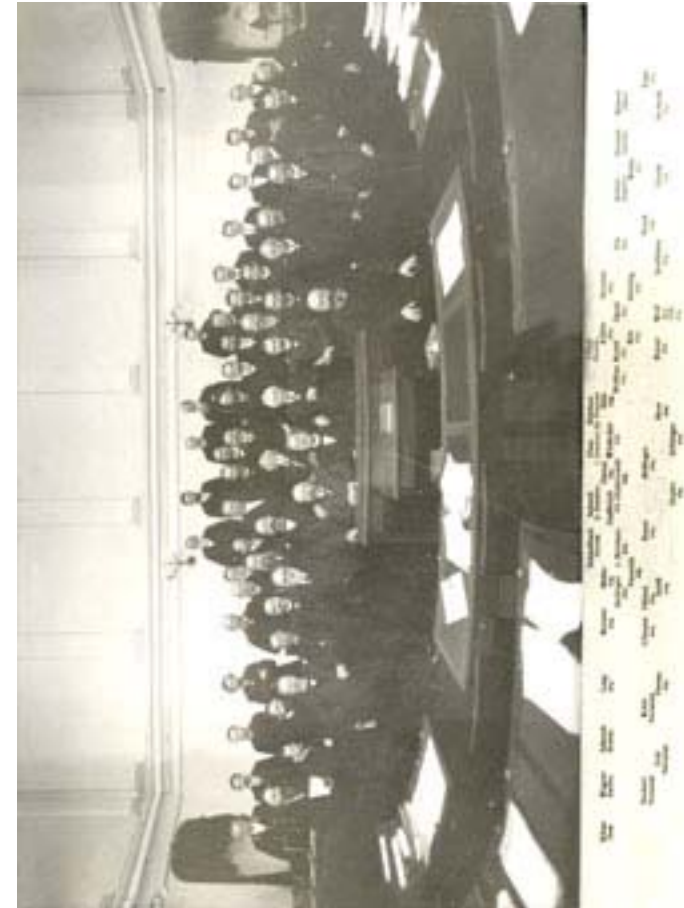
mit den preußischen Staatsbahnen vollständig richtig herausfinden, wo etwa eine Vernachlässigung stattfindet. Man ist im Stande, dadurch die Sicherheit des Verkehrs zu erhöhen, man ist im Stande, die Missstände, die auf den Stationen sich gezeigt haben, zu beseitigen. [...]

Zum Schlusse noch eins. Auf der einen Seite sehen wir diese überaus niedrigen Löhne, und auf der anderen Seite wird den Direktoren und den oberen Beamten ein ungeheures Geld gezahlt; sie erhalten mehr als die Staatsminister unseres Landes; sie streichen zwei- und dreimal so viel an Tantiemen ein, und nach unten hat man kein Geld, da spart man an den einzelnen Pfennigen. So ist der Zustand der hessischen Ludwigsbahn, und obschon wir nicht im Stande sind, die 280.000 M zu verweigern, sollte man das Ersuchen, was ich gestellt habe, doch akzeptieren, um wenigstens den Anfang zu machen, etwas zu erreichen. Sollten einige der Herren vielleicht am Wortlaute oder an der Art, wie ich dieses Ersuchen gestellt habe, Bedenken finden, so bin ich mit Vergnügen bereit, jede Änderung anzunehmen, wenn ich nur meinen Zweck erreiche, den Unglücklichen, die unter dieser Plusmacherei leiden, Hilfe zu bringen.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 29. Landtag 1894-97, 17. Sitzung, 18. April 1894. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1894, S. 1- 6)

2. Ausbau der Technischen Hochschule Darmstadt (27. März 1903)

Abg. **Ulrich:** Wenn ein Staat ein solches Institut in dem Zustande liegen lässt, wie die Technische Hochschule im Augenblicke liegt, so gibt er damit seine Unfähigkeit zu, mehr zu tun und er verurteilt das Institut zur Stagnation, und ich sage Ihnen, meine Herren, nichts ist gefährlicher als ein derartiges Institut zur Stagnation zu verurteilen. Das ist gleichbedeutend mit Rückgang, mit Ruin, mit Untergang. Ich bin gewiss keiner von denen, der die finanziellen Verhältnisse des Landes außer Acht lässt und ich habe zu denen gehört, die die Auffassung des Herrn Finanzministers, dass es für die Folge ohne Steuererhöhung gehen wird, nicht geteilt haben. Ich bin der Meinung gewesen und diese Meinung habe ich heute noch, dass diese optimistische Anschauung auf die Dauer nicht zu halten sein wird, weil die Aufgaben des Staates größer und größer werden und weil der moderne Staat nicht in der Lage ist, seine Aufgaben zu reduzieren, weil der moderne Staat im Gegenteil sich in der Situation befindet, reiten zu müssen, weil er eben reiten muss. Trotz dieser Auffassung muss ich gestehen, ist mir die Bewilligung der hier angeforderten 558 700 Mark auch nicht einen Augenblick schwer geworden, genau so, wie es dem Herrn



Abgeordnete und Personal der 2. Kammer des 32. Landtags, Großherzogtum Hessen, 1902 - 1905.
Carl Ulrich: letzte Reihe, 1.v.r.

Abgeordneten Molthan¹⁹, der mir dazwischen ruft, im Ausschuss nicht schwer geworden ist, genau so wenig ist es mir schwer geworden, weil ich der Meinung bin, dass diese 558 700 Mark hundertfältige Früchte tragen werden, weil ich überzeugt bin, dass sie dazu beitragen werden, allgemeine Kulturfortschritte festzulegen, weil ich überzeugt davon bin, dass durch die Bewilligung der Mittel die Technische Hochschule erst jene Ausstattung erhält, die sie eigentlich schon vor vier, fünf Jahren hätte haben sollen.

Sehen Sie sich die Gebäude selbst an. Dann haben Sie – ich lasse mich fressen, wenn es nicht wahr ist – sehr schnell die innerste Überzeugung, dass Sie es so nicht lassen können. Sehen Sie nur den Hauptsaal für die Auditorien an, die Baracken.

Der Herr Abg. Hirschel²⁰ hat das so wunderschön geschildert. Er hat in seinem Bericht von der Baracke gesprochen und unter anderem gesagt:

„Ganz abgesehen davon, dass deren Beseitigung aus dem Hofe schon im Interesse des Licht- und Luftzutritts geboten ist, muss es doch geradezu als ein unwürdiger Zustand bezeichnet werden, (Hört! Hört!) dass die Hauptauditorien einer Hochschule wie der zu Darmstadt aus einem Barackengebäude bestehen.“ (Hört! Hört!)

Meine Herren, schon nichts weiter als diese eine Tatsache – und der Herr Kollege ist doch sachverständig – genügt mir, um es unverständlich zu finden, dass er umfällt. Meine Herren, eine Technische Hochschule als Barackenlager ist eine merkwürdige Hochschule und wir müssen schon aus Rücksicht auf uns selbst, auf unsere eigene Reputation dafür sorgen, dass diese Baracke beseitigt wird. Sie kann nur beseitigt werden, wenn wir der Regierung die hier angeforderten Mittel geben. Sie muss aber beseitigt werden und es ist nicht bloß wünschenswert, dass sie beseitigt wird, denn Herr Abg. Hirschel sagt selbst: „Wir haben geprüft, was notwendig und was wünschenswert gewesen ist.“ Wenn es bloß wünschenswert gewesen wäre, so wäre er nicht dafür eingetreten. Aber er hat die Notwendigkeit eingesehen und weil die Forderung notwendig ist, deshalb hat er sie bewilligt. Meine Herren, ich sage auch, sie ist notwendig, sehr notwendig. Ich sage sogar, wir laden, je länger wir die Baracke dort stehen lassen, um eine so größere Verantwortung auf uns, deshalb, weil diese Baracke ein sehr feuergefährliches Instrument ist und weil, wenn in dieser Baracke einmal Feuer ausbrechen sollte, die ganze Hochschule bis zu einem gewissen Grade gefährdet erscheint. Schon von diesem einfachen rein praktischen Standpunkt aus müssen wir dafür eintreten, dass die Forderung bewilligt wird. [...]

Denn was soll denn eigentlich werden, wenn wir die Bewilligung nicht

aussprechen, soll das Ganze so liegen bleiben, wie es liegt? Sollen wir das Barackenlager so weiter beibehalten? Das halte ich für bedenklich, sogar vom rein finanziellen Standpunkte aus. Seine Exzellenz, der Herr Finanzminister hat uns vor einige Tagen mitgeteilt, dass es ihm gelungen sei, die neue Anleihe zu drei Prozent unterzubringen.

Meine Herren, wenn damals schon diese Verhandlungen stattgefunden gehabt hätten über die Technische Hochschule, ich fürchte, der Herr Finanzminister wäre nicht im Stande gewesen, ein Konsortium zu finden, das zu drei Prozent eine Anleihe übernommen hätte, ich fürchte das deshalb, weil...

(Zuruf des Abg. Schönberger²¹)

Im Gegenteil, wenn einer sich so schwach wie Sie fühlt, wenn einer sich selber so „mau“ betrachtet wie Sie, dann wird ihm ein anderer gar keinen Kredit geben!

(Heiterkeit)

Wenn ich zu meinem eigenen Kredit kein Vertrauen habe, können Sie nicht erwarten, dass andere Leute ein größeres Vertrauen dazu haben. Das ist ausgeschlossen. Ich sage, Sparsamkeit ist eine sehr schöne Tugend, aber Sparsamkeit am falschen Ende ist ein Unglück und dieses Unglück reißt uns mit und deshalb muss ich mich entschieden dagegen verwahren. [...] Nun ist mir doppelt interessant gewesen, noch einmal durchzulesen, was der Herr Kollege Wolf²² am 10. März gesagt hat und daran zu vergleichen, was wir sonst während der ganzen Budgetberatung getan haben. Meine Herren, das Budget hat wieder mehr wie 800 000 Mark für landwirtschaftliche Zwecke vorgesehen, da haben die Herren nicht mit einer Wimper gezuckt und ich habe es mit Ihnen gemeinschaftlich bewilligt, weil ich es für notwendig halte.

(Zuruf des Abg. Wolf: Das ist auch wichtiger wie die Technische Hochschule!)

Nun ruft mir der Herr Abg. Wolf zu, das sei auch wichtiger wie die Technische Hochschule! Darüber mit dem Herrn Wolf zu streiten, hätte keinen Sinn, ich sage Ihnen aber, dass die Technik das gleiche Recht, die Bedeutung hat, wie die Landwirtschaft, dass ohne Technik die heutige Landwirtschaft nichts machen könnte, denn erst durch die Technik wird es möglich, dass die Landwirtschaft ihre Produkte an den Mann bringen kann.

(Zuruf: Die Landwirtschaft war eher da!)

Dass die Landwirtschaft eher da war, wie die Technische Hochschule, das weiß ich, darüber braucht man ebenfalls nicht zu streiten, die Tatsache steht aber fest, dass unsere Landwirtschaft nicht bestehen könnte, nicht in der Lage wäre, ihre Produkte überhaupt zu verschleiben, wenn die Technik

es nicht möglich gemacht hätte, dass die Verkehrsverhältnisse in der Weise wie jetzt vorhanden sind.

Nun hat der Herr Abg. Wolf erklärt, dass er sich einzig und allein von dem Standpunkte habe leiten lassen, dass auf den Technischen Hochschulen Deutschlands, insbesondere hier in Darmstadt, Ausländer, russische Ingenieure ausgebildet werden und dass diese dann in ihr Vaterland gehen und dort das, was sie in Deutschland gelernt haben, im Interesse ihres Vaterlandes verwenden. Ich möchte doch feststellen, wenn das geschieht und das ist außer Frage, denn sonst würden die Leute nicht nach Deutschland kommen, um ihr Wissen hier zu holen, so wird dadurch meiner Überzeugung nach die industrielle Entwicklung der fraglichen Länder gehoben und die Landwirtschaft hat eigentlich auch dadurch wieder den Vorteil. Denn wird die industrielle Entwicklung eines Landes gehoben, dann steigt die Zahl der von der Industrie lebenden Menschen, dann steigt die Zahl derjenigen, die landwirtschaftliche Produkte konsumieren und in Folge dessen wird gerade für unsere Landwirtschaft die Konkurrenz dieser Länder schwächer werden. Der Standpunkt ist an sich ganz erklärlich, er liegt auf der Hand und bedarf keiner besonderen weiteren Auseinandersetzung.

Aber es ist auch merkwürdig, dass gerade die Herren Kollegen um den Herren Abg. Wolf herum auf der einen Seite Abneigung gegen die Hochschule zeigen und auf der anderen Seite die Regierung zu drängen suchen, dass sie dieselbe Hochschule mit immer neuen Funktionen ausstattet, dass sie immer neue Disziplinen einführt. Wir haben da vor uns handschriftlich den Antrag Möllinger²³ und Genossen liegen, dieser Antrag verlangt: die Kammer wolle Großherzogliche Regierung ersuchen, die Frage in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die Angliederung der landwirtschaftlichen Versuchsstation an die Technische Hochschule unter Errichtung eines Lehrstuhls für Agrikulturchemie ermöglicht werden kann und der Kammer eine entsprechende Vorlage machen. Meine Herren, das ist ein neuer Lehrstuhl, den Sie haben wollen. Sie erweitern damit den Lehrkörper der Technischen Hochschule auf der einen Seite und auf der anderen Seite wollen Sie derselben Technischen Hochschule die Möglichkeit nehmen, dass sie überhaupt die jetzt erforderlichen Lehrstühle richtig ausbilden kann. Meine Herren, seien Sie doch nicht so inkonsequent! Sie hätten viel besser sagen sollen: Da es im Interesse der Landwirtschaft besser wäre, wenn die Technische Hochschule nichts weiter kostet, so lehnen wir alles ab, was dafür verlangt wird. So kommen Sie aber mit einem neuen Antrag und fordern einen neuen Lehrstuhl. Sie fordern damit neue Räume und bringen eigentlich die Regierung in die Situation, nunmehr noch neue Forderungen an Sie zu stellen. Ich sage ganz offen, es hat keinen Sinn, in der Weise

zu operieren. Ich bin mit Ihnen der Ansicht, dass die landwirtschaftliche Versuchsstation eine sehr wichtige Sache ist und bin mit Ihnen bereit, die Landwirtschaft an die Technische Hochschule anzugliedern, ja, meine Herren, ich bin bereit, mit Ihnen einen neuen Professor zu bewilligen. Aber, wenn ich dazu bereit bin, so müssen Sie auch mit mir bereit sein, ein Häuschen für den Professor zu schaffen, ein Laboratorium für den Mann zu bewilligen, Sie müssen dafür sorgen, dass Räume geschaffen werden, in denen der Professor auch Kollegien halten kann. Wenn Sie dafür nicht sorgen wollen, dann dürfen Sie auch den neuen Professor nicht verlangen. Mir beweist aber diese Inkonsequenz klar und deutlich, dass die Technische Hochschule ein so außerordentliches Bedürfnis ist, dass Sie selbst trotz Ihres Standpunktes, den Sie sich ausgesucht haben, nicht in der Lage sind, sich diesem Bedürfnis entziehen zu können, dass Sie sich selbst für verpflichtet halten, die Bedeutung der Hochschule anzuerkennen, so dass es meiner Ansicht nach Sparsamkeit am falschen Ende ist, wenn Sie jetzt hier die Forderungen der Regierung ablehnen wollen.

Meine Herren, ich sage deshalb, alles das, was bisher gegen die Regierungsvorlage vorgebracht worden ist, kann meiner Auffassung nach die Stellung, die wir im Finanzausschuss zu der Sache eingenommen haben, nicht erschüttern, das muss uns im Gegenteil veranlassen, dafür zu stimmen, denn es zeigt, dass der Ausbau der Technischen Hochschule im Rahmen des Programms, welches von der Regierung gegeben ist, absolut erforderlich ist, wollen wir das Ganze nicht in Frage stellen, wollen wir das Ganze nicht schwer schädigen und uns damit eigentlich selbst Schaden zufügen. (Beifall)

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 32. Landtag 1903-1906, 28. Sitzung, 27. März 1903. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1903, S. 717 – 719)

3. Automobile – die „Zukunftsvehikel“ (29. März 1911)

Abg. Ulrich: Meine Herren, ich möchte meinerseits feststellen, dass wir, was die Wertschätzung der Automobile anlangt, durchaus auf dem Standpunkt stehen, den der Herr Kollege Köhler-Worms²⁴ vertreten hat. Wir sind der Meinung, dass das Automobil ein Vehikel ist, das nicht nur nicht mehr verschwindet, sondern das, immer weiter ausgebaut, immer weiter verbessert, das Zukunftsvehikel für den Lasten- und Personenverkehr überhaupt werden wird. Wer in großen Städten sich umsieht, wer Gelegenheit hat, in Berlin ein paar Jahre hindurch die Sache zu beobachten, der findet, dass z. B. die Droschkengäule immer mehr verschwinden und durch Automobi-

le ersetzt werden. Das Verhältnis der beiden Arten von Vehikeln zueinander ist schon ein solches, dass man mit Recht sagen kann: Das Todesurteil der Pferdedroschke ist gesprochen.

Nun kommt aber die andere Seite der Frage, und das ist die, ob nicht das Tempo, das seitens einer Anzahl Automobilisten beliebt wird, ein solches ist, dass wir uns im Interesse der öffentlichen Sicherheit dagegen verwahren müssen. Das ist für mich der ausschlaggebende Gesichtspunkt der ganzen Frage. Ich bestreite keinen Augenblick, dass der Automobilist das Recht hat, schnell zu fahren; aber ich bestreite, dass dieses Schnellfahren zu Raserei durch mit Menschen bewohnte Orte ausarten darf. Schon in der Nähe von Orten, die mit Menschen bewohnt sind, sollten die Autos ein Tempo anschlagen, das weit hinter den Tempos, die im Augenblick beliebt werden, zurückbleibt. Es sollte in der betreffenden Verordnung festgestellt werden, dass eine Geschwindigkeit von nicht mehr als höchstens 20 Kilometer einzuhalten ist; das entspricht ungefähr der Geschwindigkeit einer sehr schnell und sehr gut fahrenden Droschke. Wenn man aber einigermaßen mit den Geschwindigkeiten vertraut ist, dann findet man, dass sie nicht allein verdoppelt, sondern sogar verdreifacht sind, wenn die Herrschaften durch Orte durchfahren, und dass gar keine Rücksicht darauf genommen wird, wie die Verhältnisse in einem Ort liegen. Dadurch passieren meiner Auffassung nach die meisten Unglücksfälle. Ebenso sollte im Allgemeinen in der Verordnung festgestellt werden, dass bei Nachtzeit nicht über eine solche Geschwindigkeit hinaus gefahren werden darf, wie ich sie angegeben habe, auch auf der offenen Straße nicht. Denn darin liegt ja die Gefahr, dass in der Nähe von bewohnten Orten mit einer Schnelligkeit gefahren wird, bei der es dem Automobilisten gänzlich unmöglich wird, auch nur auf Gesichtswerte den Wagen noch rechtzeitig zu stehen zu bringen. Das ist allerdings eine Gefahr geworden, und diese Gefahr gilt es zu bekämpfen. Das können wir aber nicht dadurch, dass wir den Neigungen des Herrn Kollegen Leun²⁵ folgen. Die Schlagbäume sind für alle Zeiten weg, auch für die Automobilisten sind sie nicht mehr herzubringen. Wir können aber sehr wohl die Führer solcher Fahrzeuge durch Verordnungen darauf festlegen, dass sie gezwungen sind, in einem bestimmten Tempo zu fahren. Wir können sogar – und das ist ja der Vorteil bei dem Auto – durch allerhand Taxa- und andere Meter, die wir anbringen, feststellen, wie schnell in einer bestimmten Zeit gefahren worden ist, so dass die Befolgung jeder Polizeiverordnung kontrolliert werden kann an Hand des entsprechenden Messers, den man, wenn nötig, wohl noch besonders zu konstruieren hätte. Aber möglich ist das, und es bedarf nur der Anregung der hohen Herrschaften, die das größte Interesse an den Automobilfahrten haben, so

wird man einen Messer finden, der genau auf Zeit und Strecke angibt, wie der betreffende Wagen um die und die Zeit gefahren ist.

Insofern halte ich die Interpellation des verstorbenen Kollegen Köhler²⁶ für durchaus berechtigt. Die Klagen der Landwirte sind an sich vollständig belegt, sie sind nicht übertrieben, Richtig ist, dass der gute verstorbene Köhler hie und da eine recht tolle Lippe riskiert hat; aber das ändert an der Tatsache nichts, dass die Klagen im allgemeinen berechtigt sind, und darum dreht es sich, dass wir das hier aussprechen. Wir wollen in diesem Hause ohne Unterschied der Partei aussprechen, dass die tolle Art des Fahrens unter keinen Umständen ruhig hingenommen werden dürfe, dass wir gegen diese Art des Fahrens Protest erheben. Meine Herren, ob der eine von den beiden Fahrern, wenn die Hupe erschallt, halten soll, und welcher, ob der, der zuerst die Hupe hat ertönen lassen, oder der andere, das ist eine Frage, über die ich mich im Augenblick nicht auslassen möchte. Ich vermute, dass überhaupt die Hupe von dem Entgegenfahrenden sehr häufig gar nicht gehört wird, und wenn sie gehört wird, so wird meiner Auffassung nach die Situation schon so sein, dass ein Unglück überhaupt nicht mehr verhindert werden kann. Das ganze liegt, wie gesagt, im wesentlichen in dem Tempo. Wenn wir in der Lage sind, da Ordnung zu schaffen, so halte ich das für außerordentlich glücklich. Ich halte es für möglich, und nicht bloß für möglich, sondern für sicher ausführbar, und es bedarf nur einer Zügelung der Ungeduld gewisser Herrschaften, schnell an einen anderen Ort zu kommen. Die Kollegen haben Recht, wenn sie sagen, die meisten so rasend fahrenden Herrschaften hätte es eigentlich gar nicht so eilig, denn deren Arbeit treibt sie nicht und deren „Taglohn“ ist ja in den meisten Fällen schon „verdient“, wenn sie des Morgens ihre Füße aus dem Bette herausstrecken.

Ich bin also der Meinung, im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist es notwendig, dass seitens unserer Regierung im Bundesrat bei Besprechung der in Frage kommenden Verordnung die Stimme in der Richtung erhoben wird, dass Ordnung geschaffen wird hinsichtlich des Tempos, hinsichtlich der Art des Fahrens in der Nähe der Ortschaften; dann wird es möglich sein, einen großen Teil der Unglücksfälle zu vermeiden.

Meine Herren, mir haben Radler, die ich zu den vorsichtigen Fahrern rechnen darf, versichert, dass sie in heller Verzweiflung sind, wenn ein Automobil von der einen und ein anderes von der anderen Seite herankommt, und dass sie, da sie sehr vorsichtig sind, in einem solchen Falle meistens absteigen. Diese Radler steigen ab, weil sie überhaupt nicht in der Lage sind, feststellen zu können, was entstehen könnte, wenn sie weitergefahren wären. So ist die Situation. Ich meine, wir müssten dafür sorgen, dass

durch die Verordnung Bestimmungen geschaffen werden, die es ermöglichen, wenigstens die allergrößte Gefahr auf den Landstraßen zu beseitigen, im Interesse der öffentlichen Sicherheit sowohl als schließlich auch im Interesse der Herrschaften, die da fahren. Denn es geht ja für die Autos nicht immer so glücklich ab, es ist nicht immer bloß ein Radler, der zusammengefahren wird. Die Herrschaften fahren auch hier und da gegen ein Bauernfuhrwerk, so dass ihnen die Deichsel durch die edle Brust hindurch geht usw. Die Leute sollten eigentlich im eigenen Interesse – wenn sie ein solches haben.... – dafür sorgen, dass dieser tolle Unfug – denn es ist ein Unfug geworden – ein Ende nimmt, und wenn die Regierung im Bundesrat bei Besprechung dieser Verordnung drauf drängt, erreichen wir meines Erachtens das, was wir erreichen wollen, ein vernünftiges Tempo in der Nähe von Orten, wo Menschen wohnen. (Bravo! Bei den Sozialdemokraten).

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, 100. Sitzung, 29. März 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 2937 – 2938)



Abgeordnete der 2. Kammer des Landtags beim Besuch der Grube Ludwigs-
hoffnung bei Wölfersheim 1903. Carl Ulrich: 3.v.r.

4. Brikettfabrik Wölfersheim – Privatisierung oder staatliche Produktion? (18. Mai 1911)

Dritter Präsident: Ich teile dem Hause zunächst mit, dass von den Herren Abg. Osann²⁷ und Genossen ein Antrag eingebracht ist: Dem Ausschussantrag in Drucksache 599 als Pos. 3 folgenden Satz zuzufügen:

„Die Regierung wird ersucht, die Brikettfabrik nebst elektrischer Zentrale und den Betrieb der Grube Wölfersheim an eine Aktiengesellschaft zu übertragen und sich an einer solchen zu beteiligen. Die Regierung hat nach dieser Gründung der Kammer hiervon Mitteilung zu machen.“

Dieser Antrag steht gleichzeitig mit dem Ausschussantrag zur Debatte.

Abg. **Ulrich** (als Berichterstatter):

Meine Herren, ich möchte zunächst den Antrag des Herrn Kollegen Osann als befremdlich erklären, denn im Ausschuss ist dieser Antrag von ihm nicht eingebracht worden, trotzdem wir auch dort die Frage, ob eine Aktiengesellschaft vorzuziehen sei, erörtert haben. Ich darf deshalb wohl im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses sagen, dass derselbe, wenn ein solcher Antrag vorgelegen hätte, ihn abgelehnt haben würde. Ich glaube, dass das wohl das Fazit des Ganzen gewesen sein dürfte. (Zuruf: Das glaube ich nicht!) Möglich, dass die Herren, soweit die Kollegen von Oberhessen in Frage kommen, sich mit der Frage erst eingehender beschäftigt hätten. Jedenfalls aber, davon bin ich überzeugt, wäre es unmöglich gewesen, innerhalb der uns gegebenen Frist die Frage befriedigend zu lösen. Ich wollte das voraus erklären, weil ich der Meinung bin, dass darüber kein Zweifel sein sollte, dass wir die Frage besprochen haben und dass auch in der Regierungsdenschrift diese Frage ganz speziell erörtert und von der Regierung ablehnend erledigt worden ist. Ich halte für notwendig, das hier jetzt schon zu sagen, weil ich nach der Art, wie dieser Antrag gekommen ist, mich gar nicht wundern würde, wenn von anderer Seite die Ablehnung der ganzen Vorlage verlangt würde. Denn eigentlich wäre die Bildung einer Aktiengesellschaft, auch wenn der Staat als Hauptaktionär es verstehen sollte, immer die Mehrheit zu behalten, als Verquickung der Privatinteressen mit den Staatsinteressen, doch eine recht bedenkliche, eine bedenkliche insofern, als denn mindestens das für die Regierung gilt, was jetzt im allgemeinen als gültig angesehen wird, nämlich dass sie nicht Beweglichkeit genug besäße, um den Neigungen und Gewohnheiten der Privatspekulanten gegenüber gleichartig arbeiten zu können. Wenn das aber richtig ist, dann muss ich schon sagen, ist eine Verkupplung der Privatspekulanten mit den Staatsbehörden eine ganz gefährliche Sache, denn dann werden

die Privatspekulanten es verstehen, immer mehr Einfluss zu gewinnen und schließlich den Einfluss der Regierung zu eliminieren und das Land ganz kräftig hineinzulegen.

Meine Herren, wenn der Herr Minister gesagt hat, dass wir in der Vorlage gewissermaßen ein Verlangen der Regierung hätten, welches der Forderung des Herrn Reichskanzlers, mehr kaufmännischen Geist in die staatlichen Betriebe zu bringen, entspreche, dann, muss ich schon sagen, darf dieser kaufmännische Geist nicht eine Verknüpfung zwischen Privatspekulanten und staatlichen Behörden darstellen, dann darf hier nicht eine Paarung zwischen Privatleuten und Staatsleuten in die Wege geleitet werden, dann darf man nicht versuchen, diesen kaufmännischen Geist der Regierung aufzupropfen, sondern man muss versuchen, den kaufmännischen Geist in die Regierung hineinzubringen, dass sie aus sich heraus selbständig kaufmännisch arbeitet. Ich muss schon sagen: So sehr ich der Auffassung bin, dass unsere staatlichen Betriebe zum großen Teil recht unglücklich, recht unpraktisch arbeiten, wie wir das ja an der Grube Ludwigshoffnung erlebt haben, so muss ich doch gestehen, dass ich der rücksichtslosen Ausbeutung unserer Kohlegruben, der rücksichtslosen Ausbeutung der in Frage kommenden Arbeiterbevölkerung, der Privatspekulation durch eine Aktiengesellschaft nicht das Wort reden werde, nicht reden kann, schon von meiner prinzipiellen Auffassung aus nicht, aber ich rede ihr auch nicht das Wort als Mitglied dieses Hauses, weil ich in der Tat der Anschauung bin, dass dann das Ganze auf ein falsches Gebiet geschoben wird, das ich mit Recht bezeichnen dürfte als die rücksichtslose Auspöterung der hier in Frage kommenden Personen und der in der Erde liegenden Schätze. Meine Herren, als wir im Jahre 1897 in diesem Hause die Forderung der Regierung, das Ganze zu „verkitschen“, ablehnten, haben wir uns zu der Anschauung bekannt, dass, wenn man in der vorgeschlagenen Weise Staatseigentum verkaufen wolle, man ja die ganze Staatsverwaltung eigentlich ganz ähnlich, wie es bei der Hessischen Ludwigsbahn der Fall gewesen ist, loswerden könnte, dass man dann allerdings gar nicht mehr nötig hätte, sich irgendwie wirtschaftlich zu betätigen, dass man in der Lage wäre, eigentlich das Ganze so aus der Hand dem zu geben, der es, wenn ich einmal so sagen soll, am besten, d. h. am billigsten macht.

Meine Herren, diesen Standpunkt hat die Kammer damals mit Recht in aller Schärfe zurückgewiesen und wenn ich auch sonst mit den eigenartigen Sprüngen unseres früheren Kollegen Köhler-Langsdorf²⁸ in wirtschaftlichen Fragen nicht übereinstimme, so muss ich doch sagen, in diesem Punkte hat er ein gewisses feines soziales Gefühl gehabt, er hat herausgefunden, dass es die Aufgabe der Staatsverwaltung sein müsste, derartige

gewaltige Schätze, die in der Erde liegen, auszunutzen im Interesse des Staates und nicht der Ausbeutung einzelner Privater zu überlassen. Dieser Standpunkt, der von uns damals vertreten wurde, sollte auch heute von der Mehrheit dieses Hauses aufrechterhalten werden. Ich bin nun allerdings, nachdem der Herr Kollege Osann einen so merkwürdigen Antrag gestellt hat, in der Hoffnung, dass dies ohne weiteres möglich sein werde, etwas erschüttert worden. Ich habe durch die Einbringung dieses Antrags das Gefühl, als wenn die Herren von der nationalliberalen Fraktion als solche hinter diesem Antrag ständen. [...]

Ich sehe darin den Sieg der Richtung in der nationalliberalen Partei, die sich im allgemeinen auf den Standpunkt der kapitalistischen Ausbeutung stellt. Ich sehe darin die Seite, die unter dem Herrn Kollegen Köhler – Worms²⁹ marschiert, deren Auffassung er hier schon gelegentlich der ersten Besprechung der Frage zum Ausdruck gebracht hat, der Seite, die im allgemeinen der Auffassung ist, dass weder die Gemeinden noch der Staat so rationell arbeiten können, wie dies bei der privaten Ausbeutung der Fall ist. Diese Auffassung hat ja die nationale Partei früher immer vertreten. In den letzten Jahren ist sie in der Richtung etwas wankend geworden, aber mit dem Eintritt des Herrn Kollegen Köhler – Worms in die nationalliberale Fraktion dieses Hauses hat diese Seite offenbar eine neue Stärkung erfahren und wir haben deshalb mit der Möglichkeit zu rechnen, dass von diesem Gesichtspunkt aus die Vorlage weiter bekämpft wird und da man keine Hoffnung hatte – das scheint mir aus dem Antrag des Herrn Kollege Osann hervorzugehen –, da man keine Hoffnung hatte, das Ganze zu „verkitschen“, so hat man sich wenigstens auf den Standpunkt gestellt, zu versuchen, das „Verkitschen“ halb und halb zu machen. [...]

Nun ist ja ganz richtig, dass wir in der Ausführung dieses Beschlusses rechnen müssen mit den Einflüssen der Konkurrenz, rechnen müssen mit den Preisbildungen, die durch äußere Umstände beeinflusst werden und es ist auch richtig, wenn das, was in dieser Richtung am 1. Mai 1897 von der Regierung gesagt wurde, jetzt herausgeschält wird. Es wurde damals von der Regierung gesagt: wir brauchen eine Rentabilitätsberechnung für eine Brikettfabrik aus dem Grunde nicht, weil allgemeine Gründe vorhanden sind für die Unmöglichkeit einer rentablen Bewirtschaftung einer Brikettfabrik. „Wer Einblick hat in ein großes kaufmännisches Geschäft, der weiß, dass zum Verdienen die Leiter freie Hand haben müssen, um die jeweilige Konjunktur ausnützen zu können.“ Meine Herren, das ist eine Wahrheit, soweit als man sagen kann: es müssen die Leiter eines solchen Geschäfts freie Hand haben, um die Konjunktur ausnützen zu können. Nun frage ich aber: Warum kann der Leiter eines Staatsgeschäfts nicht ebenso gut wie der Leiter einer Aktiengesellschaft bis zu einem gewissen Grade jene Frei-

heit des Handelns haben, die notwendig ist, um das Geschäft auf der Höhe zu halten? Ich bin der Meinung, dass das nicht bloß möglich ist, sondern dass wir es fordern müssen, ich bin der Meinung, dass wir von der Regierung erwarten müssen, dass sie ihrerseits den Leiter dieser neuen Fabrik mit jeder Freiheit ausstattet, die erforderlich ist, um das Geschäft lukrativ zu gestalten. [...]

Abg. **Ulrich** (fortfahrend): Also, meine Herren, ich habe gesagt: zu alledem kommt nun noch ein ganz besonderer Umstand, der die Privaten mobil gemacht hat, nämlich der Umstand, dass unser Braunkohlelager, das mehr als 300 Millionen Hektoliter Braunkohlen tatsächlich enthalten wird, angesetzt ist mit einem Kapitalwert von 390 000 Mark. Meine Herren, wenn die Privaten, die darauf spekulieren, das Geschäft in die Hände zu bekommen, unseren Bericht gelesen haben, dann werden sie ganz selbstverständlich das, was sie vorher vermuteten und erhofften, bestätigt gefunden haben, nämlich dass der Ansatz zu 390 000 Mark ein so außerordentlich niedriger ist, dass man schon einfach dabei ein ganz gewaltiges Geschäft machen dürfte. Meine Herren, der Private, die Aktiengesellschaft, die unsere Kohlenvorräte der Regierung für 390 000 Mark abkaufen würde, würde bei der demnächstigen Bilanz die Kohlenvorräte ohne weiteres auf mindestens 1 200 000 Mark schätzen (Sehr richtig!) und sie würde bei der Ausgabe ihrer Aktien – davon können Sie überzeugt sein – ein ganz außerordentliches Geschäft zu machen verstehen. Der Private würde eine solche Schätzung ohne weiteres seiner Vermögensübersicht zugrunde legen können, denn das, was hier von der Regierung uns vorgeführt wird, ist tatsächlich eine derartig klare Ziffer, dass gar nicht daran zu denken ist, dass irgendwie nennenswert hinter derselben zurückgeblieben werden darf. Ja, meine Herren, ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass die Berechnung der Sachverständigen – und ich habe mir die Mühe genommen, auch andere Leute, die etwas von den Dingen verstehen, zu hören -, wonach es sich hier um ein Lager von 300 Millionen Hektolitern handelt, sehr vorsichtig gewesen ist und dass derjenige, der die dortigen Vorräte ausbeuten wird, angesichts der ganzen Situation bestimmt darauf rechnen kann, dass er nicht bloß seine Rechnung dabei findet, sondern dass er mehr als seine Rechnung findet. Meine Herren, das ist auch der Grund, weshalb eine ganze Anzahl Privater sich hinter uns gesteckt haben und persönlich wie in Artikeln in der Presse die Abgeordneten zu bearbeiten versucht und auch wirklich bearbeitet haben. Meine Herren, bei mir waren auch Interessenten. Ich habe mit diesen trotz meiner allgemeinen Auffassung sine ira et studio verhandelt. Ich habe einmal gelten lassen, dass man daran denken könnte, das Geschäft zu verkaufen, und, meine Herren, ich habe dabei gefunden, dass, als ich davon sprach, dass man möglicherweise daran den-

ken könnte, das Geschäft zu verkaufen, diese Privatinteressenten außerordentlich vergnügte Gesichter machten (Heiterkeit), denn nun hatten sie einen Boden, auf dem man verhandeln konnte und als ich anfang, mit ihnen zu verhandeln, ja, meine Herren, ich muss schon sagen, da machte ich nachher ein immer vergnügteres Gesicht, denn nun zeigte es sich, dass die Privatinteressenten sich ein ganz anderes Geschäft davon versprechen, als es in unserem Voranschlage vorgesehen ist, dass die Privatinteressenten sagen: Gott, gebt uns nur einmal die Grube mit den Vorräten, wir sind auch bereit, 500 000 Mark dafür zu zahlen, wir sind bereit einen Vertrag zu machen, der von den Bestimmungen in den Verträgen, die ein Privater an die Regierung hat gelangen lassen, gar nichts mehr wissen will, gebt uns nur erst einmal das Recht der Ausbeutung, dann werden wir schon unser Geschäft machen! Als die Herren zu Ende gesprochen hatten, war ich so frei, ihnen zu erwidern: Na, ich will ihnen etwas sagen, ich bin ihnen außerordentlich dankbar. Ihre Mitteilungen sind für mich ausschlaggebend, auch vom Standpunkt als Mitglied der Kammer ausschlaggebend. Ganz abgesehen von meinem prinzipiellen Standpunkt ist es doch eine Beruhigung für mich, wenn ich höre, dass gewiegte Spekulanten und Kaufleute – denn es gibt doch deren nicht bloß in Mainz, es gibt doch deren auch noch anderwärts – bereit wären, bedeutend mehr zu zahlen, als wir im Voranschlag angesetzt haben, und dass sie sogar bereit wären, wenn man in anderer Weise regulieren will, einen Vertrag zu machen, in dem man nicht davon spricht, dass, falls sich die Aschegehalte und die Wassergehalte stärker zeigen sollten, als man angenommen hat, man dann entschädigt sein wollte. Denn, meine Herren, so sehen die Privatträge aus. Die Privatträge, die wir im Ausschuss gehabt haben, wollten nicht bloß den gesamten Kohlenverrat für etwa 390 000 Mark schlucken, die wollten auch noch, wenn es sein könnte, direkte Zuschüsse aus der Staatskasse für ihre Spekulation haben. Meine Herren, wenn derartige Bestimmungen, wie sie uns vorgelegen haben, in einen Vertrag hineingekommen wären, dann hätten es die Privatspekulanten in der Hand gehabt, Erdgehalt, Aschengehalt usw. in einer Weise zu konstruieren, dass uns die Augen übergegangen wären. Das haben wir im Ausschuss auch ganz ungeniert erörtert. Wir haben im Ausschuss gar kein Hehl daraus gemacht, dass diese Bestimmungen haarsträubende sein würden, zu Prozessen führen müssten und unter Umständen das Land vor den Wagen der Spekulanten spannen würden, so dass wir möglicherweise nicht nur kein Geschäft machten, sondern vielleicht noch Geld darauf legen könnten. Ich weiß ja schon, dass man mir von anderer Seite sagen wird, das sei übertrieben, aber das geniert mich gar nicht. Wenn man das sagt, so beweist man höchstens, dass man ein gutes Herz für die Privatindustriellen hat. Aber mit dem guten Herzen für die Privat-

industriellen kann ich nichts anfangen, denn neben dem guten Herzen haben die Herren ihre Rechenmaschinen und das Gefühl in den Fingern, was es einbringt. Da kann ich schon sagen: da verlasse ich mich nie auf das gute Herz der Herrschaften, sondern da verlasse ich mich auf die kaufmännisch festgelegten Resultate der Berechnungen und die eventuellen Vertragsbestimmungen. Sowie ich mich aber darauf verlasse, meine Herren, könnten Sie mich, und wenn Sie zehn Gäule vor mich spannen würden, nicht dazu kriegen, einen derartigen Vertrag zu akzeptieren, dann würde ich mich mit Händen und Füßen nicht bloß dagegen wehren, sondern ich würde auch die Zähne dazu nehmen und dafür sorgen, dass mir keiner von den Herren, die einen solchen Vertrag wollen, in die Nahe käme. (Heiterkeit)

Ja, meine Herren, ich habe keine Lust mich derartig schlaun Spekulanten auszuliefern. Dann bei aller Biederkeit, mit der sie ihren Verträgen den Mantel der besonderen Fürsorge für das hessische Volk umhängen, habe ich doch den Pferdefuß immer gleich weg und der Pferdefuß, meine verehrten Herren Kollegen, ist eben der möglichst hohe Profit. Man ist bestrebt, einen möglichst hohen Profit – und zwar da, wo es möglich ist, sogar auf Kosten des Volkes herauszuschlagen.

Also, meine Herren, ich brauche gar nichts weiter auszuführen als das, was ich bis jetzt in den Kreis meiner Betrachtungen hineingezogen habe, um zu dem Schluss zu kommen, es wäre eine Sünde und eine Schande, wenn wir von unserem früheren Standpunkt abgehen wollten, wenn wir, weil wir bei der Nasspressteinfabrikation unangenehme Erfahrungen gemacht haben, das Kind mit dem Bade ausschütten und nunmehr das Ganze preisgeben wollten.

Meine Herren, die Privatspekulation hat aber noch einen Grund, der sie veranlasst, recht erpicht auf dieses Geschäft zu sein. Denn obwohl die Herren die Anschauungen der Mehrheit des Ausschusses kennen – sie kennen sie ganz genau, das weiß ich aus den Mitteilungen, die ich erhalten habe -, obwohl sie wissen, worum es sich dreht, hören sie nicht auf, durch Pressartikel und durch persönliche Bearbeitung der einzelnen Abgeordneten für ihr Geschäft Stimmung zu machen. Und wie erklärt sich das, abgesehen von dem, was ich schon gesagt habe?

Meine Herren, das erklärt sich noch aus einem ganz wesentlichen Umstande, nämlich aus dem Umstande, dass die Grube Wölfersheim auf Grund ihrer Lage gegenüber den anderen in Frage kommenden Konkurrenzunternehmen, namentlich den Gruben der Union, einen ganz bedeutenden Frachtvorsprung hat. Dieser Frachtvorsprung ist so gewaltig, dass sich beispielsweise bei einem Vergleich unserer Frachtkosten mit den Frachtkosten jener Gruben bis Mannheim, wo also zum Teil Wasserkraft in Frage kom-

men kann, trotz des außerordentlich ungünstigen Verhältnisses zwischen Wasserfracht und Bahnfracht doch ergeben hat, dass wir von der Grube Wölfersheim immer noch 1,50 Mark weniger Fracht haben als unsere Konkurrenzgruben. [...]

Meine Herren, da tritt die Bedeutung der ganzen Frage plastisch ziffernmäßig in die Erscheinung. Nehmen Sie an, dass wir 5 Prozent Zinsen rechnen. Wir wollen uns mit 4 Prozent gar nicht begnügen, weil es sich ja da um ein kaufmännisches Geschäft handelt und man da eher 6 als 5 Prozent nehmen könnte. Aber ich will einmal 5 Prozent ansetzen, während wir das Kapital zu 4 Prozent kriegen. Meine Herren, das verursacht 21 500 Mark Mehrkosten. Schreiben wir nun noch 10 Prozent ab, so haben wir im ganzen 43 000 Mark. Auf diese Weise haben wir tatsächlich rund 64 500 Mark Kosten zu verrechnen. Nun hat aber die Provinz Oberhessen für den Bezug der in Frage stehenden 1 600 000 Kilowattstunden allein 137 000 Mark zu bezahlen. Daraus ergibt sich mit voller Sicherheit, dass, wenn wir nun anfangen, prozentuale Zuschläge zu diesen Kosten zu machen, wenn wir nun sagen, dass wir für die stärkere Bedienung, den stärkeren Verbrauch von Schmiermaterial, die stärkere Abnutzung der Maschinen usw. einen entsprechenden Betrag ansetzen müssen und wenn wir dann noch einmal glatt 10 Prozent zu der Summe zuschlagen, die wir angesetzt und sich herausstellen würde, dass wir über 107 000 Mark Kosten zu rechnen hätten, so würden wir trotz dieser gewaltigen Vorsicht, die ich meinerseits gebraucht habe – die letzten Ziffern habe ich aus dem Bericht zusammengestellt -, immer noch ein reines, glattes Geschäft von 30 000 Mark über die Verzinsung und die Amortisation hinaus machen.

Meine Herren, diese Gesichtspunkte sind es, sage ich, die uns veranlassen müssen, der Absicht entgegenzuwirken, das Ganze aus den Händen des Staates in die Hände von Privaten zu geben, die uns veranlassen müssen, uns auf den Antrag des Finanzausschusses in seiner Mehrheit zu konzentrieren, die uns veranlassen müssen, den Antrag Dr. Osann, wie ich ihn aufgefasst habe, abzulehnen. Denn, meine Herren, ich sehe in dem Antrag Dr. Osann nicht etwa bloß eine Bestimmung, die im Augenblick wirken würde, sondern ich sehe darin die Gefahr, dass mit dem eventuellen Beschlusse, der auf Grund dieses Antrags gefasst würde, das Ganze schließlich in die Hände einer Privatgesellschaft gebracht wird. Denn meine Herren, es wäre gar nicht ausgeschlossen, dass infolge gewisser Differenzen einfach seitens des Staates das ganze Verhältnis als unerträglich, als unmöglich angesehen würde und dass dann schließlich die Kammer, nachdem sie A gesagt hat, auch B sagen müsste. Meine Herren, deshalb bin ich der Meinung: lehnen wir den Antrag Osann ab, nehmen wir den Antrag des Finanzausschusses an!

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908-1911. Protokoll der 106. Sitzung, 18. Mai 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 3094 – 3101)

5. Der Landtag als Ort für Zukunftspläne (4. Juli 1911)

Abg. **Ulrich**: Meine Herren, das Letzte zuerst! Wenn der Herr Regierungsvertreter meinte, wir sollten die kostbare Zeit des jetzigen Geschlechts nicht dadurch beschränken, dass wir hier Zukunftspläne erörterten, so ist das ein Standpunkt, den ich ganz entschieden zurückweisen muss. Ich bin der Meinung, dass gerade wir berufen sind, Ideen und Gedanken, die im Volke mehr und mehr Boden gewinnen, hier zur Sprache zu bringen, weil nur dann es möglich ist, überhaupt ein Fortschreiten in der beabsichtigten Richtung zu erreichen. Denn, meine Herren, die Regierung kann allein auch heute derartige Fortschritte nicht in die Wege leiten ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften. Daher ist es notwendig, dass in diesen fortgesetzt die großen prinzipiellen Fragen erörtert werden, auch wenn man von vornherein weiß, dass eine Annahme dieser in Frage kommenden Anträge dormalen nicht zu erwarten ist. Meine Herren, es wäre ein Unglück für die Nation, ein Unglück für die Welt, wenn es anders wäre, wenn die großen Ideen und Gedanken nicht propagiert, nicht erörtert würden, auch wenn sie in der ersten Zeit abgelehnt werden, denn dann gäbe es keinen Kampf um den Fortschritt, dann gäbe es kein Streben der Geister, dann wären wir in eine Zeit hineingebracht, in der wir versumpfen würden. Meine Herren, es macht Arbeit, wenn neue Gedanken erörtert werden. Man muss sich mit der Frage beschäftigen und man muss zu den Einzelheiten Stellung nehmen. Wenn man da den alten „würdigen“ und „ehrwürdigen“ Standpunkt nehmen wollte: „Mei Ruh will ich hunn!“ Dann allerdings, meine Herren, wären wir weit gekommen. Wer den Standpunkt vertritt, der soll sich selbst zur Ruhe setzen – dagegen haben wir nichts einzuwenden -, wer aber im öffentlichen pulsierenden Leben steht, der muss, ob er will oder nicht, wenn von anderer Seite eine Frage angeregt wird, zu ihr Stellung nehmen.

(Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, Protokoll der 110. Sitzung, 4. Juli 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 3201)

ANMERKUNGEN

I. „Der Kampf der Arbeiterklasse ... ist notwendigerweise ein politischer Kampf“ - Ulrichs politische Biografie aus Landtagsreden

¹ Carl Ulrich im Hessischen Landtag, 7. Februar 1896.

² Vgl. Albrecht Eckhardt: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860 – 1900. In: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde, NF, 34. Bd. 1976, S. 171 – 493; hier: S. 468f.

³ Eckhardt, Arbeiterbewegung, S. 116 ff.

⁴ Bernhard Adelung: Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen. Offenbach 1952, S. 105.

⁵ Diese Arbeit entstand aus den Vorbereitungen zu einer Ausstellung, die das Hessische Staatsarchiv Darmstadt im Jahr 2003 zur Erinnerung an 150. Geburtstag und 70. Todestag von Carl Ulrich in Darmstadt und Offenbach zeigte: Carl Ulrich - vom „Staatsfeind“ zum Staatsmann. Ich danke für Informationen und Unterstützung dem Stadtarchivar von Offenbach und seinem Leiter, Hans-Georg Ruppel sowie der Diplomarchivarin Heike Rolf.

⁶ Carl Ulrich: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten. Hrsg. von Ludwig Bergsträßer. Offenbach 1953, S. 15.

⁷ Stadtarchiv Braunschweig G III1:130.1.

⁸ Ulrich, Erinnerungen, S. 15.

⁹ Ulrich, Erinnerungen, ebd.

¹⁰ Deutscher Reichstag, 103. Sitzung, 18. April 1891, Protokolle S. 2410

¹¹ ebd.

¹² (Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen =) LT Protokoll, 32. (Landtag =) LT, 16. Sitzung, 3. März 1903, S. 358

¹³ LT Protokoll, 34. LT, 71. Sitzung, 7. Dezember 1910, S. 2045.

¹⁴ a.a.O., S. 2046

¹⁵ zit. n.. Karl Holl: Die Darmstädter Reichstagsnachwahl von 1906 und der „Fall“ Korell. In: Archiv für Hessische Geschichte, NF, 27/ 1962/67, S. 119 – 161; hier: S. 155.

¹⁶ Biografische Angaben über Abgeordnete in der Regel nach: Hans-Georg Ruppel/ Birgit Groß: Hessische Abgeordnete 1820 – 1933. Biografische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums (2. Kammer) und den Landtag des Volksstaats Hessen. Darmstadt 1980 (Darmstädter Archivschriften 5). – Eduard David (1863 – 1930), Journalist, LT (=Abgeordneter im Landtag) 1896 – 1908; Reichstagsabgeordneter 1903 – 1918, 1919-1930; 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, 1919 Reichsminister des Innern.

- ¹⁷ LT Protokoll, 25. LT, 38. Sitzung, 20. Mai 1886, S. 14.
- ¹⁸ LT Protokoll, 35. LT, 115. Sitzung, 10. Juni 1914, S. 3228.
- ¹⁹ Ulrich, Erinnerungen, S. 16.
- ²⁰ LT Protokoll, 35. LT, 115. Sitzung, 10. Juni 1914, S. 3227
- ²¹ a.a.O., S. 3227 f.
- ²² LT Protokoll, 25. LT, 38. Sitzung, 20. Mai 1886, S. 18.
- ²³ a.a.O., S. 16. – Vgl. Dok. V, 1.
- ²⁴ Ulrich, Erinnerungen, S. 18.
- ²⁵ www.bracke-igs.de – Homepage der Wilhelm-Bracke-Schule, Braunschweig
- ²⁶ LT Protokoll, 34. LT., 80. Sitzung, 21. Dezember 1910, S. 2310.
- ²⁷ Ulrich, Erinnerungen, S. 19.
- ²⁸ Stadtarchiv Offenbach: O 28, StadtA OF 2.
- ²⁹ Ulrich, Erinnerungen, S. 19f.
- ³⁰ Katharina Enders wurde nach Auskunft des Stadtarchivs Offenbach wie des Stadtarchivs Darmstadt am 30. Dezember 1843 als Tochter des Tuchmachers Heinrich Enders in Alsfeld geboren; sie starb am 13. Dezember 1887 in Offenbach.
- ³¹ LT Protokoll, 27. LT, 50. Sitzung, 18. Februar 1893.
- ³² Ulrich, Erinnerungen, S. 20f.
- ³³ LT Protokoll, 32. LT., 38. Sitzung, 15. Dezember 1903, S. 965 – Vgl. Dok. IV,3.
- ³⁴ a.a.O., S. 965f.
- ³⁵ Vgl.: Bernd Heidenreich (Hg.): Geist und Macht. Die Brentanos. Wiesbaden 2000. Darin: Eckhart G. Franz: Otto Rudolf von Brentano (1855- 1927). Hessischer Minister und stellvertretender Ministerpräsident, S. 181 – 196.
- ³⁶ Adelung, Sein und Werden, S. 112.
- ³⁷ Ulrich, Erinnerungen, S. 20f.
- ³⁸ Der Arztsohn Wilhelm Bloss hatte als Journalist kurzzeitig auch am „Braunschweiger Volksfreund“ gearbeitet, nahm wie Ulrich am Vereinigungsparteitag teil; seit 1883 in Stuttgart, Reichstagsabgeordneter, 1919/20 erster württembergischer Staatspräsident.
- ³⁹ Dazu: Georg Kaul: Geschichte der Sozialdemokratie in Offenbach a.M. Erster Teil: Entstehung und Entwicklung des „Offenbacher Abendblattes“ (1925). Reprint mit einer Einleitung von Wolfgang Reuter und einem Nachwort von Artur Bratu: Offenbach 1998.
- ⁴⁰ Vgl. Eckhardt Arbeiterbewegung, S.303f. – Eckhart G. Franz / Fritz Kallenberg / Peter Fleck: Großherzogtum Hessen 1806 – 1918. In: Handbuch der hessischen Geschichte, Viertes Band: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich (1806) 1815 – 1945. Marburg 2003, S. 671 – 884; hier: S. 859f.

- ⁴¹ Franz, Großherzogtum, S. 760f.
- ⁴² Vgl. Otto Schlander: Otto von Brentano di Tremezzo. Ein Offenbacher Politiker zwischen Monarchie und Republik. Offenbach 1981 (Offenbacher Geschichtsblätter 31), S. 35.
- ⁴³ Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München: dtv 1970, S. 115 f.
- ⁴⁴ Grebing, Arbeiterbewegung, S. 111 ff.
- ⁴⁵ Parteitags-Protokoll zit.n.: Walter Mühlhausen: Carl Ulrich – vom sozialdemokratischen Parteiführer zum hessischen Staatspräsidenten. Blickpunkt Hessen. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 2003, S. 8.
- ⁴⁶ LT Protokoll, 27. LT., 35. Sitzung, 23. Juni 1892, S. 60.
- ⁴⁷ Eckhardt, Arbeiterbewegung, S. 399f.
- ⁴⁸ Ulrich, Erinnerungen, S. 52
- ⁴⁹ LT Protokoll, 32. LT., 38. Sitzung, 15. Dezember 1903, S. 965.
- ⁵⁰ LT Protokoll, 32. LT., 38. Sitzung, 15. Dezember 1903, S. 981.
- ⁵¹ Ulrich, Erinnerungen, S. 26-27; 44-45; 49-50.
- ⁵² LT Protokolle, 29. LT., 49. Sitzung, 1. Mai 1895, S. 8
- ⁵³ Ulrich, Erinnerungen, S. 81.
- ⁵⁴ August Johann (1877 – 1950); Fritz (1876 - ?); Marie (1879 - ?); Rudolf (1880 – 1954); freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Offenbach, 5. 12. 2005.
- ⁵⁵ Die folgenden Auszüge aus: LT Protokoll, 29. LT., 7. Sitzung, 4. April 1894, S. 7 – 10.
- ⁵⁶ Adam Joseph Johann Schmitt (1855 – 1928), LT 1893 – 1918; 1919-20.
- ⁵⁷ Hermann Josef Wolz (1867- 1895), LT 1872 – 1895.
- ⁵⁸ Gideon Freiherr Dael von Köth-Wanscheid (1840 – 1899); LT 1893 – 1899.
- ⁵⁹ Jakob Lautz (1834 – 1912), LT 1879 – 96.
- ⁶⁰ Philipp Uebel (1864 – 1929); LT 1905 – 1918; 1919 – 1924. Nach der Ausbildung und einigen Berufsjahren als Lehrer war er Stadtrechner in Dieburg und Präsident des hessischen Bauernvereins. Vgl.: Valentin Karst: Ministerialpräsident Uebel +. In: Katholischer Kirchenkalender der Pfarrei Dieburg für das Jahr 1930, S. 15 – 17.
- ⁶¹ LT Protokoll, 34. LT., 80. Sitzung, 21. Dezember 1910, S. 2312.
- ⁶² Dr. jur. Philipp Winkler (1875 – 1962), LT 1908 – 1918.
- ⁶³ LT Protokoll, 34. LT., 80. Sitzung, 21. Dezember 1910, S. 2315.
- ⁶⁴ Dr. Friedrich von Hombergk zu Vach (1857 - 1935), 1910 – 1918 hessischer Minister des Innern.
- ⁶⁵ LT Protokoll, 34. LT, 71. Sitzung, 7. Dezember 1910, S. 2049.
- ⁶⁶ LT Protokoll, 34. LT, 71. Sitzung, 7. Dezember 1910, S. 2048
- ⁶⁷ Ernst Braun (1857 – 1916). 1898 Ministerialrat im Ministerium des Innern, 1904

Geheimrat, 1907 Minister des Innern, 1910 Minister der Finanzen.

⁶⁸ LT Protokoll, 32. LT., 38. Sitzung, 15. Dezember 1903, S. 971f.

⁶⁹ Einschlägig dazu: Dietz Bering. Der Name als Stigma. Antisemitismus im deutschen Alltag 1812 – 1933. Stuttgart 1987. Hessische Beispiele, auch aus dem Landtag, bei: Thomas Lange: Judenfeindschaft und Antisemitismus zwischen 1890 und 1933 - auch eine Spurensuche. In: ders. (Hrsg. und Mitverf.): „L'chajim“. Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Reinheim 1997, S. 139-168.

⁷⁰ s. o. Anm. 16.

⁷¹ LT Protokoll, 32. LT., 109. Sitzung, 14. Juni 1905, S. 3291

⁷² a.a.O., S. 3283.

⁷³ Philipp Köhler (1859 – 1911); LT 1890 – 1891; 1893 – 1911.

⁷⁴ LT Protokoll, 32. LT., 109. Sitzung, 14. Juni 1905, S. 3284.

⁷⁵ a.a.O., S. 3285

⁷⁶ a.a.O., S. 3295

⁷⁷ a.a.O., S. 3295

⁷⁸ a.a.O., S. 3290

⁷⁹ Karl Hirschel (1862 – 1919), LT 1902 – 1908.

⁸⁰ LT Protokoll, 32. LT., 109. Sitzung, 14. Juni 1905, S. 3296.

⁸¹ Franz, Brentano, a.a.O., S. 183f.

⁸² LT Protokoll, 32. LT., 109. Sitzung, 14. Juni 1905, S. 3297.

⁸³ LT Protokoll, 34. LT, 78. Sitzung, 9. Dezember 1910, S. 2110

⁸⁴ a.a.O., S. 2111

⁸⁵ a.a.O. S. 2113

⁸⁶ Wilhelm Haas (1839 – 1913), nationalliberaler Abgeordneter, LT 1881 – 1911; Reichstagsabgeordneter 1898 – 1912.

⁸⁷ Ulrich, Erinnerungen, S. 90f.

⁸⁸ Georg Raab (1869 – 1932), SPD, LT 1905 – 1918; 1919 – 1931.

⁸⁹ Ulrich zitiert den Text des Treueids, den die Abgeordneten zu schwören hatten: „Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehorsam dem Gesetz, genaue Befolgung der Verfassung und in der Ständeversammlung nur das allgemeine Wohl nach bestem, eigener durch keinen Auftrag bestimmter Überzeugung beraten zu wollen.“

⁹⁰ LT Protokoll, 34. LT, 80. Sitzung, 21. Dezember 1910, S. 2311-2312

⁹¹ Arnold Bergsträsser (1841 – 1897); LT 1887 – 1896.

⁹² Arthur Osann (1829 - 1908), LT 1875 – 1899 (nationalliberal); 1890 – 1898 Reichstagsabgeordneter.

⁹³ LT Protokoll, 29. LT, 60. Sitzung, 8. Februar 1896, S. 8.

⁹⁴ LT Protokoll, 29. LT., 59. Sitzung, 7. Februar 1896, S. 14

⁹⁵ Dr. jur. Bernhard Schroeder (1832 – 1908), LT 1872 – 1900 (nationalliberal).

⁹⁶ Reinhard Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels (1802 – 1880), Ministerpräsident des Großherzogtums Hessen 1850 – 1871; er führte die hessische Politik auf den vorrevolutionären Stand zurück. Einzig die Geschworenengerichte blieben als Er rungenschaft der März-Revolution 1848 erhalten. Vgl. Franz, Großherzogtum, S. 827 ff.

⁹⁷ LT Protokoll, 29. LT., 59. Sitzung, 7. Februar 1896, S. 14.

⁹⁸ Arthur Osann (1862 – 1924), LT 1906 – 1918 (nationalliberal); 1919 – 1924 (DVP); 1907 – 1912 Reichstagsabgeordneter.

⁹⁹ Protokoll der 7. Sitzung der verfassunggebenden Volkskammer der Republik Hessen. 1. April 1919, S. 163, 165.

¹⁰⁰ Adelung, Sein und Werden, S. 106.

¹⁰¹ Ulrich, Erinnerungen, S. 61.

¹⁰² Wilhelm Brink (1848 – 1912), 1883-1907 Bürgermeister, dann Oberbürgermeister zu Offenbach.

¹⁰³ Ulrich, Erinnerungen, S. 70.

¹⁰⁴ Ulrich, Erinnerungen, S. 66; Wolfgang Reuter: Zwölf Offenbacher Sozialdemokraten 1870 bis 1970, Offenbach 2004, S. 22 ff.; Karl Storck: Staatspräsident Carl Ulrich. Aus seinem Leben und Wirken. Darmstadt 1928, S. 57 ff.

¹⁰⁵ Rudolf Günter Huber: Sozialer Wandel und politische Konflikte in einer süd-hessischen Industriestadt. Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1898-1914. Darmstadt und Marburg 1985 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 60), S. 149ff., 191ff.

¹⁰⁶ Huber, Sozialer Wandel, 192ff., 220ff.

¹⁰⁷ Karl Drott / Wilhelm Weber: Seine letzten Jahre. In: Ulrich, Erinnerungen, S.159 ff.; hier: 197.

¹⁰⁸ Ulrich, Erinnerungen, S. 92

¹⁰⁹ Mühlhausen, Ulrich, S. 9.

¹¹⁰ Storck, Ulrich, S. 71

¹¹¹ Zit. n. Franz, Großherzogtum, S. 884.

¹¹² Ulrich, Erinnerungen, S. 117

¹¹³ Hans-Peter Koller: Der blutige Karfreitag von Offenbach – vom Leben und Sterben des Willy Eisenreich. Offenbach 1997, S. 40-45.

¹¹⁴ Ulrich, Erinnerungen, S. 118.

¹¹⁵ Brief Ernst Ludwigs an „Herrn Ulrich“, 12. Februar 1919; abgedruckt bei Ulrich, Erinnerungen. S. 137 f.

¹¹⁶ Franz, Großherzogtum, S. 906f.

¹¹⁷ Vgl. Matthias Gröbel: „Für den Fall der Besetzung von Darmstadt ist für die

Verwaltung des unbesetzten Gebietes des Freistaats Hessen eine staatliche Zentralverwaltung in Gießen zu bilden.“ In: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Bd. 89, 2004, S. 35-44.

¹¹⁸ Die Zusammenfassung der Debatte sowie Auszüge daraus bei: Eckhart G. Franz / Manfred Köhler: Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919 – 1933. Darmstadt 1991: Hessische Historische Kommission, S. 130 – 134.

¹¹⁹ Verhandlungen des Landtags des Volksstaats Hessen im Jahre 1919/21. Erster Landtag, 80. Sitzung, 1. Dezember 1920, Protokolle, 3. Bd., Darmstadt 1921, S. 2106.

¹²⁰ Verordnung, das Verhältnis der Schulen in Hessen zum demokratischen Staat betreffend, 26. August 1922.

¹²¹ Die Darstellung folgt im wesentlichen Franz/Köhler, Parlament, S. 412 – 415.

¹²² Franz/Köhler, Parlament, S. 229 – 236.

¹²³ Carl Ulrich: „Schwarz-Rot-Gold!“ In: Republikanischer Volkstag, Darmstadt 19./ 20. September 1925 (Programm), S. 9-10.

¹²⁴ Adellung bei Franz / Köhler, Parlament, S. 419

¹²⁵ Z. B. 1929 in Groß-Bieberau: STAD: G 15 Dieburg Q Nr. 123; im Kreis Heppenheim 1928 und 1931: G 15 Heppenheim B Nr. 26.

¹²⁶ Heinrich Galm (1895 – 1984), LT 1924 - 1933; im Hessischen Landtag 5. Juni 1928, zit. n. Franz / Köhler, Parlament, S. 404.

¹²⁷ Der Frankfurter „Generalanzeiger“, zit. n. Frankfurter Arbeiterzeitung, 30.1. 1928.

¹²⁸ Adellung, Sein und Werden, S. 105.

¹²⁹ Kasseler Volksblatt, 27. Januar 1928.

¹³⁰ Vgl. im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt den Nachlass Carl Ulrichs: O 28 Ulrich, Nr. 18.

¹³¹ Ulrich, Erinnerungen, S. 93-95.

¹³² Ulrich, Erinnerungen, S. 149

¹³³ Helene Schwarz, geb. 25.7. 1874 in Oberbrechen bei Limburg als Tochter des Backofenbauers Heinrich Schwarz; in erster Ehe verheiratet mit Peter Bender, geschieden; Stadtarchiv Darmstadt (Meldebogen) und Stadtarchiv Offenbach (Familienstammbuch).

¹³⁴ Karl Drott an Ludwig Bergsträsser, 3. März 1954. In: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, O 21 Bergsträsser 40/5.

II. „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung....“ – Der lange Weg zur Demokratie

¹ Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 24 Generalstaatsanwalt Nr. 230

² Das konservative „Blau“ wird zurückgeführt auf die preußische Königin Luise (1776 – 1810), die auf der Flucht vor Napoleon ihren Sohn Wilhelm – den späteren ersten deutschen Kaiser Wilhelm I – mit Kornblumen bekränzt haben soll; es sollen auch Bismarcks Lieblingsblumen gewesen sein. Vgl. Günter de Bruyn: Preußens Luise. Vom Entstehen und Vergehen einer Legende. Berlin 2002, S. 73, 77.

³ Vgl. Walter Schärffe: Die Reformen der veranlagten Staats- und Gemeindesteuern im Großherzogtum Hessen. Stuttgart und Berlin 1913, S. 35, 78.

⁴ Carl von Ewald (1852 – 1932), Ministerpräsident 1906 - 1918

⁵ Vgl. die Darstellung bei Franz/Köhler, Parlament, S. 397-402.

⁶ Hermann Joeckel (1835 – 1927), Nationalliberal, LT 1875 – 1881, 1883 – 1902.

⁷ Otto Wolfskehl (1841 – 1907), Nationalliberal, LT 1875 – 1898.

⁸ Jakob Finger (1825 – 1904), 1884 – 1898 Staatsminister und Minister des Großherzoglichen Hauses und des Äußeren sowie Präsident des Innenministeriums bzw. des Ministeriums des Inneren und der Justiz.

⁹ Dr. August Heidenreich (1846 – 1913), Nationalliberale Partei, LT 1893 – 1913.

¹⁰ Hermann Jöckel (1845 – 1927), Nationalliberale Partei, LT 1875 – 1881; 1883 - 1902

¹¹ Dr. Egidius Gutfleisch (1844 – 1914), Deutsch-Freisinnige Partei, LT 1887 – 1893; 1899 – 1911.

¹² Philipp Uebel (1864 – 1929); Deutsche Zentrumspartei, LT 1905 – 1918; 1919 – 1924.

¹³ Georg Raab (1869 – 1932), Sozialdemokratische Partei, LT 1905 – 1918; 1919 – 1931.

¹⁴ Dr. jur. Philipp Winkler (1875 – 1962), Nationalliberale Partei, LT 1908 – 1918.

¹⁵ Michael Wolf (1859 – 1929), Bauernbund, LT 1899 – 1905, 1906 – 1918.

¹⁶ Dr. Karl Weber (1864 – 1929), Bauernbund, LT 1905 – 1918.

¹⁷ Otto von Brentano di Tremezzo (1855-1927), Deutsche Zentrumspartei, LT 1897 – 1918; 1919 – 1927.

¹⁸ Arthur Osann (1862 – 1924), Nationalliberale Partei, LT 1906 – 1918; 1919 – 1924.

¹⁹ Gustav von Römheld (1861 – 1933), Wirklicher Geheimrat, Kabinettschef von Großherzog Ernst Ludwig.

III. Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung...“ – Soziale Reformen in kleinen Schritten

¹ Übersicht und Hinweise auf Literatur bei: Thomas Lange (Red., Bearb.): „...ein reger Eifer zum Fortschreiten“. Industrialisierung in Darmstadt und Südhessen. Dokumente 1853-1914. (Darmstädter Archivdokumente für den Unterricht Nr. 6) Darmstadt 2000. Beiheft S. 9 ff.

² Franz Jöst (1851- 1921), SPD, LT 1885 – 1896.

³ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 26. Landtag 1887- 1890, 9. Sitzung, 29. Februar 1888. Protokolle, 1. Band, Darmstadt 1888, S. 70

⁴ Berichte in Beständen der Landkreise, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, z. B. G 15 Erbach V 647 u.ö.

⁵ Vgl. Hoechst AG Werk Offenbach – Fortschritt aus Tradition. Offenbach o.J. (1992)

⁶ Vgl. Dieter Wagner: Innovation und Standort. Geschichte und Unternehmensstrategien der Chemischen Fabrik Griesheim 1856 – 1925. Darmstadt: Hessisches Wirtschaftsarchiv 1999, S. 135f.

⁷ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 26. Landtag 1887- 1890, 32. Sitzung, 22. Mai 1889. Protokolle, 3. Band, Darmstadt 1890, S. 56.

⁸ <http://www.stad.hessen.de/html/stad01.htm>, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 43 B, Bestandsgeschichte.

⁹ Schärffe, Reformen, S. 12ff.

¹⁰ Vgl. W. Schmidt: Das hessische Einkommenssteuergesetz vom 12. August. 1909. Mainz 1913 S. 6, 32f., 156f.

¹¹ Schärffe, Reformen, S. 78; Angaben für 1901

¹² Schärffe, Reformen, S. 60ff.

¹³ Eugen Fran(c)k (1832 – 1893), Zentrum, LT 1872 – 1893.

¹⁴ Joseph Molthan (1862 – 1920), Zentrum, LT 1897 – 1918.

¹⁵ Michael Wolf (1859 – 1929), Bauernbund, LT 1899 – 1905; 1906 – 1918.

¹⁶ Heinrich Brauer (1860 – 1945), Bauernbund, DNVP, LT 1896 – 1918; 1919 – 1924.

¹⁷ Dr. Karl Frenay (1858 – 1912), Zentrum, LT 1896 – 1910.

¹⁸ Otto von Brentano di Tremezzo (1855-1927), Deutsche Zentrumspartei, LT 1897 – 1918; 1919 – 1927.

¹⁹ Am 13. Februar 1810 fanden in vielen preußischen Städten Massendemonstrationen gegen eine Regierungsvorlage zum Wahlrecht statt, in der das bisherige Dreiklassenwahlrecht beibehalten wurde. - <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00148/0014803c.htm>.

²⁰ In Astheim wurde 1909 der Gastwirt Josef Gabel III (SPD) zum Bürgermeister gewählt; er blieb im Amt bis 1932. Vgl. Hannes Baumann: Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Astheim, anlässlich des 25jährigen Bestehens des Ortsvereins der SPD 1970 (MS).

²¹ Dr. Philipp Winkler (1875 – 1972), Nationalliberal, LT 1908 – 1918.

²² S.o. Anm. 16.

IV. „Befreiung des gesamten Menschengeschlechts...“ – Für Menschenrechte, gegen Diskriminierung

¹ Vgl. Dietz Bering. Der Name als Stigma. Antisemitismus im deutschen Alltag 1812 – 1933. Stuttgart 1987.

² Wilhelm Haas (1879 – 1913), Nationalliberal, LT 1881 – 1911.

³ Dr. Adalbert Freiherr von Nordeck zu Rabenau (1817 – 1892), Konservative Partei, LT 1847-49; 1851-56; 1872 - 1892.

⁴ Ein solcher „Vieheinstellungsvertrag“ findet sich – außerhalb des Großherzogtums - z. B. im Hersfelder Intelligenz- und Anzeigenblatt vom 26.08.1868; http://www.widdershausen.de/WIDD_O_1/Dorfleben/bkwiddhunde/Viehhandel/viehhandel.HTM

⁵ Antwort der Großherzoglichen Regierung im Bericht des zweiten Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Haas und von Rabenau; Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände, 27. Landtag 1891/94, Beilagen, 2. Bd., Darmstadt 1892, Beilage Nr. 127, S. 1-5.

⁶ Christoph Muth (1830 – 1904), Nationalliberal, LT 1884 – 1896.

⁷ Wilhelm Heinzerling (1828 – 1896), Nationalliberal, LT 1872 – 1893.

⁸ Alexander Friedrich (1843 – 1906), Nationalliberal, LT 1884 – 1899.

⁹ Eduard David (1863 – 1930), Journalist, LT (=Abgeordneter im Landtag) 1896 – 1908; Reichstagsabgeordneter 1903 – 1918, 1919-1930; 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, 1919 Reichsminister des Innern.

¹⁰ Bernhard Adelung (1876 – 1943), SPD, LT 1903 – 1908, 1911 – 1918, 1919-1933; 1919-1928 Landtagspräsident, 1928 – 1933 Staatspräsident.

¹¹ von der „statistischen Zentralstelle“, StAD G 13 Nr. 135.

¹² Michael Wolf (1859 – 1929), Bauernbund, LT 1899 – 1905; 1906 – 1918.

¹³ Christoph Muth (1830 – 1904), Nationalliberal, LT 1884 – 1896.

¹⁴ Eugen Fran(c)k (1832 – 1893), Zentrum, LT 1872 – 1893.

¹⁵ Dr. Bernhard Schroeder (1832 – 1908), Nationalliberal, LT 1872 – 1900.

¹⁶ Aus Friedrich Schillers Gedicht „Würde der Frauen“.

¹⁷ Hermann Josef August Wolz (1827 - . 1995), Zentrum, 1872 – 1895.

¹⁸ Heinrich Gaßner (1847 – 1905), seit 1894 Oberbürgermeister von Mainz.

¹⁹ Dr. Friedrich Wolf (1853 – 1922), Fortschritt, LT 1910 – 1918.

²⁰ Hess. Dialekt: benachteiligt.

V. „Weltlichkeit der Schulen ... Unentgeltlichkeit des Unterrichts“ – Demokratisierung der Erziehung

¹ Beilage 159 (Gesetzesentwurf) und 160 (Motive), in: Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 25. Landtag, 1885/88, Beilagen, 2. Bd., Darmstadt 1885, S. 7.

² Vgl. Drucksachen 40 – 43; Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände, 34. Landtag, 1908/11, Drucksachen Nr. 40-43, 1. Bd., Darmstadt 1909.

³ Karl Süffert (1863 – 1933), Staatsrat im hessischen Finanzministerium

⁴ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 35. Landtag 1911/14, 115. Sitzung, 10. Juni 1914. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1914, S. 3224.

⁵ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, 110. Sitzung, 4. Juli 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S.

⁶ Dr. Arthur Osann (1862 – 1924), Nationalliberal, LT 1906 – 1918; 1919 – 1924. - Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 35. Landtag 1911 - 1914, 116. Sitzung, 12. Juni 1914. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1914, S. 3259

⁷ Philipp Uebel (1864 – 1929); Zentrum, LT 1905 – 1918; 1919 – 1924.

⁸ 116. Protokoll, a. a. O., S. 3264.

⁹ Dazu: Thomas Lange: „... da schreibt ein Volk seine Annalen“ Die Darmstädter Weltkriegssammlungen im Kontext von Kriegsvorbereitung und Kriegsmentalität. In: ders./ Ute Schneider (Hg.): Kriegsalltage. Darmstadt und die Technische Hochschule im Ersten Weltkrieg, Darmstadt 2003, S. 105 – 146, hier: S. 107-112. (TUD Schriftenreihe Wissenschaft und Technik Bd. 83).

¹⁰ 116. Sitzung, a. a. O., S. 3267

¹¹ Christoph Igna(t)z Metz (1829 – 1909), Nationalliberal, LT 1878 – 1896.

¹² Philipp Wasserburg (1827 – 1897), Zentrum, LT 1878 – 1890; 1893 – 1897.

¹³ Dr. Bernhard Schroeder (1832 – 1908), Nationalliberal, LT 1872 – 1900.

¹⁴ Albrecht Ohly (1829 – 1891), Nationalliberal, LT 1884 – 1891.

¹⁵ Friedrich Kückler (1822 – 1898), Nationalliberal, LT 1872 – 1887.

¹⁶ Franz Münch (1852 – 1922), Nationalliberal, LT 1909 - 1918.

¹⁷ Philipp Uebel (1864 – 1929); Zentrum, LT 1905 – 1918; 1919 – 1924.

¹⁸ Georg Raab (1869 – 1932), SPD, LT 1905 – 1918; 1919 – 1931.

¹⁹ Otto Urstadt (1868 – 1945), Fortschritt, DDP; LT 1911 – 1918; 1919 – 1925.

²⁰ Stock des Schulmeisters.

²¹ Dr. Konrad Henrich (1864 – 1928), Fortschritt, DDP; LT 1911 – 1918; 1919 – 1925.

²² Ludwig Nodnagel (1845 – 1922), Vortragender Rat beim Ministerium des Innern, Abteilung für Schulangelegenheiten, Geheimer Oberschulrat.

²³ Paul Kahle (1875 – 1964), seit 1914 Ordinarius für Orientalistik an der Universität Gießen, seit 1923 in Bonn.

²⁴ Bernhard Adelung (1876 – 1943), SPD, LT 1903 – 1908, 1911- 1918; 1919 – 1933.

²⁵ Otto von Brentano di Tremezzo (1855-1927), Zentrum, LT 1897 – 1918, 1919 – 1927.

²⁶ Jakob Bach (1868 – 1941), Nationalliberal, LT 1910 – 1918.

VI. „... ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit“ – Technik, Forschung, Fortschritt

¹ Das Folgende nach: Volker Rödel: Eisenbahngeschichte und -baugattungen 1829-1999. Kulturdenkmäler in Hessen: Eisenbahn in Hessen. Teil I. Hg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen. Wiesbaden 2005, S. 153 – 166.

² Erwin Viefhäus: Hochschule, Staat und Gesellschaft. (zuerst: 1976/78); in: Technische Hochschule Darmstadt (Hg.): Technische Bildung in Darmstadt. Die Entwicklung der Technischen Hochschule 1836 – 1986. Darmstadt 1995 Bd. 1, S. 116f.

³ Wilhelm Bähr (1863 – 1938), Bauernbund, LT 1894 – 1918.

⁴ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 32. Landtag 1902 - 1905, 29. Sitzung, 27. März 1903. Protokolle, 1. Bd., Darmstadt 1903, S. 725.

⁵ Wilhelm Joutz (1850 – 1916), Bauernbund, LT 1896 – 1916.

⁶ 29. Sitzung, 27. März 1903, a.a.O., S. 727.

⁷ Karl Rothe (1840 – 1906), Staatsminister seit 1898.

⁸ 29. Sitzung, 27. März 1903, a.a.O., S. 724. – Die Erhöhung wurde am 20. 11. 1905 eingeführt; vgl. Technische Bildung, a.a.O., Bd. 1, S. 125, Bd. 6 (Darmstadt 2000), S.18.

⁹ Philipp Köhler (1859 – 1911), Bauernbund, LT 1890-91; 1893 – 1911.

¹⁰ Vgl. Barbara Haubner: Nervenkitzel und Freizeitvergnügen. Automobilismus in Deutschland 1886-1914. Göttingen 1998, S. 156ff.

¹¹ Thomas Lange: „... mit dem Auto zu reisen ist eine große Kunst“. Die Motorisierung des Odenwald-Tourismus. In: Ulrich Eisenbach / Gerd Hardach (Hg.): Reisebilder aus Hessen. Fremdenverkehr, Tourismus und Kur seit dem 18. Jh. Darmstadt: Hessisches Wirtschaftsarchiv 2001, S. 163-176; hier: S. 163.

¹² Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, 100. Sitzung, 29. März 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 2933. Abg. Georg Hauck (1854 – 1921), Bauernbund, LT 1902 – 1918.

¹³ Vgl. <http://www.muellerman.net/verkehr/1921bis1930.htm>

¹⁴ C. Köbrich: Der Bergbau des Großherzogtums Hessen. Darmstadt 1914, S. 58ff.

¹⁵ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908-1911. Protokoll der 107. Sitzung, 18. Mai 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 3126.

¹⁶ Verhandlungen, 107. Sitzung, a.a.O., S. 3131.

¹⁷ Hessisches Oberbergamt Wiesbaden (Hg.), Ernst-Joachim Einecke (Red.): Bergbehörden und Bergbau in Hessen. München 1995; darin: Der Braunkohlebergbau der Wetterau, S. 59 – 63.

¹⁸ Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, 34. Landtag 1908 – 1911, Protokoll der 110. Sitzung, 4. Juli 1911. Protokolle, 4. Band, Darmstadt 1911, S. 3200.

¹⁹ Josef Molthan (1862 – 1920), Zentrum, LT 1897 – 1918.

²⁰ Karl Otto Hirschel (1862 – 1919), Bauernbund, LT 1902 – 1908.

²¹ Georg Schönberger (1838 – 1923), Nationalliberal, LT 1878 – 1918.

²² Michael Wolf (1859 – 1929), Bauernbund, LT 1899 – 1905, 1906 – 1918.

²³ Johann Albert Möllinger (1823 – 1906), Fortschritt, LT 1862 – 1906.

²⁴ Heinrich Köhler (1859 – 1924), Nationalliberal, DVP; LT 1898 – 1901, 1910 – 1918, 1919 – 1924.

²⁵ Johannes Leun (1855 – 1940), Bauernbund, LT 1899 – 1918.

²⁶ Philipp Köhler (1859 – 1911), Bauernbund, LT 1890 – 1891, 1893 – 1911.

²⁷ Arthur Osann (1862 – 1924), Nationalliberal, LT 1906 – 1918; 1919 – 1924.

²⁸ S.o. Anm. 9. Philipp Köhler stammte aus Langsdorf.

²⁹ S.o. Anm. 24. Heinrich Köhler war seit 1898 Bürgermeister in Worms.

DER BEARBEITER

Thomas Lange

Oberstudienrat

Geb. 1943 in Teplitz-Schönau, aufgewachsen in Berlin (West), Abitur 1962 Neu-Isenburg, Studium von Germanistik, Geschichte, Ethnologie in Frankfurt am Main. 1969 erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, 1975 Promotion und zweites Staatsexamen. Seit 1976 im hessischen Schuldienst (Dieburg, Darmstadt), 1982 bis 1984 beurlaubt für eine Tätigkeit als Lektor des DAAD in der Volksrepublik China (Universität Beijing und Fremdsprachenhochschule Guangzhou). Seit 1986 Teilabordnung als Archivpädagoge ans Hessische Staatsarchiv Darmstadt. Tätigkeit in Lehreraus- und Lehrerfortbildung, Mitglied (1992 bis 2005 Koordinator) der Regionaljury „Südhessen“ für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, der Hessischen Historischen Kommission in Darmstadt und des Beirats für geschichtliche Landeskunde in Hessen. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Literaturgeschichte und -didaktik, zur hessischen Geschichte und zur Geschichtsdidaktik.

ABBILDUNGSNACHWEIS

Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 2.746, S. 11
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 2.747, S. 24
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 2.750, S. 31
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 25.289, S. 45
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 19.908, S. 50
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 30.774, S. 53
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 14.573, S. 55
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 2.982, S. 59
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 2.981, S. 81
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 2.770, S. 90
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 23.311 GF, S. 114
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 12.536, S. 134
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 24.422, S. 143
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 5.885, S. 156
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 865 GF, S. 168
Staatsarchiv Darmstadt R 4 Nr. 12.552, S. 175